





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes





Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

12. Band:

Alte und neue Balkanhändel 1896–1899

Erste Hälfte

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des zwölften Bandes (1. Hälfte)

Ein Namenverzeichnis für die Bände VII—XII erscheint am Schlusse der zweiten Hälfte des XII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel LXXII

Ein Vorspiel der Reformfrage 1896



Nr. 2883

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 St. Petersburg, den 16. Januar 1896

Während eines Besuches, den mir Fürst Lobanow heute machte, sagte er ganz spontan, der englische Geschäftsträger* hätte ihm im Auftrage seiner Regierung den eigentümlichen Vorschlag gemacht, den Sultan gleichsam unter die Tutel der Mächte und alle türkischen Staatshandlungen unter europäische Kontrolle zu stellen. Fürst Lobanow, der immer wieder hervorhob, daß vor allem dem Sultan die Möglichkeit und Zeit gegeben werden müsse, eine Besserung der Zustände selbst einzuführen, und in dem englischen Vorschlag, der wohl von Sir Philip Currie stammt, nur eine neue Demütigung des Sultans erblickt, sagte mir, daß dies der allererste Vorschlag sei, der in letzter Zeit von England aus an ihn herangetreten wäre. Er markierte das Wort allererste, um dadurch zu betonen, daß ihm bisher kein Vorschlag von England gemacht worden sei.

Er erklärte mit Nachdruck, daß Rußland durchaus am status quo in der Türkei festhalten werde. Im Laufe des Gesprächs wiederholte Fürst Lobanow, was er mir öfter gesagt, daß Rußland nicht daran denke, sich zu irgendeiner Besetzung armenischer Gebietsteile fortreißen zu lassen, schon weil dies nur den selbstsüchtigen Zwecken Englands förderlich sein würde.

Fürst Lobanow sprach auch wieder von der Befürchtung, daß im Frühjahre neue Unruhen in Mazedonien** ausbrechen könnten, und versicherte, daß er alles aufbieten werde, um die Bewegung niederzuhalten. Er fürchtete, daß während der Moskauer Krönungsfeierlichkeiten*** die Frage ihm wenig Ruhe lassen werde.

Radolin

---

* W. E. Goschen.

** Vgl. dazu Kap. LXXVI.

*** Die Krönung des russischen Kaiserpaars war auf den 26. Mai anberaumt.

Nr. 2884

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 24 Berlin, den 19. Januar 1896
Geheim [abgegangen am 20. Januar]

pp. Von russischer Seite ist gleichzeitig hier mitgeteilt worden*, das englische Kabinett habe in St. Petersburg vertraulich den Vorschlag gemacht, es sollten sämtliche Botschafter in Konstantinopel zusammentreten, die heutige Situation der Türkei prüfen und demnächst ihre Meinung darüber abgeben, welche Schritte seitens der Mächte angesichts des drohenden Zusammenbruchs des Türkischen Reiches zu ergreifen seien. Fürst Lobanow sei durch diesen Vorschlag beunruhigt, da er kein Vertrauen zu Englands Absichten habe und befürchte, daß durch eine Botschafterbesprechung mit so allgemeinem Programm die ganze orientalische Frage aufgerollt werde.

Ob bei der ablehnenden Haltung Rußlands die englische Regierung auf ihrem Vorhaben beharrt, durch Botschafterbesprechungen die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage in der Türkei von sich ab- und der Gesamtheit der Großmächte aufzuladen, dürfte fraglich sein. Immerhin bitte ich Ew. pp., etwaigen derartigen englischen Versuchen gegenüber die vorsichtigste Zurückhaltung zu beobachten und umgehend alle zu Ihrer Kenntnis kommenden Symptome zu melden, welche auf das Bestreben Englands hindeuten, einer Konferenz die Verantwortung für eine weitere Ent- oder Verwickelung der orientalischen Frage aufzubürden.

Marschall

Nr. 2885

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Reinschrift

Berlin, den 22. Januar 1896

Der österreichische Botschafter erkundigte sich heute, wie wir uns zu der englischen Anregung einer Botschafterkonferenz in Kon-

* Vgl. Nr. 2883.
** Durch Erlaß Nr. 63 vom 23. Januar nach Wien, gleichzeitig nach Rom mitgeteilt.

stantinopel behufs Prüfung und Regelung innerer türkischer Verhältnisse stellten. Graf Kapnist habe in Wien deswegen angefragt und dabei einen gewissen Argwohn seiner Regierung gegen die Endziele des englischen Vorschlages durchblicken lassen, mit welchem das Petersburger Kabinett zwar im Prinzip einverstanden sei, bei dessen Durchführung es sich jedoch nur zusammen mit allen europäischen Mächten beteiligen werde. Herr von Szögyény fügte hinzu, daß in Wien überhaupt kein Vorschlag dieser Art von englischer Seite gemacht worden sei.

Ich erwiderte, wir befänden uns in der gleichen Lage und hätten von der englischen Anregung nur indirekt aus Petersburg und Rom Kenntnis erhalten. Wahrscheinlich wolle das englische Kabinett der italienischen Regierung die Sondierung der beiden mitteleuropäischen Höfe überlassen.

Der Botschafter fragte darauf, wie sich eventuell die Regierung Seiner Majestät des Kaisers jenem Vorschlage gegenüber zu verhalten gedenke.

Ich erwiderte, man betrachte hier jene englische Anregung mit lebhaftem Mißtrauen und sehe in derselben nur einen neuen Versuch, die Zerrüttung der türkischen Zustände zum Ausgangspunkt eines Konflikts der Kontinentalmächte zu machen, welcher Englands ägyptische Stellung entlasten und England wie in den Anfängen dieses Jahrhunderts die entscheidende Rolle zuschieben würde. Eine Botschafterkonferenz mit der offenkundigen Aufgabe, den Sultan in der Regierung seiner Staaten zu bevormunden, werde im großen dasselbe Ergebnis haben, wie die armenische Kommission* es in kleinerem Maßstabe gehabt habe. Ebenso wie die Armenier durch das Zusammentreten der Kommission zu der Hoffnung verleitet worden wären, ihre Unabhängigkeit sei durch die Mächte gewährleistet — woraus sich dann die Metzeleien ergeben hätten —; ebenso würde das Zusammentreten jener Bevormundungskonferenz für alle unzufriedenen Völkerschaften des Türkischen Reichs, zu denen auch die arabischen Stämme zu rechnen seien[1], das Signal zur Empörung werden, und der Zerfall des Türkischen Reiches, welchen die englische Regierung schon jetzt als nahe bevorstehend bezeichne, wäre damit unter englischen Auspizien in die Wege geleitet**.

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXI.

** In gleicher Weise präzisierte, nachdem von Rom aus nach Berlin die Bitte gerichtet war, daß Deutschland sich an der von England vorgeschlagenen Konferenz beteiligen möge, ein an den Botschafter von Bülow gerichteter Erlaß vom 23. Januar den deutschen Standpunkt in der Konferenzfrage dahin: „Daß die armenische Konferenz und Kommission der Ausgangspunkt der armenischen Greuel war, wird heute wohl außerhalb Englands kaum noch von jemandem in Zweifel gezogen. Jene Maßnahme erweckte bei den Armeniern Hoffnungen, bei den Mohamedanern entsprechende Erbitterung und Wut, und

Der Botschafter fragte, wie man sich hier die Folgen des Zerfalls der Türkei dächte, falls dieser doch vielleicht in naher Zukunft sich verwirkliche.

Ich erwiderte, die Verhältnisse der Balkanhalbinsel seien der österreichisch-ungarischen Regierung genauer bekannt als uns in Berlin; indessen scheine mir, daß der Standpunkt des Grafen Goluchowski, wonach Österreich keine Gebietserweiterung aus der türkischen Erbschaft anstreben wolle, die Lösung der Balkanfrage erheblich erleichtere. Das alte Rezept, welches Fürst Kaunitz seinerzeit für das Verhalten von Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution empfohlen habe, de laisser la France cuire dans son jus, würde vielleicht mit praktischem Erfolg bei der nächsten Balkankrisis anzuwenden sein. Daraus, daß die Balkanvölker sich untereinander bekämpften, brauche sich noch nicht mit Notwendigkeit eine Kriegsursache für ganz Europa zu entwickeln[2]. pp.*

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Aufzeichnung:
[1] Deren Unzufriedenheit die Briten schüren
[2] ?
Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden!

Nr. 2886

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg**

Konzept

Nr. 98 Berlin, den 4. Februar 1896
[abgegangen am 5. Februar]

In Verfolg des Erlasses Nr. 63*** beehre ich mich, Euerer pp. beifolgend die Randvermerke Seiner Majestät zu der Aufzeichnung über die Unterredung mit dem österreichischen Botschafter ergebenst zu übersenden.

---

das Weitere ergab sich dann von selbst. Das Tagen einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel mit der offenkundigen Aufgabe, die inneren türkischen Verhältnisse zu prüfen bezw. zu regeln, würde die gleiche Wirkung haben wie die armenische Kommission, nur in größerem Maßstabe. Alle unter türkischem Szepter stehenden unzufriedenen Gruppen, zu denen man auch die arabischen Stämme wird zählen müssen, würden die Bevormundung der Türkei durch die europäischen Mächte als das Signal zum Aufstand betrachten, und der Zerfall des Türkischen Reiches, welchen die englische Regierung schon jetzt als nahe bevorstehend bezeichnet, wäre damit unter englischen Auspizien in die Wege geleitet.“

* Den Schluß der Aufzeichnung siehe in Kap. LXXIV, Nr. 2914.
** Hier eingereiht, des Zusammenhanges wegen.
*** Siehe Nr. 2885, S. 4, Fußnote **.

Allerhöchstderselbe hat darnach Gelegenheit genommen, im Sinne dieser Darlegung mit Herrn von Szögyény zu sprechen und ihm zu empfehlen, daß er den hier entwickelten Gedankengang in Wien befürworte.

Bei dieser Besprechung ist auch die Frage, ob Österreich wünschen könnte, Balkangebiete zu erwerben, erörtert worden, und Herr von Szögyény hat dabei den bereits Eurer Exzellenz bekannten Standpunkt seiner Regierung vertreten, daß eine Vermehrung südslawischer Elemente im Interesse der Erhaltung des Gleichgewichts der österreichisch-ungarischen Monarchie kaum erwünscht sein würde. Infolgedessen hat Seine Majestät mir nachher gesagt, daß die österreichischen Wünsche hierbei natürlich maßgebend sein müssen, und daß überdies durch einen österreichischen Verzicht auf Gebietserweiterung die Gefahr eines europäischen Konflikts bei eintretender Balkankrisis wesentlich vermindert werde.

Marschall

Nr. 2887

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 36 St. Petersburg, den 23. Januar 1896

Bei seinem heutigen Empfange kam Fürst Lobanow auf den bereits gemeldeten englischen Vorschlag* zurück und meinte, daß er hinter diesem scheinbar unverfänglichen Vorschlag Lord Salisburys — dem er immer noch nicht trauen könne — die verkappte Tendenz fände, den Sultan völlig lahm zu legen und ihm eine tutelle aufzulegen. Da die Engländer es nicht allein zu tun vermögen, suchen sie die andern Mächte für ihre Zwecke zu gewinnen. Er habe, nachdem er auch die Ansicht des Berliner Kabinetts eingeholt, ablehnend nach London geschrieben und hervorgehoben, daß es zwecklos sei, weitere Instruktion an die Botschafter in Konstantinopel zu geben, um sie anzuweisen, sich über die zu ergreifenden Mittel zu verständigen, die Ordnung wiederherzustellen. Die allgemeine Instruktion der dortigen Botschafter involviere als selbstverständlich ihre Verpflichtung, die Augen offen zu haben und alle Vorgänge an ihre Regierung zu melden. Er wiederholte mir, daß es ihm nach wie vor durchaus geboten erscheine, dem Sultan die nötige Zeit und Freiheit zu geben, die Zustände selbst zu bessern. Nachdem man sich jahrelang nicht um die armenischen

---

* Vgl. Nr. 2883.

Verhältnisse bekümmert habe, könne man eine radikale Besserung derselben nicht von einem Moment zum andern erwarten. pp.*

Radolin

Nr. 2888

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 79 London, den 29. Januar 1896

Der österreichische Botschafter, mit welchem ich heute nachmittag im Wartezimmer des Premierministers zusammentraf, nachdem er denselben bereits gesprochen hatte, teilte mir mit, daß Lord Salisbury auch heute noch unbedingt dabei bleibe, daß seine Anregung in Petersburg bezüglich einer dem Herrn von Nelidow zu erteilenden erweiterten Instruktion** vollständig mißverstanden worden sei, und daß er niemals beabsichtigt habe, so weitgehende Vorschläge zu machen, als Fürst Lobanow dies anzunehmen scheine.

Als ich kurz darauf den Minister sah, kam er im Laufe unserer Unterhaltung von selbst auf diesen Punkt zurück und sprach sich in dem gleichen Sinne wie gegen Graf Deym aus, indem er gleichzeitig bemerkte, daß man im Auslande der englischen Politik zuviel Ehre antue, indem man derselben stets Hintergedanken und weitreichende Pläne unterschiebe[1], während sie im Grunde in dieser Frage nichts tue, als viel näherliegenden Motiven zu folgen. Ich erwiderte dem Minister, daß ich nicht beauftragt sei, mich über diese Frage zu äußern, und daher nur rein persönlich bemerken könne, daß man sich hier nicht wundern dürfe, wenn die von Sir Philip Currie ausgehende Beunruhigung und seine fortgesetzte Einmischung in die innere Verwaltung des türkischen Reiches in Europa ein gewisses Mißtrauen erzeugten[2], namentlich wenn man gleichzeitig sehe, daß die englische Regierung sich diese Vorschläge aneigne und anderen Großmächten zur Annahme empfehle. Wenn er, Lord Salisbury, mir versichere, daß der hiesigen antitürkischen Bewegung lediglich philantropische Rücksichten zu Grunde lägen, so wolle ich dies für gewisse Kreise des englischen Publikums gern gelten lassen. Aber er könne kaum erwarten, daß andere Regierungen sich davon würden überzeugen lassen, daß die englische Regierung so konsequent ihre bisherige Politik in Konstantinopel fortführen würde, wenn sie nicht andere und praktische Zwecke dabei im Auge hätte[3]. Der Premierminister versuchte nicht, die Richtigkeit dieser Auffassung zu bestreiten, und beschränkte sich

---

* Den Schluß des Berichts siehe Bd. XI, Kap. LXIV, Nr. 2654.
** Vgl. Nr. 2883 und 2884.

darauf, nochmals die von Lord Rosebery eingeschlagene unrichtige Politik zu beklagen, die er als sein Nachfolger habe übernehmen müssen[4]. Er schien sich dabei vollkommen klar zu sein, daß gerade diese Politik zur Isolierung Englands geführt habe und führen mußte. Aber er sagte mit keinem Wort, daß er nunmehr in dieser Hinsicht einen anderen Weg einschlagen wolle[5], und ich glaube auch vorläufig nicht, daß er mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung und vielleicht auch auf einen Teil seiner Kollegen in der Lage sein würde, darin eine plötzliche und radikale Änderung eintreten zu lassen. In dieser Hinsicht wird voraussichtlich vieles davon abhängen, welche Stimmung sich in der am 11. n. Mts. zusammentretenden Kammer geltend machen wird. Auf meine Frage, ob er annehme, daß die Kammer ihn in der armenischen Frage drängen und dadurch neue Schwierigkeiten bereiten werde, erwiderte mir der Minister, daß nach seinen bisherigen Nachrichten sich unter den Kammermitgliedern zwei Strömungen geltend machten, und daß man noch nicht wissen könne, welche Strömung die stärkere sein werde.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 gut
3 richtig
4 er wird alt
5 er kann nicht mehr zurück

Nr. 2889

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe*

Ausfertigung

Nr. 21 — Wien, den 30. Januar 1896
Vertraulich

pp. Die im ganzen beruhigtere Haltung des Grafen [Goluchowski] gegenüber Rußland hat das Mißtrauen gegen englische Orientpolitik momentan anscheinend etwas erhöht[1]. Graf Goluchowski beklagte sich gestern noch bitter bei Sir E. Monson** über die nicht enden wollende armenische Polemik in England und scheint auch über die Haltung der englischen Vertretung in Konstantinopel nicht befriedigt zu sein. Dieses schließt nicht aus, daß der Wunsch, England an der Seite des Dreibundes zu sehen — selbst nur als wohlwollender Zuschauer —, immer lebhaft vorhanden ist. Die auf den accord à trois

* Den Anfang des Berichts, der von der Meerengenfrage handelt, siehe in Kap. LXXIV, Nr. 2915.
** Englischer Botschafter in Wien.

gerichteten Verhandlungen berührte der Graf gestern nicht. Er sagte nur, daß Graf Deym bis jetzt völlig geschwiegen habe*.

In dem Wunsche der hiesigen Regierung, die Beziehungen zu England möglichst freundschaftlich zu gestalten, sieht mein russischer Kollege** englische Einflüsterungen und zeigt sich in dieser Hinsicht ziemlich aufgeregt. Er behauptet, die Vorliebe Graf Goluchowskis für England ließe den Minister unaufhörlich in Fallen geraten, die ihm dort gestellt würden. So sei er, Graf Kapnist, jetzt einer äußerst hinterlistigen englischen Intrige auf der Spur. Diese bestände darin, daß England, nachdem es durch die Solidarität der Mächte in Konstantinopel fast ganz brachgelegt sei, nunmehr die finanzielle Frage in den Vordergrund schiebe und seine Hand in dieser Form auf die Türkei legen wolle. Es schaffe damit zugleich ein neues Objekt für Streit und Hader. Österreich sei wie gewöhnlich in die Falle gegangen und träte als Pionier für England auf.

Ich konstatiere allerdings, daß Graf Goluchowski bereits zweimal zu mir äußerte, die Insolvenz der türkischen Kassen angesichts der Notwendigkeit, die Truppen zur Abwehr von Aufständen in Mazedonien zu erhalten, bedeute eine große Gefahr, und die Mächte würden in die Lage kommen, sich bald und sehr ernst damit zu befassen.

Meine sehr vorsichtig gemachten Erkundigungen, ob etwa hier von englischer Seite schon in Finanzkreisen ein Projekt, der Türkei finanziell zur Hülfe zu kommen, besprochen worden sei, ergaben ein absolut negatives Resultat[2].

Die Erregung des Grafen Kapnist, der, wie gesagt, in dieser Finanzfrage eine sehr gefährliche und bedenkliche englische Aktion sieht, möchte ich mir damit erklären, daß Rußland einerseits kein Interesse hat, die Türkei wirklich zu sanieren, und daß es andererseits Konflikte vermeiden will. Würde daher die finanzielle Frage von Österreich nach Art der Stationärfrage*** angeregt werden (und Graf Kapnist vermutet, daß England Österreich dahin schieben möchte), so wäre eine russische Ablehnung wohl zu gewärtigen und ein Gegensatz konstruiert, der allerdings im Interesse Englands liegen könnte[3].

Ich werde diese Angelegenheit im Auge behalten, glaube aber kaum, daß es nötig werden dürfte, den Grafen Goluchowski zu warnen, weil seine Erfahrungen bei der Stationäraktion noch zu frisch in seiner Erinnerung sind.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] die Idee ist mir auch schon mal im Lauf des Winters von englischer Seite angedeutet worden

[3] wie damals

* Vgl. darüber Bd. XI, Kap. LXV.

** Graf Kapnist.

*** Vgl. dazu Bd. X, Kap. LXII B.

Nr. 2890

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 St. Petersburg, den 6. Februar 1896

Fürst Lobanow sprach mir heute sehr befriedigt von der Haltung Lord Salisburys gegenüber der ablehnenden Antwort Rußlands auf den letzten englischen Vorschlag (Bericht Nr. 36*). Nach Bericht des Herrn von Staal hätte Lord Salisbury sich geäußert, er hätte ebenso wie Fürst Lobanow nur das Wohl der Türkei im Auge. Er hätte seinen Vorschlag von diesem Gesichtspunkt aus gemacht; da er vor allem im Einverständnis der Mächte handeln wolle und Rußland die vorgeschlagenen Mittel nicht für zweckmäßig halte, so wolle er gern von seinem Vorschlag abstehen, um Rußland entgegenzukommen**.

Radolin

---

* Siehe Nr. 2887.

** Infolge des Scheiterns des englischen Versuchs, die Reformfrage in großzügiger Weise aufzurollen, ruhte diese Frage fast dreiviertel Jahre hindurch. Noch am 15. August bekundete Lord Salisbury in einer in Dover gehaltenen Rede entschiedene Abneigung, von neuem vorzugehen: „Wenn ich daher sage, daß am äußersten Ende von Europa ein Krebsschaden vorhanden ist, so will ich damit in keiner Weise geäußert haben, daß ich mich für die Rolle des Arztes anbiete, um das Geschwür auszuschneiden. Im Gegenteil, ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß Ihrer Majestät Regierung irgendetwas tun wird, um von der Einheit der Aktion abzugehen, welche durch den Vertrag von Paris vorgeschrieben zu sein scheint. Aber nichtsdestoweniger existiert die Gefahr und wird fortdauern. Es gibt einen Mittelpunkt der Zersetzung, von wo Krankheit und Verfall sich den gesunderen Teilen der europäischen Staatengesellschaft mitteilen können. Ich bete ernstlich, daß die Weisheit der anderen Mächte ein Mittel finden möge, um die Gefahr, welche schon zu lange besteht, zu beseitigen."

Erst die Ende August erneut einsetzenden Armeniermassakers, die die öffentliche Meinung in England wieder auf das heftigste erregten, zwangen die englische Regierung, aus ihrer zeitweiligen Reserve herauszutreten. Das Nähere siehe in Kap. LXXVIII, Nr. 3064 nebst Fußnote.



Kapitel LXXIII

Die Armenische Frage und die Mächte 1896



Nr. 2891

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 26 Pera, den 28. Januar 1896

Um ein möglichst richtiges Bild in betreff der im vorigen Jahre von den Türken an den Armeniern begangenen Greueltaten zu gewinnen, haben wir Botschafter eine Kommission, bestehend aus Beamten — Sekretären bzw. Dragomans — der Botschaften, niedergesetzt mit der Aufgabe, auf Grund der den verschiedenen Vertretungen zugegangenen amtlichen bezw. vertrauenswürdigen Nachrichten eine Übersicht von den in den armenischen Provinzen stattgehabten Exzessen aufzustellen.

Armenische Quellen oder solche von amerikanischen Missionaren herrührend sind als unzuverlässig dabei außer Benutzung gelassen, dagegen nur Mitteilungen von Konsularbeamten oder unparteiischen geistlichen Missionen verwertet worden.

Die gedachte Übersicht ist in die folgenden Rubriken eingeteilt:

1. Örtlichkeit,
2. Datum,
3. Tote,
4. Verwundete,
5. Beschreibung der Ereignisse und deren Ursachen,
6. Haltung der Behörden und der Bevölkerung. —

Wenn auch die Arbeit nicht Anspruch auf volle Genauigkeit machen darf, so liefert dieselbe doch annähernd zutreffende statistische Angaben bezüglich der in den von den Unruhen heimgesuchten Provinzen stattgehabten beklagenswerten Ereignisse.

Die nach Wilajets angeordnete Übersicht zeigt, daß fast ausnahmslos sämtliche größeren Städte, welche in den von Armeniern bewohnten Provinzen liegen, der Schauplatz wüsten Blutvergießens und roher Räubereien seitens der Moslems gewesen sind.

Nachrichten über das in den Dörfern Geschehene waren fast nicht zu beschaffen, indessen zählen die geplünderten, niedergebrannten Dörfer, deren Bewohner abgeschlachtet wurden, nach den Angaben von Augenzeugen nach Hunderten.

Aus der vorliegenden Arbeit geht leider auch hervor, daß neben den Kurden und der niederen mohammedanischen Bevölkerung häufig auch die Beamten und die Truppen ihren Anteil an den an den Armeniern begangenen Schandtaten hatten.

Weiter zeigt die fragliche Zusammenstellung, daß die Zahl und die Bedeutung der Exzesse mit der fortschreitenden Zeit stetig zunimmt.

Diese Erscheinung erklärt sich daraus, daß die gegen die Armenier gerichtete Bewegung, welche ursprünglich ihren politischen Hintergrund im Verein mit religiösem Fanatismus hatte, nach und nach eine sozialistische Färbung annahm. Es wurde allmählich ein Kampf der besitzlosen gegen die besitzende Klasse; die Armenier stellen hier die letztere dar, sowohl in bezug auf bewegliches als unbewegliches Vermögen. Da nichts so ansteckend auf den Pöbel wirkt als Raub und Plünderung, so dehnten sich die in dieser Beziehung begangenen Exzesse auch in so überraschend schneller Weise und über ein so umfangreiches Ländergebiet aus, und zwar dies um so mehr, als die hauptsächlich dabei beteiligten Elemente — die Kurden — ja schon an sich einen ausgesprochenen räuberischen Charakter besitzen.

Über die Frage, ob und eventuell wie das Produkt der in Rede stehenden Untersuchung der hiesigen Regierung gegenüber zu verwerten sein dürfte, hat eine Besprechung unter uns fremden Vertretern bis jetzt nicht stattgefunden.

Jedenfalls dürfte meines Erachtens schon eine einfache Mitteilung desselben an die Pforte ihren Wert haben insofern, als derselben damit gezeigt wird, daß die europäischen Regierungen durch die von ihr geübte beispiellose Entstellung der Wahrheit in betreff der kleinasiatischen Vorgänge nicht getäuscht werden.

Euerer Durchlaucht verfehle ich nicht, in der Anlage drei Exemplare der fraglichen Zusammenstellung „Evènements de 1895 en Asie mineure"* gehorsamst zu überreichen.

Auf eventuelle hohe Weisung würde ich noch weitere drei Exemplare beschaffen können.

Saurma

---

* Der französische Text findet sich in Charmetant, Martyrologe Armenien, Oeuvres d'Orient, Paris 1896; deutsche Übersetzung in Lepsius, Armenien und Europa, Berlin 1896.

Nr. 2892

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 28. Juni 1896

Kamphövener Pascha*, der heute bei mir war, sieht die Dinge in der Türkei sehr schwarz. Er sieht voraus, daß die Unruhen in Kleinasien und die Massakers der Armenier wieder von neuem ausbrechen würden. Dies sei ernster als die kretische Frage** und die Unruhen in Syrien, weil die Bewegung in Kleinasien, wenn sie sich weiter verbreite, die ganze muselmännische Bevölkerung in Aufruhr bringen werde.

Die Schwierigkeiten in der Türkei sind nach seiner Ansicht die Finanzlage und die Weigerung des Sultans, die Armee ausbilden zu lassen. Die Armee sei gut, Material genug vorhanden, aber der Sultan wolle nicht, daß sie ausgebildet werde, weil er sich fürchtet, daß eine wohlorganisierte Armee sich gegen ihn wenden werde.

Der Sultan sei in den Händen eines verworfenen Menschen, des Izzet Bey***, der ihn ganz leite, und durch den alle Geschäfte gehen. Man sagt, Izzet sei im Solde Rußlands; doch zweifelt Kamphövener, daß dies richtig sei. Er meinte dann, Rußland werde sich nie auf eine gemeinschaftliche Teilungsaktion mit den Mächten einlassen. Es wolle die Türkei zugrunde gehen lassen und dann alles selbst nehmen.

C. Hohenlohe

Nr. 2893

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 176 Therapia, den 29. Juli 1896

pp. Leider werden die grausamen Verfolgungen gegen die Armenier türkischerseits immer noch fortgesetzt, obschon ich die Pforte wiederholt freundschaftlich[1] darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie dadurch die Geduld derjenigen Mächte, welche den Schutz der Armenier seinerzeit in die Hand genommen, auf eine harte Probe stelle[2] und überhaupt Gefahr laufe, sich gegenüber den zivilisierten Staaten immer mehr isoliert zu sehen. Auch vom Standpunkt der

---

* Türkischer Marschall und Generaladjutant des Sultans, 1882—1909 in türkischen Diensten.
** Siehe darüber Kap. LXXVII.
*** Zweiter Sekretär des Sultans.

Finanzinteressen der Türkei sei die Vernichtung des fleißigen, erwerbstüchtigen und daher steuerkräftigen armenischen Elements nicht weise[3].

Es besteht aber eben hier an höchster Stelle die feste vorgefaßte Meinung, daß die Armenier[4] einen Bestandteil der Bevölkerung bilden, welche[r] die Keime der Auflehnung gegen die Staatsgewalt in dem Staat ausstreue und deshalb für alle Zeiten unschädlich gemacht werden müsse[5] —.

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Zu rührend, daß er sich einbildet daß so etwas bei Effendimiss noch verfangen soll!?

[2] Die Geduldsprobe für die von der Pforte „les 6 Impuissances" genannten Großmächte ist m[eines] E[rachtens] nun vorbei. Jetzt muß Effendimis klar gemacht werden, daß er grade so verschwinden werde wie Abdul Aziz, das zieht vielleicht besser.

[3] was hat das mit Religionsfanatismus zu thun!!

[4] nicht nur Diese sondern die Christen!

[5] d. h. alle Christen sollen totgeschlagen werden!

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Und das sollen die Christlichen mächte ruhig mit ansehn, und womöglich noch durch Blockade unterstützen!! Schande über uns alle!

Nr. 2894

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 187 Therapia, den 26. August 1896

Heute sind abermals Unruhen in Konstantinopel ausgebrochen*.

Die Anstifter sollen Mitglieder des Revolutionskomitees unterstützt von einer größeren Anzahl Armenier aus Kleinasien sein, welche Weib und Kind und Vermögen verloren haben und in der Verzweiflung sich auf die Türken stürzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein größeres Blutbad von Armeniern durch die wütend gemachten Türken als bevorstehend anzusehen ist. Leider wird die Truppe zur Ruhestiftung nicht viel beitragen, da dieselbe selbst ziemliche Verluste gehabt hat.

Saurma

---

* Am 26. August, mittags 12 Uhr, besetzten einige mit Bomben bewaffnete Armenier gewaltsam die Ottomanbank. Der Putsch hatte Massakers unter der armenischen Bevölkerung der Hauptstadt zur Folge, bei denen gegen 8000 Armenier getötet wurden. Siehe Nr. 2903.

Nr. 2895

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 84 Berlin, den 27. August 1896

Seine Majestät haben Absendung nachstehenden Telegramms an Ew. pp. befohlen:

„Nach den letzten Nachrichten scheinen Wirren in Konstantinopel sehr ernster Natur zu sein, daher wünsche ich vorläufig täglich morgens und abends telegraphisch über dortige Zustände informiert zu werden.

Wilhelm“

Hiernach bitte ich bis auf weiteres morgens und abends ein Telegramm über die Lage mit den Eingangsworten: „Für Seine Majestät den Kaiser“ an das Auswärtige Amt zu richten.

Marschall

Nr. 2896

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 188 Therapia, den 27. August 1896

Die Ruhe in Konstantinopel ist heute wiederhergestellt. Leider hat sich meine gestern ausgesprochene Annahme* bewahrheitet, denn es sind Hunderte von Armeniern durch die muselmanische Bevölkerung niedergemacht worden, ohne daß die Polizei oder die Truppen dagegen eingeschritten sind. Die armenischen Unruhestifter, welche die Ottomanische Bank überrumpelt und sich darin verschanzt hatten, haben die Bank verlassen, nachdem ihnen durch den Sultan Straffreiheit und ungehinderter Abzug ins Ausland gewährt worden ist.

Saurma

Nr. 2897

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 189 Therapia, den 27. August 1896

Nach kurzer Unterbrechung haben die Niedermetzelungen der Armenier in den Straßen und Häusern sowohl Peras als Stambuls

* Siehe Nr. 2894.

wieder begonnen. Dieselben finden unter den Augen der Truppen und der Polizei unbehindert durch dieselben statt. Die Zahl der Opfer dürfte sich bereits jetzt auf etwa zweitausend belaufen. Man erwartet für heute nacht wieder eine große Schlächterei.

Wir haben heute eine Kollektivnote* an die Pforte gerichtet und auf Ergreifung energischer Maßnahmen zur Beendigung dieser anarchischen Zustände gedrungen.

Saurma

Nr. 2898

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 28. August 1896

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert soeben:

„Die hiesige Lage ist seit gestern nicht gebessert.

Die Metzeleien in Galata und Stambul dauern fort, ohne daß Truppen dagegen auftreten.

Heute nacht haben Massakers von Armeniern auch auf der asiatischen Seite des Bosporus stattgefunden.

Ich habe der Pforte auf das energischste erklärt, daß sofort ernste Maßregeln zur Verhinderung dieser Ausschreitungen zu treffen seien[1].“

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Das fürchte ich dürfte wenig Eindruck machen und hilft den 1000 den von Ermordeten nicht!
Der Sultan muß abgesetzt werden!

Nr. 2899

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Barby

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 29. August 1896

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert soeben:

„Da sich die Lage der Dinge hier verschlimmert und ihren Rückschlag auf die übrigen orientalischen Komplikationen ausüben kann,

---

* Sie ist veröffentlicht im französischen Gelbbuche: Affaires Arméniennes. Projets de réformes dans l'Empire ottoman und daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 59, S. 247 f.

so stelle ich es der allerhöchsten Erwägung untertänigst anheim, ob nicht die Anwesenheit auch eines deutschen Kriegsschiffs in den Gewässern des Mittelmeers erwünscht sein dürfte.“

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Nein.
Wenn bisher das ganze Englische und Französische sowie Russische, Italienische p. p. Mittelmeergeschwader nichts genutzt haben, wird ein Deutsches Schiff dort auch nichts nutzen. Der neue Stationär ist ja schon auf der Fahrt nach Stamboul unterwegs, das genügt. Wilhelm I. R.

Nr. 2900

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 29. August 1896

Da die Nachrichten aus Konstantinopel fortwährend schlimmer lauten und den Augenblick vorhersehen lassen, wo vollständige Anarchie und damit Bedrohung aller Europäer eintritt, gestatte ich mir, die Bitte Euerer Majestät Botschafters in Konstantinopel um Entsendung von Kriegsschiffen dringend zu befürworten. Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Nein.
Die kämen unter allen Umständen zu spät, und dürfen nicht durch die Dardanellen. England und Frankreich sind ja da! Wilhelm.

Nr. 2901

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Barby

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 29. August 1896

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert soeben:

„Nachstehendes Kollektivtelegramm haben die sechs Botschafter angesichts der hier immer gefahrvoller sich gestaltenden Lage der Verhältnisse heute an Seine Majestät den Sultan gelangen lassen:

‚Les représentants des six grandes puissances réunis en conférence pour conférer sur la situation, se croient en devoir de signaler à l’attention la plus sérieuse de Votre Majesté Impériale les nouvelles graves qui leur parviennent au sujet de la continuation des désordres dans la capitale et dans les environs. Des bandes de gens armés ne

cessent de poursuivre et de massacrer impunément les Arméniens et non contents de les exterminer dans les rues entrent dans les maisons, même dans celles occupées par des étrangers, pour se saisir de leurs victimes et de les massacrer. Des faits pareils se sont passés sous les yeux de quelques-uns des représentants eux-mêmes et de plusieurs membres de leurs ambassades.

Outre la ville de telles horreurs ont eu lieu encore cette nuit dans plusieurs villages du Bosphore tels que Bébek, Roumili-Hissar, Kandili et autres.

En présence de faits semblables les représentants des grandes puissances s'adressent au nom de leurs gouvernements directement à la personne de Votre Majesté comme chef de l'Etat pour Lui demander instamment de donner sans délai des ordres précis et catégoriques, propres à mettre immédiatement fin à cet état des choses inouï, qui est de nature à amener pour Son empire les conséquences les plus désastreuses*.‟

Marschall

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
too late
Die armen Kerls sind tot und das wollte Abdul Hamid!
Man setze ihn ab!

Nr. 2902

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 203 Therapia, den 30. August 1896

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, in der Anlage die Antwortsnote der Pforte vom 28. d. Mts.** auf unsere an dieselbe gerichtete Kollektivnote vom 28. August d. Js. (Bericht Nr. 200***) abschriftlich gehorsamst zu überreichen.

In ihrer Entgegnung sucht die Pforte die Vorhaltungen zu entkräften, welche ihr in betreff der Unzulänglichkeit und teilweise gänzlichen Abwesenheit von Regierungsmaßregeln zur Unterdrückung der Schlächtereien von Armeniern durch den mohammedanischen Pöbel von uns gemacht worden waren.

Die Rechtfertigung ist ihr schlecht gelungen. Namentlich gleitet sie stets mit Geschicklichkeit über den Hauptpunkt, d. i. die syste-

* Das vom 28. August datierte Kollektivtelegramm ist abgedruckt u. a. in: Das Staatsarchiv, Bd. 59, S. 247 f.
** Gedruckt u. a. in: Das Staatsarchiv, Bd. 59, S. 248 ff.
*** Vgl. Nr. 2901.

matisch organisierte, mörderische Tätigkeit der türkischen Volksbanden hinweg, während sie mit Ostentation immer wieder auf die Provozierungen der Armenier deutet, deren Zurückweisung mit Waffengewalt durch die Truppen der türkischen Regierung ja vollständig zusteht und sogar ihre Pflicht ist.

In unseren Botschafterbesprechungen zeigt sich seit Verübung der jüngsten türkischen Greuel eine große Aufgebrachtheit gegen die hiesige Regierung, welche hier und da eine übertriebene Schärfe anzunehmen droht. Ich bin bestrebt — immer unter Aufrechterhaltung unseres geschlossenen Zusammengehens —, den Kollegen möglichste Objektivität und Mäßigung zu empfehlen, um uns nicht formell oder materiell ins Unrecht zu setzen.

Saurma

Nr. 2903

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 204 Therapia, den 1. September 1896

Der diesmalige armenische Putsch, welcher den Armeniern so teuer zu stehen kam — man berechnet die Zahl der Getöteten auf etwa 8000 —, scheint sich dem Ende zu nähern.

Der Zweck, den das armenische Revolutionskomitee mit der unsinnigen Ruhestörung in Konstantinopel verfolgte, war der, die Augen der europäischen Mächte von neuem auf die armenischen Verhältnisse zu ziehen und dieselben gewissermaßen zu zwingen, für ihre Sache einzutreten, wenn neue Metzeleien in der Hauptstadt des Landes einträten. Diese Metzeleien waren also systematisch von ihnen herbeigeführt. Nur sind dieselben in einer von ihnen kaum erwarteten Ausdehnung von den Türken bewirkt worden, ohne den Armeniern den von ihnen erhofften Erfolg zu bringen. Im Gegenteil dürften sich dieselben durch ihre obstinaten Versuche der Selbsthülfe in Europa manche Sympathien verscherzt haben, welche sie daselbst besaßen.

Dies hindert allerdings nicht, die grausame Art und Weise zu verurteilen, in welcher türkischerseits die Bewegung unterdrückt wurde. Ob Schuldige oder Unschuldige, war bei der Tötung der Armenier gleichgültig. Wer dieser Nation angehörte, wurde eben abgeschlachtet, gleichviel wo man ihn fand oder begegnete. Jeder Niedergeschlagene wurde solange getreten, gestochen oder geschossen, bis der letzte Atemzug entflohen war. Bestialische Verstümmelungen der entseelten Körper fanden häufig statt. Der Asiate zeigte sich hier in seiner ganzen Wildheit.

Während all dieses Mordens und Tobens des Pöbels war die Sicherheit der Fremden nicht einen Augenblick gefährdet. Sowohl von den Truppen als von der Polizei, als sogar von dem mit den Keulenstöcken arbeitenden Volk wurde denselben stets mit Höflichkeit begegnet.

Als ich mit dem ersten Botschaftsdragoman bei einer feuernden Infanterieabteilung vorbeikam, um nach der deutschen Post zu sehen, machte das Militär unter Einstellung des Feuers sofort Platz, um meinen Wagen durchzulassen.

Kurz, vom ersten bis zum letzten Augenblick der bisherigen Bewegung hatten die fremden Kolonien nicht das mindeste für ihre persönliche Sicherheit zu fürchten. Deshalb hielt ich es auch für überflüssig, die Botschaft und das Hospital, sei es durch türkische Posten oder Matrosenabteilungen der „Loreley", besetzen zu lassen. Plünderungen von Magazinen von Fremden, unter denen sich auch einige Deutsche befinden, sind allerdings vorgekommen. Dies war aber an Orten, wo der Tumult am ärgsten und die Volkswut wegen der unter die Türken dort geschleuderten armenischen Bomben am größten war.

Im ganzen zeigten sich auch die Kolonien — einige Schwächlinge ausgenommen — nicht beunruhigt. Von Deutschen, obwohl ich ihnen das Botschaftshotel in Pera zur Verfügung gestellt hatte, hat niemand Zuflucht darin gesucht.

Aus Rücksichten der Menschlichkeit habe ich gestattet, daß eine größere Anzahl verzweifelter Armenier, meist Frauen und Kinder, sowie einer ihrer Priester, Zuflucht in unserer Botschaft fanden.

Ein mit Keulenstöcken bewaffneter Trupp von Lasen und kurdischem Gesindel, welcher lüstern nach seinen entschwundenen Opfern vor der Botschaft lagerte, wurde durch eine von dem Hausverwalter benachrichtigte türkische Offizierspatrouille sofort vertrieben, um nicht wieder zu erscheinen. —

Saurma

Nr. 2904

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 225 Therapia, den 19. September 1896

Durch zwei aufeinanderfolgende Telegramme rief Seine Majestät der Sultan mich gestern nach Jildis.

Sogleich bei meinem Erscheinen schilderte mir Seine Majestät die gegenwärtige Lage der hiesigen Verhältnisse und die Schwierigkeiten, in welche er durch den jüngsten Wiederausbruch der armenischen Unruhen gesetzt worden sei. Auf der einen Seite müsse er die Ruhe im

Lande und in der Hauptstadt wiederherstellen und daher scharf gegen die Aufrührer vorgehen. Auf der anderen Seite mache man ihm die Art der dabei angewandten Mittel zum Vorwurf. Ich möge ihm selbst sagen, was er zu tun habe, um jedermann zu befriedigen.

Ich erklärte Seiner Majestät, daß ich die Niederwerfung des armenischen Aufstandes für sein Recht und seine Pflicht als Souverän ansehe. Wenn sich die Armenier zur Auflehnung gegen ihn hinreißen ließen, so sei strenge Strafe in der Ordnung.

Dasjenige, was aber türkischerseits stets dabei außer acht gelassen worden, sei die gerechte Sichtung der Schuldigen und Unschuldigen. Um einen Übeltäter zu treffen, seien Hunderte von Schuldlosen niedergemacht worden[1].

Die barbarische Art, wie dabei verfahren worden, habe die gerechte Entrüstung von ganz Europa hervorgerufen. In einem geordneten Staate dürften nicht Banden rohen Straßengesindels dazu benutzt werden, um eine revolutionäre Bewegung der Bevölkerung zu unterdrücken.

Wie unsere Regierungen darüber dächten, sei mir noch nicht bekannt[2]. Jedenfalls schiene es aber gefährlich, ihrem bisher gezeigten Langmut bei Betrachtung der nicht enden wollenden hiesigen Wirren allzuviel zuzumuten.

Ich riete daher Seiner Majestät, so schnell als möglich Befehl zur Beendigung der Armenierverfolgung zu geben, welche in wahrhaft empörender Weise von seinen Organen betrieben werde. Wie Heerden würden die Unglücklichen von allen Seiten noch heute in die Gefängnisse zusammengetrieben, um hier großenteils zu verschwinden — wohin wisse niemand.

Die unschuldig gefangen Gehaltenen müßten in Freiheit gesetzt und ihren Familien zurückgegeben werden. Diese selbst, denen alles geraubt worden, seien von Staats wegen zu erhalten[3], bis sie sich ihren Lebensunterhalt selbst wieder verdienen könnten. In öffentlichen Proklamationen müßte der Bevölkerung Konstantinopels erklärt werden, daß nunmehr die Verhaftungen von Armeniern beendet seien und letztere unbehelligt bleiben würden, falls sie sich ruhig verhielten. Die den Armeniern Anatoliens versprochenen Reformen seien schnell und bedingungslos einzuführen[4].

Auf diese Weise zeige Seine Majestät seinen guten Willen und das Bestreben, das Vertrauen nicht nur seiner armenischen Untertanen, sondern auch der europäischen Mächte wiederzugewinnen[5], welche ein naheliegendes Interesse an den geordneten Zuständen des Nachbarstaates haben[6].

Bei unserer Unterhaltung kam der Sultan auf die Haltung der Armee während der Tage vom 26. und 27. v. Mts. zu sprechen und sagte, er habe angesichts der in dieser Beziehung von verschiedenen Seiten gegen dieselbe erhobenen Beschuldigungen strenge Untersuchung

angeordnet. Ich konnte nicht umhin zu erwidern, daß die Haltung der Truppen durchaus diszipliniert und musterhaft war und sicher die Ordnung durch dieselben sofort wiederhergestellt worden wäre, wenn eben die Befehle zum Eingreifen nicht 48 Stunden zu spät ergangen wären.

Der Sultan drückte sein Bedauern darüber aus, suchte aber darzutun, daß ihn selbst die Schuld hierfür nicht treffe, da er ja die nur generellen Befehle geben könne und manches ohne sein Wissen geschehe[5].

Bei meinem Fortgange bat mich Seine Majestät der Sultan, ihm auch ferner mit meinem Rat beistehn zu wollen[7], dem er vor allem vertraue, da er von dem Vertreter Seiner Majestät des Kaisers ausgehe, welchen er nach wie vor als seine festeste Stütze betrachte[8].

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] ?!

[3] ! womit? deficiente pecu deficit armenia

[4] !

[5] !!

[6] Der Herr Botschafter sind ein großer Optimist

[7] Das soll Saurma hübsch bleiben lassen, er kommt bei dem schlauen Effendimis damit in Deibels Küche!

[8] Jawohl das klingt sehr schön! Und hernach wenn es Effendimis paßt, dann thut er was Böses und sagt den andern Botschaftern **ich** hätte es ihm gerathen! Mein Botschafter ist nicht dazu da dem Sultan sein Reich regieren zu helfen, das soll er füglich dem Großvezir überlassen. Zudem übersieht Saurma ganz, daß es mit der Armenischen Frage allein nicht gemacht ist. Viel ernster ist die wachsende Unzufriedenheit der Muhamedaner in allen Kreisen zumal der Armee. Effendimis weiß das ganz gut, und hat erst mit Verhaftungen und Ertränkungen gearbeitet. Da das aber nicht geholfen hat, läßt er die Muhamedaner auf die Armenier als Christen los um sich bei ihnen einzuschmeicheln. W.

Nr. 2905

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 236 Therapia, den 1. Oktober 1896

In der Absicht klarzustellen, ob und eventuell welche von denjenigen Vorwürfen begründet seien, die von der europäischen Presse den türkischen Militär- und Polizeibehörden bezüglich ihrer Haltung bei den Metzeleien von Konstantinopel gemacht wurden, hat Seine Majestät der Sultan eine aus zehn höheren Militärpersonen bestehende Untersuchungskommission niedergesetzt.

Zur Teilnahme an derselben ist außer den in türkischen Diensten stehenden Generalen Woods Pascha (Engländer), Lecocq (Franzose), Graf Széchényi (Österreicher) auch der Muschir Kamphövener Pascha berufen worden. Letzterer ist unter diesen fremden Offizieren derjenige, dessen Urteil allerseits als besonders achtbar und maßgebend angesehen wird.

Kamphövener Pascha hat denn auch von vornherein verlangt, daß die der Kommission zu überweisende Aufgabe in durchaus ernster und objektiver Weise behandelt werde.

Er hat daher Seiner Majestät dem Sultan erklärt, er müsse seine Anteilnahme an der Kommission von der Bedingung abhängig machen, daß folgende Punkte darin ausdrücklich zur Erörterung gestellt würden:

1. Haben der Polizeiminister oder die Organe der Polizei vorherige Kenntnis von der Absicht der Armenier gehabt, am 26. August einen Aufruhr anzustiften?

2. Haben der Polizeiminister resp. die Polizeiorgane, gestützt auf eine derartige Kenntnis, Vorbereitungen getroffen, welche darauf hingingen, die Polizei durch Elemente aus dem Volk (Kurden, Lasen, Arnauten u. a.) zu verstärken, welche sich nach Belieben bewaffnen durften?

3. Ist denselben seitens der Organe der Polizei die Anregung gegeben worden, zur Tat zu schreiten?

Wenn diese Fragen auf Grund glaubwürdiger Zeugenaussagen verneint würden, so seien folgende andere Fragen zu stellen:

4. Warum hat die Polizei nicht die Verfolgung der Armenier da verhindert, wo ein Angriff der letzteren nicht stattfand?

5. Warum sind die Offiziere der Armee nicht aus eigener Initiative da eingeschritten, wo man vor ihren Augen Armenier tötete, welche nicht angriffen?

6. Warum sind die Befehle, dem Gemetzel Einhalt zu tun, nicht früher erteilt worden?

7. Die Verluste an Toten und Verwundeten seien amtlich festzustellen, und zwar:

1. die von Armeniern,
2. von Muselmanen,
3. von Griechen, Juden pp.,
4. von der Polizei und Gendarmerie,
5. von der aktiven Armee. —

Es wäre zu wünschen, daß die Kommission diese Fragen, zu deren Prüfung Seine Majestät der Sultan seine Zustimmung gegeben hat, ernst und gewissenhaft behandelte.

Es würden dann sicher zahlreiche Personen entdeckt werden, welche während der Ereignisse vom 26. und 27. August in strafwürdiger Weise gehandelt haben und nachträglich zur Rechenschaft

gezogen werden können, was ohne Zweifel in hohem Grade zur allgemeinen Beruhigung der Gemüter in der Hauptstadt beitragen würde.

In dieser Beziehung richtet sich das Augenmerk immer mehr auf den gegenwärtigen Polizeiminister, welcher die den Truppen damals erteilten Befehle zum Eingreifen über Gebühr lange Zeit zurückgehalten und auf diese Weise das Gemetzel verlängert habe.

Sollte alsdann — nach eventueller Beseitigung des gegenwärtigen Polizeiministers, welcher ein bekannt nichtswürdiger Mensch ist — eine ehrenwerte Persönlichkeit auf diesen eminent wichtigen Posten berufen werden, so würde Seine Majestät der Sultan damit einen weiteren bedeutenden Schritt zur Wiedergewinnung des allgemeinen Vertrauens nicht nur unter den hiesigen Fremden, sondern auch unter seinen eigenen Untertanen getan haben. —

Saurma

Nr. 2906

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 243 Therapia, den 7. Oktober 1896

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage Abschrift einer schriftlichen Meldung gehorsamst zu überreichen, welche mir der erste Dragoman der Botschaft in betreff eines an ihn von Seiner Majestät dem Sultan gerichteten Ansuchens gemacht hat*, den Marschall Kamphövener zu bestimmen, das von ihm eingereichte Entlassungsgesuch wieder zurückzuziehen und an den Arbeiten der Untersuchungskommission (Bericht Nr. 236**) wieder teilzunehmen.

Den Tag nach dem in der Anlage geschilderten Vorkommnis erschien der Marschall Kamphövener bei mir, um mir des näheren die Beweggründe auseinanderzusetzen, welche ihn bestimmt hätten, seinen Austritt aus der Kommission zu erklären und zugleich seinen Abschied bei Seiner Majestät dem Sultan einzureichen.

In erster Beziehung erklärte der Marschall, es sei ihm unmöglich, an einer Kommission weiter teilzunehmen, deren freie Entschließungen von oben her vergewaltigt würden, und zwar in einer die Würde der Mitglieder schwer verletzenden Weise durch den verächtlichen Vertrauten und Ratgeber des Sultans Izzet Bey.

* Das Schreiben des Dragomans Testa vom 6. Oktober, das ausführliche Mitteilungen über den Zusammenstoß des Marschalls Kamphövener mit Izzet Bey in der Sitzung der militärischen Untersuchungskommission vom 4. Oktober enthält, ist hier nicht abgedruckt, weil der wesentliche Inhalt schon aus dem obigen Berichte Saurmas und dem weiter unten (Nr. 2907, Anlage) mitgeteilten Schreiben Kamphöveners an Saurma vom 19 Oktober erhellt.

** Siehe Nr. 2905.

Er, der Marschall, halte es mit seinem Gewissen nicht für verträglich, bei einer Scheinkomödie mitzuwirken, auf welche die ganze Untersuchungskommission herauskomme.

Andererseits bemerkte der Marschall, daß er in der vorliegenden Angelegenheit die Empfindung habe, als schenke ihm Seine Majestät nicht dasjenige volle Vertrauen, dessen er zur Erfüllung der ihm übertragenen ernsten Pflichten bedürfe, und daß er aus diesem Grunde um seine Entlassung aus dem türkischen Militärdienst überhaupt schriftlich gebeten habe.

Ich erwiderte dem Marschall, daß ich in meiner diplomatischen Stellung mich nicht für ermächtigt halte, in einer dienstlichen Angelegenheit offiziell zu intervenieren, welche sich zwischen Seiner Majestät dem Sultan und einem seiner Generale abspiele. Nur möchte ich ihm privatim und vertraulich bemerken, daß, wenn ich auch die Motive vollkommen würdigte, die für seine Haltung maßgebend gewesen seien, ich doch seine Entfernung von hier nur würde bedauern können.

Einerseits würde damit Seiner Majestät dem Sultan, welchem er sich doch nützlich zu erweisen bestrebt sei, ein empfindlicher Schlag in der öffentlichen Meinung versetzt werden, andererseits dürfte es kaum erwünscht erscheinen, wenn ehrenhafte und pflichttreue Elemente, wie unsere hiesigen Offiziere, sich in einem Augenblick von hier zurückziehen, wo sie durch ihr achtunggebietendes Auftreten zur Verbesserung der allgemeinen Lage der Verhältnisse in hohem Grade beitragen können.

Für die Fortsetzung seiner Tätigkeit in der Untersuchungskommission sähe ich kein Hindernis, wenn — was allerdings erforderlich — genügende Garantien[1] dafür würden erreicht sein, daß die Freiheit der Entschließungen der Kommissionsmitglieder in Zukunft geachtet werde.

Seiner Majestät dem Sultan beabsichtige ich durch den ersten Dragoman der Botschaft mitteilen zu lassen, daß ich mich nicht für befugt halte, in dienstlichen Angelegenheiten zwischen ihm und seinen ihm unterstellten Generalen einzugreifen[2], daß ich ihm aber privatim riete, den vom Marschall Kamphövener geltendgemachten Rücksichten Rechnung zu tragen und dem Marschall überhaupt dasjenige volle Vertrauen zu schenken, welches er meiner Überzeugung in vollstem Maße verdiene.

Auf diese Weise dürfte sich die gerade im gegenwärtigen Augenblick gewiß recht unerwünschte Komplikation noch vielleicht lösen.

Was das Auftreten der übrigen in der Untersuchungskommission befindlichen fremden Generale betrifft, so ist dasselbe verschieden.

Der Franzose, General Lecocq, erklärte sofort in energischer Weise, den Standpunkt Kamphöveners zu teilen, und kündigte seinen augen-

blicklichen Austritt aus der Kommission an. Der Österreicher, General Graf Széchényi, folgte zögernd.

Die beiden Engländer, Woods und Blunt Pascha, beides unzurechnungsfähige Schwachköpfe, fügten sich ohne weiteres allem, was ihnen von Izzet Bey zugemutet wurde.

Weiteren Bericht über den ferneren Verlauf der Angelegenheit behalte ich mir gehorsamst vor. —

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Woher sollen diese kommen?
[2] richtig

Nr. 2907

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe*

Ausfertigung

Nr. 255 Therapia, den 21. Oktober 1896

Der Marschall Kamphövener Pascha übergab mir heute den anliegenden Bericht über die Motive, welche ihn veranlaßt haben, aus der Untersuchungskommission, über welche ich mich in meinem Bericht Nr. 243** des längeren ausgelassen habe, auszutreten.

Er bemerkte dabei, daß er Wert darauf legen müsse, sein Verhalten klarzustellen, um allen in dieser Beziehung von anderer Seite etwa versuchten Entstellungen vorzubeugen, welche ihm in seiner Stellung als preußischer General nicht gleichgültig sein könnten.

Saurma

Anlage

Der türkische Marschall Kamphövener Pascha an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Ausfertigung

Konstantinopel, den 19. Oktober 1896

Euer Exzellenz hatte ich die Ehre seinerzeit mitzuteilen, daß ich infolge des Auftretens des zweiten Sekretärs Seiner Majestät des Sultans Izzet Bey in der Sitzung der Enquête-Kommission über die armenische Emeute vom 4. Oktober sowie infolge der Beeinflussung, welche dieser Abgesandte des Sultans auf die ganze Kommission und in Sonderheit

---

* Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.
** Siehe Nr. 2906.

auf die „Membres honoraires“ fremder Nationalität auszuüben versucht hat, mich seinerzeit veranlaßt gesehen hatte, die Kommission zu verlassen. Ich hatte dann die Gründe, welche mich zu diesem Schritt bestimmt hatten, Euer Exzellenz persönlich mitgeteilt und mich hierzu sowie zur Klarlegung der ganzen Situation deswegen verpflichtet gefühlt, da Seine Majestät der Sultan die Kaiserliche Botschaft durch Berufung des Kaiserlichen Dragomans Herrn Testa in die Sache selbst hineingezogen hatte und ich darauf Wert legen mußte, Euer Exzellenz meine Haltung gegenüber Verschleierungen des Palais zur genauen Kenntnis zu bringen.

Die Sprache, welche Izzet Bey führte, um den Befehlen und Absichten Seiner Majestät zur Durchführung zu verhelfen, war eine vergewaltigende, kategorisch befehlende und einschüchternde, welche natürlich auf die türkischen Mitglieder der vielköpfigen Kommission (neben den 5 Membres honoraires 4 Marschälle, 6 Divisionäre, 4 Brigadegeneräle und eine entsprechende Anzahl niederer Chargen) derartig wirkte, daß ihre Arbeit sowie ihr Schlußurteil in schwere Fesseln gelegt wird, und daß beide daher den Hauptwert einer freien, unbeeinflußten Urteilsabgabe einbüßen.

Nachdem Izzet Bey dem General Lecocq Pascha, französischer Nationalität, am Schlusse einer heftigen Diskussion die ihn provozierenden Worte: „parti pris“ entgegengeworfen hatte, nachdem ich mit ersterem Herrn eine scharfe Auseinandersetzung darüber gehabt hatte, wie weit und in welcher Form ich zu einer verantwortlichen Teilnahme an den Arbeiten der Kommission bereit sei, war dieser sehr gerissene und kluge Dialektiker und Intrigant zunächst so unvorsichtig, mich öffentlich in bezug darauf, was mein Schlußurteil enthalten werde, zu befragen. Ich verweigerte ihm hierauf jede Antwort, indem ich hinzufügte, daß ich seine Frage als einen ungehörigen Versuch zur Beeinflussung meiner freien Meinung auffasse, für welche ich nur vor meinem eigenen Gewissen allein verantwortlich sei.

Hierauf warf er mir in heftiger Weise die Worte entgegen: „Alors je vois, que l’on ne veut pas laver le pays des taches dont on le souille!“

Nunmehr erhob ich mich und erklärte Izzet Bey, daß ich ihm nicht die Berechtigung zuerkennen könne, meine gute Absicht und meinen Willen, Seiner Majestät dem Sultan auch bei dieser Gelegenheit nach meinem Gewissen zu dienen, irgendwie zu kritisieren oder in Zweifel zu ziehen, und daß ich angesichts solcher Sprache die Kommission verlassen müsse. Ich setzte noch hinzu, daß die Form und die Sprache, in welche er die Befehle und die Vermittelung Seiner Majestät kleide, ebensowenig meiner Stellung eines türkischen Marschalls noch der eines preußischen Generals entspräche. Diesem Schritt schloß sich General Lecocq Pascha, indem er auf die ihn verletzende oben angeführte Redensart noch Bezug nahm, unmittelbar an.

Seiner Majestät dem Sultan teilte ich diesen Vorfall mit und legte

allerhöchstdemselben zugleich die alleruntertänigste Bitte meines Abschieds zu Füßen, indem ich ausführte, daß die ganzen Verhandlungen der letzten Tage mir gezeigt hätten, daß ich nicht dasjenige unbedingte Vertrauen Seiner Majestät besitze, welches die Wichtigkeit und die Natur des Auftrages erfordern.

Euer Exzellenz wissen, daß Seine Majestät der Sultan mich in einer Audienz allerhöchstpersönlich gebeten, gegen Anklagen, welche man gegen das Verhalten seiner T r u p p e n bei der armenischen Emeute erhebe, als Ehrenretter aufzutreten. Seine Majestät habe die Teftiseh Askeri-Kommission mit einer Enquête beauftragt; ich solle von dem Material derselben Kenntnis nehmen, und stände es mir f r e i , selbst weitere Erhebungen an Ort und Stelle, wenn ich sie für nötig halte, zu machen. Ich hebe hierbei hervor, daß mir letzteres völlig überlassen wurde, ein Punkt, welchen man nunmehr in der Form eines nachträglichen Iradees als B e f e h l f ü r m i c h zu ändern versucht.

Diesen allerhöchsten Auftrag, welcher mit meiner militärischen Aufgabe hierselbst völlig vereinbar war, und welchen ich nach allem, was ich über die Haltung der Armee gehört hatte, wohl erfüllen konnte, mußte ich in der Form, wie Seine Majestät ihn mir gestellt, annehmen. Ich konnte ihn nicht anders verstehen, als daß ich schließlich ein G u t a c h t e n , d. h. eine Art Urteil über das Verhalten der Truppen, abzugeben hatte. Ich betone diesen Umstand besonders, da man mir nunmehr innerhalb der gänzlich veränderten, die ganze armenische Bewegung umfassenden, erweiterten Aufgabe jedes eigene Schlußurteil, jede freie Meinungsäußerung versagt.

Die Kommission legte mir nunmehr ein Resümee, welches dieselbe auf Grund ihrer bisherigen Enquête an Seine Majestät den Sultan gerichtet hatte, zur Kenntnisnahme in französischer Übersetzung vor.

Dieses Schriftstück war so für den Zweck poliert, so nichtssagend und stellte alles, was von seiten der Polizei geschehen und unterlassen war, in dem rosigen Lichte so treuer Pflichterfüllung dar, daß ich sofort begriff, daß, wenn gegenüber den bekannten Tatsachen Europa ein diesem nur ähnliches Schriftstück vorgelegt würde, die ganze Presse ein Hohngelächter erheben würde.

Ich schrieb infolgedessen an Seine Majestät den Sultan den Euer Exzellenz seinerzeit bekanntgegebenen Brief*, um einerseits Seine Majestät den Sultan vor den üblen Folgen einer öffentlichen Bekanntgebung in dieser Form zu bewahren und zugleich allerhöchstdenselben in unzweideutiger Weise über meine Ansichten gegenüber dieser veränderten Gestaltung meiner Aufgabe aufzuklären. Dieser Brief wurde, nachdem mich der Sultan noch darüber hatte befragen lassen, wie ich denn überhaupt zu der dort unter Nr. 2 aufgestellten Frage gekommen sei (ich

---

* Nicht bei den Akten. Inhaltlich vgl. Nr. 2905.

antwortete, die Frage sei ein Ausdruck der öffentlichen Meinung und der europäischen Presse), der Kommission nach vielen Auseinandersetzungen durch den beauftragten Kammerherrn in meiner Gegenwart vorgelegt.

In dieser Bekanntgebung des Briefes an Eure Exzellenz lag für mich keinerlei Indiskretion, da mir Seine Majestät in der Audienz allerhöchst eröffnet hatten, daß allerhöchstdieselbe Eure Exzellenz von dem mir erteilten Auftrage verständigen werde. Ich hielt mich zu dieser Mitteilung außerdem für verpflichtet, damit gegenüber der international-politischen Rolle, welche man mir bei diesem Auftrage anscheinend in verantwortlicher Weise nunmehr oktroyiert hatte, auch dem Herrn Botschafter des deutschen Reiches meine grundlegende Auffassung unzweifelhaft bekannt sei.

Auf Grund dieses Briefes und meiner der Kommission hierdurch kundgegebenen Auffassung nahm ich nunmehr an den Arbeiten der Kommission teil. Man richtete hierauf Anfragen an den Polizeiminister und sandte die Subkommissionen zur weiteren Komplettierung der Enquête aus.

Ich gewann bei diesen Arbeiten den Eindruck, daß ein wohltätiger Umschwung zur Erforschung der Wahrheit eingetreten, und daß man von der an allerhöchster Stelle gewünschten Beschönigung der Taten der Polizei zu Anklagen gegen dieselben und selbst zu Vorschlägen zur Besserung für die Zukunft sich aufraffen würde. Ich schicke hier gleich voraus, daß das diesem Ansatz zum Besseren folgende Auftreten von Izzet Bey jene Keime längst erstickt hat, und daß ich daran zweifle, ob man sich an allerhöchster Stelle noch zur Anerkennung der begangenen Fehler entschließen wird.

In weiterem begann ich mit den Mitgliedern der Kommission, welche der französischen Sprache mächtig sind, auf meinen Vorschlag und auf Grund der umfangreichen Erhebungen der Subkommissionen eine Darstellung des ganzen Verlaufs der armenischen Revolte in französischem Text, wobei ich auf weitere Lücken und unbestimmte Angaben aufmerksam machte, um ein möglichst richtiges Bild der Emeute mit allen Einzelheiten zu erhalten.

Nach einigen Tagen dieser Arbeit, welche mir zu gleicher Zeit zur genauen Information diente, wurde ich plötzlich durch kaiserliches Iradee zum Ehrenmitglied der Teftiseh Askeri-Kommission ernannt und wurden derselben in gleicher Weise zugeteilt:

der Franzose Lecocq Pascha,
der Ungar Graf Széchényi Pascha,
die Engländer Woods und Blunt Pascha.

Dieser mich völlig überraschende, auffallende Entschluß Seiner Majestät des Sultans hat im Laufe der Dinge eine genügende Aufklärung gefunden. Man wollte hierdurch unsere Verantwortung für die ganze Enquête in überzeugender Weise durch unsere Namen als

Mitglieder der Kommission festnageln und der Enquête vor Europa den Stempel einer internationalen, unparteiischen Untersuchung aufprägen. Damit traten wir Ehrenmitglieder auf den vordersten Plan.

Ich hebe hierbei hervor, daß die zu diesem Zweck zugezogenen Mitglieder fremder Nationen zum Teil dieser Aufgabe nicht entsprechen, und daß sie nicht alle geeignet sind, mir, als preußischem General, einen wesentlichen Teil meiner hohen Verantwortung abzunehmen. Sie sind entweder zu abhängig von den Befehlen des Palais, arbeiten teilweise für dieses in der ausländischen Presse, sodaß sich der Grad ihrer Unabhängigkeit sehr unbedeutend von dem der türkischen Mitglieder der Kommission unterscheidet, oder ihnen ist im Laufe der Zeit bereits gänzlich das Rückgrat abhanden gekommen. — Eine rühmliche Ausnahme bietet der Franzose Lecocq Pascha. —

Am 3. Oktober kam nun die Art der Abfassung des Rapports an Seine Majestät den Sultan und die Art der Zeichnung desselben zur Sprache. Wir entschieden uns für einen historischen Teil, in welchem die Erhebungen der Subkommissionen nach Ort und Zeit zusammengestellt sind, und für einen zweiten Teil, die Konklusion, in welcher wir unsere Meinungen als Schlußurteil niederzulegen hätten. Diese Teilung wurde zunächst von Seiner Majestät sanktioniert.

Man verlangte nun von uns Ehrenmitgliedern, daß wir diese seit Wochen von den Subkommissionen gemachten Erhebungen in der Eingangsformel als unser eigenes Werk anerkennen sollten, während ich, Lecocq und Szechényi Pascha erstere Formel nur unter der Redaktion der „Kenntnisnahme" annehmen wollten. Dagegen erklärten wir uns bereit, für den wichtigeren Teil, die Konklusion, die volle Verantwortung mit unserer Namensunterschrift zu übernehmen.

Dieser Differenzpunkt kam Seiner Majestät dem Sultan zur Vorlage.

Es erschienen nunmehr, wie oben erzählt, Izzet Bey und der Kammerherr Arif Bey, und sprach ersterer in der charakterisierten vergewaltigenden Form es deutlich aus, daß wir Mitglieder „honoraires" wie alle anderen den Befehlen Seiner Majestät des Sultans für die Behandlung der Sache einfach Folge zu leisten hätten. Ich erklärte meine abweichende Ansicht, welche aus der abweichenden Qualität meiner Stellung als Mitglied deutscher Nationalität gegenüber den Türken sich ergebe. Ich setzte ihm auseinander, daß ich diesen Standpunkt des Gehorchens für Aufträge rein militärischer Natur als zweifellos richtig anerkenne und auch hiernach stets gehandelt habe, daß ich aber in diesem ganz exzeptionellen Falle eines Auftrages politischen Charakters mir nach meinem Gewissen es vorbehalten müsse, wieweit ich auf die Wünsche oder Befehle Seiner Majestät einzugehen in der Lage wäre.

Ich erklärte zugleich, daß es mir unmöglich sei, mich persönlich an die verschiedenen Örtlichkeiten zu begeben, um Erhebungen zu

machen, da solche dann nach meiner Auffassung einen ganz anderen Umfang gewinnen müßten, daß ich das vorliegende, eventuell nach Wunsch noch zu ergänzende Material in Verbindung mit meinen persönlichen Informationen für den Zweck und mein Urteil für genügend erachte, und daß ich eine weitere Ausdehnung der Enquête, wie sie dann in weiteren, namentlich europäischen Kreisen notwendig würde, für die Beruhigung der Lage in politischem Sinne nur für schädlich (nuisible) halten könne.

Obgleich Seine Majestät der Sultan zunächst nur den Dienst einer Ehrenrettung seiner Armee von mir verlangt habe, der, weil im Rahmen meiner militärischen Stellung liegend, von mir rückhaltlos akzeptiert sei, so wolle ich auch diesen Dienst Seiner Majestät gern leisten, aber nur nach meinem Gewissen, sowie frei und unbeeinflußt.

Auf dieser Grundlage wolle ich das Material der Enquête studieren und unter ausdrücklicher Berücksichtigung der sieben in meinem Schreiben an Seine Majestät hervorgehobenen Punkte meine Meinung in Form einer Konklusion der Kommission zur Diskussion vorlegen. Bei Meinungsdifferenz behielte ich mir mein Separatvotum vor.

Nach dieser Erklärung holte Izzet Bey von Seiner Majestät dem Sultan neue Instruktionen ein. In die Kommission zurückgekehrt, teilte er mit, daß wir wie die übrigen gemäß des kaiserlichen Iradees zu verfahren hätten, und setzte dann in unwürdiger Form, welche ich nur mit der unartigen Kindern gegenüber beliebten vergleichen kann, hinzu, Seine Majestät lasse uns aber bis morgen Zeit „de bien réfléchir“.

Ich antwortete, daß ich keines weiteren Zeitaufschubs für meinen Entschluß, welcher derselbe bleibe, bedürfe. An die folgende Diskussion schloß sich dann für mich die Notwendigkeit, wie ich dies am Eingang erwähnte, die Kommission zu verlassen.

Euer Exzellenz teile ich zur Erklärung meines Entschlusses, warum ich persönliche Erhebungen über die armenische Emeute ablehnen zu müssen geglaubt habe, folgende Gründe mit: In den mir hierzu offiziell zur Verfügung stehenden Kreisen erscheint mir die Zeugenaussage, da dieselbe bereits von den Subkommissionen festgelegt ist, jeden Erfolg zur weiteren Erforschung der Wahrheit auszuschließen. Die Furcht vor Unannehmlichkeiten und Weitläuftigkeiten jetzt und in der Zukunft infolge von gravierenden Aussagen gegen die Polizei in Gegenwart türkischer Kommissionsmitglieder beherrscht alle Kreise.

Außerdem sind die eigentlichen Ankläger meist tot oder hinter den Mauern der Gefängnisse, in welche man uns nicht hineinläßt; die Polizei lügt, da man gerechterweise eine Selbstanklage von ihr nicht erwarten kann. Die wenigen nicht zu vertuschenden Fälle grober Pflichtverletzung der Polizei, wie Diebstahl, Plünderung pp., sind bereits festgestellt, und den Überlebenden schließt die Furcht den Mund.

Die scheinbare Internationalität der Jildis-Kommission ist daher ein auf Täuschung berechnetes Manöver, zu welchem ich mich als preußischer General in der von oben befohlenen Form nicht hergeben will. Diese verlangte Form wurde nun in den folgenden Tagen die, daß Seine Majestät der Sultan der Kommission das Recht jeglicher Meinungsäußerung, d. h. der zunächst von Seiner Majestät bereits genehmigten Konklusion verweigerte und nur eine nackte Relation über den Verlauf der armenischen Revolte genehmigte. Der weitere Verlauf war folgender:

Am 8. Oktober ward ich nach Jildis berufen; Izzet Bey und der Kammerherr Nuri Pascha erschienen; ersterer bat mich zunächst wegen der in der Kommission gemachten Äußerungen um Entschuldigung, erklärte sich auch bereit zu jeglicher Erklärung in der Kommission, und beide Herrn suchten mich nun zur weiteren Teilnahme an den Arbeiten der Kommission zu bewegen. Ich wiederholte wiederum meine oben geschilderte Auffassung und bat, wenn Seine Majestät dieselbe nicht zu genehmigen in der Lage seien, mich von der ferneren Teilnahme an der Kommission allergnädigst zu entbinden. Diese allerhöchste Entscheidung wurde mir denn auch von den Herrn für diesen Fall bekanntgegeben.

Somit schien die Angelegenheit für mich definitiv entschieden, als ich am 9. Oktober wiederum berufen wurde. Seine Majestät der Sultan genehmigten die Form der „Kenntnisnahme“ und gewähre außerdem die Erlaubnis der Meinungsäußerung, aber nur in Verbindung mit der Relation, am Schlusse der Darstellung jeder Episode.

Ich nahm diese Form, wenngleich sie in der Redaktion weitläufiger, unklarer, schwieriger werden mußte, an, sie wurde als Iradee der Kommission mitgeteilt. In dieser Sitzung (10. Oktober) gab auch Izzet Bey eine befriedigende Erklärung in bezug auf seine verletzende Äußerung ab.

Am 11. Oktober wurden nochmals von Seiner Majestät dem Sultan Instruktionen eingeholt und das Iradee deutlich wiederholt, da der Kammerherr Arif Bey dem Zweifel Raum ließ, ob die Kommission nur die Freiheit der Diskussion habe, oder ob sie auch die Resultate dieser Diskussion, d. h. die endliche Meinungsäußerung den einzelnen Abschnitten schriftlich hinzusetzen dürfe.

Die gesamten Membres honoraires baten nunmehr die Kommission, um das Material eingehend studieren und ihre Anträge als Konklusion zu den einzelnen Abschnitten gewissenhaft formulieren zu können, ihnen Kopien dieser Abschnitte zu geben, unter der Abgabe der Versicherung, diese Kopien nur für 24 Stunden zu behalten und sie niemandem zur Kenntnis zu bringen.

Der Antrag wurde Seiner Majestät dem Sultan vorgelegt, aber allerhöchst nicht genehmigt. Zu gleicher Zeit ergab die auf diesen Antrag erfolgte allerhöchste Antwort einen neuen überraschenden

Wechsel der allerhöchsten Anschauungen und Entschlüsse. Seine Majestät verboten von neuem jegliche Meinungsäußerung, respektive Konklusion.

Infolge dieses völlig veränderten allerhöchsten Willensausdrucks erklärte ich im Verein mit Lecocq Pascha, mich an den Arbeiten der Kommission nicht mehr beteiligen zu können, da mir zu der schwierigen und verantwortlichen Arbeit das dazu unbedingt erforderliche nötige Maß des allerhöchsten Vertrauens fehle, und da ich sähe, daß Seine Majestät der Sultan nicht geruhe, eine freie, nur dem eigenen Gewissen verantwortliche Meinungsäußerung zuzulassen.

Seine Majestät der Sultan befahlen nunmehr der Kommission, den Bericht über den historischen Verlauf der armenischen Emeute fertigzustellen und allerhöchstihm vorzulegen. Meine Teilnahme an dieser Arbeit wurde nicht verlangt, und bin ich somit seit dem 11. Oktober aus der Kommission tatsächlich ausgeschieden.

Kamphövener

Nr. 2908

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 262 Therapia, den 25. Oktober 1896
Vertraulich

Die von England, Rußland und Frankreich hier jüngst beim Sultan getanen Schritte zur Ausführung der versprochenen armenischen Reformen* dürften wohl einige Punkte derselben zum erwünschten Abschluß bringen, für die Gesamtheit der Forderungen jedoch ziemlich wirkungslos bleiben.

* Es ist nicht recht klar, um was für Schritte Englands, Rußlands und Frankreichs es sich handelt; die Akten des Auswärtigen Amts enthalten darüber nichts. Aus dem französischen Gelbbuch: Affaires Arméniennes 1897 ergibt sich, daß der französische Botschafter Cambon um die Mitte Oktober 1896 den Sultan an die Durchführung der schon 1895 versprochenen armenischen Reformen gemahnt hat. In einem Berichte vom 19. Oktober macht Cambon Mitteilungen über ein in Vorbereitung befindliches Reformiradee des Sultans, von dem er indessen nicht allzuviel erwartet. Ausführliche Erklärungen, die der französische Minister des Äußern Hanotaux dann am 3. November in der französischen Deputiertenkammer über die armenische Frage abgab, veranlaßten den Sultan, den französischen Botschafter zu sich zu rufen und ihm die schleunigste Durchführung einer größeren Anzahl von Reformmaßregeln zuzusagen. Ende November 1896 überreichte der türkische Botschafter in Berlin ein ausführliches Promemoria über die schon getroffenen und in Aussicht genommenen Reformmaßregeln. Sie wurden Anfang Dezember dem Botschafter von Saurma von Berlin aus mittels Erlasse Nr. 710 und 712 mitgeteilt, von diesem aber sehr skeptisch aufgenommen.

Dieses Zögern des Sultans bezüglich der Einlösung seines Versprechens dürfte großenteils in der Lauheit[1] zu suchen sein, welche die russische Regierung in der Betreibung der armenischen Angelegenheiten nach wie vor zeigt[2].

Die Beteiligung des Kabinetts von St. Petersburg an der von England angeregten Aktion in Kleinasien hat ja doch wohl nur den Sinn, England nicht allein zu lassen und ihm damit etwaiges unerwünschtes Hantieren zu ermöglichen[3].

Die russische Politik scheint sich hier seit Beginn der armenischen Komplikationen stets gleich zu bleiben[4]. Ungeachtet der Empörung, welche in Rußland die Massenmorde von Christen hervorgerufen haben, wird alles vermieden, was dem Sultan ernste Gefahren bringen könnte. Es ist fast komisch anzusehen, wie der hiesige französische Botschafter, Herr Cambon, welcher innerlich vor Wut gegen den Sultan schäumt, sich unter den Fesseln krümmt, welche ihm Herr von Nelidow anlegt, um ihn in Ruhe zu halten. pp*.

Im Einklang damit steht der Ernst, mit welchem der hiesige russische Botschafter die Pforte vor einer Wiederholung von Metzeleien in Konstantinopel warnt. Denn eine neue Metzelei in der Hauptstadt würde voraussichtlich das Erscheinen von fremden Kriegsschiffen im Bosporus zur Folge haben und den Dingen eine Wendung geben, welche die speziellen, auf eine s p ä t e r e Zukunft berechneten russischen Absichten hinsichtlich der Türkei erheblich stören könnte. Herr von Nelidow hat daher dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vor kurzem rundweg erklärt, er würde, falls ähnliche Greuel von neuem hier stattfinden sollten, den russischen Stationären Befehl erteilen, sofort auf die muselmanischen Stadtteile zu feuern. —

Über etwaige besondere Beziehungen, welche sich seit einiger Zeit zwischen Rußland und der Türkei zu bilden scheinen, sowie über die Möglichkeit, ob oder inwieweit Frankreich an dieser russisch-türkischen Intimität als Teilnehmer wird auftreten können, behalte ich mir eventuell weiteren Bericht gehorsamst vor.

S a u r m a

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das hat ihm Currie weis gemacht

[2] was hat denn Russland mit den Armeniern zu thun!?

[3] natürlich

[4] das merkt er jetzt erst?

Schlußbemerkung des Kaisers:

Saurma thut so wie wenn er die Ziele der Russischen Politik erst heute entdeckt hätte. Was er da als überraschend schildert, ist längst bekannt. Es ist so, als ob einer sagt: Merkwürdig, daß, wenn keine Wolken am Himmel sind, 12 Uhr Mittags die Sonne sogar scheint

---

* Die hier ausgelassenen Partien des Berichts siehe Kap. LXXIV, Nr. 2928.

Nr. 2909

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 274 Therapia, den 19. November 1896

Die Nachrichten aus Kleinasien lauten ungeachtet der feierlichen Versprechungen des Sultans, Ruhe und Ordnung daselbst energisch wiederherzustellen, nach wie vor wenig erfreulich.

Das vor einigen Wochen in Egin stattgehabte größere Massaker, welches über tausend Armeniern das Leben kostete, wird gegenwärtig gefolgt von verschiedenen kleineren solchen. Es scheint sich bei letzteren hauptsächlich um Raub und Plünderung zu handeln. Die anliegend gehorsamst beigefügte amtliche Übersicht des englischen Konsuls in Angora, betreffend die in Ewerek und Jenesse erfolgten Greuel, dürfte dies bestätigen.

Man darf sich auf weitere Ausschreitungen der Moslems gegen die Armenier in Kleinasien gefaßt halten, da die absolute Straflosigkeit der Mörder und Räuber die muselmanische Bevölkerung immer wieder zu neuen Gewalttaten auffordert.

Eine Bestrafung der Übeltäter hat ungeachtet aller dringenden Schritte sowohl des russischen als des englischen und französischen Botschafters bis jetzt nicht erreicht werden können.

Letzterer hat vor einigen Tagen dem mehrfach erwähnten Berater des Sultans Izzet Bey ins Gesicht gesagt, es scheine, daß er, Izzet, seinem Herrn den Rat gebe, die muselmanische Bevölkerung den armenischen Christen gegenüber frei schalten zu lassen, um dadurch die erschütterte Popularität des Großherrn innerhalb seiner muhamedanischen Untertanen wiederherzustellen.

Daß diese anarchischen Zustände dem Sultan arge Sorgen machen, ist sicher. Er hat aber eben aus eigener Schuld die Dinge so weit kommen lassen, daß es gegenwärtig zweifelhaft erscheint, ob er imstande sein wird, der überhandnehmenden Anarchie aus eigener Kraft zu steuern.

Saurma

Nr. 2910

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 291 Pera, den 10. Dezember 1896

Euerer Durchlaucht hohe Erlasse Nr. 710 vom 2. Dezember 1896 und Nr. 712 vom 3. Dezember 1896, betreffend die Reformen in der Türkei, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt*.

* Vgl. Nr. 2908, S. 37, Fußnote *.

Leider decken sich die den Botschaftern in Konstantinopel zugehenden amtlichen Nachrichten der Konsuln keineswegs mit den türkischen Versicherungen von den in ausgiebigster Weise ausgeführten Reformen in den Provinzen Kleinasiens. Insbesondere bleibt die Verfolgung und Mißhandlung der Armenier fortbestehen, wenn auch nicht gerade Massenvertilgungen derselben mehr stattfinden. Selbst da, wo durch Anstellung christlicher Muawins, Gendarmen, Feldhüter oder Steuereinnehmer pp. dem Buchstaben der Versprechungen genügt wird, wird der von den Mächten damit beabsichtigte Erfolg durch zahllose Gegenmaßregeln und namentlich dadurch vereitelt, daß in der Regel die verworfensten Subjekte unter den Christen zu den bezüglichen Beamtenstellen berufen werden.

Der redliche Wille, die christliche Bevölkerung in den armenischen Provinzen endlich zu verschonen, besteht eben an maßgebender Stelle immer noch nicht. Andernfalls würden statt der christlichen Muawins und sonstigen Beamten von fragwürdigen Charaktereigenschaften lieber ehrenwerte und rechtlich gesinnte Walis, welche entscheidende Machtbefugnisse in den Provinzen haben, ernannt werden. Das Gegenteil ist aber der Fall. Gerade diejenigen Persönlichkeiten, welche sich in der Christenverfolgung am unerbittlichsten gezeigt haben, werden bei der Wahl für die erwähnten höchsten Administrativstellen bevorzugt.

Die türkischen Beteuerungen von den auf der ganzen Linie eingeführten Reformen sind daher leider in keiner Weise ernst zu nehmen. —

Saurma

Nr. 2911

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 300 Pera, den 22. Dezember 1896

Seit Monaten hatte der Sultan den Botschaftern die Proklamierung einer Amnestie für die in die letzte aufständische Bewegung verwickelten Armenier in Aussicht gestellt*, immer aber Vorwände gefunden, dieselbe hinauszuschieben.

Jetzt endlich schien es Ernst damit werden zu sollen. Das bezügliche Iradee war für heute angesagt. Da trat plötzlich eine Verwickelung ein, welche die Ausführung der Amnestie von neuem in ernste Gefahr zu bringen droht.

* Es war zuletzt gegenüber dem französischen Botschafter Cambon in Verfolg der Hanotauxschen Kammerrede vom 3. November geschehen. Vgl. Nr. 2908, Fußnote *.

Bekanntlich waren nämlich die Botschafter von Frankreich und Italien seit Jahresfrist bemüht, die Bestrafung eines türkischen Obersten herbeizuführen, welcher während der vorjährigen armenischen Wirren einen italienischen Franziskanermönch in brutaler Weise und ohne jede Veranlassung durch Soldaten hatte töten lassen. Mittelst unzähliger Kniffe hatten die türkischen Behörden das gegen den fraglichen Offizier beantragte Verfahren hinauszuschieben gewußt, bis endlich in voriger Woche das von meinem französischen und italienischen Kollegen verlangte Kriegsgericht zusammentreten sollte. Da trat plötzlich das Palais mit der unglaublichen Mitteilung hervor, daß der fragliche Oberst gleichfalls in die zu proklamierende Amnestie aufzunehmen sei.

Als Herr Cambon und Herr Pansa dagegen protestierten mit dem Hinweise darauf, daß der Fall, wonach ein italienischer Staatsuntertan in frivoler Weise von einem türkischen Offizier ermordet wurde, nichts zu tun habe mit einer Amnestie, welche sich auf Verbrechen beziehe, die ausschließlich zwischen türkischen Staatsangehörigen stattgefunden hätten, ließ der Sultan den beiden Botschaftern durch seinen Vertrauten Izzet Bey unter der Hand erklären, daß, wenn der türkische Oberst nicht auch seinerseits in die allgemeine Amnestie aufgenommen werde, die ganze Amnestie nicht zur Ausführung werde gebracht werden.

So steht die Sache heute. Es ist indessen nicht anzunehmen, daß der Sultan diesen seinen Standpunkt wird aufrechterhalten können. Jedenfalls dient aber diese Angelegenheit als ein neuer Beweis, wie wenig der Großherr sich immer noch des Ernstes der Lage bewußt ist, und wie schwer er begreift, daß es die höchste Zeit ist, den Unmut der Mächte durch derartige willkürliche Rechtsverweigerungen nicht länger mehr herauszufordern.

Saurma

Nr. 2912

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 310 Pera, den 28. Dezember 1896

In Ausführung des in voriger Woche von Seiner Majestät dem Sultan erlassenen Amnestie-Iradees werden von den hier inhaftierten Armeniern täglich annähernd vierzig aus den Gefängnissen entlassen. Diese Zahl ist aus dem Grunde eine beschränkte, weil die angeordnete protokollarische Aufnahme der Personalien der zur Entlassung Kommenden, die verlangte Stellung eines Bürgen und schließlich die Leistung eines Treueeides in der Patriarchatskirche geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Nach den bisherigen Beobachtungen wird der Amnestie von seiten der in Frage kommenden Behörden unbedingt Folge gegeben. Auch deutsche Kaufleute konnten bestätigen, daß ihre Bediensteten die Freiheit wiedererlangten; einigen derselben wurden vom neuen Polizeipräsidenten Schefik Bey sogar Geldbeträge von 10 bis 15 türkischen Pfunden, die ihnen bei der Arretierung geraubt worden waren, zurückerstattet. Nur die von den Gerichten zum Tode Verurteilten sind von der Amnestie insofern ausgeschlossen, als sie auf Festungen überführt werden zu vorläufig weiterer Überwachung.

Bei der türkischen Bevölkerung hat die Amnestie, wie vorauszusehen war, einen ungünstigen Eindruck gemacht, der nur dadurch abgeschwächt wird, daß einige hundert Knüppelmänner der gleichen Vergünstigung teilhaftig wurden. —

Saurma

Nr. 2913

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 4 Pera, den 3. Januar 1897

Auf Antrag des russischen Botschafters, dem sich sämtliche seiner Kollegen anschlossen, haben wir bei der Pforte Vorstellungen gegen die langsame und in zahlreichen Fällen unredliche Art, in welcher die zugunsten der Armenier jüngst erlassene Amnestie ausgeführt wird, erhoben.

Die in Abschrift gehorsamst beigefügte Erklärung* soll im Beisein der ersten Botschaftsdragomans durch den Dolmetscher der österreichungarischen Botschaft (der österreichisch-ungarische Botschafter ist Doyen) an Tewfik Pascha übergeben und in freundschaftlicher Weise dabei bemerkt werden, wie diese Art und Weise der Ausführung der Amnestie nicht geeignet sei, in Europa den Glauben an die Loyalität der Pforte, da wo es sich um Einlösung von ausdrücklichen Versprechungen handle, zu erhöhen**. —

Saurma

Anlage

Les Représentants des Grandes Puissances font observer que la façon dont l'amnistie est appliquée par les autorités ottomanes, surtout

* Siehe Anlage.

** Mit der wenn auch langsamen Durchführung der Amnestie für die in die aufständische Bewegung des Sommers 1896 verwickelten Armenier fand dieser neue Akt der armenischen Frage seinen Abschluß.

à Constantinople, détruit l'effet de cette mesure de clémence. Sa prompte exécution aurait produit un apaisement général, mais elle est appliquée avec tant de lenteur et de restrictions que l'inquiétude qu'elle avait pour but de dissiper, continue et s'accroît. Les Représentants des Puissances demandent en conséquence que, conformément aux promesses de Sa Majesté Impériale le Sultan, des ordres soient donnés à toutes les autorités pour la mise en liberté immédiate des détenus arméniens, en faveur desquels l'amnistie a été proclamée. —



Kapitel LXXIV

Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897



Nr. 2914

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall*

Reinschrift

Berlin, den 22. Januar 1896

pp. Als hieran anschließend die Meerengen erwähnt wurden, sagte ich, daß mir von russischen Plänen nach dieser Richtung hin nicht das mindeste bekannt sei, daß ich jedoch aus allgemeinen Gründen vermuten möchte, Rußland werde alles mögliche tun, um zu vermeiden, daß seine Erwerbung des freien Eintritts ins Mittelmeer zum Kriege führe. Rußlands Ziele lägen offenbar in der Kolonisierung Asiens, der größten Aufgabe, die einem europäischen Reiche jemals zugefallen sei. Rußlands Gegner hierbei sei England, dem es von Skutari bis Korea überall begegne; wenn aber die Rivalität dieser beiden einen Krieg herbeiführen sollte, so sei die Meerengen- bezw. eine Balkanfrage für Rußland der allerungünstigste Kriegsfall, weil nirgend anderswo England so leicht Verbündete finden würde. Jetzt sei England sogar bemüht, eine Balkankrisis, mit evidenter Kriegsgefahr verbunden, herbeizuführen, ohne daß bisher irgendwelche ernsten Anzeichen dafür sprächen, daß England seine eigene Beteiligung an einem Kampfe der Kontinentalmächte zum Gegenstand eines selbst auch nur für die bestehende Regierung bindenden Abkommens machen wolle[1]. Diese Sachlage, welche den Russen so genau wie irgendjemandem bekannt sei, scheine auch eine gewisse Bürgschaft dafür zu bieten, daß die Russen in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse sich einerseits bemühen würden, eine Verallgemeinerung der Unruhen im Türkischen Reiche möglichst zu verhindern, und andererseits auch, wie bereits bemerkt, den freien Zugang zum Mittelmeer sich unter

---

* Den Anfang der Aufzeichnung Marschalls über eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter von Szögyény (22. Januar) siehe in Kap. LXXII, Nr. 2885.

Modalitäten zu verschaffen, welche eine tunlichste Berücksichtigung der Interessen anderer benachbarter Staaten implizierten. Ich erwähnte auch, daß es im allgemeinen für solche Mächte, welche die Möglichkeit in Erwägung zögen, bei einem Kampfe gegen Rußland England als Alliierten zu verwerten, sich empfehlen würde, solange zu warten, bis England durch den Trieb der Selbsterhaltung zum Kriege gezwungen werde[1]. Dieser Moment werde bei der heutigen schnellen Entwickelung aller Dinge vermutlich gar nicht so lange auf sich warten lassen; denn wenn die Russen mal mit den Franzosen vereinigt im Mittelmeer seien, werde England bald in die Lage kommen, Ägypten und den Weg nach Indien, sei es durch den arabischen, sei es durch den persischen Meerbusen, mit bewaffneter Hand verteidigen zu müssen. Die Beteiligung Englands an dem Kampfe werde dann unzweifelhaft sein, heute sei sie das nicht[1].

Das nähere Zusammenrücken der russisch-französischen Interessensphären könne dann aber noch zu einem andern weltgeschichtlichen Ergebnis führen, nämlich zu dem Wiederaufleben des franko-russischen Antagonismus, wie er vom Anfang dieses Jahrhunderts bis zum Krimkriege bestand. Die Streitpunkte würden sich mit der Annäherung von selbst ergeben. Den einen Streitpunkt, denselben, der den Krimkrieg herbeigeführt habe, könne man schon jetzt erkennen. Die Frage der heiligen Orte werde jetzt nur künstlich, hauptsächlich dank fortgesetzter französischer Nachgiebigkeit vertuscht. Diese Nachgiebigkeit werde ein Ende nehmen, wenn zu jener Streitfrage noch andere, z. B. die um den Besitz der alten Kreuzfahrergebiete und insbesondere Syriens, träten.

Ich faßte die Tendenz meiner Auseinandersetzungen dahin zusammen, daß die Mächte alles vermeiden sollten, was den Zerfall der Türkei beschleunigen könnte; daß aber, wenn die Fortschritte des Zerfalls nicht aufzuhalten seien, man womöglich die Balkanvölker unter sich kämpfen und Rußland ungehindert ins Mittelmeer gelangen lassen sollte[2], weil hierdurch Rußland nicht nur seinem alten Feinde England, sondern auch seinem jetzigen Freunde Frankreich unbequem werde. Die akuten Streitfragen würden sich weiter von den Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns entfernen, die rivalisierenden Reiche aber würden ein gleiches, wenn nicht größeres Interesse als heute haben, es mit der mächtigen deutsch-österreichischen Gruppe nicht zu verderben.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Richtig

[2] Das kann unter Umständen doch ein Einschreiten Oesterreichs herbeiführen! Etwas müssen diese auch haben

Schlußbemerkung des Kaisers:

Einverstanden!

Nr. 2915

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 21 Wien, den 30. Januar 1896
Vertraulich

Graf Goluchowski scheint nach den letzten bündigen Versicherungen des Fürsten Lobanow und besonders dem Umstand Rechnung tragend, daß Rußland angesichts der Zarenkrönung auf das sorgsamste vermeiden wird, Konflikte herbeizuführen, größere Zuversicht gewonnen zu haben, daß ihm sein wenig geliebter östlicher Nachbar momentan keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Das schließt nicht aus, daß der Graf die Befürchtungen nicht bannen kann, aus einer etwa eintretenden kriegerischen Komplikation innerhalb der Balkanstaaten* eine russische Einmischung entstehen zu sehen.

Er sprach mir gestern die Ansicht aus, daß es am besten sei, die Balkanstaaten machten unter sich die Streitigkeiten aus, die sich aus einem Aufstand in Mazedonien ergeben könnten. Eine Vergrößerung der einzelnen Staaten sei ihm höchst gleichgültig. Aber was wird zum Schluß daraus? Was wird aus Konstantinopel und dem dazu gehörigen Landstrich? Wie wird sich Rumänien verhalten? — Denn ein russischer Einmarsch in Rumänien, den König Karl noch vor kurzer Zeit ängstlich befürchtete[1], würde für Österreich Krieg bedeuten.

Ich bin diesen russischen Schlußakkord bei politischen Unterhaltungen mit dem Minister so gewöhnt, daß ich kaum noch darauf reagiere, aber ich machte ihn dieses Mal doch darauf aufmerksam, daß die größere Zuversicht, die er hinsichtlich Rußlands Haltung gewonnen habe, ihm doch eine größere Sicherheit geben müsse, daß für den Fall eines Aufeinanderplatzens der Balkanstaaten Rußland ebenso wie Österreich jetzt eine Einmischung vermeiden werde. Das sei immerhin wertvoll und ließe Zeit, die erst in zweiter Linie stehenden Fragen und Eventualitäten mit Ruhe ins Auge zu fassen und sich darüber zu verständigen.

Auf meine im Sinne des hohen Erlasses Nr. 63 (Aufzeichnung des Herrn Staatssekretärs über eine Unterhaltung mit Herrn von Szögyény)** gemachte Bemerkung über die für Österreich möglicherweise sehr vorteilhafte Stellung, die sich aus den Konsequenzen ergeben könne, wenn Rußland durch die Dardanellen in das Mittelmeer führe, erwiderte Graf Goluchowski zu meinem Erstaunen nicht mit dem ge-

---

* Vgl. dazu Kap. LXXV.
** Siehe Nr. 2914.

wöhnlichen Hinweis auf die Unmöglichkeit für Österreich, irgendeinen bedrohlichen Schritt Rußlands zu akzeptieren. Er schien nachdenklich zu werden und hüllte sich in Schweigen. Es läßt sich allerdings erwarten, daß eine gründlichere Überlegung der durch Herrn von Szögyény gemeldeten Unterhaltung mit dem Herrn Staatssekretär doch schließlich wieder zu der Betonung seines alten Standpunktes führen wird*, welcher als Arcanum gegen zu weitgehende etwaige Konzessionen seitens Deutschlands an Rußland betrachtet zu werden scheint. pp**.

P. Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die können ja gar nicht durch den Kranz von Befestigungen durch, die eben erst fertig sind!

Nr. 2916

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

Paris, den 25. April 1896

pp. Was Hanotaux' Ansichten über die Meerengenfrage betrifft, so sieht er nach den Erfahrungen, die er in Konstantinopel machte***, die Gefahr, welche für Frankreich darin liegen wird. Er glaubt aber noch an die Versicherungen, welche ihm Lobanow gegeben hat, daß Rußlands Absichten allein auf Ostasien gerichtet seien, Rußland den Fortbestand der jetzigen Türkei wolle und die Meerengenfrage nicht anschneiden werde. Ich habe oft mit ihm, auch in neuerer Zeit, darüber

* Tatsächlich trat sehr bald bei Graf Goluchowski die Besorgnis vor einer Besetzung Konstantinopels durch die Russen wieder in den Vordergrund, und er suchte, als Lord Salisbury es schroff ablehnte, für einen solchen Fall irgendwelche Verpflichtungen auf sich zu nehmen (vgl. Bd. XI, Kap. LXV, Nr. 2664), krampfhaft Rückhalt beim Dreibund. Näheres darüber siehe in Kap. LXVI. Deutscherseits stellte man sich auf den Standpunkt, daß keinerlei Anlaß vorliege, aus der bisherigen Reserve herauszutreten, um so weniger, als Fürst Lobanow sich doch selbst für die Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei einsetze. Es gelang den deutschen Staatsmännern auch, Graf Goluchowski zu beruhigen; bei seiner Berliner Anwesenheit im März 1896 erkannte er ausdrücklich an (siehe Bd. XI, Kap. LXVI, Nr. 2680), daß zu seinen Besorgnissen zurzeit kein Grund vorhanden, und daß dies eine cura posterior sei. Für eine Weile tritt denn auch die Meerengenfrage in den politischen Erörterungen über die Balkandinge gegenüber anderen brennenden Fragen — Reformfrage, mazedonische, kretensische Frage — in den Hintergrund, erst mit dem Sommer 1896 macht sie sich von neuem stärker geltend. Siehe die folgenden Stücke.
** Den Schluß des Berichts siehe in Kap. LXXII, Nr. 2889.
*** Hanotaux war in den achtziger Jahren unter dem Marquis de Noailles Sekretär an der französischen Botschaft in Konstantinopel gewesen.

gesprochen, und wenn er auch zurückhaltend in seinen Äußerungen war, so hat er mir doch öfters gesagt: „La question des détroits nous touche de trop près et j'espère toujours que la Russie n'y touchera pas, car cela pourrait devenir trop gros pour nous!" Er ist für Rußland nicht so blind, als es die meisten Franzosen noch sind, er macht aber russische Politik, weil er, nach der hiesigen öffentlichen Meinung, nicht anders kann. pp.

(gez.) Münster

Nr. 2917

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 385 London, den 8. Juni 1896

In unserer letzten Unterhaltung streifte Lord Salisbury auch die Frage der Meerengen bei Konstantinopel und bemerkte dazu von selbst, daß sich gegen eine Öffnung derselben nach beiden Seiten nicht viel einwenden lasse. Ganz anders aber würde die Sache für England liegen, wenn Rußland die Öffnung nur nach der einen Seite zugeben und sich dadurch den Zutritt zum Mittelmeer sichern wollte, ohne anderen die Durchfahrt nach dem Schwarzen Meer zu gestatten.

Im allgemeinen äußerte sich Lord Salisbury diesmal mit größerer Gereiztheit als bisher über Rußland und namentlich über den Fürsten Lobanow, über welchen er wiederholt sagte: „Ich verstehe den Mann nicht mehr und weiß nicht, was er überhaupt will[1]."

Bemerkenswert war eine Äußerung des Ministers über die Chance Englands im Falle eines Zusammenstoßes mit Rußland und Frankreich im Mittelmeer. Mit großem Selbstgefühl und bei ihm ungewöhnlicher Bestimmtheit sagte er: „Wir sind jetzt ganz sicher, daß wir es dort mit beiden Mächten allein und mit Erfolg aufnehmen können[2]."

Als im Anschluß hieran die von den Zeitungen gemeldete Fertigstellung des Hafens von Biserta zur Sprache kam, bemerkte Lord Salisbury, daß er auch heute an der Auffassung der hiesigen Admiralität festhalte, wonach dieser Hafen jedenfalls fürs erste nicht als eine Verstärkung der französischen Flotte zu betrachten sei[3]*. Die Ausnutzung des Hafens durch die Franzosen werde eine für England nicht ungünstige Teilung der französischen Mittelmeerflotte mit sich führen. Außerdem sei nur der Hafen selbst vorhanden, und im übrigen fehle es dort noch an allem. Eine französische Flotte, welche unter diesen Umständen nach dem Ausbruch von Feindseligkeiten den Hafen

---

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIII B, Nr. 1864.

von Biserta aufsuchen sollte, würde dort vollständig in der Luft stehen, während England unter allen Umständen Malta und Gibraltar behalten[4] und sich darauf würde stützen können.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Genau dasselbe sagt Lobanow von Salisbury, und wir andren auch
[2] Ach! Das soll er uns doch einmal vormachen!
[3] ! Quem Deus! etc.
[4] dann wäre sie ja auch getheilt!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Und nicht zu vergessen, daß Toulon und Biserta immerhin militärisch die innre Linie zwischen Gibraltar und Malta darstellen, daher eine etwa getheilte französ[ische] Flotte jedenfalls schneller sich auf der Linie zusammenziehen kann, als in beiden obgenannten Häfen liegende Englische Geschwader. Da im Falle des Vereinigungsversuchs stets einer der beiden Theile Gefahr laufen wird, von der gesammten Französ[ischen] Flotte abgefangen zu werden

Nr. 2918

Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Diktat. Reinschrift

Streng vertraulich — Neues Palais, den 27. August 1896

Ich besuchte heute nachmittag den englischen Botschafter*, um von ihm zu erfahren, was er aus Konstantinopel gehört hätte. Derselbe war gänzlich ohne Nachrichten und durch die von mir mitgeteilten Ereignisse in Konstantinopel** peinlich überrascht und höchst besorgt. In dem sich hieran knüpfenden Gespräche fragte ich den Botschafter, was England nun eigentlich machen würde, falls es in Konstantinopel zum Äußersten komme und die berüchtigte orientalische Frage plötzlich wieder auftauchen sollte; vor allem, ob England seine traditionelle Mittelmeerpolitik aufrecht erhalten werde, was einen Kampf um die Dardanellen eventuell in sich schließen würde, oder ob es, dieselbe aufgebend, Ägypten als Äquivalent für Stambul ansehen würde. Es käme mir vor allem darauf an zu wissen, wie weit Lord Salisbury diese Frage schon ausgedacht, und eventuell zu was für einer Lösung er gekommen sei.

Die Antwort des Botschafters ließ deutlich erkennen, daß doch schon ein gewisses Zögern vorhanden ist, die alte Mittelmeerpolitik pur et simple rücksichtslos aufrecht zu erhalten. Er deutete dabei an,

* Sir Frank Lascelles.
** Gemeint sind das armenische Attentat auf die Ottomanbank und das darauf erfolgende Armeniergemetzel in Konstantinopel vom 26. August. Vgl. Kap. LXXIII, Nr. 2894.

daß er zwar, persönlich ein Altengländer, unbedingt auf diesem Standpunkt der bisherigen Politik stehe. Er könne mir aber aufrichtigerweise nicht verhehlen, daß in der englischen öffentlichen Meinung eine ganz entschiedene, zu beachtende Strömung sich fühlbar mache, welche nicht mehr unbedingt den Russen die Dardanellen verschließen wolle. Diese Ansicht reiche auch bis in die höchsten Sphären hinauf*. Er könne mir im allerstrengsten Vertrauen mitteilen, daß im vergangenen Herbst auf Grund der armenischen Wirren Lord Salisbury fest entschlossen gewesen sei, das englische Mittelmeergeschwader nach Stambul hinaufzuschicken**. Das Kabinett und in demselben vor allen Dingen Goschen habe ganz bestimmt dagegen remonstriert, mit dem Bemerken, daß Salisbury ein solches Unternehmen nur dann wagen dürfe, wenn er sicher sei, daß Frankreich unbedingt mittue und auch Schiffe hinschicke. Damit war die Absicht Lord Salisburys vereitelt, denn Frankreich als Bundesgenosse Rußlands würde sich schwerlich dazu entschlossen haben, eine Demonstration gegen seinen Alliierten zu unternehmen.

Ich bemerkte hierauf, daß es sehr glücklich sei, daß die ernsten Nachrichten aus Stambul die beiden meistbeteiligten Herrscher in Wien beieinander träfen*** und daher die Herren hoffentlich in der Lage sein würden, sich über alle Eventualitäten ins Benehmen zu setzen.

Der Botschafter pflichtete mir freudig bei.

Auf meine fernere Frage, wie sich der Botschafter wohl eine Lösung der orientalischen Frage ohne Krieg zur möglichen Befriedigung der beteiligten Mächte dächte, und ob er darüber mit Salisbury mal gesprochen habe, erwiderte er mir, daß er vor längerer Zeit die Gelegenheit gehabt habe, die Ansichten des Premiers zu erfahren. Er entwickelte nun im allgemeinen denselben Plan, den Graf Hatzfeldt im vorigen Jahre in seinem streng vertraulichen Bericht über ein Gespräch mit Lord Salisbury als dessen Ansichten wiedergab †. Der Botschafter setzte jedoch hinzu, daß er dem Premier ausdrücklich die Frage gestellt habe, ob er geneigt sei, Stambul und die Dardanellen den Russen zu geben, worauf derselbe bei dem ersteren bejahend, bei dem zweiten zögernd und ausweichend geantwortet habe. Sir Fiank Lascelles ergänzte diese Mitteilungen mit einer persönlichen Bemerkung, indem er hinzusetzte, wenn es nun doch einmal zur Teilung des türkischen Reiches kommen solle, so sei er der Ansicht, falls England die Russen überhaupt nach Stambul lassen wolle, denselben der ganze Bosporus zugestanden werden müsse. Das heißt,

---

* Vgl. Lord Salisburys eigene Äußerungen aus dem Februar und Juni 1896 in Nr. 2917 und in Bd. XI, Kap. LXV, Nr. 2664.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXII, B, Nr. 2502 f.

*** Am 27./29. August weilte das Zarenpaar in Wien zum Besuch des Kaisers Franz Joseph.

† Vgl. Bd. X, Kap. LXII.

da man nicht verlangen könne, daß die Russen in Stambul auf der einen Seite des Bosporus sitzen sollten, solle man ihnen ruhig Kleinasien dazu konsentieren, den Franzosen aber Syrien*. Denn darüber sei kein Zweifel, daß durch das Debouchieren der Russen aus den Dardanellen ins Mittelmeer der franko-russischen Entente ein arger Stoß versetzt werden würde, und da sei ja Syrien ein herrlicher Zankapfel noch obendrein. Dort würde die römisch-katholische Kirche, den französischen Schutz anrufend, gegen die griechische Propaganda bald in scharfen Kampf geraten, als dessen Folge eine Trübung der Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich unausbleiblich sein werde.

Ich konnte hierin dem Botschafter nur beipflichten und stellte dann an denselben die Frage, ob die Erledigung der Dardanellenfrage nicht etwa dadurch an Schärfe und Schwierigkeit verlieren könnte, wenn man die Mächte dahin zu vereinigen vermöchte, daß sämtliche Befestigungswerke geschleift und der Bosporus sämtlichen Schiffen aller Nationen gleichmäßig zugänglich gemacht würde.

Sir Frank fand die Idee im Prinzip recht akzeptabel, und ich bat ihn infolgedessen, privatim bei Lord Salisbury sich zu erkundigen, bloß zu meiner persönlichen Information und ohne irgendwelche Konsequenzen oder politische Maßnahmen daran zu knüpfen, wie wohl der Minister, falls die Frage mal aufs Tapet kommen sollte, über

* Ganz ähnliche Ansichten hatte Kaiserin Friedrich in ihrem Gespräch mit Kaiser Wilhelm II. am 21. November 1895 entwickelt. Auch sie wollte die Dardanellen und Konstantinopel an Rußland, Syrien an Frankreich, Saloniki usw. an Österreich geben. Vgl. Bd. X, Kap. LXI, B, Nr. 2463. Wilhelm II. bemerkte damals dazu: „Der Standpunkt Ihrer Majestät der Kaiserin wird wohl ziemlich dem Ihrer Majestät der Königin und Lord Salisburys entsprechen, ist im allgemeinen klar politisch durchdacht und völlig stichhaltig." Analogen Kombinationen hatte der Kaiser schon selbst zugeneigt; vgl. seine Randbemerkungen zu dem Bericht des Botschafters Graf Eulenburg vom 18. August 1895 (siehe Bd. X, Kap. LX, Nr. 2391), aus denen hervorgeht, daß er mindestens das Schicksal der Dardanellen und des Bosporus bereits als besiegelt im Sinne ihres künftigen Anfalls an Rußland ansah. Nach Äußerungen, die Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gelegentlich einer Reise nach Petersburg zu dem Botschafter Fürsten Radolin tat, hätte Kaiser Wilhelm ihm, dem Großherzog, kurz vor dem Antritt der Reise zu verstehen gegeben, „die Russen könnten im Orient tun, was sie wollten, Konstantinopel sogar nehmen, wir würden nichts dagegen haben, nur dürften sie die Österreicher nicht angreifen und schädigen, denn das würden wir nicht zugeben können." Bericht Radolins vom 13. Dezember 1895. Wenn der Großherzog von Hessen sich gegen Radolin des weiteren dahin ausließ, am einfachsten würde die Lösung der orientalischen Frage sein, „wenn Rußland Konstantinopel und einen Teil Kleinasiens nähme, England Ägypten definitiv behielte, Frankreich sich in Syrien festsetzte und Österreich bis Saloniki ginge", so liegt nahe, anzunehmen, daß dieser Gedanke dem Großherzog durch den Kaiser souffliert war. Auf alle diese Erörterungen traf aber zu, was Kaiser Wilhelm II. selbst zu dem englischen Militärattaché Colonel Swaine am 20. Dezember 1895 sagte, als dieser in seiner Unterredung mit dem Kaiser (vgl. Bd. X, Kap. LXII Anhang, Nr. 2572) sich ebenfalls über das Schicksal der Dardanellen ausließ: das sei Kombinationspolitik.

eine solche Lösung dächte. Denn es sei für mich persönlich wichtig, endlich klar über den Gedankengang Lord Salisburys und zwar im voraus informiert zu sein, um beim Eintreten überraschender Ereignisse in Stambul nicht völlig uninformiert zu sein, sondern einigermaßen schon Bescheid zu wissen.

Wilhelm

Nr. 2919

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Werki

Telegramm. Eigenhändiges Konzept*

Nr. 15 Berlin, den 29. August 1896

Der englische Botschafter teilte mir soeben vertraulich die telegraphische Antwort mit, welche Lord Salisbury auf die dem Botschafter vorgestern von Seiner Majestät gemachten Eröffnungen** erteilt hat.

Lord Salisbury dankt für die Ehre, welche Seine Majestät ihm dadurch erwiesen, daß er ihn zu Rate gezogen. Die englische Auffassung sei jetzt wie schon lange vorher die, daß als Lösung der Frage die Öffnung der Meerengen für alle Nationen anzustreben sei. Die Öffnung der Dardanellen allein sei nicht durchaus befriedigend, aber für England immerhin annehmbar. Die schwersten Bedenken gegen jene Lösung seien von Österreich-Ungarn zu erwarten.

Marschall

Nr. 2920

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 31. August 1896

Der englische Botschafter teilte mir heute vertraulich mit, daß er in einer gestern erbetenen Audienz Seiner Majestät dem Kaiser die Antwort Lord Salisburys auf die jüngste, die Dardanellen betreffende Anfrage*** überbracht habe. Seine Majestät habe ihn, den Botschafter, beauftragt, Lord Salisbury mit dem Bemerken zu danken, daß er unter „Dardanellen“ die Meerengen überhaupt verstanden habe und die

---

* Das Telegramm ging gleichlautend auch an die Botschafter in London (Nr. 166) und Wien (Nr. 144).

** Siehe Nr. 2918.

*** Vgl. Nr. 2918 und Nr. 2919.

Auffassung des Premiers bezüglich des von Österreich-Ungarn zu erwartenden Widerstandes teile. Sodann gab Seine Majestät dem Botschafter Kenntnis von der Unterredung des Botschafters Grafen Eulenburg mit Fürst Lobanow*, von den heftigen Angriffen des letztren gegen England, von seinen Bemerkungen über das russische Interesse an dem Suezkanal sowie über die Möglichkeit, die Meerengenfrage zu lösen. Seine Majestät schloß seine Mitteilungen an Sir Frank mit der Warnung, daß Lobanow offenbar einen Coup bezüglich Ägyptens vorhabe und England sich beizeiten darauf vorbereiten solle.

Sir Frank Lascelles las mir das Telegramm vor, in welchem er über die vorstehenden Erörterungen Seiner Majestät an Lord Salisbury berichtet.

Marschall

Nr. 2921

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung**

Nr. 192 Wien, den 28. August 1896

Fürst Lobanow hatte heute nach einem Frühstück in der russischen Botschaft eine lange Unterredung mit Graf Goluchowski. Letzterer kam direkt von dort zu mir und machte mir Mitteilung von dem Inhalt derselben.

Fürst Lobanow hat erklärt, alles tun zu wollen, um den Bestand des Ottomanischen Reichs zu erhalten. Er mache sich jedoch keine Illusion darüber, daß man den Verfall nicht gewaltsam aufhalten könne.

Graf Goluchowski erklärte sich damit einverstanden und pflichtete besonders dem Worte des Fürsten bei, „daß ein festes Einvernehmen

---

* Siehe die folgende Nummer.

** Außer dem Telegramm vom 28. liegt noch ein eingehender Bericht (Nr. 125) Graf Eulenburgs vom gleichen Tage über seine Unterredung mit Fürst Lobanow anläßlich der Anwesenheit des Zarenpaars in Wien vor, aus dem die Äußerungen des russischen Ministers über die ägyptische Frage in Bd. XI, Kap. LXVII, Nr. 2747 abgedruckt sind, der im übrigen aber an Prägnanz und Klarheit hinter dem hier abgedruckten Telegramm zurückbleibt. Von Interesse ist noch folgender Passus aus dem Eulenburgschen Berichte über die Unterredungen zwischen Fürst Lobanow und Graf Goluchowski bzw. zwischen dem russischen und dem österreichischen Kaiser: „Die Dardanellenfrage ist ebensowenig berührt worden, als die bei einem Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches sich ergebenden Eventualitäten. Auch sind die Unterhaltungen der beiden Souveräne nicht über den Rahmen desjenigen hinausgegangen, was die leitenden Minister besprochen. Graf Goluchowski bezweifelt, daß Abmachungen oder ein Gedankenaustausch stattgefunden habe, von dem er nicht Kenntnis erhalten hätte. Der Kaiser Nikolaus, der einigermaßen verlegen mit Graf Goluchowski genau in dem Sinne sprach wie Fürst Lobanow, wies den Grafen zur Fortsetzung der Unterhaltung an diesen."

zwischen Rußland und Österreich bezüglich Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft die sicherste europäische Friedensgarantie bedeute“.

Dem Gedanken einer Konferenz trat Graf Goluchowski entgegen, ehe Fürst Lobanow ihn anregen konnte. Der Fürst stimmte den Deklarationen des Grafen zu.

Die ägyptische Frage wurde akademisch und ruhig besprochen, vom Fürsten Lobanow jedoch als ernste bezeichnet. Der Bemerkung des Grafen, daß ein fester Druck Rußlands jede Unruhe im Balkan ersticken könne, stimmte der Fürst zu, was dem Grafen als wertvoll für die Zukunft erschien.

Die Dardanellenfrage ist mit keiner Silbe von beiden Seiten erwähnt.

Der Eindruck, den Fürst Lobanow auf Graf Goluchowski machte, ist kein ungünstiger, aber das Vertrauen zu ihm hat darum doch nicht zugenommen.

Fürst Lobanow machte mir vormittags einen langen Besuch. Im ganzen deckten sich seine Mitteilungen mit dem Inhalt seiner Unterhaltung mit Graf Goluchowski. Er machte aber einen scharfen Vorstoß auf England und erklärte, daß der Schwerpunkt der ganzen momentanen Situation in Ägypten läge. Er versuchte mich zu überzeugen, daß unsere deutschen Interessen ebenso bedeutend wie diejenigen Rußlands bezüglich des Suezkanals seien und wir diese Interessen deshalb energischer betätigen müßten. Ich erwiderte abweisend und sagte, daß die Frage außerdem nicht reif sei*.

Da der Fürst mir energisch erklärte, daß nicht etwa französisches Interesse ihn zu der ernsten Auffassung der ägyptischen Frage dränge, sondern das denkbar stärkste russische Interesse, erwiderte ich, daß er damit zu verraten schiene, daß Rußland den Kanal im Zusammmenhang mit dem Schwarzen Meere brauche.

Während der Fürst einen Moment Verlegenheit zeigte, sagte ich, daß ich persönlich ein gewisses geographisches Verständnis für diese Lage habe. Wenn alle Mächte das Recht der freien Durchfahrt durch die Dardanellen nach Schleifung der Befestigungen erhielten, so löse sich diese Frage vielleicht ganz friedlich — aber Rußland wolle eben allein diesen Vorteil genießen. Übrigens hätte ich weder Auftrag noch Lust, die heikele Frage zu besprechen.

Der Fürst sagte: „Ich habe allerdings über die Durchfahrtsfrage nachgedacht. Weshalb könnte man nicht festsetzen, daß in Friedenszeiten die Durchfahrt für alle Mächte offen — im Kriege geschlossen sei?“ Ich erwiderte, daß im Kriege mit einer Anzahl russischer Torpedos die Durchfahrt auch ohne besondere Bestimmung geschlossen

* Vgl. darüber Bd. XI, Kap. LXVII, Nr. 2747.

werden könne. Damit bliebe also eigentlich das Zugeständnis der Öffnung der Dardanellen für alle Nationen seitens Rußlands*.

Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, als sei ich für diese Unterhaltung autorisiert, und brach deshalb ab.

Über Graf Goluchowski äußerte sich der Fürst ziemlich freundlich, aber allerdings in direktem Zusammenhang mit der neuerlichen Wendung Österreichs gegen Englands Politik.

Eulenburg

Nr. 2922

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 131 Wien, den 1. September 1896
Geheim

Der plötzliche Tod des Fürsten Lobanow** hat den Inhalt meiner letzten, mit ihm geführten Unterhaltung*** modifiziert. Es fragt sich nur, ob seine interessanten Äußerungen über die Dardanellen momentan gemacht oder in Zusammenhang mit der durch den englischen Botschafter in Berlin im Auftrage Lord Salisburys an Seine Majestät den Kaiser und König gelangten Mitteilung stehen? † Zum mindesten ist es auffällig, daß die übereinstimmende Ansicht der beiden Minister gleichzeitig erfolgte — noch auffälliger der Hinweis Lord Salisburys auf die abweisende Haltung Österreichs, woraus einerseits eine schweigende Andeutung der Verständigung mit Rußland, anderseits die Aufforderung an Deutschland liegen kann, den letzten Hemmschuh zu entfernen.

Zu denken gibt auch folgendes Vorkommnis: Ich war am 29. August bei meinem russischen Kollegen †† und rekapitulierte einiges aus meiner Unterhaltung mit Fürst Lobanow. Als ich die Bemerkung des Fürsten über die Dardanellen erwähnte, geriet Graf Kapnist in das äußerste Erstaunen. „Ich bin traditionell so sehr gewohnt, das Schwarze Meer als russisches mare clausum zu betrachten," sagte er, „daß ich den Zweck der Äußerung Lobanows nicht recht zu fassen vermag. Sie haben

---

* Nach dem ausführlichen Berichte über die Unterredung zwischen Lobanow und Goluchowski wollte Eulenburg noch gesagt haben: „Mit der Konzession, in Friedenszeiten allen Nationen die Durchfahrt zu gewähren, käme man eigentlich der Lösung der schwierigsten Seite der orientalischen Frage sehr nahe." Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: Ja. — Vgl. auch Nr. 2924.

** Er war am 30. August auf der Reise von Wien nach Kiew gestorben.

*** Vgl. Nr. 2921.

† Vgl. Nr. 2919 und Nr. 2920.

†† Graf Kapnist.

ihn wahrscheinlich überrumpelt. Der Fürst hat stets nur einem Gedanken mit seltener Intensivität nachgehangen. Das ist jetzt die Entwicklung des fernen Ostens und natürlicherweise die damit im Zusammenhang stehende Freiheit des Kanals von Suez. Der nahe Orient mit allen seinen Gefahren liegt ihm — leider! — fern. Darum mag er die Bemerkung über die Möglichkeit, allen Nationen die freie Durchfahrt mit Kriegsschiffen durch die Dardanellen zu gewähren, quasi unüberlegt gemacht haben."

Ich erwiderte, daß die Äußerung des Fürsten nicht leichthin, sondern sehr bestimmt war; daß er damit begann: „j'ai bien réfléchi sur cette question."

Am folgenden Tag versuchte mich Graf Kapnist zweimal vergeblich zu sprechen. Ich ging zu ihm, und er brachte die Unterhaltung wiederum auf die Dardanellen.

„Ich habe jetzt auch über die Äußerung des Fürsten nachgedacht," sagte er. „Vieles spricht für diese Auffassung — allerdings auch so manches dagegen*."

Das Einlenken des Grafen war so auffallend, daß ich annehmen muß, er hat meine Unterhaltung dem Fürsten Lobanow telegraphiert und einen Bescheid erhalten zuzustimmen, — wenn er nicht vielleicht die entgegenstehenden Ansichten gegenüber seinem Chef hat modifizieren wollen.

Nach dem Tode des Fürsten wird immerhin die abweichende Haltung des Botschafters von Interesse sein.

Was die Sache selbst betrifft, so kann — für den Fall, daß ein russisch-englischer Ideenaustausch stattgefunden haben sollte — der Aufenthalt des russischen Kaiserpaares in Balmoral** von großer Bedeutung sein. Wer vermag es festzustellen, was die häufige Korrespondenz zwischen der Königin Viktoria und dem Zaren enthielt, von der Fürst Lobanow mir sprach***? Welches ist die Antwort gewesen, die der Prinz von Battenberg nach London brachte?

Bringt aber der russische Besuch in Balmoral eine Verständigung (wenn auch nur eine vorübergehende) zwischen Rußland und England,

* Vgl. Graf Kapnists spätere Äußerungen zu Graf Eulenburg im Februar 1897 über die Dardanellenfrage Kap. LXXIX, Nr. 3118, Anlage (Aufzeichnung Eulenburgs vom 6. März 1897): „Was soll es denn Besseres für uns geben als die verschlossenen Dardanellen, die uns der Sultan bewacht? Rußland kann nur verlieren, wenn es diesen Zustand aufgibt. Weshalb sollen wir durchaus hinausfahren? Was sollen wir im Mittelmeer? Die Reise von der Ostsee nach Ostasien geht durch den Suezkanal. Weshalb brauchen wir durchaus vom Schwarzen Meer aus nach Ostasien zu fahren? Es kann nichts vorteilhafter für uns sein als das jetzige Verhältnis. Drohend aber steht der völlige Zusammenbruch der Türkei vor uns, über den wir unsern Portier verlieren könnten!"

** Der Besuch des Zarenpaars am englischen Hofe in Balmoral fand Ende September statt. Vgl. Kap. LXXVIII, Nr. 3064, Fußnote *.

*** Siehe Bd. XI, Kap. LXVII, Nr. 2747.

so ist es alsdann weder Deutschland noch Österreich gewesen, aus dessen Händen Rußland die Durchfahrt erhielt.

So sehr es mir allerdings opportun erscheint, daß die Großmächte sich über die nach dem Eintritt einer wirklichen Katastrophe in der Türkei sofort zu ergreifenden Maßregeln klar werden, so wenig halte ich es jetzt, angesichts des Besuches des russischen Kaiserpaares mit seinen anglophilen Eigenschaften in Balmoral, für angezeigt, die Dardanellen in den Bereich meiner Unterhaltungen mit Graf Goluchowski zu ziehen. Da Deutschland bei einer auch nur vorübergehenden Verständigung zwischen Rußland und England in eine höchst schwierige Lage käme, würde ich es nicht wagen, dieser Verständigung die Wege zu ebnen, indem ich dem Grafen zuredete, seinerseits keine Schwierigkeiten zu machen.

Mißglückt eine solche englisch-russische Verständigung, so könnte — falls der Nachfolger des Fürsten Lobanow wirklich dem von ihm geäußerten Gedanken weitere Folge geben wollte — Österreich vielleicht eher mit Vorschlägen hervortreten. Aber ich habe allen Grund anzunehmen, daß sich Graf Goluchowski ebensowenig jetzt als später gern zu einer Verständigung entschließen oder überreden lassen würde. Es wirken bei ihm in gewissen Fragen nur Tatsachen, nicht Argumente. Von der weiteren Gestaltung der Dinge im Orient werden wir deshalb eine sehr entscheidende Wirkung auf die Ansichten des Grafen zu erwarten haben.

P. Eulenburg

Nr. 2923

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Breslau, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Arnsdorf b. Liegnitz

Eigenhändige Ausfertigung

Breslau, den 4. September 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich einen soeben eingegangnen Bericht des Botschafters Grafen Eulenburg vom 1. September* alleruntertänigst vor und gestatte mir dabei, nachstehende Bemerkungen der Würdigung Euerer Majestät zu unterbreiten. Eine weitere Verfolgung der Dardanellenfrage in Besprechungen mit maßgebenden englischen und russischen Persönlichkeiten vermag ich im gegenwärtigen Augenblick als opportun nicht anzuerkennen. Wenn die Tatsache, daß solche Besprechungen stattfinden, in Wien bekannt würde, — und weder Rußland noch England haben Interesse daran, das Geheimnis zu bewahren, — so könnte daraus bei unsern Verbündeten ein ernstes Miß-

* Siehe Nr. 2922.

trauen in die Ehrlichkeit unserer Orientpolitik und die Aufrichtigkeit unserer Bundestreue wachgerufen werden. An eine Verständigung zwischen Rußland und England über die Dardanellenfrage glaube ich nicht; daß Fürst Lobanow eine solche ernstlich angestrebt haben sollte, erscheint mir nach seiner ganzen Stellung England gegenüber ausgeschlossen. Wie die Dinge sich in Zukunft gestalten werden, hängt zunächst von der Persönlichkeit seines Nachfolgers ab, sodann aber von der weiteren Entwickelung im Orient. Einen nahen Zusammenbruch des Türkischen Reichs halte ich nicht für wahrscheinlich und dadurch auch die Voraussetzung für die Verständigung über die Dardanellenfrage nicht für gegeben. Ich glaube der Zustimmung Euerer Majestät gewiß zu sein, wenn ich darauf hinweise, wie gerade angesichts des russischen Besuchs in Balmoral unsererseits alles zu vermeiden ist, was eine Lösung der Dardanellenfrage zwischen Rußland und England ohne Mitwirkung Österreich[s] zu fördern vermöchte.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
4/IX 96. Einverstanden. W.

Nr. 2924

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Arnsdorf, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Arnsdorf, den 4. September 1896

An den Botschafter Grafen zu Eulenburg in Wien.

Ich habe Dein sehr interessantes Gespräch mit dem Fürsten Lobanow* wegen seines außerordentlich wichtigen Inhalts dem König von Sachsen vorgelesen. Derselbe war ebenso tief impressioniert von seinem Inhalt wie ich, zumal da es ein historisches Dokument geworden ist, seitdem der Fürst durch den plötzlichen Tod abberufen wurde und durch diesen einen tiefen tragischen Anstrich erhalten hat. Der König war über die Art und Weise, mit der Du Fürst Lobanow geantwortet hast, in jeder Beziehung vollkommen einverstanden und äußerte sich in so warmen, anerkennenden Worten über Deine geschickte Haltung bei dieser Gelegenheit, daß ich ihn bat, Dir hiervon Mitteilung machen zu können, was hiermit geschieht. Einen besonders tiefen und überraschenden Eindruck hat auf den König der Passus gemacht, welcher das erstaunliche Entgegenkommen des Fürsten Lobanow in der Öffnung der Dardanellen erwähnt. Es machte dies um so mehr Eindruck, als gelegentlich eines Gesprächs, welches ich wenige Stunden vorher

---

* Vgl. Nr. 2921.

mit Seiner Majestät über denselben Gegenstand gehabt hatte, ich demselben das Resümee der jetzigen Situation in Stambul dahin zusammenfaßte: Wenn status quo nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, dann womöglich internationale Öffnung der Durchfahrt; wenn aber Türkei nicht mehr zu halten und Teilung voraussichtlich nicht zu umgehen, dann muß Rußland Stambul nicht von England und Frankreich als Äquivalent für Ägypten, sondern von den Dreibundmächten erhalten. Hiermit war der König völlig einverstanden, was in bezug auf seine Beziehungen zum Kaiser Franz Joseph immerhin von Wichtigkeit ist.

Wilhelm I. R.

Nr. 2925

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 205 Wien, den 14. September 1896

Ich habe dem Grafen Goluchowski Kenntnis gegeben von dem Inhalt des allerhöchsten Telegramms, betreffend die Begegnung mit Kaiser Nikolaus*. Der Minister des Äußern bittet mich zu melden, daß er beauftragt sei, den Dank seines Monarchen für diese Mitteilungen auszusprechen. Gleichzeitig dankte der Graf auch in seinem eigenen Namen und schien lebhaft befriedigt sowohl über die Benachrichtigung als wie über deren Inhalt.

Die Erhaltung des status quo in der Türkei entspreche augenblicklich den allgemeinen Wünschen, doch glaubt der Graf, daß Rußland nur bis zur Vollendung seiner sibirischen Bahn die Regelung der orientalischen und der damit zusammenhängenden ägyptischen Frage hinausschieben werde. Der Gedanke der Öffnung der Meerengen für alle Nationen sei ganz annehmbar, doch glaubt der Minister nicht, daß Rußland je darauf eingehen werde ohne sichere Handhabe zur Bewerkstelligung der Schließung in Kriegszeiten. Einer Besetzung oder Befestigung der Küste an den Meerengen durch Rußland könne

* Siehe Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2861. Bei den Gesprächen, die anläßlich der Anwesenheit des russischen Kaiserpaars in Breslau und Görlitz (5.—7. September) zwischen Nikolaus II. einerseits, Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Fürst Hohenlohe andererseits stattfanden, war auch viel von der orientalischen Frage die Rede gewesen. Das beiderseits in dieser Beziehung vereinbarte Programm lautete nach der Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall vom 7. September (vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2858): 1. Erhaltung des vertragsmäßig fixierten status quo im Orient; 2. Erhaltung der Autorität des Sultans; 3. wenn nötig, kräftiger diplomatischer Druck auf den Sultan, um Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten.

und werde Österreich-Ungarn nie zustimmen. Rußland hingegen könne nie gestatten, daß englische Flotte frei in das Schwarze Meer einlaufe. Sehr viel hänge von der Person des Nachfolgers des Fürsten Lobanow ab. pp.

Eulenburg

Nr. 2926

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 228 Therapia, den 20. September 1896

Die jüngsten Bewegungen der Flotten mehrerer Mächte im Mittelmeer* haben den Sultan in große Unruhe versetzt. In diesem seinem bangen Gefühl hat er sein Augenmerk naturgemäß den Dardanellen wieder schärfer zugewandt.

In der Voraussetzung, daß außer ihm die an einer wirksamen Schließung der Meerengen meist interessierte Macht „Rußland" sei, erbat er sich kürzlich von der russischen Regierung erfahrene Offiziere, welche die Dardanellenbefestigungen auf ihre Widerstandsfähigkeit prüfen und etwaige Verbesserungsvorschläge machen sollten.

Die Bitte wurde dem Großherrn gewährt und der General Tschichatschew, Chef des Generalstabes in Odessa, sowie der russische Militärattaché in Athen Kalnin nach den Dardanellen entsandt, woselbst sie sich beide mit großer Gründlichkeit der ihnen übertragenen Aufgabe unterzogen haben sollen.

Auch in sonstigen türkischen Kreisen haben die Bewegungen der Kriegsschiffe im Mittelmeer nicht geringe Aufmerksamkeit erregt, namentlich im Zusammenhange mit den die Dardanellenfrage des näheren behandelnden neuen Aufsätzen der „Kölnischen Zeitung", nur daß in diesen Kreisen der Gedanke an ein mögliches Erscheinen der Flotten in nächster Nähe keineswegs denselben Widerwillen erregt als an höchster Stelle.

Saurma

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Die Türken wollen eben Effendimis ebenfalls los sein

---

* Nachdem schon ansehnliche maritime Streitkräfte Englands und Frankreichs in den türkischen Gewässern konzentriert waren, entsandte um den 20. September auch die italienische Regierung zwei Panzerschiffe und einen Aviso dorthin.

Nr. 2927

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 149 Wien, den 21. September 1896

Graf Goluchowski sprach sich gestern bei Gelegenheit eines Gespräches über die stark erregte öffentliche Meinung in England bezüglich der Vorgänge in der Türkei* sehr energisch gegen den jetzt vielfach auftauchenden Gedanken einer Koalition aller Kontinentalmächte gegen England aus. „Ich würde niemals, niemals mich dazu hergeben," rief er aus.

Er schien trotz aller Verstimmung, die in letzter Zeit gegen England zum Ausdruck gekommen war, jetzt mehr die Haltung Rußlands unangenehm zu empfinden, „welches je mehr in Konstantinopel in den Vordergrund träte, je mehr England sich dort mißliebig mache[1]."

Die Inspizierung der Dardanellenbefestigungen durch russische Offiziere** hat den Grafen mehr affiziert, als er es aussprach. Ein ziemlich lebhafter Ausfall gegen den Fürsten Lobanow, „welcher heuchlerisch jeden Gedanken an irgendwelche Einflußnahme auf den Balkan von sich gewiesen und dabei alle bestehenden Beziehungen heimlich fortgeführt habe", ließ mich wieder erkennen, daß auch die stärkste Verstimmung gegen England doch stets nur einen mehr oder minder „momentanen" Charakter bei dem Herrn Minister trägt. Der „bleibende" ist der Gegensatz zu Rußland. pp. P. Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das muß ihm doch längst bekannt sein

Nr. 2928

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Ausfertigung

Nr. 262 Therapia, den 25. Oktober 1896
Vertraulich

pp. Bekannt ist die Energie, mit welcher die russische Regierung für den Verschluß der Dardanellen eintritt, zu deren Durchfahrt einzelne Mächte in letzter Zeit zuweilen eine gewisse Lust zeigten.

* Seit den auf den Putsch vom 26. August folgenden Armeniermassakers wurde in der englischen Presse und in Versammlungen die armenische Angelegenheit lebhaft diskutiert und dringend ein Einschreiten gegen die Türkei zum Schutz der Christen gefordert.
** Vgl. Nr. 2926.
*** Die hier nicht abgedruckten Teile des Saurmaschen Berichts befinden sich in Kap. LXXIII, Nr. 2908.

Neuerdings treten aber noch andere Symptome auf, welche das von Rußland über den Bestand der gegenwärtigen türkischen Zustände übernommene Hüteramt[1] besonders deutlich erscheinen lassen. In freundschaftlicher Weise bekümmert es sich eifrig um die Wehrkraft der Türkei, namentlich mit Bezug auf deren maritime Leistungsfähigkeit.

Durch Zufall ist mir die geheime Nachricht zugegangen, daß von Rußland 16 Seeoffiziere demnächst in geheimer Mission nach Konstantinopel entsandt werden würden[2]. Zu welchem Zwecke, vermochte mir mein Gewährsmann nicht bestimmt anzugeben. Jedenfalls zeigte mir Herr von Nelidow bei einer neulichen Unterhaltung großes Interesse an den türkischen Flottenverhältnissen und wußte auffallend gut Bescheid[3] in betreff der Seetüchtigkeit und Armierung der seit Jahren tief im Goldenen Horn liegenden und dadurch fast von jedermann in Vergessenheit geratenen 13 türkischen Panzerschiffe.

Daß russische Offiziere vor einiger Zeit die Dardanellenbefestigungen inspizierten und Ratschläge zur Verbesserung und Verstärkung derselben gaben, habe ich seinerzeit berichtet.

Im ganzen bleibt also die Tendenz der für die Türkei geltenden Politik der russischen Regierung immer dieselbe[4]: Schonung des Sultans, dessen zersetzendes Regierungssystem ihr paßt, und Verhinderung eines auf Wiedergeburt des siechen Staates berechneten Eingreifens fremder Mächte. pp.

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Existirte bereits im Jahre 1889, als ich in Stambul war

[2] tant mieux

[3] das ist doch kein Kunstück die alten Kähne kann sich ja jeder alle Tage ansehn.

[4] richtig

Nr. 2929

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 765 — London, den 10. Dezember 1896

Streng vertraulich

pp. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung kamen wir* dann gesprächsweise und von selbst auf die hier vielfach den Russen zugeschriebene Absicht, sich die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu sichern und den anderen Mächten den Zutritt zum Schwarzen Meer

---

* Es handelt sich um eine Unterredung des Grafen Hatzfeldt mit Lord Salisbury. Den ersten Teil des Berichts siehe in Kap. LXXVIII, Nr. 3079.

zu verwehren. Über diesen Punkt waren die Äußerungen Lord Salisburys so dunkel und sogar widersprechend, daß man nur annehmen kann, daß er entweder selbst nicht weiß, wie er sich dazu stellen würde, oder doch jedenfalls vermeiden will, sich schon heute nach irgendeiner Richtung zu engagieren. Zuerst warf er die Bemerkung hin, daß hier der Pariser Vertrag als maßgebend für diese Fragen betrachtet werde, ging aber dann gleich ohne jede Vermittelung dazu über, den Gedanken zu entwickeln, daß man hier gegen eine solche Eventualität wenig tun könne. Hieran knüpfte er dann sofort die Bemerkung, daß Österreich sich wohl keinenfalls ein solches Vorgehen Rußlands würde gefallen lassen[1].

Ich sah den Minister verwundert an und bemerkte dazu: „Glauben Sie denn wirklich, daß Österreich in der Lage ist und die Absicht hat, sich einem solchen russischen Vorgehen allein zu widersetzen und die damit verbundene Gefahr auf seine Schultern zu nehmen[2]?" Lord Salisbury erwiderte hierauf: „Deutschland steht ja hinter Österreich, und das letztere würde daher nicht allein sein[3]." Hierauf antwortete ich, daß ich in keiner Weise beauftragt sei, diese Frage mit ihm zu diskutieren. Soviel könne ich aber wohl aus mir selbst sagen, daß die Tragweite unserer Verpflichtungen gegen Österreich ihm, Lord Salisbury, wohl bekannt sei, und daß er daher selbst beurteilen könne, ob und inwieweit dieselben auf den fraglichen Fall Anwendung finden könnten[4].

Der Premierminister ließ hierauf diese Frage fallen und ging auf einen anderen, davon ganz verschiedenen Punkt über, indem er die Bemerkung hinwarf, daß zwei europäische Staaten jetzt so gut wie fertig seien, nämlich die Türkei und Spanien. Er fuhr dann fort: „Was Sie in Berlin wollen, weiß ich wohl: Sie wollen den Dreikaiserbund herstellen und werden sich, wenn dies gelingt, voraussichtlich einer mit Frankreich verbündeten iberischen Republik gegenüber befinden." Ich erwiderte, daß ich nicht wisse, worauf er seine Annahme der Herstellung des Dreikaiserbundes, die mir unbekannt sei*, stütze. Was ich aber wisse und ihm ebenso gut bekannt sein müsse, sei, daß ich mich jahrelang vergeblich bemüht hätte, die englische Regierung über ihr eigenes Interesse in bezug auf die Gruppierung der Mächte in Europa aufzuklären[4]. Lord Salisbury gab dies zwar bereitwillig zu, fügte aber mit einer gewissen Trockenheit hinzu, daß der Anschluß Englands an die Tripelallianz dem englischen Interesse vielleicht entsprochen hätte, daß es sich aber nicht machen lasse, weil es einmal mit den hiesigen Traditionen im Widerspruch stehe[5].

Vor dem Schluß unserer Unterhaltung kam die Lage der Dinge in der Türkei nochmals vorübergehend zur Sprache, und ich konnte

---

* Vgl. dazu Bd. XI, Kap. LXV, Nr. 2662, S. 98, Fußnote, und Kap. LXVI, Nr. 2673, Anlage, und Nr. 2674.

der Versuchung nicht widerstehen, Lord Salisbury daran zu erinnern, daß es eine Zeit gegeben habe, und zwar während seines früheren Ministeriums, wo er sich unaufgefordert und häufig darüber ausgesprochen habe, daß er beim Eintritt gewisser Eventualitäten nur auf einen Knopf zu drücken brauche, um die englische Mittelmeerflotte gegen die Dardanellen zu schicken, welche sie mit Leichtigkeit forcieren würde*. Der Premierminister hatte hierauf keine andere Antwort, als daß dies ein antiquierter Standpunkt sei, welcher sich heute nicht mehr anwenden lasse.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!
[2] gut
[3] !
[4] gut
[5] Dann muß England auch die Consequenzen auf sich nehmen
Schlußbemerkung des Kaisers:
Bravo! Hatzfeld[t], das hat er vortrefflich gemacht.
Meine vollste Anerkennung ihm telegraphisch übermitteln
The British Government is too stupid sagte mir mal ein Brite, ich glaube er hat Recht

Nr. 2930

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 600 St. Petersburg, den 27. Dezember 1896

Zur Ergänzung meines gehorsamsten Berichtes Nr. 599** und in Bestätigung der mir vom italienischen Botschafter gemachten vertraulichen Mitteilungen erfahre ich von russischer zuverlässiger Seite folgende Einzelheiten, die den Charakter der Wahrscheinlichkeit an sich tragen.

Herr von Nelidow hätte bei seiner Ankunft aus Konstantinopel dem Kaiser ein mémoire überreicht, welches die Zustände in der Türkei in so schwarzen Farben schilderte, daß seiner Ansicht nach eine Lösung nur in Besetzung Konstantinopels und der asiatischen Küste des Schwarzen Meeres zu finden wäre, und zwar müßte dieselbe nötigenfalls beschleunigt werden, um den Engländern zuvorzukommen, die sicherlich mit einer gleichen Absicht umgingen und vor einer solchen Aktion nicht zurückschrecken[1] würden.

Der Kaiser hätte das betreffende mémoire sorgfältig studiert und Herrn von Nelidow erwidert, er könne zu einem so ernsten Schritte

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2493.
** Siehe Kap. LXXVIII, Nr. 3090.

sich nicht entschließen, ohne vorher die Frage vor den Reichsrat zu bringen.

Kurz vor der Abreise des Botschafters* hätte eine sehr erregte Ministerbesprechung stattgefunden, an der auch Herr von Nelidow teilgenommen habe. Letzterer hätte zunächst sein oben erwähntes mémoire zur Verlesung gebracht und seinen Vortrag damit beschlossen, daß er, an Minister Witte gewandt, sagte: „Ich hoffe, Serge Juliewitsch wird sich nicht weigern, mit seinem so bewährten Ruf ein patriotisches Werk, wie es die Verteidigung der Christen gegen die muselmännische Grausamkeit ist, zu verbinden."

Minister Witte hätte, wie mein Gewährsmann mich versichert, erwidert: „Hier, im Reichsrat, gibt es keinen Serge Juliewitsch, sondern nur den Finanzminister, dem der Wohlstand des Reichs anvertraut ist, und welcher dem Botschafter entgegnet, daß er einen auf diese Weise heraufbeschworenen Krieg[2], der überflüssig und unvorteilhaft wäre, für ein Unglück für das Reich hielte. Außerdem habe er nicht das Geld dazu, der Schatz sei belastet, und außerordentliche Einnahmen seien nicht zu erwarten."

Der Präsident des Ministerkomitees und frühere Minister des Inneren, Herr Durnowo, warf dem Minister Witte hierauf ein, daß seine Besorgnis, nicht genug Geld zu haben, ihm unverständlich sei, nachdem er sich wiederholt gerühmt hätte, die Kasse voller Geld zu haben und in einer brillanten finanziellen Lage zu sein.

Dem hätte Herr von Witte entgegnet, daß die Finanzen in der Tat für Friedenszeiten zur Entwickelung des Handels und des allgemeinen Wohlstandes vollauf genügten, aber nicht für einen unfruchtbaren Krieg, der an neun Milliarden verschlingen würde[3]. Eine Besetzung Konstantinopels wäre fast gleichbedeutend mit einem unabsehbaren europäischen Kriege[4], wenigstens müsse man auf einen solchen gefaßt sein. Außerdem wären allen Anwesenden die Früchte des letzten türkischen Krieges genügend bekannt, um nicht weiter darauf einzugehen.

Dieser Ansicht hätte sich der Oberprokurator, Herr Pobedonoszew, angeschlossen und sich für friedliche Entwickelung des Reichs ausgesprochen.

Nach dieser heftigen Debatte unter den anwesenden Ministern hat, wie mir versichert wird, folgende Abstimmung stattgefunden:

Für den Vorschlag Nelidows hätten gestimmt:

Herr von Schischkin,
der Kriegsminister Wannowski,
der Vertreter des Marineministers Tyrtow
und der Präsident Durnowo.

---

* 12. Dezember 1896.

Gegen den Vorschlag Nelidows waren:
Finanzminister Witte,
Herr Pobedonoszew,
Justizminister Murawiew,
der Eisenbahnminister Fürst Chilkow,
der landwirtschaftliche Minister Jermolow
und Philippow, der Contrôleur général.

Da die Majorität gegen den Vorschlag war, sei derselbe nicht angenommen worden.

Da, wie ich höre, der Großfürst Michael dieser Sitzung beigewohnt haben soll, ist mir seine gereizte Stimmung gegen Herrn von Nelidow verständlich.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ??
[2] Dazu braucht es ja gar nicht zu kommen
[3] warum Krieg? wer soll den denn machen?!
[4] ?

Nr. 2931

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 16 London, den 12. Januar 1897
Streng vertraulich

In gelegentlicher Unterhaltung hat Graf Deym zum ersten Male und ganz aus eigener Initiative mir gegenüber die Frage berührt, welche Haltung Österreich einnehmen müsse, wenn Rußland die Hand auf Konstantinopel und die Dardanellen lege. Mit großem Nachdruck sprach er sich dahin aus, daß die wesentlichsten Interessen Österreichs dadurch verletzt sein würden, und daß dasselbe deshalb die Absorbierung der Türkei durch Rußland nicht zugeben könne. Auch das Zugeständnis bedeutender territorialer Landabtretungen bis nach Saloniki würde keine hinreichende Kompensation bieten, noch weniger wenn dies in der schon früher einmal zur Sprache gebrachten Form einer Teilung der Interessensphären zwischen Rußland und Österreich beabsichtigt werden sollte. Der Botschafter begründete seine Auffassung damit, daß Österreich nicht imstande sein würde, die durch Rasse und Religion so verschiedenen Bevölkerungen der ihm zugeteilten Provinzen für sich zu gewinnen und dauernd gegen Rußland zu verteidigen, welches in nicht ferner Zeit dazu übergehen würde, auch diese jetzt etwa an Österreich abgetretenen Provinzen auch für sich zu beanspruchen. Österreich müsse daher voraussehen, daß es,

wenn es heute auf ein solches Arrangement eingehen sollte, dadurch später in noch größere Schwierigkeiten verwickelt werden und dabei möglicherweise auch noch Bosnien und die Herzegowina obendrein wieder verlieren würde.

Ich erwiderte dem Botschafter als meine persönliche Meinung, daß ich, auch angenommen, daß sich alles so verhielte, wie er es sagte, nicht zu sehen vermöge, wie Österreich allein imstande sein würde, das fragliche Vorgehen der Russen, wenn es in Petersburg wirklich beabsichtigt werde, gewaltsam zu verhindern. Nach allem, was ich hier sähe und hörte, müßte ich bezweifeln, daß die Engländer sich zu einer wirksamen Unterstützung Österreichs am Mittelmeer ermannen würden. Von Lord Salisbury hätte ich nicht eine einzige Äußerung gehört, die auf eine solche Absicht schließen lasse, und derselbe habe vielmehr einzelne Bemerkungen fallen lassen, die sich nur so deuten ließen, daß er, zum mindesten gesagt, den Fall einer Beteiligung der englischen Flotte im Mittelmeer zugunsten Österreichs noch keineswegs in Erwägung gezogen habe.

Graf Deym bestritt zwar nicht, daß Lord Salisbury sich mir und anderen gegenüber in diesem Sinne geäußert habe, schien aber anzunehmen, daß der Premierminister Gründe zu haben glaubt, seine wahre Meinung über die vorliegende Frage vorläufig noch zu verschleiern.

Mir gegenüber hat der Premierminister, wie Euerer Durchlaucht bekannt ist, wiederholt und mit einer gewissen Genugtuung darauf hingewiesen, daß es Österreichs Auffassung sei, in gewissen Fällen zuerst vorzugehen. Nach den letzten ganz vertraulichen Äußerungen des Grafen Deym gegen mich möchte ich nunmehr mit Bestimmtheit annehmen, daß Lord Salisbury die Absicht des Wiener Kabinetts, kein russisches Vorgehen zu dulden, genau kennt und seine politische Berechnung bezüglich der Eventualitäten im Orient zum großen Teil auf seine Kenntnis der österreichischen Gefühle in dieser Frage stützt. Sollte sich seine Erwartung bestätigen, daß Österreich sich eventuell ohne Rücksicht auf das Mißverhältnis der Kräfte einem russischen Vorgehen tatsächlich widersetzt, so würde England mit seiner Flotte von 40 Schiffen im Mittelmeer allerdings das Spiel in der Hand haben. Lord Salisbury wird dann meines Erachtens zuerst noch abwarten, ob wir Österreich, wenn es eine Niederlage erleidet, durch die russische Übermacht erdrücken lassen, was er, wenn ich mich nicht täusche, noch immer nicht für möglich hält. Verhalten wir uns aber zusehend, so würde er noch immer die Wahl haben, den Österreichern, etwa im Verein mit der italienischen Flotte, zu Hülfe zu eilen und gleichzeitig den Franzosen Konzessionen anzubieten, die sie von einer warmen Unterstützung der Russen im Mittelmeer abhalten würden, zu welcher sie sich, soweit es sich von hier übersehen läßt, schon jetzt ungern entschließen würden. Es bliebe dem englischen Kabinett, welches am

liebsten jede kriegerische Verwickelung vermeidet, dann aber auch der Weg übrig, seine Schiffe vor den Dardanellen aufzupflanzen und gleichzeitig den Russen unter Androhung sofortigen Anschlusses an Österreich eine friedliche Verständigung anzubieten, wenn nur die englischen Wünsche bei der Teilung berücksichtigt werden. Die bekannte selbstsüchtige Politik Englands läßt diesen Fall jedenfalls nicht als ausgeschlossen erscheinen.

Ich habe geglaubt, vor dem Eintreffen des Grafen Goluchowski in Berlin* hierüber berichten zu sollen, darf aber wohl bitten, die mir im engsten Vertrauen gemachten Mitteilungen meines österreichischen Kollegen mit strengster Diskretion behandeln zu wollen und nicht zur Kenntnis der österreichischen Regierung gelangen zu lassen.

Hatzfeldt

Nr. 2932

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändiges Handbillett, ohne Unterschrift

Berlin, den 15. Januar 1897

Lieber Oheim

Auf der heutigen Jagd hatte ich die Gelcgenheit mit dem Engl[ischen] Militairattaché** allerhand auch vertrauliches über England zu besprechen. In der Absicht herauszubringen ob wohl unser — im neulichen Tischgespräch ausgesprochener — Verdacht, daß England mit Rußland heimlich verhandele wegen Austausches von Egypten contra Stamboul, begründet sei oder nicht warf ich ihm nebenbei hin „I know that L[ord] Salisbury is making some little trials and efforts about, Dardanelles and Egypt, is it so?“ [„]You mean to say Sir[“] sagte er, [„]that we hope by that, that Russia should leave us a free hand in Egypt, if we gave her Constantinople?[“] Ich „Yes“. Er „Well, you see Sir, we cannot fight for Stambuol alone, and as the others wont fight for it, there is nobody to help us“! Dies ist ebenso überraschend wie charakteristisch für die „Perfide Albion“ Politik! Die „others“ das ist nach Salisbury's neulicher Bemerkung vor allem Oesterreich!! Ich sagte ihm zum Schluß: „If that is Englands decision, it is a reversal of its Mediterranean policy, which for us „others“ is the cornerstone of European Politics and I hope that you wont do that behind our backs, without giving us „others“ notice“!

---

* Graf Goluchowski weilte vom 16. bis 19. Januar 1897 in Berlin. Vgl. Nr. 2933.
** Lieutenant colonel J. M. Grierson.

Nr. 2933

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Reinkonzept

Berlin, den 16. Januar 1897

(Nach Dank für den Brief Seiner Majestät vom 15*.)

Der englische Militärattaché hat, indem er erklärte, England könne für die Meerengen nicht eintreten, da die „anderen" keine Lust zu haben schienen mitzuhelfen, lediglich das vom Foreign office gegebene Schlagwort wiederholt, welches in Wirklichkeit die Tatsachen auf den Kopf stellt: denn wenn heut die „anderen" Mächte vorsichtiger geworden sind bezüglich des Eintretens für den status quo in den Meerengen, so ist das lediglich Folge der englischen Politik, welche erklärt, daß sie sich vorher unter keinen Umständen binden könne, sondern sich freie Hand wahren müsse bis nach ausgebrochenen Feindseligkeiten. Ich kann kaum annehmen, daß, solange Österreich keine festere Zusicherung von englischer Seite hat, es sich selbst unter dem régime des Grafen Goluchowski entschließen würde, den Kampf mit Rußland aufzunehmen. Die Mitteilung Euerer Majestät über die Allerhöchste Äußerung in betreff der englischen cornerstone-Politik erweckt in mir die Befürchtung, ob nicht vielleicht jene Äußerung so ausgelegt werden kann — nicht vom Obersten Grierson — aber von Lord Salisbury anderen Kabinetten gegenüber —, als ob Euere Majestät, wenn die englische Meerengenpolitik eine andere wäre, auch Ihrerseits in der Frage eine entscheidende Haltung gegen Rußland annehmen würden. Dieses Thema bringt mich auf den Besuch des Grafen Goluchowski**, und ich möchte sagen, daß derselbe eine demonstrative und eine sachliche Seite hat, wenigstens in den Augen des Besuchers.

Die demonstrative Seite würde ich in dem Bestreben des Grafen suchen, nach außen hin die Beziehungen Euerer Majestät und Allerhöchst Ihrer Regierung zu den Kabinetten von Wien und Bukarest in einer für Rußland empfindlichen Weise zu markieren. pp***.

Der sachliche Teil des Reisezwecks ist unzweifelhaft in dem glühenden Wunsche des österreichischen Ministers zu suchen, uns für eine aktive russenfeindliche Balkanpolitik zu gewinnen †. Sein Haupt-

---

* Siehe Nr. 2932.

** Näheres über den Aufenthalt Graf Goluchowskis in Berlin (16.—19. Januar), bei dem auch von der Meerengenfrage die Rede war, siehe in Kap. LXXIX.

*** Das hier ausgelassene Stück des Immediatschreibens, das die Mission des rumänischen Ministerpräsidenten Sturdza nach Berlin im Januar 1897 behandelt, siehe in Bd. XI, Kap. LXIX, Anhang C, Nr. 2836.

† Vgl. dazu auch die Auslassungen des Botschafters in Wien Grafen zu Eulenburg vom 16. Januar, anläßlich der Ankündigung der Berliner Reise Graf

argument wird voraussichtlich sein, daß die Umwandlung der Dardanellen in ein russisches Ausfalltor die Macht der franko-russischen Gruppe im Mittelmeer unwiderstehlich macht, Italien in Frankreichs Arme treiben und Österreich selbst sowie dessen gegenwärtigen Besitzstand aufs äußerste gefährden wird. In Wirklichkeit gibt es keine Macht, deren Mittelmeerinteressen durch ein Vordringen Rußlands in gleichem Grade gefährdet würden, wie diejenige Frankreichs. Frankreich hat seit der Zeit der Kreuzzüge gewisse traditionelle Vorrechte und Vorteile in den échelles du Levant beansprucht. Zur Zeit, als der französische Konvent die katholischen Priester in Frankreich köpfen ließ, beschützte er dieselben energisch in Syrien und Palästina, und als jetzt vor wenigen Wochen Herr Anatole France, der Nachfolger von Lesseps in der académie française, in seiner Antrittsrede den Schutz aller katholischen Christen im Orient als unverjährbares Recht Frankreichs bezeichnete, da bewiesen

---

Goluchowskis. Sie sind des Zusammenhangs halber ungeteilt in Kap. LXXIX, Nr. 3114, zum Abdruck gebracht; doch mag hier der wichtigste Passus über die Meerengenfrage vorweggenommen werden: „Es ist Euerer Durchlaucht bekannt, wie Kaiser Franz Josephs Jugendüberzeugung, daß Konstantinopel in russischen Händen für Österreich den Untergang aller seiner östlichen Interessen, also den Krieg, bedeute, von Graf Goluchowski in polnischer Begeisterung neu entfacht wurde. Darum verletzt jede abweichende Bemerkung. Es ist Reif auf dem Johannistrieb. — Wenn diese Frage gelegentlich von Graf Goluchowski berührt wurde, so habe ich mich, wenn mir kein besonderer Auftrag gegeben war, uninteressiert gezeigt oder in ganz gleichgültigem Tone eine Bemerkung über die eintretenden Gegensätze zwischen Rußland und Frankreich gemacht bei freiem Eintritt Rußlands ins Mittelmeer. Diese Bemerkungen fanden stets nur sehr geringe Teilnahme. Obgleich es logisch gewesen sei, mehr Teilnahme zu zeigen, denn Graf Goluchowski hat früher als Ideal ein österreichisch-deutsches-französisches Bündnis gesehen, welches als großes westliches Bollwerk gegen barbarische östliche Invasion Rußlands gedacht war. Er hält auch heute noch an diesem Gedanken fest, doch mehr im Charakter eines glücklichen Traums. Er ist zu sehr Realpolitiker, um an die Möglichkeit der Verwirklichung eines solchen Ideals jetzt oder in nächster Zeit glauben zu können. — Er hält darum an dem Gedanken fest, Rußland auf andere Art zu bekämpfen. Es soll ihm der Weg durch die Dardanellen verlegt bleiben. — Diesen Standpunkt habe ich, wie gesagt, nur dann einer Besprechung unterzogen, wenn ich dazu autorisiert wurde."

Ebenfalls sei hier angeführt, was in der Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Freiherrn von Rotenhan vom 21. Januar über die Berliner Besprechungen mit Graf Goluchowski (siehe Kap. LXXIX, Nr. 3115) über die Meerengenfrage bemerkt wird: „Überhaupt, diese Bemerkung wurde [von Graf Goluchowski] oft wiederholt, müsse man die Augen auf Konstantinopel und die russischen Pläne daselbst offen halten. — Daß England, wie Graf Hatzfeldt meine, wegen der Meerengen nichts Ernstliches unternehmen wolle, könne er noch nicht glauben. Er gebe mir zwar zu, daß die englische Presse in neuerer Zeit mehrfach eine früher unbekannte Gleichgültigkeit in dieser Frage gezeigt habe. Im entscheidenden Augenblick werde indessen die dortige öffentliche Meinung sich doch vielleicht noch für die Verteidigung der Meerengen durch England aussprechen."

die applaudissements frénétiques, daß in diesem einen Punkte der französische Nationalinstinkt seit den Kreuzzügen unverändert derselbe geblieben ist. Dieser Instinkt wird vergewaltigt in dem Augenblick, wo Rußland durch Besitznahme der Meerengen zur Vormacht im östlichen Mittelmeer wird, und man darf annehmen, daß Herr Hanotaux seine wirkliche Ansicht aussprach, als er dem Grafen Münster gegenüber äußerte, wir müssen suchen, die Orientfrage zu beruhigen, parceque cela deviendrait trop gros pour nous * (oder mit anderen Worten, die Ereignisse würden uns über den Kopf wachsen).

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend glaube ich, daß die Besetzung der Meerengen durch Rußland eine neue Gruppenbildung der Mittelmeermächte und -staaten zur unmittelbaren Folge haben, und daß bei dieser Neubildung Frankreich schwerlich auf der gleichen Seite wie Rußland bleiben würde. Die Mächte, welche heute die Meerengen verteidigen, verteidigen also in erster Linie ein französisches Interesse, während doch Frankreich stark genug ist, um sein Interesse selber verteidigen zu können. Deutschland und Österreich werden daher jenen Vorgang, d. h. die Besetzung der Meerengen mit Ruhe ansehen können. Ich nehme von vornherein hierbei an, daß Rußland es vermeiden wird, rumänisches Gebiet zu verletzen, und betrachte dies auch als selbstverständlich, da Rußland schwerlich ohne Notwendigkeit einen Krieg mit Österreich provozieren wird, bei dem wir in dem Falle vertragsmäßig verpflichtet wären, uns zu beteiligen.

Fürst zu Hohenlohe

Nr. 2934

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 22. Januar 1897

Der englische Botschafter machte mir heute folgende ganz vertrauliche Mitteilung:

Graf Goluchowski, mit dem er nahe bekannt ist, sprach ihm gegenüber „als Freund" seine Zweifel über die englische Orientpolitik aus. Früher hätten für England drei Grundsätze gegolten, für die es mit seiner ganzen Macht eintreten wollte:

Konstantinopel bleibt türkisch; die Meerengen bleiben geschlossen; der status quo im Mittelmeer muß aufrecht erhalten werden.

Daß das jetzige englische Kabinett diese Grundsätze noch voll teile und verfechten wolle, sei zweifelhaft, und die Befürchtung trete

---

* Vgl. Nr. 2916.

manchmal heran, daß es anderweitigen Abmachungen mit Rußland nicht abgeneigt sei. — Wenn aber England die Meerengen nicht selbst verteidigen wolle, wenn es nicht bei einem russischen Angriff von vornherein seine Flotte mit der italienischen nach Konstantinopel sende, um dort gemeinsam mit Österreich-Ungarn (und vielleicht dem Dreibund) zu operieren, so könne und werde Österreich allein zum Schutze Konstantinopels und der Meerengen nicht vorgehen. Es komme also vor allem darauf an, schon jetzt die englischen Pläne klar kennen zu lernen.

Sir F. Lascelles, der dem Grafen Goluchowski zunächst erwiderte, die Tendenz, sich mit Rußland zu verständigen, bestehe auch bei anderen Staaten, sprach mir sein Erstaunen darüber aus, daß die Äußerungen des Grafen Goluchowski ihrem Inhalt, ja ihrer Wortfassung nach so sehr mit den Bemerkungen übereinstimmten, die Seine Majestät der Kaiser ihm, dem Botschafter, etwa vor einem Jahr gemacht hatte*. Er schließe daraus, daß Seine Majestät auch mit dem österreichischen Minister ähnlich gesprochen habe. Dieser habe eine große Assimilationsgabe.

Sir F. Lascelles hat über die Unterhaltung ausführlich nach London berichtet.

Im Laufe der an die Äußerungen des Botschafters sich knüpfenden Unterhaltung erwähnte ich, daß vor einigen Jahren Lord Salisbury uns vertraulich angedeutet habe, er könne die englische Mittelmeerflotte bei gewissen Eventualitäten sogleich gegen die Dardanellen schicken, die sie leicht forcieren könne**; jetzt aber sei anscheinend der Premierminister anderer Ansicht.

Hierauf erzählte mir Sir F. Lascelles folgenden Vorfall, den er auf sicherem, nicht amtlichem Wege erfahren habe:

Vor einigen Monaten habe Lord Salisbury die Absicht gehabt, wegen der armenischen Frage die Mittelmeerflotte in die Dardanellen einlaufen zu lassen***. Im Kabinettskonseil habe der Erste Lord der Admiralität† hierauf gefragt, ob Lord Salisbury wisse, was die französische Flotte in diesem Fall tun werde, und habe auf die Verneinung

---

* Über eine Unterredung, die Kaiser Wilhelm II. mit Sir Fr. Lascelles um Anfang 1896 über die orientalische Frage gehabt hätte, enthalten die Akten nichts; sollte der Botschafter auf das ausführliche Gespräch anspielen, das er am Abend des 3. März 1896 mit dem Kaiser hatte (vgl. Bd. XI, Kap. LXVIII, Nr. 2770), oder auf die spätere Unterredung vom 27. August 1896 (vgl. Nr. 2918), die ganz der orientalischen Frage gewidmet war? Eine auffallende Ähnlichkeit mit den Äußerungen Graf Goluchowskis zu Sir F. Lascelles weisen dagegen die Ansichten auf, die Kaiser Wilhelm gegenüber dem englischen Militärattaché Oberst Swaine am 20. Dezember 1895 entwickelt hatte. Vgl. Bd. X, Kap. LXII Anhang, Nr. 2572.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2493.

*** Vgl. Nr. 2918.

† G. J. Goschen.

dieser Frage erklärt, er könne dann den gewünschten Befehl an die englische Flotte nicht erteilen, denn, wenn sich die französische Flotte vor die forcierten Dardanellen legte, stäke die erstere dann in einer Mausefalle und könnte sich weder mit Munition noch Proviant versehen.

Lord Salisbury erwiderte darauf ärgerlich: Wenn Euere Schiffe von Porzellan sind, so muß ich freilich andere Politik machen.

Der englische Botschafter bemerkte schließlich, England werde wohl in zwei Jahren den Vorsprung der französischen Flotte nachgeholt haben. Die russischen Schiffsbauten gingen sehr langsam vonstatten.

Rotenhan

Nr. 2935

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe*

Entzifferung

Nr. 63 London, den 29. Januar 1897

pp. Im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung bemerkte Lord Salisbury, er sei zwar sehr gewöhnt an Verdächtigungen seiner Politik und frage nur noch, wenn er ins Amt komme, ob nicht eine neue erfunden worden sei, aber auffallend sei ihm doch gewesen, daß jetzt sogar Österreich mißtrauisch geworden sei. Auf meine Frage, in welcher Hinsicht, gab er mir zu verstehen, daß man in Berlin den Verdacht hege, daß er, Lord Salisbury, sich mit Rußland über den Orient verständigt habe. Ich entgegnete sofort, daß ich, wenn ich mir ebenfalls einen Argwohn bilden sollte, ihn, Lord Salisbury, eher einer kleinen Liebelei mit unserem gemeinschaftlichen Freunde Baron de Courcel beschuldigen würde. Lord Salisbury stellte auch dies entschieden in Abrede mit der Motivierung, daß sich eine Verständigung zwischen beiden Ländern nicht praktisch durchführen lasse, gab aber lachend zu, daß er ganz kürzlich wieder eine lange vertrauliche Unterhaltung mit Baron de Courcel gehabt und von letzterem anderthalb Stunden festgehalten worden sei. pp.

Hatzfeldt

Nr. 2936

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 13 Wien, den 29. Januar 1897

Der Inhalt des mir durch hohen Erlaß vom 7. d. Mts. Nr. 25 mitgeteilten Berichtes aus St. Petersburg über die Nelidowschen Pläne

* Den Anfang des Hatzfeldtschen Berichts siehe in Kap. LXXVIII, Nr. 3106.

und eine erfolgte Abstimmung innerhalb der Staatsratssitzung* ist anscheinend recht spät hierher berichtet worden.

Kaiser Franz Joseph berührte die Sache vorgestern mit einer gewissen Vorsicht und sprach erst, als er bemerkte, daß ich orientiert sei, offener darüber. Die geringe Majorität bei der Abstimmung hat Seine Majestät stark beunruhigt. Das praktische Resultat, das er daraus zog, war die Bemerkung, daß unter solchen Umständen die Ernennung des Grafen Murawiew zum Minister** immerhin sehr derjenigen des Herrn von Nelidow vorzuziehen gewesen sei.

Graf Goluchowski, der die Sache mir gegenüber noch nicht berührte, ist in seiner Anerkennung für Nelidow, die in letzter Zeit zutage trat, stark abgekühlt worden. Er gleitet jetzt über diesen Namen fort. Auch bei ihm wird daher die Betrachtung sich Geltung verschafft haben, daß unter solchen Verhältnissen die Ernennung des Grafen Murawiew vorzuziehen gewesen sei.

Von einem Besuche des letzteren am hiesigen Hofe*** ist nicht die Rede gewesen. Es haben aber schriftliche Begrüßungen zwischen Graf Goluchowski und dem neuen Minister stattgefunden, die, wie mir Graf Kapnist sagt, „den Charakter größter Herzlichkeit" getragen hätten. Er fügte hinzu, daß eine Rundreise des Grafen Murawiew nicht beabsichtigt gewesen sei. Daher habe auch von einem Besuche Wiens, das nicht auf dem Wege läge, keine Rede sein können.

Bei der schriftlichen Begrüßung der beiden Minister dürfte auf den Besuch Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph in St. Petersburg am 27. Mai † hingewiesen sein, wobei Graf Goluchowski den Kaiser begleiten wird.

P. Eulenburg

---

* Vgl. Nr. 2930.

** Graf Murawiew war am 13. Januar 1897 zum Verweser des Ministeriums des Äußern ernannt worden. Die definitive Ernennung zum Minister erfolgte erst am 25. April 1897.

*** Da Graf Murawiew kurz nach seiner Ernennung eine Antrittsvisite in Paris und Berlin machte — er weilte am 28. und 29. Januar in Paris, am 30. und 31. in Berlin und wurde am 1. Februar in Kiel von Kaiser Wilhelm II. empfangen (vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3425 ff.) —, so hätte ein Besuch in Wien immerhin auch im Bereich der Möglichkeit gelegen. In den Pariser und Berliner Besprechungen des Grafen Murawiew kam naturgemäß auch die Meerengenfrage zur Erörterung. Zwischen dem russischen und den französischen Staatsmännern bestand volles Einverständnis darüber, die Meerengenfrage ruhen zu lassen und gegen ein einseitiges Vorgehen Englands Stellung zu nehmen, um nicht den Bestand des Türkischen Reiches in Frage gestellt zu sehen: ein Standpunkt, der auch die unbedingte Zustimmung der deutschen Staatsmänner und Kaiser Wilhelms II. fand. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3426.

† Irrtümlich für „April". Vgl. darüber Kap. LXXIX, Nr. 3121.

Nr. 2937

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 73 London, den 4. Februar 1897

Es muß vor kurzem eine Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Goluchowski und dem englischen Botschafter in Wien* stattgefunden haben, durch welche das Vertrauen zwischen den betreffenden beiden Regierungen nicht vermehrt worden ist. Nach der Meldung des englischen Botschafters scheint Graf Goluchowski sich in seiner Unterredung mit ihm auf einen Bericht des Grafen Deym berufen zu haben, in welchem derselbe den Umstand besonders hervorgehoben hat, daß die jetzige Sprache des englischen Premierministers über die orientalische Frage und seine Auffassung derselben sich mit seinen früheren Äußerungen in dieser Hinsicht nicht mehr decken. Hierüber von Lord Salisbury interpelliert, hat Graf Deym, wie er mir streng vertraulich versichert, dem Premierminister erwidert, daß er ihm ganz offen die Wahrheit sagen wolle. Er will hieran die Darlegung geknüpft haben, daß der Premierminister in früheren Zeiten und bis vor kurzem stets die Möglichkeit offen gelassen habe, daß England unter gewissen Voraussetzungen im Orient Österreich zur Seite stehen werde, während er jetzt auf die Unmöglichkeit hinwiese, sich im Orient eintretendenfalls mit Österreich zu engagieren.

Mein österreichischer Kollege fügte nicht hinzu, ob Lord Salisbury diese Darlegung über den Wechsel in seiner Sprache als richtig anerkannt habe, bemerkte aber am Schlusse unserer Unterredung mit ungewöhnlichem Nachdruck, daß man in die Aufrichtigkeit englischer Staatsmänner kein Vertrauen setzen und namentlich auf die Äußerungen derselben keine Politik bauen dürfe[1]. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das haben wir ihm vor vielen Jahren schon gesagt

Nr. 2938

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Reinkonzept

Nr. 165 Berlin, den 6. Februar 1897
[abgegangen am 7. Februar]

Herr von Szögyény gab hier vertraulich Kenntnis von dem Inhalte eines Berichts des Grafen Deym und des darauf bezüglichen Antwort-

* Sir Horace Rumbold.

erlasses. Graf Deym hatte bei Lord Salisbury neuerdings die Frage direkt angeregt, wie sich England verhalten werde, falls Rußland gegen die Meerengen vorginge. Der englische Minister hatte die bekannte Redensart gemacht, daß er sich nicht im voraus binden könne, da der englischen Regierung ihre Haltung durch die öffentliche Meinung vorgeschrieben werde. Graf Deym hatte darauf erklärt, daß unter den Umständen, da Frankreich an Rußland gebunden und Deutschland für einen Aggressivkrieg wegen der Meerengen nicht zu haben sei, die österreich-ungarische Monarchie ein isoliertes Vorgehen gegen Rußland nicht in Betracht ziehen könne. Österreich-Ungarn werde sich bezüglich der Meerengen jedenfalls solange freie Hand wahren, wie England ein Gleiches tue.

Lord Salisbury scheint demgegenüber zunächst charakteristischerweise einer gewissen Enttäuschung Ausdruck gegeben zu haben, weil Deutschland in der Meerengenfrage nicht bedingungslos hinter Österreich stehe. Er bemühte sich sodann, dem österreichisch-ungarischen Botschafter klar zu machen, daß die englische Regierung, wenn sie auch heute noch keinerlei Verpflichtung übernehme, deswegen doch weit entfernt sei, sich von der Meerengenfrage endgültig zu desinteressieren. Das Wiener Kabinett würde sehr unrecht haben, die Nichtbeteiligung Englands bei einem wegen der Meerengen entstehenden Konflikte schon heute als sicher anzusehen und dementsprechend seine Politik einzurichten.

Wie lebhaft der englische Minister die Wahrnehmung empfunden hat, daß das Wiener Kabinett nicht oder nicht ferner geneigt ist, der englischen Orientpolitik ohne festes Programm und ohne feste Abmachung zu folgen, ergibt eine Äußerung, die er, wie Ew. pp. aus dem Londoner Bericht Nr. 63* vom 29. Januar ersehen haben werden, kurz nach der Unterredung mit Graf Deym dem Grafen Hatzfeldt machte. Der Premier äußerte sein Erstaunen darüber, „daß jetzt sogar Österreich mißtrauisch geworden sei“, und führte diese Erscheinung auf die Ursache zurück, daß man von Berlin aus den Verdacht nach Wien verpflanzt habe, als ob er, Lord Salisbury, sich mit Rußland oder aber mit Frankreich über den Orient zu verständigen bestrebt sei, was beides er mit Entschiedenheit in Abrede stellte. Auf dieses Abstreiten, welches mit früheren Äußerungen des Ministers sowohl hinsichtlich Rußlands wie namentlich hinsichtlich Frankreichs schwer in Einklang zu bringen ist, wird praktisch kein Wert zu legen sein. Je nachdem es ihm paßt, andere Kabinette einzuschüchtern oder zu ködern, läßt Lord Salisbury die eine oder andere dieser Verständigungen am Horizonte auftauchen oder verschwinden. Die Hauptsache, welche geeignet ist, für die Politik derjenigen Kontinentalmächte, die der Meerengenfrage näher-

---

* Siehe Nr. 2935.

stehen, eine Richtschnur abzugeben, ist die Erklärung, zu welcher der österreichisch-ungarische Vertreter den englischen Premier gezwungen hat, daß England unter keinen Umständen seine Politik im voraus binden werde. Das Mißverhältnis zwischen dieser Erklärung und den zielbewußten und konsequenten Bemühungen des Londoner Kabinetts, im Orient eine Kriegslage und damit eine Not- und Zwangslage für gewisse kontinentale Kabinette, insbesondere für Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland, zu schaffen, ist so kraß, daß Lord Salisbury, wenn ihm danach Symptome von Mißtrauen des Wiener und Berliner Kabinetts begegnen, wohl allerdings unangenehm berührt, jedoch nicht überrascht sein kann. Graf Goluchowski aber hat sich, indem er trotz aller Sympathie für England durch sein energisches Vorgehen Lord Salisbury nötigte, amtlich Farbe zu bekennen, in dankenswerter Weise um den Dreibund verdient gemacht. Umsomehr ist er berechtigt, auf unser Einverständnis für seinen durch Herrn von Szögyény übermittelten Wunsch zu rechnen, daß diese durch das Wiener Kabinett erreichte Klärung nun nicht zum Anlaß für uns werde, um unsre Fäden nach der englischen Seite hin zu zerreißen.

Es wäre Blindheit, zu verkennen, daß England ganz unabhängig von seinem Wollen und Wünschen durch sein bloßes Vorhandensein einen wertvollen Faktor des europäischen Gleichgewichts, ja in mancher Hinsicht einen Blitzableiter bildet. Ohne uns auch nur annähernd mit dem Bestande des Britischen Reiches so wie mit dem der österreichisch-ungarischen Monarchie zu identifizieren, halten wir dasselbe gleichwohl für ein nützliches politisches Element und bedauern, daß die Maßlosigkeit und andere Charakterfehler der englischen Politik geeignet sind, die feindselige Gesinnung gegen England zu verallgemeinern. In klarer Erkenntnis der englischen Vorzüge beschränkt sich die Regierung Seiner Majestät des Kaisers den englischen Fehlern gegenüber auf eine lediglich defensive Haltung, ist auch, wie die vorigjährige ostasiatische Aktion gezeigt hat, gern bereit, ja sogar bemüht, England da, wo wir gemeinsame Interessen zu konstatieren glauben, mit heranzuziehen. Aber damals in Ostasien, wo seine Beteiligung ausgleichend, also günstig für alle Teile, England einbegriffen, gewirkt hätte, verfolgte letzteres dieselbe Politik der freien Hand wie heute im Mittelmeer, eine Politik, welche sich nur so erklären läßt, daß England hofft, seine Interessen am letzten Ende durch andere Mächte ohne seine Beteiligung verfochten zu sehen. Diese Vermutung ist für uns kein Grund zur Feindschaft, wohl aber zur allergrößten Vorsicht, und in dieser mich nun mit Graf Goluchowski einig zu wissen, gereicht mir gerade jetzt, wo wir vielleicht am Anfang eines bewegteren Zeitabschnitts stehen, zur besonderen Beruhigung.

C. Hohenlohe

Nr. 2939

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 106 St. Petersburg, den 22. Februar 1897

Wie ich von einem zuverlässigen hohen Militär erfahre, hat unlängst eine Konferenz von Generalen stattgefunden, bei der der Generalstabschef, General Obrutschew, die Ansicht vertrat, daß es gegebenenfalls für Rußland genügen würde, den Bosporus zu besetzen. Alle übrigen Teilnehmer an der Konferenz sprachen sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß nicht nur der Bosporus, sondern auch die Dardanellen besetzt werden müßten[1].

Großfürst Alexis soll nächster Tage nach Sebastopol angeblich zur Inspizierung der Flotte reisen. Diese amtlich noch nicht bestätigte Nachricht verursacht hier Beunruhigung.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2940

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 133 St. Petersburg, den 10. März 1897

Der österreichische Militärattaché* erfährt, daß vorige Woche eine geheime Sitzung des Reichsrats mit Zuziehung besonderer Delegierter stattgefunden habe, um Maßnahmen für Besetzung einzelner Teile der Türkei zu beraten. Definitives sei zwar nicht beschlossen worden, aber der Kriegs- und Marineminister hätten sich gegen früher in einer zuversichtlicheren Stimmung bezüglich der Leistungsfähigkeit gezeigt. Minister Witte sei wiederum ganz entschieden gegen jedes militärische Vorgehen aufgetreten, ja sogar wenn dasselbe gleichsam freundschaftlich zum Schutz des Sultans ins Auge gefaßt würde. — Dabei wären es nicht pekuniäre Bedenken, die ihn zu dieser Ansicht geführt.

Radolin

---

* Generalmajor Klepsch.

Nr. 2941

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 169 St. Petersburg, den 4. April 1897

Bei einem Besuche, den mir neulich der Finanzminister Witte abstattete, wendete sich die Unterhaltung auch der Kretafrage* und der hierbei von Rußland befolgten Politik zu. Es war mir von besonderem Interesse, darüber Klarheit zu erlangen, ob Herr Witte, wie er dies neulich einem französisch-belgischen Bankier gegenüber betont hatte, bezüglich der Richtung der russischen Politik im Orient mit dem Grafen Murawiew tatsächlich eines Sinnes sei. Nachdem wir im allgemeinen die Lage besprochen, suchte ich unauffällig die bisherige Haltung Rußlands an der Hand derjenigen Argumente zu rechtfertigen, die mir vom Grafen Murawiew als für ihn maßgebende bezeichnet worden waren. Aus der Aufnahme, welche diese meine Deduktion bei Herrn Witte fand, war klar ersichtlich, daß Herr Witte auf einem ganz anderen Standpunkt steht als Graf Murawiew[1]. Herr Witte meinte, die russische Politik müßte folgende Wege einschlagen. Als erstes und oberstes Prinzip müßte die Staatsleitung dafür sorgen, daß für die nächsten drei bis vier Jahre wenigstens[2] der Friede und speziell Rußland nicht gestört werde. Dieses Ziel würde am besten dadurch zu erreichen sein, daß man mit der traditionellen, aber überlebten Politik der Einmischung in die Balkanhändel bräche und auf die Aspirationen auf Einfluß im Mittelmeere verzichte[3].

Seitdem Rußland im Schwarzen Meere stark genug geworden, defensiv die Einfahrt in dasselbe durch den Bosporus zu hindern, hätte auch die Meerengenfrage ihre frühere Bedeutung verloren, denn in Friedenszeiten könne Rußland schon jetzt und auch in Zukunft mit seinen Handelsschiffen durchfahren und das Weltmeer erreichen, während für den Kriegsfall Rußland nur das Interesse habe, daß keine feindliche Macht in das Schwarze Meer dringe.

Auf meine zustimmende Bemerkung, der ich aber den Hinweis hinzufügte, die Machtentfaltung Englands im Mittelmeere und der dadurch erbrachte Beweis der Hegemonie Großbritanniens in diesem Meere habe hier doch mißfallen und Mißtrauen erregt, antwortete Herr Witte mit erhobener Stimme und drohender Gebärde: „Ja, Sie haben recht, England herrscht im Mittelmeer, und wir können nie daran denken, uns auf diesem Kampfplatze mit ihm zu messen; aber ich garantiere Ihnen, in vier Jahren spätestens stehen wir in Herat, und dann werden wir von dort aus England an seiner schwächsten Stelle bedrohen[4]. Wir brauchen nicht mehr wie 30000 Mann[5], um Englands Herrschaft in Indien zu Fall zu bringen, denn in dem Augenblick, wo

* Vgl. Kap. LXXVII und LXXX.

der erste Russe sich an der indischen Grenze zeigt, wird Revolution in Indien ausbrechen[6].

Was kann uns England dagegen tun? In das Schwarze Meer wird es nicht mehr hineinfahren können, und selbst wenn es zu der Zeit mit Japan im Bunde stehen sollte, kann es in Ostasien höchstens Wladiwostok bombardieren, was uns wenig kümmern wird. Greift es aber China an, so werden dadurch die Interessen anderer Staaten ebenso tangiert wie diejenigen Rußlands."

Der Finanzminister schloß seine Ausführung, indem er achselzuckend bemerkte, diese seine Ansicht würde allerdings zu seinem Bedauern an leitender und hoher Stelle nicht geteilt.

Wenn auch in Rußland nur wenige den Mut haben dürften, so radikal mit der seit Katharina II. überlieferten und von der orthodoxen Geistlichkeit und der panslawistischen Partei in der Hoffnung auf den Besitz Konstantinopels und Jerusalems genährten Politik in richtiger Würdigung der für Rußland veränderten Weltlage zu brechen, so deuten doch die von dem Finanzminister geäußerten Anschauungen, die gewiß auch von vielen Stillen im Lande geteilt werden, darauf hin, daß für die Folge[7] mit einer Politik, die den Schwerpunkt der russischen Interessen mehr und mehr vom Balkan weg nach Asien verlegt, gerechnet werden kann. Herrn Wittes Einfluß ist nicht gering, wenn auch zurzeit derjenige der Leute im Gefolge Pobedonoszews noch überwiegend sein mag. Doch darf man nicht außer acht lassen, daß es Herr Witte war, der die energische Politik Rußlands Japan und Korea gegenüber gegen den Willen des Fürsten Lobanow geleitet und durchgesetzt hat.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr wichtig zu wissen
[2] d. h. bis die Bahnen nach und der Aufmarsch an unsrer Grenze fertig sind.
[3] das wird wohl nicht mehr gehen
[4] ah das wäre ja sehr schön!
[5] ?
[6] ? das ist doch zweifelhaft
[7] ja aber wann? Jetzt jedenfalls leider noch nicht.

Nr. 2942

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 85 Paris, den 20. April 1897

Durch die Kriegserklärung* ist die ganz verfahrene Situation in ein anderes Stadium getreten, und die Mächte gewinnen als neutrale Zuschauer Zeit zur ruhigen Überlegung.

---

* Die Kriegserklärung der Türkei an Griechenland war am 18. April erfolgt. Vgl. Kap. LXXX, Nr. 3226.

Eine unangenehme Komplikation bleibt Kreta.

Hier wird man, was den türkisch-griechischen Krieg betrifft, streng neutral bleiben wollen, so versichert nicht allein der Minister Hanotaux, aber auch der Präsident Felix Faure selbst.

Ich hatte Gelegenheit, mit dem Präsidenten längere Zeit zu sprechen, als ich ihm den Dank der Großherzogin von Mecklenburg* für die vielen Aufmerksamkeiten der französischen Zivil- und Militärbehörden in Cannes aussprach.

Der Präsident und auch Herr Hanotaux schienen mir ihre früheren Ansichten insofern etwas geändert zu haben, als sie nicht mehr so unbedingt an einen raschen Sieg der Türken glauben.

Nach militärischen Berichten aus Konstantinopel, Athen und kürzlich vom Kriegsschauplatze wird die griechische Armee weit günstiger beurteilt als bisher[1]. Die türkischen Truppen werden zwar gerühmt, nur soll die Verpflegung mangelhaft sein und das Geld sehr fehlen.

Die hiesigen leitenden Kreise fürchten aber ein Ausbreiten des revolutionären Treibens in Mazedonien und Albanien, vor allem aber die Aufregung der Muselmanen in allen Provinzen der Türkei.

Das Mißtrauen gegen Rußland sucht man zu verbergen, es scheint aber überall durch.

Andeutungen darüber, daß ein geheimes Abkommen zwischen dem Sultan und Nelidow existiert, habe ich verschiedentlich gehört.

In Beziehung auf alles, was den Seehandel und die damit zusammenhängende Politik betrifft, hat Präsident Faure als großer Kaufmann und Reeder einen weiteren Gesichtskreis und gesundere Ansichten als die übrigen Leiter hiesiger Politik. Er meinte, daß, wenn auch Rußland und England weitere Komplikationen nicht wünschten, sie doch durch die Verhältnisse und den sich immer mehr steigernden Haß der Muselmänner gezwungen werden könnten, einzugreifen. Beide seien vorbereitet und gerüstet.

Die gefährliche brennende Frage sei die der Meerengen; bis die gelöst sei, werde Europa nicht recht zur Ruhe kommen. Er hoffe aber, daß es gelingen werde, den Kampf darüber zu lokalisieren.

Sein aufrichtigster Wunsch sei, daß Deutschland und Frankreich ruhig und neutral bleiben.

Ich versicherte, daß dies auch unsere Absicht und aufrichtiger Wunsch sei. Wir müssen, bemerkte ich, das tun, was hier in Paris die Versicherungsgesellschaften verlangen, daß nämlich die Nachbaren gegenseitig ihre Häuser versichern müssen[2].

Diese Bemerkung gefiel dem Präsidenten[3], der erwiderte, ich hoffe, daß das uns noch gelingen wird. Vor fünf Jahren wäre das

---

* Großherzogin Anastasia von Mecklenburg-Schwerin, Tochter des Großfürsten Michael Nikolajewitsch, weilte während der Krankheit und des Todes (10. April) ihres Gemahls Friedrich Franz III. in Cannes.

unmöglich gewesen, jetzt wird es Ihnen nicht entgangen sein, wie sich die Stimmung geändert hat.

Was die Meerengenfrage betrifft, so habe ich aus den Bemerkungen des Präsidenten entnehmen können, daß er meine Meinung darüber vollkommen teilt.

Euere Durchlaucht werden es mir zugute halten, wenn ich diese offen ausspreche.

Das Einschließen der russischen Flotte im Schwarzen Meer kann ein mächtiger Staat, wie Rußland, auf die Länge sich nicht gefallen lassen*.

Die Russen gehen aber jetzt in ihren Ansprüchen und Forderungen viel zu weit und drehen den Spieß um. Sie wollen den Riegel zum Schwarzen Meer, und niemand soll den Schlüssel haben. Ihre Diplomaten sprechen es schon unumwunden aus, daß das Schwarze Meer ein russisches mare clausum sein müsse. Das dürfen und können die übrigen Mächte nicht zugeben[4].

Die einzige Lösung ist die einfachste, nämlich die, das Schwarze Meer, welches ein[en] Teil der Weltmeere bildet, weil es mit ihnen zusammenhängt, für die Schiffe aller Nationen freizugeben. Das kann nur dadurch geschehen, daß die Befestigungen an beiden Meerengen auf immer geschleift, sie unter den Schutz der Mächte gestellt werden[5] und auf alle Zeiten jede Befestigung an denselben und auch die Erhebung irgendeines Zolles verboten werde und alle Mächte sich verpflichten, streng darauf zu achten.

Es wird mir erwidert werden, was dann aus Konstantinopel werden solle. Nach meiner Überzeugung wird Konstantinopel dadurch an sich sehr gewinnen, wenn es auch in vieler Beziehung an Wichtigkeit verliert.

Das Bewachen der Meerengen ist nach und nach für die Türkei ein privilegium odiosum geworden, und Konstantinopel war dadurch der Zankapfel Europas.

Konstantinopel würde als Freihafen unter dem Schutze der Mächte einer der größten Handelsplätze der Welt werden.

---

* Vorerst fand Rußland jedoch den bestehenden Zustand ganz erträglich. Vgl. die Bemerkungen Fürst Lobanows und Graf Kapnists aus dem August 1896 und dem März 1897 in Nr. 2921 und 2922, Fußnote *, S. 59. Auch Graf Murawiew stellte sich gelegentlich der Anwesenheit Graf Goluchowskis in Petersburg vom 27. bis 29. April 1897 auf den Standpunkt, daß die Meerengenfrage wenig akut sei, da Rußland ein wesentliches Interesse daran habe, bezüglich der Meerengen an dem status quo festzuhalten und sich dadurch die Fortdauer der Sperrung der Dardanellen gegen das Einlaufen fremder Kriegsschiffe in das Schwarze Meer zu sichern. Vgl. Kap. LXXIX, Nr. 3126. Da auch Österreich sich auf den gleichen Standpunkt stellte, und somit ein Einvernehmen zwischen beiden Mächten in dieser Frage konstatiert wurde, das durch den Notenaustausch vom 8./17. Mai besiegelt wurde (vgl. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, S. 79 f., 81 f.), so tritt sie im weiteren Verlauf der Dinge zunächst ganz zurück.

Es wäre sogar möglich, den Sultan vorläufig zu behalten, der nach und nach sich nach Asien zurückziehen würde.

Die Mächte würden sich gegenseitig in Schach halten und viel weniger Grund haben, um sich zu bekriegen.

Rußland wird solche Gedanken anfänglich verwerfen[6], hätte aber unrecht.

Die gerechte Klage, daß es nicht frei über seine Marine verfügen kann und vom Meere abgeschlossen ist, hörte auf, und die russischen Hafenorte und Städte am Schwarzen Meere würden in keiner schlechteren Lage sein als die Städte der übrigen Länder, die am Meere liegen.

Die Städte und der Handel am Schwarzen Meere würden sehr viel gewinnen und aufblühen.

Geschähe das, so würde naturgemäß der Schwerpunkt der russischen Flotte in das Schwarze Meer gelegt und dadurch unsere Macht und unser Einfluß in der Ostsee wesentlich wachsen[7]. Wir würden nach zwei Seiten hin bedeutend gewinnen: die Ostsee würde nach und nach ein deutscher See, und die Donau würde, was sie sein muß, ein Weltstrom, befreit vom russischen Alb, der jetzt darauf lastet.

Ich fürchte, daß solche Pläne nicht so leicht zur Ausführung kommen werden, sie sind zu praktisch, zu einfach, als daß die vielköpfige Diplomatie gern darauf eingehen würde.

Es ist aber gut, sich mit diesen Gedanken im voraus zu beschäftigen.

Die jetzigen Verhältnisse sind unhaltbar. Das Fiasko der Botschafterkonferenzen* liegt nicht an den Botschaftern selbst, sondern daran, daß sie das erhalten sollen, was nicht mehr haltbar ist[8].

Wenn ich aber bemerkte, daß Rußland und England sich auf jede Eventualität vorbereiten, so höre ich durch meine englischen Beziehungen, daß dort sehr ernstlich an die Möglichkeit, bald Gallipoli und die Dardanellen besetzen zu müssen, gedacht wird.

Lord Wolseley, der englische Höchstkommandierende, begibt sich in diesen Tagen, begleitet von den besten Offizieren des Generalstabes, an das Mittelländische Meer unter dem Vorwande, die Garnisonen in Gibraltar, Malta und Ägypten zu inspizieren. In Wirklichkeit will er die Besetzung der Dardanellen vorbereiten und das Notwendige mit den höheren Marineoffizieren verabreden.

Die Engländer haben ganz genaue Ermittlungen angestellt und rechnen mit Sicherheit darauf, ohne zu große Opfer die Dardanellen forcieren zu können.

Sie werden das tun, sowie die Russen wirklich in die Türkei einrücken[9]. Der Fanatismus der Muselmänner und neue Blutbäder, die kommen, können es bald dazu zwingen[10].

---

* Vgl. Kap. LXXVIII.

Dann würde der Moment kommen, wo der Sultan zwischen zwei falschen Freunden wählen müßte.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Dann sind sie recht schlecht berichtet
2 sehr gut
3 mir auch
4 richtig
5 diesen Vorschlag hat vor $1^1/_2$ Jahren Eulenburg auf meinen Befehl an Lobanow gemacht, der ihn acceptirte
6 ist aber bei Witte schon $^3/_4$ Wegs ihnen entgegengekommen der Stamboul auch nicht haben will
7 richtig
8 gut
9 die denken nicht daran.
10 vielleicht?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich



Kapitel LXXV

Das Ende der Bulgarischen Frage. Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896



Nr. 2943

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall, z. Z. in Neuershausen*

Eigenhändig

Neuershausen, den 11. August 1895

Der König von Rumänien zog mich heute nachmittag nach einem Diner, welches in Umkirch bei der verwitweten Fürstin von Hohenzollern ** stattfand, in ein längeres politisches Gespräch. Seine Majestät war von seinem Aufenthalte in Ischl *** sehr befriedigt und betonte wiederholt, daß sich bei seinen Gesprächen mit Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Goluchowski völlige Übereinstimmung über die schwebenden Fragen ergeben habe. Die „mazedonische Frage“ † könne zunächst als erledigt gelten; ein Aufruhr, der von oben diktiert worden sei, höre naturgemäß auf, wenn der bezügliche Befehl zurückgenommen werde, und das sei von Sofia aus geschehen. Weniger beruhigend lägen die Dinge in Bulgarien; Fürst Ferdinand habe sich zwischen zwei Stühle gesetzt, die Sympathien der Partei Stambulow gründlich verscherzt und dafür von Rußland aus einen scharfen Refüs erhalten. Es sei so gekommen, wie er seinerzeit dem Grafen Goluchowski vorausgesagt habe, und man sehe jetzt in Österreich ein, welchen Fehler Fürst Ferdinand mit der Entlassung Stambulows †† gemacht habe. Er wolle nicht sagen, daß das Wiener Kabinett die letztere souffliert habe, aber jedenfalls sei von dieser Seite aus nichts geschehn, um dem

---

* Hier aufgenommen, weil die Aufzeichnung einen guten Überblick über die bulgarischen Verhältnisse im Sommer 1895 gibt. Über die deutsche und die österreichische Stellungnahme zu den bulgarischen Verhältnissen vgl. auch Bd. X, Kap. LXII, A, Nr. 2488, 2489.

** Josephine, Witwe des Fürsten Karl Anton, Mutter des Königs.

*** König Karl von Rumänien war zu Anfang August in Bad Ischl eingetroffen und hatte dort am 5. Unterredungen mit Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Goluchowski gehabt.

† Vgl. Kap. LXXVI.

†† Sie war Ende Mai 1894 erfolgt.

Fürsten die Beseitigung Stambulows zu erschweren. Als er vor etwa zwei Jahren dem Grafen Goluchowski, der damals Gesandter in Bukarest war, über die Sachlage gesprochen und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche der eventuelle Fall Stambulows heraufbeschwöre, sei ihm erwidert worden, daß nach den Berichten Burians in Stoilow ein geeigneter Nachfolger vorhanden sei. Er — der König — habe erwidert, Stoilow sei schwach, energielos und unfähig, die Geschäfte zu führen. Bei seiner vorjährigen Unterredung mit Graf Kálnoky, als die üblen Folgen des Rücktritts Stambulows bereits augenfällig gewesen, habe Kálnoky die Schuld auf den Fürsten geschoben. Vom Wiener Kabinett sei in Sofia der Rat erteilt worden, wenn die Dinge nicht mehr haltbar seien, möge der Fürst die Entlassung Stambulows in so demonstrativ gnädiger Weise ausführen, daß nach außen hin die Kontinuität der bulgarischen Politik klargestellt werde; leider habe der Fürst sich hierzu nicht entschließen können.

Der König fuhr dann fort: Einen zweiten großen Fehler habe Fürst Ferdinand begangen durch die Gestattung der bulgarischen Deputation* nach St. Petersburg. Der Gedanke hierzu sei bei dem jüngsten Aufenthalt des Fürsten in Paris angeregt worden. Man habe dort geschickt die Eitelkeit des hohen Herrn benutzt und in ihm den Irrtum bestärkt, daß er nach Entlassung Stambulows Aussicht auf Anerkennung seitens Rußlands habe. In diese Falle sei der Fürst gegangen. Die ganze Deputation sei vom Standpunkte des Fürsten aus eine Unmöglichkeit, da sie das bulgarische Volk in Petersburg zu vertreten hatte, ohne die fürstliche Regierung. Jetzt, nachdem die Deputation einen für den Fürsten höchst nachteiligen Bescheid erhalten, suche die Regierung dieselbe von ihren Rockschößen abzuschütteln. In Sofia herrsche eine Art von Anarchie, und es sei unbegreiflich, daß der Fürst nicht sofort nach der Ermordung Stambulows** in seine Residenz zurückgekehrt sei. Seine Abwesenheit verschlechtere die Situation und den Eindruck nach außen. Er — der König — habe seinerzeit dem Fürsten durch den rumänischen Vertreter in Sofia*** dringend raten lassen, Stambulow nach Karlsbad reisen zu lassen, da schon seit län-

* Im Juli 1895 war eine bulgarische Deputation nach Rußland gereist, um einen goldenen Kranz auf das Grab des Kaisers Alexanders III. zu legen. Sie war dort am 16. Juli von dem Oberprokurator des Heiligen Synod Pobedonoszew empfangen worden, der dem bulgarischen Volke eine solche Regierung wünschte, „deren Seele sich mit dem Volke gemeinsam in dem orthodoxen Glauben vereint." Damit war wohl schon der im Februar 1896 (siehe Nr. 2944) erfolgende Übertritt des Thronfolger-Prinzen Boris zur orthodoxen Kirche gemeint, den auch Fürst Lobanow laut eines Berichts Botschafter Radolins vom 12. August als eine Vorbedingung für eine russisch-bulgarische Aussöhnung bezeichnete.
** Stambulow war, nachdem ihm im Mai 1895 der erbetene Paß zu einer Reise nach Karlsbad abgeschlagen war, am 18. Juli einem gegen ihn verübten Attentat erlegen.
*** J. N. Papinin.

gerer Zeit Mordanschläge gegen letzteren drohten; der Rat sei nicht befolgt worden, der Fürst dürfe sich also nicht wundern, wenn man ihn in der Presse indirekt der Mitschuld an der Ermordung bezichtige. Ob die fürstliche Autorität stark genug sei, in Sofia wieder Ordnung zu schaffen, erscheine zweifelhaft. Wie in Europa, so habe auch in Bulgarien das Prestige des Fürsten schwer notgelitten; in der bulgarischen Armee habe er nie ein solches besessen. Der größte Teil des Offizierskorps sei stambulowistisch. Am ehesten werde der Fürst noch mit einem Ministerium Radoslawow sich halten können; mit den Stoilow, Natschewitsch* usw. werde [er] die Ordnung nicht aufrecht erhalten können.

Trotz alledem solle man den Fürsten nicht entmutigen, wenn er demnächst nach Sofia zurückkehre, denn seine Abdankung werde ein Vakuum schaffen, welches ernste Gefahren enthalte. Eine starke Hand, wie die Stambulows, fehle, um eine Regentschaft bis zur Fürstenwahl zu etablieren. Die Parteien ständen sich aber so schroff gegenüber, daß Unordnungen mit Sicherheit zu erwarten seien. Wer solle dann die Ordnung herstellen? Werde Rußland dulden, daß die Türkei als Suzerän ihres Amtes walte? Gewiß nicht! Oder erwarte man, daß Rumänien interveniere? Des Königs Gesandter in Petersburg** berichte, daß man nicht in offiziellen, aber in einflußreichen Kreisen der russischen Hauptstadt den Gedanken ventiliere, daß Rumänien als Nachbarstaat die Pflicht zur Intervention habe. Er — der König — werde sich für diese Aufgabe bedanken, welche die Bulgaren zu Todfeinden Rumäniens machen werde. Wenn nun aber Rußland zur Intervention schreite und die rumänische Armee ihm den Weg verlege, dann könne doch der casus foederis eintreten und ein europäischer Krieg entstehen. Wie könnten da die „Hamburger Nachrichten" behaupten, daß Bulgarien Deutschland gar nichts angehe? —

Ich bemerkte darauf, daß wir allerdings in Bulgarien ein unmittelbares Interesse nicht hätten, und daß insbesondere die Frage, welcher Einfluß dort präponderiere, uns wenig beunruhige. Die Zustände in jenem Lande berührten uns nur indirekt, und zwar einmal als Unterzeichner des Berliner Vertrags — als solche müßten wir eine dem internationalen Rechte entsprechende Ordnung der Dinge in Sofia wünschen — und ferner wegen der Möglichkeit, daß unsere Verbündeten durch die Entwicklung der bulgarischen Dinge in politische Verwicklungen hineingezogen würden; in diesen Beziehungen seien uns unsere Pflichten durch die geschlossenen Verträge streng vorgezeichnet.

Seine Majestät erwähnte dann einer Unterredung des Grafen Goluchowski mit Graf Kapnist, in der ersterer die Auffassung des Wiener Kabinetts über Bulgarien dahin präzisierte: Festhalten am Berliner Vertrag, aber keine Präponderanz irgendeiner Großmacht in Bulgarien.

---

* Minister des Auswärtigen.
** A. C. Catargiu.

Fürst Lobanow habe sein volles Einverständnis mit diesem Programm kundgegeben. Ich bemerkte darauf, daß Fürst Bismarck stets die russische Präponderanz in Sofia als dem Geiste des Berliner Vertrags gemäß bezeichnet habe und dieser Standpunkt auch neuerdings von den „Hamburger Nachrichten“ wieder vertreten würde; ich könne mir nicht denken, daß Fürst Bismarck in dieser Beziehung russischer als Fürst Lobanow denke, und ich sei daher zweifelhaft, ob das Einverständnis zu dem zweiten Teile des Wiener Programms ganz aufrichtig gemeint sei. Der König entgegnete, gerade darin liege die Schwierigkeit der Beziehungen zu Rußland, daß es neben der offiziellen russischen Politik noch eine nicht offizielle gäbe, die vielfach entgegengesetzte Wege gehe und oft einflußreicher sei als die erstere. —

Der König schien überhaupt mißtrauisch gegen die dermalige russische Politik. Zur Zeit Alexanders III. habe man sicher sein können, daß er die einmal eingeschlagene Route beharrlich weiter verfolgen werde. Diese Sicherheit fehle jetzt. Rußland arbeite in Ostasien gegen England, in Bulgarien gegen Österreich-Ungarn, in Abessinien gegen Italien, indirekt auch gegen England, indem es die englische Stellung in Ägypten bedrohe. Unter diesen Umständen sei die Bildung eines parlamentarisch starken englischen Kabinetts* sehr erwünscht.

Seine Majestät kam dann auch auf die Siebenbürgerfrage und sagte mir, Graf Goluchowski, zu dem er volles Vertrauen habe, werde demnächst nach Ungarn gehen und habe ihm zugesagt, dort Vernunft und Mäßigung zu predigen. Goluchowski sei sehr gewandt, kenne die rumänischen Verhältnisse sehr genau und sei daher in der Lage, die Ungarn darüber aufzuklären, daß es in Rumänien eine Irredenta nicht gäbe.

Marschall

Nr. 2944

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 St. Petersburg, den 6. Februar 1896

Fürst Lobanow bittet, den Kaiserlichen Generalkonsulatsverweser in Sofia ** anzuweisen, Nachricht über den baulichen Zustand des dortigen russischen Generalkonsulatsgebäudes zu geben, da Rußland demnächst beabsichtigt, den Posten wieder zu besetzen. Vertraulich fügte Fürst Lobanow hinzu, daß der Kaiser einen Abgesandten nach Sofia schicken würde, um der Zeremonie des Übertritts des Prinzen Boris *** zur orthodoxen Kirche beizuwohnen. Von Annahme einer Patenstelle könne

* Kabinett Salisbury seit Ende Juni 1895.

** Haering.

*** Am 11. November 1895 hatte Fürst Ferdinand von Bulgarien einer Deputation von Abgeordneten, die den Übertritt des Thronfolgers Prinzen Boris zum ortho-

nicht die Rede sein, da eine Wiedertaufe überhaupt nicht stattfinden kann. Fürst Lobanow beabsichtigt ferner,

I. dem Sultan zu eröffnen, daß Rußland, nachdem die Hindernisse, die der Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürst von Bulgarien bisher entgegenstanden, durch die Konversion des Prinzen Boris beseitigt worden seien, seinerseits nichts mehr gegen die Anerkennung einzuwenden hat, und

II. dem Sultan anheimzustellen, als Suzerän die Anerkennung des Prinzen Ferdinand bei den Mächten nachzusuchen.

Fürst Lobanow betonte schließlich, daß bis zur Anerkennung Prinz Ferdinand von Koburg von Rußland mit Hoheit, nach der Anerkennung mit Königliche Hoheit tituliert werden würde.

Er sagte mir vertraulich, daß er mit der Weiterregierung des Prinzen Ferdinand ganz einverstanden, und für den Prinzen persönlich die katholische Religion kein Hindernis sei.

Die Zeitungsnachricht der Sendung eines Hofbeamten des Prinzen Ferdinand nach St. Petersburg stellt Fürst Lobanow absolut in Abrede. Ich sollte glauben, daß die Aussöhnung besonders auf die Vermittelung des dänischen Hofes und des Herzogs von Aumale zurückzuführen ist. Die sehr gehässigen Artikel des Fürsten Uchtomsky in den „Petersburgski Wedomosti" der letzten Tage gegen die Dynastie Koburg in Bulgarien werden hier allgemein wegen der angeblich nahen Beziehungen des Fürsten zum Kaiser als bedeutungsvoll angesehen. Fürst Lobanow wiederholte, daß auch dieser Zeitungsschreiber, dessen Beziehungen zu Seiner Majestät übertrieben seien, nicht besser informiert ist[1] wie die anderen, daß er die Ideen des Kaisers nicht kennt und sie daher auch nicht wiedergeben kann.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?

Nr. 2945

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 7. Februar 1896

Dem hier alleruntertänigst angeschlossenen Telegramme Euerer Majestät Botschafters in Petersburg zufolge* beabsichtigt die russische

doxen Glauben erbat, die Erfüllung ihres Wunsches zugesagt. Die Einwilligung des Fürsten war wesentlich durch die Hoffnung diktiert worden, durch den Glaubenswechsel des Prinzen die Anstände zu beseitigen, die die russische Regierung so lange Jahre der Anerkennung des Fürsten in den Weg gestellt hatte. Am 2. Februar teilte Fürst Ferdinand den bevorstehenden Glaubenswechsel des Prinzen dem Zaren mit, der darauf ein warmes Glückwunschtelegramm an den Fürsten richtete. Der Übertritt des Prinzen erfolgte am 14. Februar. Vgl. auch Bd. XI, Kap. LXVI, Nr. 2673, Anlage.

* Siehe Nr. 2944.

Regierung nunmehr der Frage der Anerkennung des Prinzen Ferdinand näher und zuvörderst mit dem Sultan in Verbindung zu treten. Der Richtung der Politik Euerer Majestät Regierung würde es meines ehrfurchtsvollen Erachtens im gegenwärtigen Augenblicke am besten entsprechen, zunächst abzuwarten, daß Seine Majestät der Sultan in seiner Eigenschaft als Suzerän die nach Inhalt der Anlage ihm von der russischen Regierung zu suggerierende Initiative bei den Mächten tatsächlich ergreift[1]. Sobald dies geschehen ist, würde meines alleruntertänigen Dafürhaltens ein vertraulicher Gedankenaustausch der Dreibundmächte über die zu erteilende Antwort mit Rücksicht auf die derzeitige politische Gesamtlage unter anderem auch deshalb vorteilhaft sein, weil eine derartige Verständigung als eine symbolische Betätigung der dauernden Wirksamkeit des Dreibundes sich darstellen würde.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 8/II 96 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja

Nr. 2946

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Wien, den 7. Februar 1896

Ich sprach den gestern von Budapest zurückgekehrten Grafen Goluchowski. Über die bulgarischen Ereignisse herrscht tiefe Verstimmung. Der katholische Standpunkt, der sehr stark akzentuiert wird, deckt nur schwach die Besorgnis vor Rußlands verstärktem Einfluß auf dem Balkan.

Eulenburg

Nr. 2947

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Rom, den 7. Februar 1896

Als Baron Blanc heute im Laufe eines vertraulichen Gesprächs die von der „Agenzia Stefani“ aus St. Petersburg gebrachte Nachricht berührte, daß die Anerkennung des Prinzen Ferdinand durch Rußland nahe bevorstehend sei, warf ich, ohne einen Auftrag erkennen zu lassen, von mir aus die Frage auf, ob es nicht für die Dreibundmächte angezeigt wäre, über die Eventualität einer gleichzeitigen Anerkennung

des Prinzen durch die drei Mächte untereinander in einen Meinungsaustausch zu treten.

Baron Blanc entgegnete, daß er jedenfalls auch in dieser Angelegenheit im Einklang wie in Fühlung mit dem Berliner und Wiener Kabinett zu bleiben wünsche. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten fügte hinzu, daß er Graf Lanza entsprechende Weisungen zugehen lassen wolle.

Bülow

Nr. 2948

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 24
Vertraulich

Wien, den 7. Februar 1896

Graf Goluchowski, der einige Tage in Angelegenheiten des Ausgleiches in Budapest abwesend war, kehrte gestern nach Wien zurück. Ich sprach ihn heute.

Er war noch bei der Romreise des Prinzen Ferdinand* der festen Überzeugung gewesen, daß die Umtaufe nicht stattfinden würde, und die Reise dem Prinzen nur die nötige Deckung vor Bulgarien geben sollte. Darum wirkte das Ereignis ganz außerordentlich überraschend und verstimmend. Die nicht freundlichen Ausdrücke über den Prinzen Ferdinand, die ich sonst aus dem Munde des Grafen vernahm, steigerten sich zu ungewöhnlicher Kraft.

Ich glaube allerdings, daß der Graf, der ein überzeugungstreuer Katholik ist, auch als solcher empfand, wenn er den Prinzen als einen der schändlichsten und verabscheuungswürdigsten Menschen darstellte; aber es brach hinter diesem religiösen Zorn zu schnell der Groll gegen Rußland hervor, um nicht den Eindruck gewinnen zu müssen, daß der Politiker mindestens so hart getroffen wurde als der Katholik. „Ich habe", sagte der Minister, „stets gegenüber Graf Kapnist offen geäußert, daß wir unsere Hand auch in Bulgarien haben wollen und nicht zugeben würden, daß Rußland allein dort der maßgebende Faktor ist[1]. Hieran halte ich unentwegt fest. Wir wollen abwarten, was jetzt in Bulgarien geschieht. Was aber soll geschehen, wenn an der Spitze des Landes ein Mensch wie Prinz Ferdinand steht? Seine Majestät der Kaiser hat durchaus recht, als er mir sagte: ‚Ein Mensch, der einer solchen Infamie fähig ist, verrät jeden und verkauft seine besten

---

* Am 27. Januar hatte Fürst Ferdinand in einer persönlichen Audienz bei Papst Leo XIII. dessen Zustimmung zu dem Übertritt des Prinzen Boris zu erlangen gesucht, ohne jedoch damit Erfolg zu haben.

Freunde'. Das ist es! Wir haben nicht den geringsten Verlaß mehr auf die Regierung in Sofia. Wir können jeden Augenblick erwarten, daß man uns zum Spielball abscheulichster und gefährlichster Intrigen macht[2]."

Es mußte mir sehr auffallen, daß Graf Goluchowski, der sonst stets seine Besorgnis aussprach, wie eine der größten Gefahren für den Balkan in der gelockerten Stellung des Prinzen Ferdinand läge, dem Gedanken einer jetzt möglichen größeren Konsolidierung Bulgariens, dem die große Mehrheit der hiesigen Presse Ausdruck verleiht, nicht mit einem Worte näher trat. Er war vollständig unter dem Eindrucke der erweiterten Machtsphäre Rußlands auf dem Balkan, und etwaige sich aus der Tatsache einer Konsolidierung ergebende Vorteile schienen auch nicht im entferntesten die Gefahren aufzuwiegen, welche er als Zukunftsbild[3] vor sich aufsteigen sah.

Ebensowenig berührte er die Anerkennungsfrage des Fürsten. Ich möchte glauben, daß nach dem Grad persönlicher Verstimmung gegen den Prinzen Ferdinand jeder Akt eines Entgegenkommens vorläufig vermieden werden wird.

Wenn nicht Rußland sehr auffallende Beweise seiner Gleichgültigkeit in den Balkanfragen und speziell der bulgarischen Frage gibt, so dürfte sich Österreich auch jetzt weniger als vorher bereit zeigen, in ein Abkommen zu willigen, welches sich auf die Balkanstaaten bezieht; es würde jedenfalls s e h r weitgehende Garantien verlangen.

Die Tendenz, sich mit England zu verständigen, wird jetzt wohl stärker hervortreten als je zuvor.

— Ein sehr verschiedenes Bild von der Auffassung am Ballplatze bot die russische Botschaft.

Graf Kapnist, der mir die Annahme der Patenschaft durch den Zaren als eine Tatsache meldete, konnte seine Freude über den „Erfolg" Rußlands nicht verbergen. Er machte sich über die Romreise des Prinzen lustig, aber auch hier blickte das Behagen durch, daß der „unverständliche" Schritt noch dazu beigetragen habe, den Schritt des Prinzen nach der russischen Seite zu verstärken. „Ich kann nicht leugnen," sagte der Graf, „daß Klement* ein äußerst geschickter Kuppler war: er fährt ohne Auftrag nach Petersburg und lügt, daß er offiziell kommt. Er kehrt ohne Erfolg zurück, lügt, daß er Zustimmung erfahren habe, und erreicht zum Schluß, was er wollte!"[4]

Wenig freundlich war die Art, wie Graf Kapnist Österreichs Stellung zu Bulgarien darstellte. Er sagte: „Das, was Österreich als katholische Macht auf das empfindlichste kränkt und verletzt, worüber

* Metropolit Klement, der im Jahre 1893 wegen Aufwiegelung des Volkes gegen den Prinzen Ferdinand und gegen die bulgarische Regierung zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt, aber schon 1894 begnadigt war, hatte bei den russisch-bulgarischen Verhandlungen über den Übertritt des Prinzen Boris den Zwischenhändler gespielt.

die ganze Gesellschaft in maßlose Wut geraten ist: die Konvertierung wird es zwingen, dem Prinzen die Anerkennung zu geben. Das ist wie in einem Lustspiel! Was aber bleibt Österreich schließlich anderes übrig? Rußland wird, wenn es A sagt, auch B sagen. Die Anerkennungsfrage ist nur noch eine Frage der Zeit."

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Und beinahe 20 Jahre lang hat Oesterreich versucht Russland zur Anerkennung des Fürsten zu bringen! Wie sollte sie denn anders kommen? Und nun!? wo ist da Logik?
[3] er sollte sich ein Bischen mehr mit der Gegenwart beschäftigen
[4] Prosit!

Nr. 2949

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Reinkonzept

Nr. 130 Berlin, den 11. Februar 1896

Die in Ew. pp. Bericht Nr. 24* mitgeteilten Äußerungen des Grafen Goluchowski über Prinz Ferdinand, Bulgarien und Rußland erfüllen mich mit einiger Sorge. Dieselbe entspringt zunächst aus der Wahrnehmung, daß das Wiener Kabinett seit Jahren und — nach der durch die Umtaufe verursachten Überraschung zu urteilen — bis auf den heutigen Tag über bulgarische Dinge mangelhaft informiert zu werden scheint[1]. Die mangelhaften Informationen haben dann naturgemäß zu unpraktischen Entschließungen geführt. So hat z. B. die gleichgültige Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung während des langwierigen Konflikts gegen Stambulow, welcher mit dessen Ermordung abschloß, bewiesen, daß sie über die Bedeutung dieses Staatsmannes für die österreichischen Beziehungen im Balkan im unklaren[2] war. Sie ließ die Trumpfkarte Stambulow achtlos unter den Tisch fallen, und allein schon die Tatsache, daß er, der konzentrische Zielpunkt aller Feinde Österreich-Ungarns in und um Bulgarien, in seinen Nöten beim Wiener Kabinett keinerlei Anlehnung, ja, daß er sogar, wie vielfach behauptet worden ist, neben der Prinzessin Marie Luise auch den österreichischen Vertreter in Sofia** bisweilen unter seinen Gegnern fand, war geeignet, den Realpolitikern Bulgariens die Ansicht beizubringen, daß im Kampf ums Dasein das Wiener Kabinett seinen Freunden keinen Rückhalt biete[2]. Dieser Ruf genügte, um der antiösterreichischen Partei das Übergewicht und der weiteren bulgarischen

* Siehe Nr. 2948.
** Baron von Burian.

Politik die Richtung zu geben, sie dahin zu schieben, wo sie heute angekommen ist.

Die Ereignisse haben sich seit dem Tode Stambulows folgerichtig entwickelt. Die Majorität der politischen Bulgaren, welche nach der gemachten Erfahrung von Österreich nichts mehr hofften, haben den Konfessionswechsel des Thronerben als Konzession für Rußland verlangt und haben ihn erreicht, da Prinz Ferdinand dabei dem Rate des kirchlich indifferenten Herzogs von Aumale gefolgt sein soll.

Graf Goluchowski hat die Beruhigung, sich sagen zu können, daß er persönlich für diesen Umschwung der bulgarischen Politik keine Verantwortung trägt. Er hat nichts mit diesem Stück Vergangenheit, sondern allein mit der Zukunft zu tun.

Nach Ew. pp. Andeutungen möchte ich vermuten — und dies ist für mich ein weiterer Grund der Besorgnis —, daß eine gewisse Ähnlichkeit besteht zwischen der heutigen Stimmung des Kaisers Franz Joseph und seines auswärtigen Ministers und derjenigen des Kaisers Alexander III. nach dem Putsch von Philippopel[3]. Damals ließ Fürst Bismarck dem Zaren durch Herrn von Giers raten, sich mit der vollendeten Tatsache abzufinden*; Herr von Giers jedoch, der von Franzensbad über Berlin nach Kopenhagen gefahren war, kam unverrichteter Sache zurück. Alexander III. hatte diesen Gedanken weit von sich gewiesen und entfremdete sich Bulgarien durch schlechte Behandlung. Dieser russische Fehler ist zwar heute durch einen Umstand, auf welchen Rußland nicht zu hoffen berechtigt war, nämlich die Neutralität des Grafen Kálnoky bei dem Vernichtungskriege gegen Stambulow, für Rußland ausgeglichen worden, die Lehre aber, welche aus den acht Jahren russischer Politik von 1885 bis zum Sturze des bulgarischen Staatsmannes gezogen werden kann, erscheint mir gerade heute für Österreich beachtenswert.

Ew. pp. haben mich nicht überrascht durch die Meldung, daß Kaiser Franz Joseph sowohl wie Graf Goluchowski finden, daß das Verhalten des Prinzen Ferdinand von Bulgarien ein ungünstiges Licht auf seinen Charakter wirft. Meines Erachtens hat es schon mehrfache Gelegenheiten gegeben, diese Schlußfolgerung zu ziehen. Das Benehmen des Prinzen in der Taufangelegenheit ist menschlich in hohem Grade tadelnswert, politisch jedoch hat er nur von dem Rechte der Religionsfreiheit Gebrauch gemacht, welches einen Grundsatz der bulgarischen Verfassung bildet.

Was die Zuverlässigkeit des Prinzen anlangt, so haben die bisherigen Vorgänge bewiesen, daß er zuverlässig nach der Seite hinneigt, wo er sein Interesse zu finden glaubt. Wenn Österreich sich als seinen Gegner zu erkennen gibt, so wird er sich genötigt glauben, umso bindendere Garantien seines Wohlverhaltens an Rußland zu geben[2].

* Vgl. Bd. V, Nr. 959.

Wenn dagegen Österreich, anstatt Gefühlspolitik zu machen, lediglich vom Standpunkt der Interessen aus Bulgarien nicht schlechter behandelt, als es von Rußland behandelt wird, dann möchte ich nach der Schätzung, die ich mir bisher vom Prinzen oder Fürsten Ferdinand gemacht habe, annehmen, daß derselbe bestrebt sein wird, sich die möglichste Aktionsfreiheit und Unabhängigkeit dadurch zu sichern, daß er zwischen Österreich und Rußland hin und her laviert[2]. In diesem Bestreben dürfte er mit der bulgarischen Nation ganz eines Sinnes sein. Auch bei den Bulgaren wird nach dem Urteil sachkundiger Leute die Russenfreundschaft niemals so weit gehen, daß man den Russen durch Einräumung gut bezahlter höherer Stellen einen Einfluß auf Heer und Verwaltung zugestehen möchte. Die Richtigkeit dieses zunächst noch theoretischen Urteils wird unterstützt durch die Beobachtungen, welche wir neuerdings in Rumänien haben machen können. Auch dort gab es eine Partei, welche als die russische bezeichnet wurde, solange sie nicht am Ruder war. Als sie aber schließlich mal zur Regierung kam, vertrat auch sie in der Praxis mit äußerster Entschlossenheit den Grundsatz: Rumänien für die Rumänen. Ähnliches dürfen wir in Bulgarien erwarten, wenn Österreich, ohne politische Empfindlichkeit zu zeigen, als mächtiger, aber friedlicher Nachbar eine ruhige, nicht vexatorische Politik macht. Allerdings verkenne ich nicht, daß im gegenwärtigen Augenblick und vielleicht noch in nächster Zeit manchmal die Folgen der Preisgebung Stambulows sich fühlbar machen, und daß erst allmählich seine zersprengten Anhänger das Gefühl des Verlassenseins überwinden werden. Noch ungünstiger aber würde sich für Österreich das Endergebnis gestalten, wenn das Wiener Kabinett heute sich offen als politischer Gegner Bulgariens gerierte und sein Mißfallen durch schlechte Behandlung zu erkennen gäbe. Ich komme hier ad vocem „schlechte Behandlung" zu einem heiklen Punkt, und es ist mir eine Erleichterung, hier die Autorität des Fürsten Bismarck auf meiner Seite zu haben. Anstatt mich selber zu äußern, lenke ich die Aufmerksamkeit Ew. pp. auf zwei Erlasse, welche am 3. Oktober 1880 vom Fürsten Bismarck und am 4. Mai 1882 durch den Grafen Hatzfeldt im Auftrage des Fürsten an den Prinzen Reuß gerichtet wurden, und die ich, da sie zwar alt, aber keineswegs veraltet sind, hier beifüge*. Es wird darin der Verwunderung des Fürsten Bismarck darüber Ausdruck gegeben, daß das Wiener Kabinett sich seine Balkanpolitik so unnötigerweise durch Mißhandlung jener neu entstandenen Staaten erschwere. Ich möchte diesen Gedanken, den ich mir zwar voll und ganz aneigne, deshalb nicht weiter ausführen, weil die vornehm-urbane Persönlichkeit des Grafen Goluchowski eine Gewähr gegen die systematische Fortsetzung derartiger Verirrungen zu bieten scheint. Ich hege deshalb auch die

* Vgl. die Anlagen I und II.

Hoffnung, daß er sogar jetzt, im Augenblick einer begreiflichen Erregung, dieser letzteren keinen Anteil an den demnächst zu treffenden politischen Entscheidungen gestatten werde. Ich habe hier speziell die Anerkennungsfrage im Auge und würde es tief beklagen, wenn Österreich gegenüber der zu erwartenden Anfrage des Sultans sich zurückhaltender als die übrigen Kongreßmächte zeigte. Dagegen bin ich gern bereit, meinem allergnädigsten Herrn den Gedanken zu unterbreiten, daß die Dreibundmächte nach erfolgter Anfrage aus Konstantinopel sich dahin verständigen, die Anerkennung der bulgarischen Regierung davon abhängig zu machen, daß diese letztere kategorische Erklärungen hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber der mazedonischen Agitation* abgibt[2]. Sollte die Pforte als Hauptinteressent eine solche Erklärung bereits erlangt haben, so könnte in der Anerkennungsnote der Mächte von dieser Erklärung noch ausdrücklich Akt genommen werden[3].

Ew. pp. bitte ich, die vorstehende Darlegung baldmöglichst zum Gegenstande vertraulicher Besprechung mit dem Grafen Goluchowski zu machen.

C. Hohenlohe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Richtig
[2] ja
[3] sehr richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Anlage I

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Abschrift

Nr. 776 — Friedrichsruh, den 3. Oktober 1880
[abgegangen am 4. Oktober]

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Generalkonsuls in Sofia** vom 21. v. Mts. zu Ihrer gefälligen Information ergebenst zu übersenden.

Ich sehe mit Besorgnis, daß die österreichische Politik nach und nach mit den sämtlichen kleinen Donaustaaten in Mißhelligkeiten gerät, während wir uns vor einem Jahre mit der Hoffnung schmeichelten, daß es Österreich-Ungarn gelingen werde, die Anhänglichkeit dieser

* Vgl. dazu Kap. LXXVI.
** Florian von Thielau.

Staaten zu erwerben und sie den russischen Einflüssen zu entziehen. Zuerst hat Serbien eine fast feindliche Stellung eingenommen; seitdem scheint die Hingebung Rumäniens, deren wir im vorigen Jahre sicher zu sein glaubten, in Verstimmungen umgeschlagen; und so wenig Rumänien und Bulgarien übereinstimmen, so scheint dies bezüglich der Entfremdung gegen Österreich doch der Fall zu sein. Ich beklage das lebhaft; denn eine wirksame Förderung der österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel, welche zu unterstützen wir als unsere Aufgabe betrachten, wird dadurch erheblich erschwert; ich beklage dies umsomehr, als wir meiner Ansicht nach darin nichts ändern können. Denn wir können dem befreundeten Kabinett unseren Rat nicht ungefragt aufdrängen, und wenn er verlangt würde, so weiß ich auch noch nicht, über welche Mittel wir verfügen könnten, um den Interessen Österreichs in jenen Landen förderlich zu sein. Dem Fürsten von Rumänien gegenüber habe ich meinen dringlichen Rat, an Österreich festzuhalten, wiederholt akzentuiert, aber ich fürchte, daß der Fürst teils selbst die Entscheidung nicht in Händen hat, teils von seiten Rußlands und seiner Freunde in neuerer Zeit wirksamer beeinflußt wird als früher.

Ich kann Euer pp. keine Instruktionen und Aufträge für den Baron Haymerle geben, aber ich habe Ihnen doch zu Ihrer Information meine Eindrücke und Ansichten mitteilen wollen.

(gez.) v. Bismarck

Anlage II

Der Interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Abschrift

Nr. 295 Berlin, den 4. Mai 1882
[abgegangen am 5. Mai]

Der Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Bukarest* vom 26. v. Mts. — Nr. 46 —, von welchem Ew. pp. laut der gefälligen Mitteilung vom 29. v. Mts. Abschrift zurückbehalten haben, hat dem Herrn Reichskanzler zu der Bemerkung Anlaß gegeben, daß es ihm als Politiker unverständlich sei, warum Österreich den Rumänen gegenüber in der Form so unhöflich auftrete (wie z. B. bei Unterlassung der sonst üblichen Anfrage wegen des neuen Gesandten). Österreich könnte in der Form von der vollendetsten Höflichkeit sein, ohne der Schärfe seines sachlichen Auftretens, wo ein solches durch die eigenen Staatsinteressen geboten sein sollte, den geringsten Abbruch zu tun.

(gez.) P. Hatzfeldt

* Graf Wesdehlen.

Nr. 2950

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Berlin, den 12. Februar 1896

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich alleruntertänigst einen Bericht des Botschafters Grafen zu Eulenburg und meine Erwiderung*. Die sofortige Widerlegung der vom Grafen Goluchowski geäußerten Ansichten erschien mir geboten, um zu verhindern, daß Österreich durch eine Gefühls- und Empfindlichkeitspolitik gegenüber Bulgarien dem Dreibunde unnötige Schwierigkeiten schafft.

C. Hohenlohe

Nr. 2951

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Wien, den 12. Februar 1896

Graf Goluchowski teilte mir gestern abend mit, daß der türkische Geschäftsträger** die Frage an mich gerichtet habe, wie sich die österreichische Regierung zu einer Anerkennung des Prinzen Ferdinand stellen würde. Graf Goluchowski hat nach Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph, höchstwelcher starke Abneigung zeigte, sich dem Prinzen freundlich zu erweisen, folgende Antwort an den türkischen Geschäftsträger in Aussicht genommen: Österreich wird nicht einen anderen Standpunkt als den 1887 vertretenen einnehmen können. Damals sei die legale Wahl des Prinzen ausdrücklich anerkannt worden, eine offizielle Anerkennung des Prinzen aber nach den Forderungen des Berliner Vertrages von der Haltung der Türkei abhängig gemacht. Wenn jetzt die Pforte eine Anerkennung des Prinzen Ferdinand beabsichtige, so werde Österreich nicht zögern, diese Anerkennung in Erwägung zu ziehen.

Graf Goluchowski hat die Absicht, heute noch eine bezügliche Mitteilung nach Berlin gelangen zu lassen, nachdem er Nigra und mir von dem Schritte der Pforte Kenntnis gegeben hat. Er wünscht, daß der Dreibund in dieser Frage Fühlung unter sich behalte.

Die starke Verstimmung gegen den Prinzen Ferdinand dauert an, jedoch macht sich anscheinend die Auffassung geltend, nicht etwa Schwierigkeiten zu schaffen.

---

* Siehe Nr. 2948 und Nr. 2949.

** Botschaftsrat Nasri Bey.

Der Graf erwartet, bald die Unabhängigkeitsfrage und die Frage des Königstitels auftauchen zu sehen, und zwar nicht mit Unbehagen. Er glaubt, daß die selbständige Haltung Bulgariens Rußland nicht erwünscht sein wird.

Eulenburg

Nr. 2952

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 28 Wien, den 13. Februar 1896

Die Haltung, welche Graf Goluchowski in der Anerkennungsfrage des Prinzen Ferdinand einnimmt, spricht unzweifelhaft für die beginnende größere Ruhe seiner Anschauungen. Während einer soeben mit ihm stattgehabten Unterhaltung über diese Frage zeigte er noch größere Objektivität als vorgestern abend* — ich vermag also einen Fortschritt zu konstatieren. Dennoch ist unleugbar der Untergrund der Anschauungen noch Zorn und Unwille, und dieses trat auch in der Art zutage, wie der Graf meine sich im Rahmen der Argumente des hohen Erlasses Nr. 130 vom 11. d. Mts.** bewegenden Betrachtungen beantwortete.

Er hielt daran fest, daß er Österreich nach der Zirkularnote vom 10. Juli 1887 für gebunden hielte, der Pforte die Zustimmung nicht zu versagen, wenn diese die Anerkennung des Prinzen Ferdinand ausspräche, aber er machte, fußend auf den Artikel III des Berliner Vertrages sehr scharf den Unterschied, daß er in dieser Frage mit der Pforte, nicht mit Bulgarien zu verhandeln habe. Daher war er dem Gedanken durchaus nicht zugänglich, von Bulgarien bei Gelegenheit der Anerkennungsfrage Garantien bezüglich der Ruhe in Mazedonien zu verlangen. „Wir haben mit diesen Leuten momentan gar nichts zu tun,“ sagte er.

Als ich bei aller Anerkennung seines Bestrebens, den korrekten Standpunkt in den Vordergrund zu stellen, die praktische Seite berührte, sagte der Minister, daß er fest davon durchdrungen sei, es werde unter den obwaltenden Verhältnissen absolut nichts in Mazedonien geschehen. Aus diesem Grunde sei die praktische Seite, für die er gewiß volles Verständnis sonst habe, in diesem Falle nicht maßgebend.

Im weiteren Laufe unseres Gespräches, als ich ihm die Nachteile einer zu schroffen Stellungnahme Österreichs gegen den Prinzen Fer-

---

* Vgl. Nr. 2951.
** Siehe Nr. 2949.

dinand darzulegen versuchte, gab der Graf insoweit meinen Argumenten nach, daß er äußerte: „Allerdings weiß Prinz Ferdinand genau, daß er von Österreich sehr viel, von Rußland wenig zu erwarten hat. Ich werde auch nicht etwa eine feindliche, sondern höchstens eine ruhig abwartende Haltung einnehmen. Diese aber dürfte sich nach dem unerhörten Vorgang wohl rechtfertigen lassen."

Graf Goluchowski sprach sich schließlich sehr abfällig über die falsche Politik des Grafen Kálnoky in Bulgarien aus. „Ich habe seinerzeit harte Kämpfe mit ihm gehabt," sagte er. „Ich hätte Stambulow einbalsamiert in seiner Stellung gehalten, wenn er schon hätte sterben müssen! — Wir sehen ja, wohin diese Politik führte."

Die Weisung an den österreichischen Vertreter in Sofia*, von den Feierlichkeiten** fern zu bleiben, ist der Ausdruck des tief gekränkten katholischen Empfindens, das mir hier immer noch in fast lächerlich aufgeregter Form überall begegnet. Sie ist also einerseits dem gekränkten persönlichen Empfinden der Apostolischen Majestät zuzuschreiben, andererseits aber als eine Konzession an die allgemein hier herrschende Stimmung aufzufassen.

Die Mitteilung Lord Salisburys, daß der englische Vertreter*** den an den österreichischen Vertreter ergangenen Instruktionen zu folgen habe, scheint mir ein recht geschickter Schachzug vis-à-vis Österreichs gewesen zu sein. Ich muß das unverkennbare Behagen konstatieren, das sich in den Gesichtszügen des Grafen ausprägte, als er mir davon sprach.

P. Eulenburg

Nr. 2953

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 15. Februar 1896

Der türkische Beobachter† war eben bei mir, um zu fragen, ob Euerer Majestät Regierung der Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürst von Bulgarien zustimme.

Euere Majestät erlaube ich mir im Anschluß an meine alleruntertänigsten Immediatvorträge zu bitten, zur Aussprache dieser Zustimmung in Übereinstimmung[1] mit unseren Verbündeten mich allergnädigst ermächtigen zu wollen.

---

* Nämlich anläßlich des Übertritts des Prinzen Boris.
** Freiherr von Call.
*** Generalkonsul F. Elliot.
† Tewfik Pascha.

Ostrumeliens geschah in der Mitteilung des türkischen Botschafters keine Erwähnung.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II:
[1] Ja! Glaube aber daß es zu spät ist, da Oesterreich schon anerkannt haben soll?!

Nr. 2954

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 16. Februar 1896

Euerer Majestät melde ich ehrfurchtsvoll, daß ich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts den Auftrag hinterlasse, morgen, den 17., falls bis dahin seitens Euerer Majestät kein Gegenbefehl erfolgt, den Antrag der Pforte wegen Anerkennung des Fürsten Ferdinand zustimmend zu beantworten[1]. Eine längere Verzögerung würde Anlaß zu politischen Mißdeutungen geben.

Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja kann sofort geschehen W.

Nr. 2955

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 16. Februar 1896

pp. Die heute eingegangene Meldung des Fürsten Radolin, daß General Graf Ignatiew, der alte Führer der Panslawisten, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand mißbilligt, liefert die Erklärung für die befremdliche Tatsache, daß die bedeutendsten Organe der russischen Presse, insbesondere auch die dem Grafen Ignatiew von alters her folgsame „Nowoje Wremja" fast bis zum Tage des Taufakts sich gegen die Anerkennung des Prinzen Ferdinand aussprachen. Dieselbe ist schließlich herbeigeführt worden durch Hofeinflüsse, bei welchen der Herzog von Aumale wohl ein Hauptfaktor war. Graf Ignatiew hat aber schwerlich unrecht, wenn er die Persönlichkeit des Fürsten Ferdinand so beurteilt, daß derselbe, je mehr er von Rußland erlangt, je weniger er also noch zu erwarten hat, desto kühler sich Rußland gegenüber verhalten wird. Seine Haupterwartungen werden jetzt noch sein die Erlangung von Mazedonien und die Erlangung des Königstitels. Um

zunächst das letztere kurz zu erledigen, darf man der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß, falls diese Frage, die bei der eitlen Natur des Prinzen Ferdinand das Leitseil sein wird, an dem er sich willig führen läßt, angeregt werden sollte, Österreich sich zu derselben nicht ungünstiger als Rußland stellen wird. Nichts könnte für Rußlands bulgarische Stellung günstiger sein, als wenn bekannt würde, daß die Erlangung des Königstitels durch die Feindseligkeit Österreichs vereitelt oder erschwert worden sei.

Was Mazedonien betrifft, so ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß Rußland einer Ausbreitung Bulgariens in dieser Richtung energisch widerstreben wird, weil hierbei die Interessen der verwandtschaftlich und freundschaftlich mit Petersburg sehr nahestehenden griechischen Königsfamilie ernstlich geschädigt, ja gefährdet werden würden*. Auf ein bulgarisches Vorgehen gegen Mazedonien würde das Hellenentum mit einem Kriegsruf antworten. Daß das bulgarische dem griechischen Heere überlegen ist, steht außer Zweifel. Ließe man die beiden allein, so würde Griechenland unterliegen. Mischen sich aber Serbien, Montenegro, vielleicht auch Rumänien hinein, kommt die Balkanfrage in Fluß, so ist das erreicht, was England herbeiwünschte, Rußland dagegen, wie wir während der armenischen Krisis** Gelegenheit genug hatten zu beobachten, eifrig zu verhindern suchte. Deshalb darf man auch annehmen, daß Rußland nach dem Grundsatz: principiis obstare bemüht sein wird, durch seine jetzt wieder vorhandenen Agenten in Bulgarien die Bandenbildung zu kontrolliren und zu verhindern.

Graf Kálnoky hat die österreichische Balkanpolitik dahin geführt, wo sie heute ist. Mit König Milan und Stambulow hatte er die Trümpfe in Händen. Die beiden Persönlichkeiten waren ihm jedoch unsympathisch — den König nannte er eine hysterische Natur —, und so ließ er beide gleichgültig verschwinden. König Milan hätte niemals abgedankt, wenn er das Gefühl gehabt hätte, daß er gegenüber den ihm feindlichen Balkanelementen eine Anlehnung bei Österreich finden würde. Diese fand er jedoch zum letzten Male während des bulgarischen Krieges*** und damals auch nur deshalb, weil es auf der Hand lag, daß, wenn nicht Österreich, dann Rußland dem siegreichen Heere des Prinzen von Battenberg Halt gebieten würde. Von da ab überließ die österreichisch-ungarische Regierung den König mit einer gewissen Ostentation seinem Schicksal und benutzte jeden Anlaß, um ihrer Geringschätzung erkennbaren Ausdruck zu geben. Daher kam die „hysterische“ d. h. ängstliche Stimmung des Königs, der sich vereinsamt fühlte.

Der Niedergang Milans und Stambulows bedeutete mehr als bloß das Verschwinden von zwei wichtigen Persönlichkeiten. Er bedeutete

* Vgl. dazu Kap. LXXVI.
** Vgl. Bd. X, Kap. LXI; Kap. LXXIII.
*** Vgl. Bd. V, Kap. XXX.

für die aufmerkenden Völker Serbiens und Bulgariens die Tatsache, daß Österreich seine Freunde mit Gleichgültigkeit untergehen sehe, daß folglich, wer einem ähnlichen Schicksale entgehen wolle, seine Hoffnung nicht auf Österreich setzen dürfe. Hierdurch ist die Majorität der Politiker in Serbien wie in Bulgarien zurzeit auf die russische Seite geschoben worden. Der Schaden und die Gefahr für Österreich sind heute weniger groß, als sie vor fünfzehn oder noch vor zehn Jahren gewesen wären. Rußlands Aufmerksamkeit ist heute geteilt; die politische Kampagne der letzten sechs Monate hat dargetan, daß Rußland jetzt auf die Balkanereignisse als Hemmschuh einwirkt*, und Österreich wird daher wahrscheinlich die Zeit haben, durch eine richtige Politik und durch Verwendung geeigneter Persönlichkeiten seine Balkanstellung allmählich wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Daß zwei solche politische Fehler wie das Preisgeben von König Milan und von Stambulow von heute auf morgen wieder gutgemacht und ausgeglichen sein sollen, hat niemand ein Recht zu erwarten.

Wenn Rußland in Bulgarien jetzt nach der Anerkennung sehr tatkräftig vorgehen, d. h. versuchen sollte, sich durch Besetzung hoher und hochbezahlter Zivil- und Militärämter mit Russen eine entscheidende Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten des Landes zu sichern, so würde das unzweifelhaft den Umschwung der bulgarischen Stimmung zugunsten Österreichs nur beschleunigen. Daß Rußland seiner politischen Aktion eventuell militärischen Nachdruck geben sollte, widerspricht, wie schon bemerkt, unserer Annahme, daß Rußland zurzeit bestrebt ist, einen Konflikt zu vermeiden, bei welchem England entweder freie Hand für anderweitige Unternehmungen behalten oder aber, falls es sich im Balkan einmischen wollte, mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen könnte, andere europäische Mächte als Alliierte zu finden. pp.

Holstein

Nr. 2956

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 3. Mai 1896

Mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stoilow hatte ich heute eine längere politische Unterredung.

Auf meine Frage, wie der Fürst von seiner Reise** befriedigt sei, erwiderte er mir, daß er nach St. Petersburg mit einiger Besorgnis

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII.

** Nach seiner Anerkennung durch die Pforte (11. Februar) hatte Fürst Ferdinand

gegangen sei, weil er befürchtet hätte, daß dort gewisse delikate Forderungen an ihn gestellt werden würden. Es handelte sich hier zunächst um die Frage der emigrierten früheren bulgarischen Offiziere, die, 48 an der Zahl, Bulgarien verlassen hätten, und deren Wiederanstellung mit ihrer früheren Anciennität die russische Regierung wünsche. Diesem Wunsche könne unmöglich Rechnung getragen werden, weil dadurch das ganze Offizierkorps desorganisiert und eine tiefgehende Unzufriedenheit in dasselbe getragen würde. Die Regierung würde sich höchstens dazu verstehen, nach und nach einzelne derselben in der Administration zu beschäftigen, wogegen sie sich unter keinen Umständen dazu verstehen könne, diejenigen Offiziere, welche, wie Gruiew und Benderew, an der Gefangennahme des Fürsten Alexander beteiligt gewesen seien, zu begnadigen und ihnen den Wiedereintritt in Bulgarien zu gestatten. Dies sei schon aus Rücksichten der Disziplin unmöglich*.

Die andere Frage sei die Frage des Schismas. Herr von Nelidow habe sich bei der Anwesenheit des Fürsten in Konstantinopel eifrig darum bemüht, eine Aussöhnung zwischen der bulgarischen Kirche und der ökumenisch-griechischen Kirche herbeizuführen**. Er habe auch einen positiven Vorschlag in der Richtung hin gemacht, daß der bulgarische Exarch wieder nach Sofia zurückkehren solle, daß er Sitz in der ökumenischen Synode erhalte und der ökumenische Patriarch die Verpflichtung übernehme, in Mazedonien bulgarische Bischöfe überall

---

am 26. März eine Rundreise nach Konstantinopel, Petersburg, Paris und Berlin angetreten. In Berlin, wo er am 30. April von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde, verweilte er nur kurz, während der den Fürsten begleitende bulgarische Ministerpräsident Stoilow noch einige Tage in der deutschen Hauptstadt zurückblieb, um Beziehungen zu den deutschen Staatsmännern anzuknüpfen. Ein Besuch des Fürsten Ferdinand in Wien fand nicht statt, da Kaiser Franz Joseph sich nicht entschließen konnte, den Fürsten zu empfangen. Vgl. Bd. XI, Kap. LXVI, Nr. 2680. In Berlin bedauerte man die abweisende Haltung des österreichischen Monarchen; zu einer von dem Botschafter Graf Eulenburg am 4. Mai gemeldeten Äußerung desselben: „Ich empfange den Fürsten ganz bestimmt nicht, falls er etwa über Wien kommen wollte. Ich empfange ihn überhaupt nicht", schrieb Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Sehr bedauerlich". Auch sonst hat es Kaiser Wilhelm der österreichischen Politik in seinen Randbemerkungen wiederholt zum Vorwurf gemacht, ex abrupto die Beziehungen zu Bulgarien abgebrochen zu haben, um dadurch den kaum beruhigten Balkan wieder in neue Unruhe zu versetzen.

* Über die Regelung der Angelegenheit vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 310.

** Zwischen der bulgarischen und der ökumenisch-griechischen Kirche bestand insofern ein Zwiespalt, als jene seit Anfang der siebziger Jahre der Oberleitung des griechischen Patriarchen entzogen war und ihr eigenes Oberhaupt in dem Exarchen in Konstantinopel besaß. Erhöht wurde der Zwiespalt noch dadurch, daß die national-bulgarische Kirche nach Geltung und Einfluß in denjenigen Teilen der Türkei strebte, wo bulgarische Bevölkerung ansässig war, namentlich also in Mazedonien. Vgl. Kap. LXXVI

da anzustellen, wo die bulgarische Bevölkerung in erheblicher Mehrheit sich befinde. Dieser Gedanke sei für Bulgarien nicht annehmbar, einmal aus politischen Gründen, weil Bulgarien den entscheidenden Wert auf die Erhaltung der national-bulgarischen Kirche, wie sie durch den Firman vom Jahre 1870 geschaffen sei, lege, und dann weil jener Vorschlag praktisch unausführbar erscheine, da es kaum festzustellen sei, wo sich die bulgarische Bevölkerung in der Mehrheit befinde. Die Anregung der Frage habe seinerzeit eine tiefgehende Erregung in Bulgarien hervorgerufen, und es sei für die Regierung unmöglich, in dieser Beziehung eine Änderung des status quo zuzugeben. Fürst Lobanow habe in St. Petersburg die Frage nur in ganz allgemeinen Ausdrücken berührt, ohne auf eine Entscheidung zu drängen, habe aber allerdings erklärt, daß die Anregung seitens des Herrn von Nelidow nicht der Initiative desselben entspringe, sondern seiner, des Fürsten Lobanow, ausdrücklichen Instruktion. Der Kaiser von Rußland habe diese Frage überhaupt nicht berührt und bezüglich der bulgarischen Offiziere nur ganz allgemein seine Wünsche ausgesprochen.

Herr Stoilow bemerkte mit besonderem Nachdruck, daß die bulgarische Nation in den letzten zehn Jahren etwas gelernt habe und eine Wiederkehr früherer Zustände ausgeschlossen erscheine. Man wünsche mit Rußland in freundschaftlichsten Beziehungen zu stehen, erkenne auch dankbar an, was Rußland zur Befreiung des Landes getan habe, aber von der Wiederherstellung eines dominierenden Einflusses, wie in früheren Zeiten, namentlich Anstellung von russischen Offizieren im bulgarischen Heere, könne nicht die Rede sein. Mehr und mehr entwickele sich der Gedanke der Bildung einer national-bulgarischen Partei mit dem Programme, Bulgarien auf der Grundlage des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes selbständig zu regieren. Der Gedanke, sich unabhängig zu erklären, bestehe nicht, im Gegenteil erkenne man mehr und mehr in Sofia an, daß die Erhaltung der Beziehungen zum Türkischen Reiche für die Entwickelung Bulgariens vorteilhaft sei, und der Fürst sei entschlossen, volle Loyalität gegenüber seinem Suzerän zu üben.

Bezüglich der Verhältnisse zu Österreich-Ungarn sprach der Ministerpräsident ohne Bitterkeit, aber allerdings mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß dem Fürsten die Möglichkeit genommen sei, auf seinem Rückwege in Wien einen Besuch abzustatten. Er, Stoilow, habe seinerzeit die Frage eingehend mit Baron Call* besprochen und ihm dargelegt, wie es im Interesse Österreich-Ungarns nicht minder als in dem Bulgariens liege, daß der durch die jüngsten Ereignisse geschaffene Eindruck einer wiederbeginnenden Präponderanz des russischen Einflusses in dem Lande nach außen hin verwischt würde, und wie gerade ein Besuch des Fürsten in Wien geeignet sei, dies herbei-

* Österreich-ungarischer diplomatischer Agent in Sofia.

zuführen. Baron Call habe diese Anschauung anscheinend gebilligt und vermutlich auch in diesem Sinne nach Wien geschrieben, leider aber ohne Erfolg, und so müsse der Besuch des Fürsten in Wien unterbleiben. Er nehme an, daß die Haltung des Wiener Kabinetts vornehmlich durch kirchliche Gründe bestimmt sei, müsse aber doch erwähnen, daß Baron Calice einer anderen Anschauung Ausdruck gegeben habe, nämlich der: Kaiser Franz Joseph habe dem Fürsten übel genommen, daß er, ohne ihn vorher zu informieren, in die Salbung des Prinzen Boris gewilligt habe. Der Ministerpräsident bemerkte dabei, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn weitergeführt würden, und er den baldigen Vertragsabschluß * erwarte, worauf er gern geneigt sei, auch mit uns auf derselben Basis in Verhandlungen einzutreten.

Über die Eindrücke, welche der Fürst bei seinem hiesigen Aufenthalte gewonnen, sprach sich Herr Stoilow sehr befriedigt aus, insbesondere sei sein Fürst tief dankbar für die gnädige Aufnahme, welche er bei Ihren Majestäten gefunden habe.

Auf die Frage des Schismas zurückkommend, sagte mir Herr Stoilow ferner, daß Herr von Tscharykow ** und Graf Kutusow *** erstmals diese Frage, und zwar bald nach ihrer Ankunft in Sofia angeregt hätten. Erst in Konstantinopel seien durch Herrn von Nelidow positive Vorschläge gemacht worden. Auf seinen, Stoilows, Rat habe der Fürst den ökumenischen Patriarchen besucht, ohne sich jedoch mit demselben auf eine Behandlung der Frage einzulassen.

Marschall

Nr. 2957

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe †

Ausfertigung

Nr. 110 Wien, den 14. August 1896

Verschiedene Blätter brachten vor kurzer Zeit die Nachricht, Fürst Ferdinand von Bulgarien habe bei seiner Durchreise durch Wien dem Grafen Goluchowski einen langen Besuch abgestattet. Das ist nicht der Fall gewesen.

Was die Vorgänge in Bulgarien betrifft, so folgt denselben der Graf mit gespannter Aufmerksamkeit und in großer Sorge. Er hält

* Er erfolgte am 22 Dezember 1896.

** Russischer diplomatischer Agent in Sofia.

*** General Graf Kutusow, Überbringer eines Glückwunschschreibens des Zaren zum Übertritt des Prinzen Boris.

† Im Anschluß an die voraufgehenden Schriftstücke über die Haltung der Dreibundmächte zu der Anerkennung Fürst Ferdinands werden noch einige Stücke mitgeteilt, die auf die spätere Zeit, bis Mitte 1898, Licht werfen.

die Stellung des Fürsten für bedroht und sieht deshalb auch an diesem Punkte des Balkans die Gefahren sich steigern. Trotz aller Besorgnis vor etwaigen Änderungen in Bulgarien ist die persönliche Abneigung gegen den Fürsten Ferdinand weder bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph noch bei seinem Minister im geringsten gewichen, und schnitte man sich nicht in das eigene Fleisch, so würde ich eine Unterstützung der antifürstlichen Bestrebungen in Bulgarien für wahrscheinlich halten.

Eine Einladung des Fürsten Ferdinand zu der feierlichen Eröffnung des Eisernen Tores wird nicht erfolgen*.

P. Eulenburg

Nr. 2958

Der Verweser des Generalkonsulats in Sofia Haering an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 145 Sofia, den 27. Juli 1897

Der stellvertretende Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Justizminister Theodorow, erklärte mir beim heutigen Empfange auf Befragen, daß die Absicht, am 14. August** die Unabhängigkeit Bulgariens zu proklamieren, nicht bestehe; auch den anderen fremden Vertretern gegenüber habe er das Vorhandensein einer solchen kategorisch in Abrede gestellt. Herr Theodorow wies darauf hin, daß Bulgarien gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo Europa durch die Lösung der türkisch-griechischen Frage*** in Anspruch genommen sei, nicht daran denken könne, den Wünschen der Mächte entgegen zu handeln und womöglich neue Verwickelungen heraufzubeschwören. Die bulgarische Nation wolle die weise Zurückhaltung, welche sie während der griechisch-türkischen Wirren betätigt habe, auch fernerhin beobachten, und wenngleich naturgemäß das nationale Streben auf dereinstige Unabhängigkeit gerichtet sei und bleiben werde, so müsse zur Erfüllung dieses Wunsches jedenfalls ein günstigerer Moment abgewartet werden, etwa wie er zur Zeit, als der Ausgang des türkisch-griechischen Feldzuges noch ungewiß war, vorhanden gewesen sei. Es schien mir bei dem letzteren Hinweis aus den Worten des Ministers ein gewisses Bedauern herauszuklingen, daß jener Zeitpunkt unbenutzt verstreichen mußte.

---

* Sie erfolgte am 27. September durch Kaiser Franz Joseph im Verein mit den Königen von Rumänien und Serbien.

** Am 14. August sollte in Rustschuk das zehnjährige Regierungsjubiläum des Fürsten Ferdinand festlich begangen werden.

*** Vgl Kap. LXXX.

Trotz aller entschiedenen Ableugnung der Ministeriellen, welche natürlich ein Interesse haben, nicht aus der Schule zu schwatzen, wird die Möglichkeit der Proklamierung der Unabhängigkeit am fraglichen Tage immerhin nicht für ausgeschlossen erachtet. Der Umstand, daß der Gedanke, die fremden Vertreter zu den Festlichkeiten in Rustschuck einzuladen, endgültig aufgegeben worden ist — nach Angabe des Justizministers soll dies mit Rücksicht auf die tatsächlich mangelhaften Unterkunftsverhältnisse daselbst und den Zustand der durch die anhaltenden Regengüsse beschädigten Straßen geschehen sein —, gibt einer solchen Vermutung von neuem Nahrung. Denn man könnte die fremden Vertreter nicht vor ein fait accompli stellen, während ohne ihre Gegenwart die volle Freiheit des Handelns gewahrt bleiben würde. Diese Auffassung wird namentlich von dem hiesigen italienischen Vertreter* geteilt, durch dessen Vermittelung seinerzeit die Verhandlungen wegen des Besuchs Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten in Rom geführt worden sind, und die Annahme, daß dort sowohl als auch in London dahingehende Besprechungen stattgefunden haben könnten, ist vielleicht nicht ungerechtfertigt.

pp. Haering

Nr. 2959

Der Generalkonsul in Sofia von Voigts-Rhetz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 155 Sofia, den 24. August 1897

Beim heutigen Empfange fügte der Ministerpräsident Dr. Stoilow noch die nachstehenden Einzelheiten zu seinen im Bericht Nr. 145 vom 22. d. Mts. rekapitulierten Mitteilungen über die Ereignisse der letzten Wochen hinzu:

Als der Konflikt mit Österreich-Ungarn** sich zuspitzte, habe er dem Fürsten erklärt, daß er, ebenso wie er seinerzeit auf die Aussöhnung mit Rußland gedrungen habe, jetzt auch entschieden darauf bestehen müsse, daß ein Bruch mit Österreich-Ungarn vermieden werde; deshalb sei er auch bereit gewesen, nötigenfalls zu demissionieren. Er dränge den Fürsten Ferdinand fortgesetzt dazu, Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph gegenüber behufs Aussöhnung persönlich einen entscheidenden Schritt zu tun, was auch in Bukarest als richtig bezeichnet worden sei. Jetzt hoffe er, daß es Seiner Majestät dem

* G. Silvestrelli.

** Ein Konflikt mit Österreich-Ungarn war neuerdings dadurch entstanden, daß der Ministerpräsident in einem Interview mit dem Vertreter des „Berliner Lokalanzeiger" vom 31. Juli verletzende Äußerungen über Österreich getan und diese trotz erhaltener Aufforderung nicht in genügender Weise dementiert oder zurückgenommen hatte. Der österreichische Vertreter in Sofia, Baron Call, trat dieserhalb am 11. August einen Urlaub an.

Könige Karl beim nächsten Zusammentreffen* gelingen möge, den Kaiser von Österreich milde zu stimmen. Die Aussprachen in Bukarest scheinen Herrn Stoilow sehr befriedigt zu haben; er habe dort vor allem die Erklärung abgegeben, daß Spezialabmachungen mit Rußland nicht existierten, es auch keineswegs beabsichtigt sei, diesem vor anderen Einfluß auf Bulgarien einzuräumen. In allen schwebenden Fragen sei eine Verständigung herbeigeführt worden.

Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Ministerpräsident, daß der Fürst und er durch die sehr gnädige und anerkennende Art, in welcher sich Seine Majestät der Deutsche Kaiser beim Besuche in St. Petersburg** zu dem bulgarischen Agenten Dr. Stanciow über das Verhalten Bulgariens geäußert habe, sehr beglückt worden seien.

In Konstantinopel seien weder der Fürst noch er mit irgendwelchen Forderungen hervorgetreten***. Erst in der letzten Audienz sei der Sultan von selbst auf die Wünsche Bulgariens, betreffend Berats usw., zurückgekommen und habe erklärt, wie der Fürst in diesen Fragen den Bulgaren gegenüber verpflichtet sei, halte er sich auch ihm gegenüber durch sein gegebenes Wort gebunden. Die Unabhängigkeitserklärung sei überhaupt nicht beabsichtigt gewesen.

Die Beziehungen zu Serbien bezeichnet Stoilow als gute. Es sei von Anbeginn an zwischen Simitsch † und ihm ausgemacht worden, daß keiner dem andern bei der Propaganda in Mazedonien †† hinderlich sein dürfe; demnach könne auch nicht die Rede davon sein, daß der Exarch auf die Bischof-Berats für Dibre und Monastir verzichte. Das würde einer Interessensphärenteilung mit dem Wardar als Grenze gleichkommen, auf die Bulgarien sich nimmermehr einlassen könne. Von Rußland würde eine solche Verzichtleistung seitens Bulgariens allerdings gern gesehen werden.

von Voigts-Rhetz

Nr. 2960

Der Generalkonsul in Sofia von Reichenau, z. Z. in Berlin, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Berlin, den 29. Juli 1898

Fürst Ferdinand formulierte mir heute im Laufe einer längeren Unterredung sein politisches Programm kurz dahin: Innere Festigung

* Am 29. September 1897 besuchte das rumänische Königspaar Kaiser Franz Joseph in Budapest.
** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3438 ff.
*** Vom 9. bis 11. August hatte Fürst Ferdinand in Konstantinopel zum Besuch des Sultans geweilt.
† Serbischer Ministerpräsident von Ende Dezember 1896 bis Oktober 1897.
†† Vgl. Kap. LXXVI.

und Entwickelung Bulgariens, Wahrung des Friedens auf der Balkanhalbinsel, Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reiches[1]. Gerade in diesem letzten Punkte fühle er sich mit der Politik Deutschlands, des treuen und erklärten Freundes der Türkei[2], solidarisch, und es sei überraschend und betrübend für ihn, daß man in Deutschland diese tatsächlich bestehende Interessengemeinschaft nicht erkenne oder nicht erkennen wolle und ihm und seiner Politik immer und immer wieder mit Mißtrauen und Geringschätzung begegne. So habe er sich auch jetzt wieder aufs peinlichste berührt gefühlt durch den Artikel der Abendausgabe der „Kölnischen Zeitung" vom 26. Juli, worin es der deutschen Presse als besonderes Verdienst angerechnet werde, daß sie sich „in angemessener Ausübung des Gastrechts" feindseliger und gehässiger Angriffe gegen ihn enthalten habe. Das heiße doch mit anderen Worten, an und für sich seien solche Angriffe natürlich. Er begreife nicht, womit er eine derartig schlechte Behandlung seitens Deutschlands verdient habe. Seine Politik bewege sich durchaus im Rahmen und Geiste der türkenfreundlichen deutschen Politik. Nichts könne irriger und ungerechter sein, als ihm Gelüste auf Unabhängigkeit oder gar die Königskrone unterzuschieben. Sein Vasallenverhältnis zur Türkei drücke ihn in keiner Weise, vielmehr fühle er sich wohl dabei und erkenne in ihm nicht eine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung seiner Position; denn er sei sich dessen voll und klar bewußt, daß er seine nunmehr länger als zehnjährige Existenz als Fürst von Bulgarien weder dem Dreibunde noch Rußland, sondern allein dem Sultan verdanke. Das werde er nicht vergessen und sicher nicht verblendet genug sein, an diesem ihn voll befriedigenden Zustande rütteln zu wollen.

Über sein Verhältnis zu Rußland erzähle man die abenteuerlichsten Dinge; und doch sei es nur selbstverständlich, daß er diesem Staate als dem Erzeuger oder doch Hauptbegründer seines Daseins als Fürsten von Bulgarien Achtung und Dankbarkeit entgegenbringe.

Das Vorhandensein der mazedonischen Frage*, die nachgerade für ganz Europa ein wahres Vomitiv geworden sei, beklage er gewiß nicht weniger als irgendein anderer, aber es liege nicht in seiner Macht, sie aus der Welt zu schaffen[3], namentlich nicht, so lange sie von den Stambulowisten und durch englisch-österreichisches Geld genährt werde.

Die Aufrichtigkeit seiner Friedensliebe habe er bei dem griechisch-türkischen Kriege klar genug bewiesen. Sofort bei Ausbruch der Feindseligkeiten sei sein kategorisches Losungswort an seine Minister gewesen: absoluteste Ruhe in Bulgarien. Und als der König von Serbien ihm seine Absicht erklärt habe, unverweilt in das Wilajet Üsküb einzurücken, sei seine Antwort gewesen, wenn dem Könige

* Vgl. Kap. LXXVI.

sein Thron und die Ruhe auf dem Balkan lieb seien, werde er das nicht tun; keinesfalls habe Seine Majestät irgendwelche Unterstützung von Bulgarien zu erwarten.

Er gehe selbständig und zielbewußt seine eigenen Wege, was immer auch man von ihm urteilen möge, und werde fest bei seiner loyalen und friedfertigen Haltung beharren, und mit Freuden werde er den Augenblick[4] begrüßen, wo man in Deutschland sich von der Aufrichtigkeit seiner mit dem türkenfreundlichen deutschen Vorgehen auf dem Balkan durchaus parallel laufenden Politik überzeugen und das ihn schmerzende, unverdiente Mißtrauen fallen lassen würde.

Reichenau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das ist sicher gelogen!

[2] und um diesen zu festigen nimmt er seinen Generalstabschef nach Cettinje mit!

[3] !

[4] vorläufig ist derselbe noch nicht gekommen



Kapitel LXXVI

Die Mazedonische Gefahr 1896



Nr. 2961

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 58 Pera, den 23. Mai 1895
Vertraulich

Nach vertraulichen Andeutungen des hiesigen österreichischen Botschafters gewinnen die Bestrebungen der Mazedonier hinsichtlich der politischen Autonomie Mazedoniens eine für die Pforte drohende Gestalt. Bekanntlich begründeten bisher die Mazedonier ihre diesbezüglichen Forderungen gegenüber der Türkei auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages, demzufolge die Pforte in ihren europäischen Provinzen Selbstverwaltungsstatute mit Hülfe von aus Einheimischen zu bildenden Kommissionen einführen sollte. Jetzt aber steigert diese Bewegung in Mazedonien die Wahrnehmung, daß England, unterstützt von Rußland und Frankreich, zugunsten der kleinasiatischen Armenier bei Seiner Majestät dem Sultan sich ins Mittel schlägt.

Diese mazedonische Agitation findet ihren Rückhalt in Bulgarien, und an diesem Zustande könnten die ermahnenden Worte des Fürsten Ferdinand* nichts ändern. Hunderttausende von Leuten bulgarischen Stammes sind in Mazedonien und etwa 60000 Mazedonier in Bulgarien seßhaft. Auf die noch innigere Vermengung der durch die Religion schon einander verbundenen Nachbarbevölkerungen von Bulgaren und Mazedoniern wirkten einige mit nicht unbedeutenden Mitteln ausgestattete Komitees hin. Sie sind gut organisiert und haben ihren Sitz in Bulgarien. Es ist verständlich, daß anbetrachts dieser Zustände die ottomanischen Beamten in Mazedonien mit der politisch unsicheren Bevölkerung nicht glimpflich verfahren. Die Unzufriedenheit mehre dies von Tag zu Tag, fuhr der Botschafter fort, und es sei nicht aus-

* Am 22. April hatte Fürst Ferdinand auf eine ihm von einer mazedonischen Deputation überreichte Adresse eine ablehnende und die Agitation der bulgarisch-mazedonischen Komitees verurteilende Antwort gegeben.

geschlossen, daß sie zu blutigen und folgenschweren Tumulten führen werden. —

Henckel

Nr. 2962

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Therapia, den 17. Juni 1895

Gleich bei Beginn der armenischen Wirren hat der hiesige bulgarische Agent Dimitrow, offenbar im Auftrage seiner Regierung, die Aufmerksamkeit der türkischen Minister auf die Zustände in Mazedonien gelenkt. Er bezeichnete sie als auf die Dauer unhaltbar und für die bulgarische Regierung gefahrdrohend. Die gleiche Sprache hat der bulgarische Exarch* geführt. Beide haben einmütig und wiederholt der Pforte als geeignetstes Mittel zur Beschwichtigung der Gemüter in Mazedonien und Bulgarien die Errichtung einiger neuen bulgarischen Bischofssitze in Mazedonien bezeichnet. Dieses Ansinnen hat bei der Pforte keinen Anklang gefunden, und der ehemalige Großwesir Djevad Pascha erwiderte den beiden Bulgaren: „Die Tinte auf den Ernennungsdekreten der erst kürzlich eingesetzten bulgarischen Kirchenfürsten in Mazedonien ist noch nicht trocken, und schon wieder verlangt Ihr neue Zugeständnisse. Als Seine Majestät der Sultan Euch diese Bischofssitze gewährte, verspracht Ihr, in den nächsten Jahren keine Wünsche in dieser Richtung mehr zu äußern.“ — Hierauf ermahnte er sie, in Anschlag zu bringen, welch schwierige Lage der Pforte dem griechischen Element gegenüber erwüchse, wenn sie die Bulgaren unausgesetzt begünstige.

Seitdem nun die drei Mächte England, Frankreich und Rußland die Türkei hinsichtlich der armenischen Frage mit Reformvorschlägen und deren Einführung drängen, hat Herr Dimitrow seinerseits die mazedonische Frage zum Gegenstande des Gesprächs nicht nur mit den Pfortenministern, sondern auch mit den fremden hiesigen Vertretern gemacht und die Notwendigkeit betont, für Mazedonien gleichfalls etwas zu tun. Sonst werde man erleben, daß die bulgarische Regierung einem Zwange unterliege und gegen ihren Willen durch eine unabänderliche Notwendigkeit in die Lage versetzt werde, für Mazedonien selbst einzutreten. Baron Calice sowohl wie Sir Philip Currie haben Herrn Dimitrow auf das eindringlichste Mäßigung anempfohlen. Anderenfalls würde Bulgarien sich das Wohlwollen der

* Jossif.

Mächte verscherzen, das es sich durch seine bisherige besonnene Haltung gewonnen habe. Herr Dimitrow schien dies einzusehen. Fraglich bleibt es immerhin, ob die bulgarische Regierung stark genug sein wird, dem Andrängen der nationalen Partei, vielleicht auch dem Bedürfnisse des Fürsten Ferdinand nach Befriedigung seiner Eitelkeit auf die Dauer mit Glück entgegenzuwirken. —

Der hiesige griechische Gesandte* hat während derselben Periode der Pforte unentwegt vorgehalten, daß es politisch nicht klug von ihr sei, auf Kosten des griechischen Elementes die Bulgaren zu stärken. Durch seine gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten sei Griechenland jetzt nicht in der Lage, eine aktive auswärtige Politik zu treiben. Für die Zukunft aber werde sich die Türkei die Zuneigung aller ihrer griechischen Untertanen entfremden, wenn sie den Zustand politischer Schwäche Griechenlands benutze, um den griechischen Nationalfeind zu kräftigen.

Henckel

Nr. 2963

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Generalkonsul in Sofia von Voigts-Rhetz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 16 Berlin, den 30. Juni 1895

Telegramm Nr. 17 erhalten**.

Ew. wollen der bulgarischen Regierung gegenüber sich dahin aussprechen, daß, soviel uns bekannt, die den verschiedenen europäischen Kabinetten zugegangenen Nachrichten darin übereinstimmen, daß die mazedonische Bewegung ausschließlich von Bulgarien aus angestiftet sei. Wir zweifeln, daß diese Überzeugung, wenn sie sich festsetzt, zugunsten der heutigen bulgarischen Regierung wirken wird.

Ew. wollen, nachdem Sie sich vergewissert haben, daß Ihr österreichischer Kollege Vorstellungen im ähnlichen Sinne gemacht hat, die Regierung dabei nochmals auf ihre Verantwortlichkeit mündlich hinweisen und keinen Zweifel lassen, das diesseits eine Begünstigung der mazedonischen Bewegung durch Bulgarien entschieden mißbilligt werden würde.

Rotenhan

* Mavrocordato.

** In Telegramm Nr. 17 vom 29. Juni hatte Voigts-Rhetz über die bedrohliche Lage berichtet, die dadurch entstanden war, daß die türkische Regierung gegen die seit Juni 1895 immer stärker aufflammende, von Bulgarien aus geschürte aufständische Bewegung in Mazedonien militärische Maßregeln ergriff, die Bulgarien sich mit Gegenmaßregeln zu beantworten anschickte.

Nr. 2964

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 38 Berlin, den 30. Juni 1895

Lassen Sie auf geeignetem vertraulichem Wege an Pforte beziehungsweise auch direkt an Sultan gelangen, daß die von Presse besprochene Anhäufung türkischer Truppen an bulgarischer Grenze nach Ihrer persönlichen Ansicht dann unbedenklich scheine, wenn hierzu ausschließlich reguläre Truppen verwandt würden, daß Ew. jedoch dringend vor einer jeden Verwendung irregulärer Truppen warnen könnten, da eine jede Verwendung solcher von sensationsbegierigen Preßorganen unzweifelhaft dazu würde benutzt werden, der Angelegenheit den Charakter einer innerpolitischen türkischen Maßnahme abzusprechen und dieselbe, wie zurzeit der bulgarian atrocities, zu einer humanitären Frage aufzubauschen.

Rotenhan

Nr. 2965

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. an Bord S. M. Y. „Hohenzollern" in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 1. Juli 1895

Nach den Meldungen von Euerer Majestät Vertretern in Sofia und Konstantinopel gewinnt es den Anschein, als ob die sogenannte mazedonische Frage in ein akutes Stadium zu treten im Begriffe stehe. Die Veranlassung dürfte in der Aufrollung der armenischen Frage zu suchen sein, indem durch die Versuche der Armenier, mit Hülfe der Großmächte unter der Bezeichnung „Reformen" eine größere Autonomie zu gewinnen, die bulgarischen Mazedonier angespornt worden sind, ihre Loslösung von der Türkei und ihren Anschluß an Bulgarien zu betreiben.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Mazedonier allein nicht über ausreichende Machtmittel verfügen, um dieses Programm der Türkei gegenüber durchzuführen. Die Absichten der mazedonischen Aktionskomitees, welche sich in Bulgarien und Mazedonien gebildet haben, gehen daher, wie es scheint, auch weniger auf eine allgemeine kriegerische Erhebung als auf die Herbeiführung einer Neuauflage

der „bulgarian atrocities", durch welche sie die Großmächte zu einem Eingreifen zu ihren Gunsten zu zwingen hoffen.

Ob es gelingt, die geplante Erhebung so rechtzeitig zu unterdrücken, daß die in ihr liegende Bedrohung des Friedens auf der Balkanhalbinsel vermieden wird, hängt großenteils von der Haltung der bulgarischen Regierung ab, auf welche Euerer Majestät Vertreter in Sofia in diesseitigem Auftrage bereits seit mehreren Wochen eine mäßigende Einwirkung auszuüben bestrebt gewesen ist. In der Tat hat sich auch Prinz Ferdinand bei einem vor etwas über zwei Monaten stattgehabten Empfange einer mazedonischen Deputation in sehr gemäßigtem Sinne ausgesprochen*, doch gewinnt es neuerdings den Anschein, als ob die bulgarische Regierung dem Drucke der dortigen öffentlichen Meinung weichend zu Zugeständnissen an die Agitationspartei sich herbeizulassen im Begriffe stehe.

Demgemäß hat die österreichisch-ungarische Regierung hier, in London und in Rom den Antrag gestellt, in Sofia einen Druck auf die bulgarische Regierung auszuüben, um derselben die Überzeugung beizubringen, daß sie im Falle einer Begünstigung der mazedonischen Insurgenten auf die Unterstützung der Großmächte in keiner Weise würde zählen können[1].

Im Verhoffen Euerer Majestät Einverständnisses[2] habe ich, da Eile geboten war, kein Bedenken getragen, mich dem auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Schritte der österreichisch-ungarischen Regierung in Sofia anzuschließen und Euerer Majestät Vertreter daselbst entsprechend zu instruieren. Auch der englische Vertreter in Sofia** hat eine entsprechende Weisung seitens seiner Regierung erhalten, und die italienische Regierung ist nach einer Mitteilung des hiesigen italienischen Botschafters gleichfalls zu einem analogen Schritte in Sofia bereit.

Auch habe ich, um den zu erwartenden Zusammenstößen von Insurgenten und Türken nach Tunlichkeit ihren bedrohlichen Charakter zu benehmen, in Konstantinopel empfohlen, womöglich nur reguläre türkische Truppen zur Bewachung der Grenze zu verwenden, um dadurch die von irregulären Truppen mit Sicherheit zu erwartenden Ausschreitungen zu verhüten.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
3/VII. 95. Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] Ja

---

* Vgl. Nr. 2961 nebst Fußnote.
** F. Elliot.

Nr. 2966

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 79 Therapia, den 2. Juli 1895

Euerer Durchlaucht hohen Weisung gemäß * habe ich der hiesigen Regierung geraten, bei Zurückweisung etwaiger Einfälle von bewaffneten Banden in türkisches Gebiet nur reguläre Truppen zur Verwendung kommen zu lassen.

Der Großwesir ** zeigte sich vollkommen von dem Wert und der Bedeutung dieses Rates durchdrungen. Er bemerkte, daß er auch bereits aus eigener Initiative in diesem Sinne gehandelt habe. Man wisse nämlich, daß es der mazedonischen Propaganda vor allem darauf ankomme, durch Gewaltakte aller Art die muselmanische Bevölkerung Mazedoniens aufzureizen und womöglich ihren religiösen Fanatismus anstachelnd, sie zum Waffenkampf zu treiben und auf diese Weise weitergehende Ruhestörungen hervorzurufen. Dies zu verhindern, habe er, Said Pascha, an die Walis von Adrianopel, Monastir, Kossowo und Saloniki die bündigsten Befehle ergehen lassen. Die Bevölkerung sei auf das strengste von jederlei Anteilnahme an irgendwelchen Konflikten mit den in das Land eingefallenen Banden abzuhalten und habe einzig und allein den Organen der Regierung die nötigen Abwehrmaßregeln zu überlassen.

Er erklärte dabei, daß die in Mazedonien vorhandenen regulären Truppen vollkommen genügten, um Ruhe und Ordnung daselbst aufrecht zu erhalten. Um übrigens aller Welt offen zu zeigen, wie sehr die Regierung des Sultans bestrebt sei, zu verhindern, daß die angestifteten Unruhen einen ernsteren Charakter annähmen, seien jene Instruktionen den Vertretern der Pforte bei den fremden Mächten mitgeteilt worden.

Was die offizielle Haltung Bulgariens bei der gegenwärtigen Komplikation anlange, so lasse dieselbe insofern zu wünschen übrig, als die dortige Regierung nicht energisch genug die gegen türkisches Gebiet gerichteten Unternehmungen revolutionärer Wühler bekämpfe, ja dieselben bis zu einem gewissen Grade dulde.

Schließlich äußerte Said Pascha seine Meinung dahin, daß, da wie er glaube glücklicherweise keine der fremden Mächte hinter der Bewegung stehe, dieselbe in sehr kurzer Zeit in sich selbst erlöschen werde. —

Saurma

---

* Siehe Nr. 2964.

** Said Pascha.

Nr. 2967

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 182 Wien, den 10. Juli 1895

Hier ist man über den Verlauf der mazedonischen Wirren sichtlich befriedigt. Graf Goluchowski sagte mir heute, er habe in der letzten Zeit günstige Nachrichten erhalten. Das einmütige Zusammengehen aller Mächte * in der Frage habe die beste Wirkung bei der bulgarischen Regierung erzielt, welche tatsächlich alles aufbiete, um Ruhe zu erhalten, den Übertritt von Banden zu verhindern und die Bewegung im Lande zu unterdrücken. In Mazedonien selbst sei jetzt auch alles ruhig.

Fürst Lobanow habe ihm durch Graf Kapnist** sagen lassen, daß er der bulgarischen Abordnung***, welche durchwegs aus oppositionellen Elementen zusammengesetzt war, keinen Zweifel gelassen habe, daß die russische Regierung etwaige Wünsche bezüglich Mazedoniens nicht unterstützen wolle[1], und den Herren alle[2] Illusionen geraubt habe. Graf Goluchowski hatte durch Prinz Liechtenstein den Fürsten von seinen Schritten unterrichten lassen und sagte mir, der russische Minister habe ihm seine Zustimmung zu denselben aussprechen lassen. Er sei zwar nicht in der Lage, sich direkt in dem Sinne zu äußern, würde es aber tun, falls er es könnte.

Die Pforte scheine neuerdings bereit, die bulgarischen Bischöfe für Mazedonien zu ernennen, wie heute der britische Botschafter hier mitgeteilt hat.

Nochmalige Schritte, wie die Pforte es wünscht, will der Herr Minister zunächst nicht unternehmen, da er es für unrichtig hält, sein Pulver unnötig zu verschießen.

Auch Frankreich habe sich, wie Graf Wolkenstein mitteilt, den nach Sofia gerichteten Ermahnungen angeschlossen. Es freut den Grafen, daß hierdurch die Bulgaren merken, daß sie nicht auf die Unterstützung der außerhalb des Dreibundes befindlichen Mächte zu rechnen haben.

Die von Lord Salisbury beeinflußten Auslassungen des „Standard"

---

* Neben Deutschland, Österreich und England hatten auch die Vertreter der übrigen europäischen Großmächte in Sofia Vorstellungen wegen der revolutionären Agitation der mazedonischen Emigranten in Bulgarien erhoben.

** Russischer Botschafter in Wien.

*** Vgl. Kap. LXXV, Nr. 2943, S. 92, Fußnote *.

und der „Pall Mall Gazette" hätten übrigens auch günstig gewirkt.

C. M. Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Weil es ihr jetzt nicht paßt
2 ?

Nr. 2968

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 99 Therapia, den 3. August 1895

In einer Unterhaltung, welche ich gerstern mit dem Kriegsminister Risa Pascha hatte, machte ich denselben darauf aufmerksam, wie weise die türkische Regierung gehandelt habe, den Rat der Kaiserlichen Regierung befolgt und zur Unterdrückung der Unruhen in Mazedonien ausschließlich reguläre Truppen verwandt zu haben.

Auf diese Weise sei die Komplikation gegenwärtig beseitigt, während dieselbe andernfalls heute hätte die unerfreulichste Ausdehnung gewinnen können.

Der Kriegsminister gab mir recht und bemerkte dabei, daß die irregulären türkischen Truppen Baschi-Bosuk der Regierung stets weit mehr Schaden als Nutzen gebracht hätten, weshalb man vor deren Verwendung an und für sich hier eine gewisse Scheu habe.

Die türkischen Truppen hätten übrigens weit schneller mit den von Bulgarien eingedrungenen Banden aufräumen können, — fuhr er fort — wenn die Pforte nicht bei der Entstehung der fraglichen Unruhen sich auf die Loyalität der bulgarischen Regierung verlassen hätte, welche fest versicherte, dem Bandenunwesen bei sich steuern zu wollen. Erst nach einiger Zeit, als man sich hier überzeugt habe, daß diese bulgarischen Beteuerungen nur Worte waren, denen die Tat nicht folgte, sei man zu einer energischen Aktion gegen die Insurgenten übergegangen.

Der Kriegsminister hielt den Putsch für beendet, sprach indessen die Ansicht aus, daß es zur Vermeidung der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse durchaus erforderlich sei, daß bulgarischerseits diese gegen die Pforte gerichteten revolutionären Tendenzen mit Energie schon im Keime erstickt würden.

Nach den mir anderweitig zugegangenen Nachrichten sind zwar die Banden allenthalben in Mazedonien aufgelöst und zersprengt. Überbleibsel derselben verbergen sich aber noch hier und da in den dichten Waldgebirgen und dürften wohl noch einige Zeit im Verein mit den daselbst ständigen Räuberbanden hin und wieder einigen Unfug begehen.

Saurma

Nr. 2969

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 277 Wien, den 8. Dezember 1895

pp. Er* sagte mir, daß angesichts der dort** drohenden Gefahren, die viel akuter für Österreich seien als alle anderen, der Gedanke sich aufdränge, wie man den dort im Frühjahr unzweifelhaft entstehenden Unruhen am wirksamsten entgegentreten könne? Er hielte eine Verständigung der Mächte hierüber[1] für sehr wünschenswert, ja für notwendig.

Ich habe darauf erwidert, daß ich die Frage noch nicht für reif hielte; jedenfalls mir der Zeitpunkt einer Abmachung verfrüht[2] erschiene.

Der Graf teilte momentan meine Auffassung, scheint aber den Gedanken einer Verständigung über Mazedonien nicht mehr fallen zu lassen, und da er eine für politische Fragen etwas bedenkliche Schnelligkeit des Entschlusses zeigt, so kann ich eine baldige erneute Anregung erwarten.

Ich werde, falls ich nicht andere Weisung erhalte, bei einer weiteren Berührung der Frage persönlich den Grafen vor einem möglichen Mißerfolg warnen, im übrigen ihn aber nicht darauf hinweisen, daß eine vorhergehende Besprechung mit der deutschen Regierung opportun sei.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nur nicht
[2] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 2970

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 988 Berlin, den 16. Dezember 1895
[abgegangen am 20. Dezember]

Ew. pp. gefälligen Berichte Nr. 277***, Nr. 278 vom 8. und 10. d. Mts. haben hier den Eindruck erweckt, als ob dem Grafen Golu-

* Graf Goluchowski.
** In Mazedonien.
*** Siehe Nr. 2969.

chowski der Gedanke vielleicht nicht ganz fern läge, durch eine Konferenz der Großmächte die mazedonische Frage zu regeln.

Ausweislich der diesseitigen Akten — cfr. den mittels Erlasses Nr. 311 vom 4. Mai d. Js. dorthin mitgeteilten Petersburger Bericht vom 22. April d. Js. — ist dieser Gedanke bereits früher einmal, und zwar von dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stoilow in Wien angeregt worden, doch hat Graf Kálnoky sich damals auf das entschiedenste gegen eine europäische Konferenz wegen Mazedoniens ausgesprochen*.

Auch wir stehen dem Konferenzgedanken nichts weniger als sympathisch gegenüber, da nach unserer Auffassung eine solche Konferenz anstatt zu einer Ausgleichung zu einer Verschärfung der Gegensätze unter den interessierten Mächten führen müßte.

Wird erst einmal die mazedonische Frage zum Gegenstand einer Konferenz gemacht, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch die Meerengen, die armenische und die ägyptische Frage vor das Forum dieser Konferenz werden gezogen werden. Gerade Österreich-Ungarn hat unseres Erachtens in erster Linie ein Interesse daran, die Aufrollung der orientalischen Frage nach Möglichkeit und jedenfalls solange zu verhüten, als England sich nicht auch seinerseits engagiert hat, und wir würden daher dem Grafen Goluchowski, falls er uns um unsere Meinung fragen sollte, nur dringend raten können, den Plan einer Konferenz wegen Mazedoniens nicht zur Diskussion zu stellen.

Ew. pp. bitte ich ergebenst, Ihre Sprache nach vorstehenden Erwägungen zu regeln, falls etwa Graf Goluchowski Ihnen gegenüber den Konferenzgedanken deutlicher als bisher in Anregung bringen sollte.

Marschall

Nr. 2971

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 St. Petersburg, den 16. Januar 1896

pp. Fürst Lobanow sprach auch wieder von der Befürchtung, daß im Frühjahre neue Unruhen in Mazedonien ausbrechen könnten und

* Nach dem Berichte des Geschäftsträgers von Tschirschky vom 22. April 1895 hätte Graf Kálnoky den von Stoilow angeregten Gedanken einer europäischen Konferenz energisch zurückgewiesen und dem bulgarischen Minister zu verstehen gegeben, eine wie zweischneidige Waffe eine solche Konferenz für Bulgarien sein würde.

** Den vollständigen Text des Telegramms siehe in Kap. LXX, Nr. 2883.

versicherte, daß er alles aufbieten werde, um die Bewegung niederzuhalten. Er fürchtete, daß während der Moskauer Krönungsfeierlichlichkeiten* die Frage ihm wenig Ruhe lassen werde.

Radolin

Nr. 2972

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Wien, den 23. Januar 1896

Vor einigen Tagen hat Graf Kapnist gesprächsweise bei Graf Goluchowski die Frage berührt, welche Repressivmaßregeln bei einem etwaigen Ausbruch von Unordnungen in Mazedonien seitens Österreichs ergriffen werden könnten? Graf Goluchowski hat hierauf ziemlich empfindlich geantwortet, er wünsche zu wissen, ob Graf Kapnist im Auftrage seiner Regierung spreche, was dieser verneinte, und sodann die Gegenfrage gestellt, was Rußland in einem solchen Falle zu tun beabsichtige?

Graf Kapnist hat nach Petersburg berichtet und die Antwort erhalten, Fürst Lobanow stände im allgemeinen auf dem Standpunkt des Grafen Kapnist, daß es wünschenswert sei, sich angesichts der drohenden Gefahren in Mazedonien über Gegenmaßregeln zu verständigen.

Graf Goluchowski hat hierauf dem Prinzen Liechtenstein die Instruktion erteilt, dem Fürsten Lobanow in sehr deutlicher Weise zu verstehen zu geben, daß Österreich sich nach den gemachten Erfahrungen in der Stationärfrage** unter keinen Umständen zu irgendwelchen Schritten drängen lassen werde, wenn nicht Rußland vorangehe, oder sich in absolut bindender Weise zu einer Kooperation verpflichte.

Graf Goluchowski sprach mir die Ansicht aus, daß die mazedonische Frage vollständig tot sei, sobald Rußland seine Hände davon zurückziehe.

Eulenburg

---

* 26. Mai 1896.
** Vgl. Bd. X, Kap. LXII B.

Nr. 2973

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 69 Berlin, den 24. Januar 1896
[abgegangen am 25. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 11 vom 23. d. Mts.*

Formell hat Graf Goluchowski mit seiner Haltung gegenüber der Anregung des Grafen Kapnist gewiß recht. In der Sache teile ich indessen seine Besorgnis bezüglich der Haltung Rußlands gegenüber der mazedonischen Frage nicht in gleichem Maße, sondern halte es vielmehr eher für wahrscheinlich, daß Rußland seinen Einfluß aufbieten wird, um einen Ausbruch der Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel für die nächste Zukunft zu verhindern. Die russische Regierung ist darüber jedenfalls nicht im unklaren, daß es nirgends so leicht ist, eine Koalition gegen Rußland zustande zu bringen, wie gerade in Balkanstreitigkeiten, und sie begreift auch zweifelsohne, daß gerade Rußlands Hauptgegner, England, der wohl überall sonst auf dem Erdball Rußland isoliert gegenübersteht, bei einer Verwickelung auf der Balkanhalbinsel sicher sein würde, Kampfgenossen zu finden.

Marschall

Nr. 2974

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Wien, den 28. Januar 1896

In der mazedonischen Angelegenheit hat Graf Kapnist dem Grafen Goluchowski gesagt, daß Fürst Lobanow auf die „pointe de méfiance", welche des Ministers letzte, durch Prinz Liechtenstein gemachte Mitteilung** enthielte, die bündigsten und weitgehendsten Zusicherungen gäbe, daß Rußland nicht daran dächte, den status quo der Türkei zu ändern. Graf Goluchowski hat darauf geantwortet, daß er an zwei Punkten bezüglich Mazedoniens absolut festhielte: Erstens würde er bei etwaigen Abmachungen mit Rußland niemals die Basis des Einverständdisses aller Großmächte mit den zu er-

---

* Siehe Nr. 2972.
** Vgl. Nr. 2972.

greifenden Schritten verlassen. Zweitens werde er niemals dulden, daß sich die armenischen Greueltaten in Mazedonien wiederholen. Er rechne in einem solchen Fall auf ein ehrliches Zusammenwirken mit Rußland.

Der Graf ist der Ansicht, daß ein Massaker in Mazedonien unaufhaltsam die orientalische Frage zu einem akuten Stadium führen würde.

Eulenburg

Nr. 2975

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 23
Vertraulich

Wien, den 5. Februar 1896

Graf Kapnist bemüht sich unausgesetzt in der Richtung, eine russisch-österreichische Verständigung bezüglich der Haltung beider Staaten beim Eintritt von Unordnungen in Mazedonien oder innerhalb der Balkanstaaten herbeizuführen*. Er hält allerdings die Grenze „Balkanstaaten und Mazedonien" sehr streng inne und sagte mir: „Wenn auch eine weitere Verständigung, Konstantinopel, die Dardanellen etc. betreffend, ganz ausgeschlossen ist, so sollte man doch nicht zögern, das Mögliche zu erreichen."

Er sieht allerdings eine Schwierigkeit bei der ausgesprochenen Abneigung des Fürsten Lobanow gegen den Grafen Goluchowski, „ce jeune homme polonais", überhaupt zu etwas zu gelangen, aber er sagte, daß er dennoch nicht nachlasse, bezüglich der heiklen mazedonischen Frage zu wirken.

Gestern hat er in einem Bericht nach St. Petersburg den Nutzen einer solchen Verständigung hervorgehoben und dabei ausgeführt, „daß man dem Standpunkte gleicher Anschauung seitens Rußlands und Österreichs bezüglich völliger Zurückhaltung und Objektivität bei allen Fragen, welche die Balkanstaaten und speziell Mazedonien beträfen, möglichste Publizität geben möchte. Das würde in seiner Wirkung unfehlbar Ruhe innerhalb der genannten Staaten bedeuten. Er hielte die allgemein gehaltene gegenseitige Zusicherung Rußlands und Österreichs, nichts tun zu wollen und eine präzisere Stellungnahme eintreten zu lassen, wenn dieses notwendig werden sollte, für einen Fehler, jedenfalls für kein Mittel, um Unruhen vorzubeugen."

Ich habe meinem redseligen Kollegen gesagt, daß ich seine Ausführungen persönlich für richtig hielte, sonst aber die Rolle des ruhigen Zuhörers nicht aufgegeben.

P. Eulenburg

---

* Vgl. dazu Kap. LXXIX.

Nr. 2976

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Pera, den 8. Februar 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 9*.

General Freiherr von der Goltz, am 18. v. Mts. von Berlin hierher zurückgekehrt, teilte mir mit, er sei beauftragt, Seiner Majestät dem Sultan vertraulich Andeutungen dahin zu machen, daß es angezeigt für die Türkei erscheine, rechtzeitig militärische Vorbereitungen für Mazedonien zu treffen, um nicht durch etwaige dort ausbrechende Bewegungen überrascht zu werden. General Freiherr von der Goltz hat Seiner Majestät dem Sultan gegenüber in diesem Sinne gesprochen. Österreichischerseits ist, wie mir Tewfik Pascha** gelegentlich sagte, dasselbe geschehen und zwar durch Vermittelung des bisherigen dortigen Botschafters Galib Bey. Ich selbst habe mich weder dem Sultan noch der Pforte gegenüber in der Sache geäußert, da ich keinen Auftrag Euerer Durchlaucht hierzu hatte.

Saurma

Nr. 2977

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein ***

Reinschrift

Berlin, den 16. Februar 1896

pp. Was Mazedonien betrifft, so ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß Rußland einer Ausbreitung Bulgariens in dieser Richtung energisch widerstreben wird, weil hierbei die Interessen der verwandtschaftlich und freundschaftlich mit Petersburg sehr nahestehenden griechischen Königsfamilie ernstlich geschädigt, ja gefährdet werden würden. Auf ein bulgarisches Vorgehen gegen Mazedonien würde das Hellenentum mit einem Kriegsruf antworten. Daß das bulgarische dem griechischen Heere überlegen ist, steht außer Zweifel. Ließe man die beiden allein, so würde Griechenland unterliegen. Mischen sich aber Serbien, Montenegro, vielleicht auch Rumänien hinein, kommt die Balkanfrage in Fluß, so ist das erreicht, was Eng-

---

* Im Telegramm Nr. 9 vom 7. Februar war bei Saurma angefragt worden, was es mit einem angeblich von ihm dem Sultan erteilten Rate, daß er im Hinblick auf bevorstehende Unruhen die nötigen militärischen Vorsichtsmaßregeln in Mazedonien treffen möge, auf sich habe.

** Türkischer Minister des Äußern.

*** Einen weiteren Teil der Aufzeichnung siehe Kap. LXXV, Nr. 2955.

land herbeiwünschte, Rußland dagegen, wie wir während der armenischen Krisis Gelegenheit genug hatten zu beobachten, eifrig zu verhindern suchte. Deshalb darf man auch annehmen, daß Rußland nach dem Grundsatz: principiis obstare bemüht sein wird, durch seine jetzt wieder vorhandenen Agenten in Bulgarien die Bandenbildung zu kontrollieren und zu verhindern. pp.

Holstein

Nr. 2978

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 18. Februar 1896

Graf Osten-Sacken machte mir heute vertrauliche Mitteilungen über den Inhalt der vom Fürsten Lobanow an Herrn Tscharykow* gegebenen Instruktionen: Rußland gedenke sich in keiner Weise in die innern Angelegenheiten Bulgariens einzumischen, da letzteres jetzt imstande sei, dieselben ohne fremde Hilfe zu ordnen. Rußland wünsche nur, daß allezeit Ruhe und Ordnung im Lande bestehe. Im übrigen solle Tscharykow stets betonen, daß Europa keine mazedonische Frage** wünsche, Bulgarien sich also jeder auf Vergrößerung gerichteten Politik enthalten solle. Falls durch das Treiben der sogenannten bulgarischen Komitees oder auf andere Weise die mazedonische Frage aufgerührt werde, so müsse Bulgarien gewärtig sein, von Europa dafür verantwortlich gemacht zu werden.

Prinz Ferdinand habe Tscharykow erklärt, er sei mit diesem Programm vollständig einverstanden und akzeptiere es rückhaltlos.

Marschall

Nr. 2979

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 192 Therapia, den 20. August 1896

Die Übertragung der Unruhen in Kreta auf mazedonisches Gebiet*** ist dem bulgarischen Exarchen, wie vorauszusehen war, als eine

* Russischer diplomatischer Agent in Sofia seit der mit dem Übertritt des Prinzen Boris zur orthodoxen Kirche erfolgten russischen Anerkennung des Fürsten Ferdinand.

** Vgl. Kap. LXXVI.

*** Vgl. Kap. LXXVII.

günstige Gelegenheit erschienen, um die dadurch geschaffene Lage im Interesse der bulgarischen Sache auszunutzen: er hat die Pforte um die Gewährung von fünf weiteren bulgarischen Bischofssitzen gebeten, und zwar für die Diözesen von Monastir, Melnik, Kukusch, Strumnitza und Dibre.

Der Großwesir, dem die Ortsverhältnisse aus der Zeit, wo er Wali von Monastir war, bekannt sind, bestreitet nicht, daß in den genannten Diözesen, wenn nicht die Mehrzahl, so doch ein bedeutender Bruchteil der christlichen Einwohner dem bulgarischen Stamme angehört, und wäre deshalb geneigt, sich entgegenkommend zu zeigen. Aber aus der Haltung der russischen Botschaft erkennt er, daß die russische Regierung die Hoffnung auf Beseitigung des griechisch-bulgarischen Schismas nicht aufgegeben hat und deshalb nicht wünscht, daß die Kluft zwischen den beiden Kirchengemeinschaften durch neue Zugeständnisse an die Bulgaren noch erweitert wird.

Der hiesige bulgarische Agent Dimitrow, welcher die Schritte des Exarchen offiziös unterstützt, hat mich vertraulich sondieren lassen, ob er mich um die Verwendung der Kaiserlichen Regierung zugunsten der bulgarischen Wünsche angehen könnte. Ich habe es für geraten gehalten, auf eine Besprechung des Gegenstandes unter dem Hinweis darauf nicht einzugehen, daß es mir mit den guten Beziehungen, welche wir mit Rußland zu unterhalten wünschten, unvereinbar erscheine, in einer Frage, an der wir nicht direkt beteiligt wären, eine Verwendung bei der Pforte eintreten zu lassen, von der es uns bekannt sei, daß sie den russischen Wünschen zuwiderlaufen würde. —

Saurma

Nr. 2980

Der Generalkonsul in Sofia von Voigts-Rhetz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Sofia, den 25. August 1896

Nach erfolgter Aussöhnung Rußlands mit Bulgarien und der Wiederanknüpfung der Beziehungen durch Entsendung eines russischen diplomatischen Agenten nach Sofia sowie Anstellung von vier russischen Konsuln im Fürstentum Bulgarien und Ostrumelien wandte sich das öffentliche Interesse der Frage zu, in welcher Weise die russische Regierung sich den verlorenen Einfluß in Bulgarien zurückerobern bzw. sichern werde, und ob dieselbe beabsichtige, in den Balkanstaaten eine aktive Politik zu inaugurieren.

Die Bulgaren, welche von Rußland die Erlangung des ihnen im Frieden von San Stefano zugedachten Territoriums erwarteten, wur-

den enttäuscht durch die kategorisch von Herrn von Tscharykow im Auftrage seiner Regierung dem Prinzen Ferdinand und dem Ministerpräsidenten Stoilow abgegebene Erklärung, daß Rußland ebenso wie das übrige Europa keine mazedonische Frage wünsche*, Bulgarien sich also jeder auf Vergrößerung gerichteten Politik zu enthalten habe, widrigenfalls es gewärtig sein müsse, von Europa zur Verantwortung gezogen zu werden. Beide gaben die Versicherung ab, daß die bulgarische Regierung alles tun werde, um das Hineintragen revolutionärer Bestrebungen von Bulgarien nach Mazedonien zu verhindern, und haben diese, unterstützt durch den Umstand, daß den mazedonischen Komitees nach Beseitigung der Aussicht auf Unterstützung ihrer Bestrebungen durch Rußland und die bulgarische Regierung die Geldmittel sehr kärglich zufließen, bisher innezuhalten vermocht.

Gleichzeitig gab mein russischer Kollege dem Prinzen Ferdinand und dem Ministerpräsidenten Stoilow die Erklärung ab, „daß Rußland sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einzumischen gedenke und nur Ruhe und Ordnung im Lande wünsche;" dies hat er, soweit sich übersehen läßt, auch innegehalten.

Alsdann wurde durch die Erteilung eines besonderen Firmans an den Fürsten Ferdinand als Generalgouverneur von Ostrumelien, durch die Art seines Empfanges in Konstantinopel, durch seine Ernennung zum Muschir und Generaladjutanten des Sultans seine Vasallenstellung festgelegt. Nach der Heimkehr von der ersten Rundreise** wurde dem Fürsten diese Tatsache durch das von Herrn von Tscharykow gestellte Verlangen, daß bei dem den fremden Vertretern zu Ehren im hiesigen Palais gegebenen Galadiner der erste Toast auf den Sultan ausgebracht werde, wieder in Erinnerung gebracht. Der kühle Empfang des Fürsten von Bulgarien bei der Zarenkrönung in Moskau*** und der ihm zugewiesene Platz neben dem Chan von Chiwa und dem Emir von Bochara war auch wenig dazu angetan, sein Prestige zu erhöhen.

Demnächst mußte es darauf ankommen, die Machtsphäre der allzu selbständigen Bulgaren einzudämmen, um ähnliche Überraschungen wie die 1885 gegen den Willen Rußlands bewerkstelligte Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum zu verhindern. Behufs Unterbindung des bulgarischen Einflusses in Mazedonien wurde die Aufhebung des Schismas † angeregt, welche hier auf so energischen Widerspruch stieß, daß vorläufig von der Weiterbetreibung derselben Abstand genommen werden mußte. Seitens der russischen Botschaft in Konstantinopel wurde ferner gegen Erteilung von weiteren Berats an bulgarische Bischöfe in Mazedonien Stellung genommen und die serbische

* Vgl. Nr. 2978.
** Vgl. Kap. LXXV, Nr. 2956, S. 109, Fußnote **.
*** 26. Mai 1896; vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2582.
† Vgl. Kap. LXXV, Nr. 2956, S. 110, Fußnote **.

Propaganda in Mazedonien unterstützt, in welchem Sinne den russischen Konsuln in Mazedonien Instruktionen erteilt worden sein sollen. pp.

von Voigts-Rhetz

Nr. 2981

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 21. Januar 1897

pp. Graf Goluchowski* ist stets bemüht, Rumänien und Griechenland näher zu bringen. Für letzteres Land interessiert sich der Minister besonders als das einzige auf der Balkanhalbinsel, das keine divergierenden Interessen mit Österreich-Ungarn habe. Er hat neuerdings in Athen ernsthaft gemahnt, alle Anzettelungen in Mazedonien zu verhindern. Entgegengesetztenfalls werde Europa sich um etwaige türkische Grausamkeiten nicht bekümmern können. pp.

Rotenhan

Nr. 2982

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 25
Ganz vertraulich

Wien, den 9. Februar 1897

Angesichts der in Mazedonien drohenden Wirren, die der Kaiserliche Gesandte in Belgrad** signalisierte, indem er den Inhalt seiner Unterhaltung mit den beiden Königen*** über den bulgarischen Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens Griechenlands, Serbiens und Bulgariens meldete, dürfte es Interesse haben, einige auf Mazedonien bezügliche Äußerungen des Grafen Goluchowski zu rekapitulieren.

Dieselben stehen in sehr direktem Widerspruch zu dem Gedanken Lord Salisburys (Bericht des Grafen Hatzfeldt vom 20. Januar) „daß Österreich etwas tun werde, wenn die mazedonische Frage im Frühjahr zum Ausbruch kommen werde. Denn es sei nicht darauf zu rechnen, daß Fürst Ferdinand, der nur sein eigenes Interesse im Auge habe, dagegen einschreiten werde“.

Graf Goluchowski wird wohl stets friedliche Zustände auf dem

---

* Er hatte vom 16.—19. Januar zu Besuch in Berlin geweilt.
** Freiherr von Waecker-Gotter durch Bericht Nr. 18 vom 30. Januar 1897.
*** Milan und Alexander von Serbien.

Balkan kriegerischen vorziehen, aber er sagt: „Mögen sich die Staaten untereinander totschlagen, lassen wir die Dinge laufen und mischen wir uns nicht hinein. Erst wenn sie nicht weiter können, wollen wir Großmächte uns darüber verständigen, was zu tun ist — selbstverständlich darf dabei nicht die Frage Konstantinopel berührt werden[1]. Aber ich zweifle nicht daran, daß man im übrigen zu einer Verständigung kommen wird."

Diese Auffassung teilte Fürst Lobanow nicht. Er wollte die Balkanstaaten unter dem Drucke Rußlands und Österreichs stillhalten, und Graf Goluchowski hatte dabei das Empfinden, daß dieses wohl anginge, wenn Rußland sich ehrlich von Intrigen und dem Bestreben, Einfluß zu gewinnen, fern hielte. Da dieses aber ausgeschlossen war, fügte er sich mit einem gewissen Widerstreben in die Lobanowschen „friedlichen" Gedanken.

Jetzt fällt mir in der Aufzeichnung Euerer Durchlaucht über die Unterhaltung mit Graf Murawiew* auf, daß dieser über die mazedonische Frage sagte: „Es sei richtig, daß dort Unruhen ausbrechen könnten, aber es seien drei Elemente dort, die sich in die Haare geraten würden — Serben, Bulgaren und Griechen, und dem könnte man ruhig zusehen." Der Graf fügte dem hinzu, daß er übrigens noch nicht Zeit gehabt habe, die Frage zu studieren.

Die ohne eine Fühlungnahme zwischen den beiden leitenden Ministern Österreichs und Rußlands gleiche Anschauung derselben über die Behandlung einer so eminent wichtigen Frage wie die mazedonische, erscheint mir interessant. Und zwar ganz besonders im Hinblick auf die bulgarische Anregung in Belgrad und Athen.

P. Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Lieber Mann die wird aber unweigerlich dazukommen

Nr. 2983

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 52 Pera, den 3. März 1897

Die im gehorsamsten Bericht Nr. 192 vom 20. August v. Js.** gemeldete offiziöse Unterstützung, welche der damalige bulgarische Agent Dimitrow den Wünschen des Exarchen bezüglich der Errichtung

---

* Siehe Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3425.
** Siehe Nr. 2979.

neuer Bistümer in Mazedonien gewährte, hat jetzt einen amtlichen Charakter angenommen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die durch die kretensischen Wirren geschaffene Lage der Pforte den Wunsch nahelegen werde, gerade jetzt ihre Beziehungen zu Bulgarien möglichst freundschaftlich zu gestalten, hat die bulgarische Regierung ihren vor kurzem hier eingetroffenen neuen Agenten Markow angewiesen, drei Anträge bei der Pforte zu stellen:

1. Die Erteilung von Berats an bulgarische Bischöfe für die Diözesen von Monastir, Melnik, Kukusch, Strumnitza und Dibre.

2. Die amtliche Anerkennung des Rechtes für den bulgarischen Exarchen, sich eine Synode zur Seite zu stellen.

3. Die Freilassung der infolge des vorjährigen Einfalls bulgarischer Banden in mazedonisches Gebiet in türkischer Haft befindlichen Bulgaren, deren Zahl 60—80 betragen soll. —

Gegen die Gewährung des letzten Punktes stehen seitens der Pforte prinzipielle Bedenken nicht entgegen, zumal den an den Unruhen des verflossenen Jahres beteiligten Armeniern allgemeine Amnestie erteilt worden ist.

Auch hinsichtlich der ersten Forderung ist die Pforte zu Entgegenkommen geneigt, soweit sie dies tun kann, ohne geflissentlich Reibungen mit dem ökumenischen Patriarchat heraufzubeschwören: nach der Meinung Tewfik Paschas wäre es vielleicht möglich, den Bulgaren etwa zwei neue Bischofssitze in Mazedonien zu gewähren. Es würde dies voraussichtlich im Patriarchat mißfällig aufgenommen werden, aber zu keinen ernsteren Reklamationen Anlaß bieten. Schwieriger sei die Behandlung der Frage betreffend die Errichtung einer bulgarischen Synode in Konstantinopel. Die gleichzeitige Existenz einer bulgarischen und einer griechisch-orthodoxen Synode an demselben Orte könne nur zu zahllosen Unzuträglichkeiten führen, abgesehen davon, daß die russische Regierung wegen der dadurch herbeigeführten Verschärfung des Schisma der Ausführung dieses Planes durchaus entgegen sein würde.

Tewfik Pascha war daher vom Sultan beauftragt worden, von den hiesigen Vertretern der Großmächte vertraulich eine Direktive bezüglich der von der Pforte in der Sache einzunehmenden Haltung zu erbitten.

Ich habe dem Minister des Äußeren, als er mir gelegentlich eines Besuches, den er mir machte, von der Angelegenheit sprach, bemerkt, ich sei persönlich der Meinung, daß die Kaiserliche Regierung sich kaum herbeilassen werde, in diese ihr fernerliegende Frage einzugreifen, welche neben der religiösen auch eine politische Seite von nicht zu unterschätzender Bedeutung habe.

Saurma

Nr. 2984

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 76 Berlin, den 4. März 1897

Zufolge von Nachrichten, welche zwar nicht wir, aber andere Kabinette erhalten haben, hat die griechische Regierung den Plan, demnächst die Türken an der mazedonischen Grenze anzugreifen*, in der festen Zuversicht, daß die bulgarischen und serbischen Streitkräfte dann sofort den Türken in den Rücken fallen. Von Serbien wissen wir, daß der König, obschon wenig kriegslustig, erklärt hat, in dem Fall, wo Griechenland und Bulgarien vorgehen, könne er nicht zurückbleiben. Hinsichtlich des Fürsten von Bulgarien lauten unsere Nachrichten verdächtiger; er soll den Krieg mit Ungeduld herbeiwünschen.

Bitte das Vorstehende mit dem Grafen Murawiew zu besprechen und ihm dabei zu sagen, daß nach meiner Ansicht nur ein *gemeinsamer* kräftiger Druck von Petersburg und Wien aus die unruhigen Geister in Sofia und Belgrad vielleicht bannen würde. Die russische und die österreichische Regierung haben sich im Verlauf der letzten Balkankrisis zusammengefunden in dem gemeinsamen Wunsch der Erhaltung des Friedens, und die Wahrnehmung, daß sie in einem so wichtigen Punkte einig und bereit sind, für den Frieden einzutreten, wird seine Wirkung in Sofia und Belgrad nicht verfehlen. Aber, wie gesagt, erwarte ich eine günstige Wirkung nicht von einem bloß zufälligen, sondern von einem beabsichtigten und als solches erkennbaren Zusammengehen.

Wir sind gern bereit, diesen gemeinsamen Schritt zu unterstützen und würden damit nur in den Bahnen unserer bisherigen Politik bleiben; indessen fragt es sich, ob dann nicht auch alle übrigen Mächte zu beteiligen sein würden, was notwendig einen Zeitverlust mit sich bringt. Wenn der Schritt wirksam sein soll, muß er vor Ablauf der an Griechenland gestellten sechstägigen Frist** erfolgen.

Falls Graf Murawiew unsere Mitwirkung in Wien wünscht, sind wir dazu gern bereit.

C. Hohenlohe

---

* Vgl. dazu Kap. LXXX: Der Griechisch-Türkische Krieg.
** Durch identische Note der Großmächte vom 2. März 1897 war von Griechenland binnen sechs Tagen die Zurückrufung der griechischen Truppen und Schiffe aus Kreta verlangt worden. Vgl. Kap. LXXX.

Nr. 2985

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 128 St. Petersburg, den 8. März 1897

Wie ich vertraulich erfahre, hat zwischen dem König von Serbien und dem Fürsten von Bulgarien sowie zwischen den beiden leitenden Ministern eine Verständigung dahin stattgefunden, daß beide Staaten sich jeder Feindseligkeit der Türkei gegenüber enthalten wollen, wenn nur die bewußte Beratfrage erledigt würde. — Eine Konzession in dem gewünschten Sinne auf kirchlichem Gebiet in Mazedonien würde Bulgarien und Serbien vollauf fürs erste befriedigen.

Herr Stoilow soll sich außerdem noch dahin geäußert haben, daß Bulgarien natürlich die völlige Unabhängigkeit erstreben müsse. — Die gänzliche Loslösung von der türkischen Oberhoheit brauche aber erst bei einem eventuellen Thronwechsel in Konstantinopel perfekt zu werden, es widerstrebe ihm, dieselbe zu verlangen, solange der Sultan Abdul Hamid, der soviel für Bulgarien getan, auf dem Throne sitzt. — Ich bemerke vertraulich, daß diese Mitteilung mir von Prinz Liechtenstein gemacht wurde, dem sie amtlich zugegangen ist.

Radolin

Nr. 2986

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 20. April 1897

Der Fürst von Bulgarien suchte mich heute auf und hatte mit mir eine längere Besprechung über die gegenwärtige Lage. Der Fürst begann die politische Erörterung mit der Mitteilung, der König von Serbien habe ihn auf der Herreise durch Serbien eine Strecke weit begleitet und dabei seine schweren Besorgnisse über seine gegenwärtige Lage ausgesprochen. Der König fürchte angesichts der großen Erregung, die in seinem Volke durch die neuesten Ereignisse* hervorgerufen sei, dem Schicksal des Königs von Griechenland anheimzufallen und nicht mehr Herr der Situation zu bleiben. Der Fürst sagte mir, er habe alles getan, um den jungen Herrn zu beruhigen und ihn insbesondere darauf hingewiesen, daß Österreich-Ungarn es unter keinen Umständen dulden werde, wenn Serbien Gelüste zeige, in die Fußstapfen Griechenlands zu treten.

* Gemeint ist vor allem der Ausbruch der griechisch-türkischen Feindseligkeiten seit dem 9. April.

Fürst Ferdinand kam dann auf die Lage in seinem eigenen Lande zu sprechen und sagte mir, auch dort bestehe eine große nationale Erregung, die durch die jüngste Kriegserklärung noch erheblich verstärkt worden sei. Er habe heute morgen Telegramme von seinem Ministerpräsidenten erhalten des Inhalts, daß die bulgarische Presse ihn, den Fürsten, auf das heftigste tadele, weil er in einem so kritischen Momente sein Land verlassen habe. Stoilow verlange dringend seine Rückkehr. Er, der Fürst, werde sich nicht darum kümmern, sondern den Reiseplan einhalten, wie er von Anfang an festgestellt sei, aber die nationale Erregung seines Landes mache ihm doch auch schwere Sorgen und bereite ihm Schwierigkeiten, von denen er noch nicht abzusehen vermöge, ob er sie zu bemeistern imstande sein werde. Auch in Bulgarien sei das Drängen nach Kompensationen so stark wie in Serbien.

Auf meine Frage, was man denn eigentlich unter Kompensationen verstehe? So, wie die Dinge gegenwärtig lägen, bestehe alle Aussicht, daß die Griechen mit ihrer abenteuerlichen Politik nichts anderes erreichen würden als wohlverdiente Schläge. Damit falle doch wohl der Kompensationsgedanke für die anderen Balkanländer hinweg. Welcher Natur sollen denn aber die Kompensationen sein? Wünsche man in Bulgarien die Erklärung der Selbständigkeit und die Lösung des Vasallenverhältnisses zur Türkei? — der Fürst erwiderte mit einem bestimmten „Nein“ — oder wünsche man einen Gebietszuwachs auf Kosten der Türkei? Der Fürst entgegnete, auch davon sei zurzeit nicht die Rede. Das Verlangen der bulgarischen Nation gipfele in dem Wunsche nach Reformen in Mazedonien, und man sei der Ansicht, daß jetzt der Moment gekommen sei, wo von dem Sultan diese Reformen erreicht werden könnten und erreicht werden müßten. Geschehe auch jetzt nichts, so werde es ihm, dem Fürsten, fast unmöglich werden, die bulgarische Politik in den bisherigen ruhigen Bahnen zu erhalten.

Auf meine Entgegnung, daß der gegenwärtige Augenblick doch der denkbar wenigst opportune sei, um den Sultan zu Reformen für Mazedonien zu bewegen, zumal die Mächte den Sultan schon seit zwei Jahren wegen Reformen für Armenien drangsaliert hätten, bemerkte der Fürst, das Verlangen von Bulgarien und Serbien bezüglich der mazedonischen Reformen sei außerordentlich bescheiden. Es handele sich um die Zulassung einiger bulgarischer und serbischer Bischöfe und die Errichtung von serbischen Schulen in Mazedonien. Mache der Sultan diese Konzession, so würden beide Nationen auf lange hin zufrieden sein. Geschehe aber gar nichts, erfülle der Sultan die bezüglichen Versprechungen, die er schon wiederholt mündlich und schriftlich gegeben habe, nicht, so könne er, der Fürst, für die Folgen nicht einstehen.

Auf meine Frage, was denn dann geschehen würde, entgegnete der Fürst, dann würden in Mazedonien Unruhen ausbrechen, und es werde der bulgarischen Regierung schlechterdings unmöglich sein, denselben gegenüber ihre bisherige Haltung fortzusetzen. Bisher habe seine Regierung alle Versuche, die man unternommen habe, von Bulgarien aus Unruhen in Mazedonien hervorzurufen, auf das strengste unterdrückt und geahndet. Die Folge davon sei gewesen, daß die Presse ihn, den Fürsten, mit allen möglichen Schimpfworten bezeichne, daß man ihn einen Türkenknecht usw. nenne. Seit Jahren habe er redlich, von seinem Ministerpräsidenten Stoilow unterstützt, „antinationale" Politik getrieben, wenn aber in Mazedonien nichts geschehe, so sei es damit zu Ende. Er selbst werde sich ja nicht ändern, aber er werde Stoilow fallen lassen müssen, der bis jetzt der Träger seiner Politik gewesen sei. Meine Frage, ob wohl dann ein Aktionsministerium ernannt werden würde, bejahte der Fürst, indem er mit besonderer Betonung auf die großen Verdienste Stoilows hinwies, der eigentlich ganz unersetzlich sei, und der weit mehr Anerkennung verdiene, als ihm von seiten der Mächte gezollt werde. Er, der Fürst selbst, werde voraussichtlich dann auch beseitigt werden, man werde ihn abschießen oder auf andere Weise entfernen, darauf müsse er jeden Augenblick gefaßt sein.

Ich bemerkte dem Fürsten, daß nach meiner festen Überzeugung die Mächte dann Mittel finden würden, um nicht nur Serbien, sondern auch Bulgarien in Ruhe zu halten. Ich begriffe, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Drohung mit dem europäischen Konzert auf die Balkanvölker keine erschreckende Wirkung ausübe, nachdem jenes Konzert in der kretischen Frage so geringe Beweise für seine Energie gegeben habe. In diesem Falle liege die Sache aber doch wesentlich anders: weder Bulgarien noch Serbien würden auf die Momente rechnen dürfen, welche in der griechischen Frage die Aktion der Mächte gelähmt hätten, die Erinnerung [an] das alte Hellas, die Werke Lord Byrons, Chateaubriands usw.; alle diese Momente, welche da und dort eine starke philhellenische Strömung hervorgerufen hätten, beständen für Bulgarien und Serbien nicht. Auch werde es gar nicht nötig sein, in dieser Beziehung alle Mächte unter einen Hut zu bringen; soweit mir bekannt, seien die beiden nächstbeteiligten Mächte, nämlich Österreich-Ungarn und Rußland, unbedingt einig darin, irgendeine Störung der Ruhe und Ordnung in Mazedonien seitens irgend eines der Balkanstaaten nicht zu dulden, und die Warnung, die der Fürst dem Könige von Serbien gegenüber ausgesprochen, gelte in vollem Umfange auch für Bulgarien.

Der Fürst stellte in einer momentanen, nicht ganz natürlichen Erregung die Frage, wodurch er etwa Anlaß gegeben habe, ihm gegenüber eine solche direkte Drohung auszusprechen? Habe er nicht seit Jahren seine ganze Kraft eingesetzt, um auf dem Boden der Ver-

träge sein Land in Ruhe zu halten und alle nationalen Aspirationen mit Gewalt zu unterdrücken?

Ich entgegnete dem Fürsten, wenn in meinen Worten eine Drohung gelegen, so richte sie sich durchaus nicht gegen den Fürsten und seine Regierung, sondern umgekehrt gegen die sogenannte „nationale“ Politik Bulgariens, die der Fürst perhorresziere, und die er bisher mit so großem Erfolg hintangehalten habe. Meine Worte sollten gerade eine Unterstützung der „antinationalen“ Politik des Fürsten sein, von der eben gesprochen.

Der Fürst bemerkte darauf, er habe sich vielleicht da zu drastisch ausgedrückt, ich dürfe aber sicher sein, daß, wenn er von der Möglichkeit einer Änderung der bulgarischen Politik gesprochen, er selbstverständlich dieselbe niemals mitmachen würde, er habe nur auf die Gefahren hinweisen wollen, welche drohten, wenn seitens des Sultans gar nichts geschehe, um die wirklich bescheidenen Forderungen der Bulgaren zu erfüllen. Was er wünsche, lasse sich in wenige Worte zusammenfassen: Die deutsche Regierung und insbesondere Seine Majestät der Kaiser sei zurzeit bei dem Sultan der maßgebende Faktor; was von dieser Seite aus in Konstantinopel gewünscht werde, sei der Erfüllung sicher. Nun bäte er dringend, es möge doch die Kaiserliche Regierung ihren Einfluß bei dem Sultan geltend machen, daß er mit der Erteilung der längst versprochenen Berate für die bulgarischen Bischöfe nicht länger zurückhalte. Der Sultan verliere dabei gar nichts, er könne nur gewinnen.

Ich bemerkte dem Fürsten, daß die Frage der bulgarischen Bischöfe ja nicht neu sei, und wie er wisse, wir in früherer Zeit einmal die Ernennung von bulgarischen Bischöfen bei dem Sultan durchgesetzt hätten, daß wir also keine prinzipiellen Gegner des bulgarischen Verlangens seien, wohl aber müßte ich wiederholt betonen, daß der gegenwärtige Augenblick, wo man in Konstantinopel mit ganz anderen Dingen beschäftigt, nicht geeignet sei, um unsererseits auf den Sultan eine bezügliche Pression auszuüben; dagegen sei ich gern bereit, die Frage für einen späteren Zeitpunkt, wenn erst wieder der Friede hergestellt sei, in Erwägung zu nehmen. pp.

Marschall

Nr. 2987

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 166 — Berlin, den 22. April 1897

Aus einer zweiten Unterredung, die ich heute mit dem Fürsten von Bulgarien unmittelbar vor dessen Abreise nach Sofia hatte, gewinne

ich die Überzeugung, daß der Fürst infolge unserer Haltung entschlossen ist, auch im Falle der Ablehnung der Berate durch den Sultan Ruhe zu halten. Er behauptet jetzt, daß das Verlangen in diesem Augenblick gestellt werden mußte, um den nationalen Heißspornen in Bulgarien eine Genugtuung zu geben; die scharfe Form suchte er durch den Hinweis auf orientalische Gepflogenheiten zu beschönigen. Von einer Drohung mit Mobilmachung wollte er nichts wissen; übrigens würden die Dinge nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht seien. Ich legte dem Fürsten nochmals ernstlich die Gefahren dar, welche Bulgarien laufe, wenn es im gegenwärtigen Moment Komplikationen heraufbeschwöre; bringe der Fürst nach Herstellung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland seine Forderung zur Geltung, nachdem er bis dahin Ruhe gehalten, werde er mehr Aussicht auf Erfolg haben, als wenn er in diesem kritischen Augenblicke Komplikationen schaffe und sich in direkten Widerspruch zu dem einmütigen Willen Österreich-Ungarns, Rußland[s] und Deutschland[s] setze. Der Fürst sagte, er werde sofort nach seiner Rückkehr einen Ministerrat halten und die Argumente, die ich ihm an die Hand gegeben, verwerten; zugleich wiederholte er die Bitte, daß die Kaiserliche Regierung zu gegebener Zeit das Verlangen Bulgariens auf weitere Bischofssitze in Mazedonien unterstütze; es handle sich nur noch um zwei Sitze, von denen der eine Monastir sei; diese Errungenschaft werde dem Lande auf viele Jahre hinaus genügen. Ich vermied es, dem Fürsten irgendeine Zusage zu geben.

Während unserer heutigen Unterredung kam Fürst Ferdinand wiederholt auf die Frage zurück, ob ich glaubte, daß Griechenland Aussicht auf einen Gebietszuwachs habe. Seine bezüglichen Äußerungen ließen nicht den geringsten Zweifel, daß, wenn eine solche Eventualität eintritt, dann Bulgarien und Serbien losgehen werden und eine allgemeine Balkankonflagration unvermeidlich ist. —

Euer pp. bitte ich den Inhalt dieses Telegramms Seiner Majestät* zu melden und dem Grafen Goluchowski vertraulich davon Kenntnis zu geben.

Marschall

Nr. 2988

Der Generalkonsul in Sofia von Voigts-Rhetz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Sofia, den 23. April 1897

Bulgarischer Agent in Konstantinopel soll Mobilmachung bulgarischer Armee angedroht haben, wenn nicht bis heute abend Berate

* Dem Kaiser Wilhelm II., der vom 21.—22. April zum Besuch Kaiser Franz Josephs in Wien weilte; indessen erreichte das Telegramm den Kaiser nicht mehr, sondern es wurde ihm auf der Rückreise durch ein neues Telegramm Mar-

für drei Bischöfe in Mazedonien erteilt seien*. Stoilow hat gestern auf Reise nach St. Petersburg passierendem Tscharykow beruhigende Zusicherung erteilt, auch ist von Mobilmachungsvorkehrungen hier nichts zu bemerken, so daß eigenmächtiges Vorgehen Markows nicht ausgeschlossen.

Botschafter Konstantinopel benachrichtigt.

Voigts-Rhetz

Nr. 2989

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 94 Berlin, den 26. April 1897

Seine Majestät befiehlt mir von Kaltenbronn aus, nachstehendes Telegramm an Euer Exzellenz weiterzugeben:

„An den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel.

Habe soeben Ihre Meldung bekommen über die unverantwortliche Haltung des Herrn Markow Seiner Majestät dem Sultan gegenüber**. Sie werden sich unverzüglich zu Seiner Majestät begeben und demselben den den Dreibund betreffenden Passus aus der Rede des Herrn Markow als gänzlich erlogen bezeichnen. Sodann haben Sie Seiner Majestät mitzuteilen, daß sowohl ich wie auch der Leiter meines Auswärtigen Amts dem Fürsten von Bulgarien bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen haben, daß er unter allen Umständen stille zu sitzen habe, falls er nicht ohne weiteres den unangenehmsten Eingriffen der Großmächte sich ausgesetzt sehen wolle. Ferner haben Sie zu erwähnen, daß ich scharfe und nicht mißzuverstehende Warnungen an den König von Serbien durch Freiherrn von Waecker-Gotter habe gelangen lassen, daß derselbe sich absolut ruhig zu verhalten und keinerlei Schritte gegen den Großherrn zu unternehmen habe. Zum Schluß sprechen Sie meine aufrichtigen Glückwünsche zu der vortrefflich gelungenen Mobilmachung und gut geleiteten Kampagne aus.

Wilhelm I. R."

Marschall

---

schalls an den Rat im Kaiserlichen Gefolge von Kiderlen (Nr. 1 vom 23. April) übermittelt.

* Nach Mitteilungen Graf Goluchowskis an Graf Eulenburg hätte Markow bei der „fast erzwungenen" Audienz beim Sultan nicht nur mit der bulgarischen Mobilmachung, sondern auch mit dem — Dreibund gedroht. Telegramm Graf Eulenburgs Nr. 151 vom 23. April 1897.

** Siehe Nr. 2988 nebst Fußnote.

Nr. 2990

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 Pera, den 28. April 1897

Vertraulich

Für Seine Majestät den Kaiser.

Der in Telegramm Nr. 94* von Seiner Majestät dem Kaiser mir erteilte Befehl ist heute von mir ausgeführt worden.

Als ich dem Sultan erklärte, daß der Hinweis des Herrn Markow auf die eventuelle Parteinahme des Dreibundes in der Beratfrage erlogen sei, versicherte der Sultan, eine solche Andeutung sei ihm weder von Herrn Markow noch von anderer Seite gemacht worden. Wäre dies aber auch geschehen, so würde er, bei dem unbegrenzten Vertrauen, welches er zu Seiner Majestät dem Kaiser habe, nicht den geringsten Wert darauf gelegt haben.

Wohl habe ihn Markow gebeten, die Beratfrage möglichst bald im Sinne der bulgarischen Wünsche zu regeln, weil anderenfalls die Stellung des Fürsten Ferdinand in seinem Lande ernstlich bedroht sei; der Agent habe sich aber zufrieden gegeben, als er — der Sultan — ihm versprochen, daß die Angelegenheit, deren Regelung momentan nicht opportun erscheine, nach Beendigung des Kriegs zur Befriedigung sowohl der Bulgaren als des griechischen Patriarchats geordnet werden solle.

Der Sultan meinte, der Kernpunkt der Beratdifferenz sei seiner Ansicht nach hauptsächlich eine Geldfrage. Das griechische Patriarchat wolle nicht auf die durch Gründung bulgarischer Bischofssitze ihm entgehenden pekuniären Vorteile verzichten. Er, der Sultan, sei daher bereit, später das Patriarchat selbst zu entschädigen und damit dessen Widerstand gegen die Erfüllung der bulgarischen Wünsche zu beseitigen. Er bitte mich, diese seine Absicht schon jetzt zur Beruhigung der Gemüter möglichst bekannt werden zu lassen.

Ich bat Seine Majestät, von meiner Vermittlung in dieser Sache Abstand nehmen zu wollen, da die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in diesem Augenblick überhaupt nicht beabsichtige, sich mit derselben zu befassen.

Die Versicherungen des Sultans haben auf mich den Eindruck der Aufrichtigkeit gemacht. Ich werde trotzdem der Sache unter der Hand nachgehen, um festzustellen, was eventuell daran sein kann.

---

* Siehe Nr. 2989.

Die von Seiner Majestät dem Kaiser bewirkte Verwarnung des Fürsten von Bulgarien und des Königs von Serbien bezeichnete der Großherr als eine im Interesse des allgemeinen Friedens unschätzbare Tat.

Hierauf entledigte ich mich des allerhöchsten Befehls in betreff der aufrichtigen Anteilnahme Seiner Majestät an der gut gelungenen Mobilmachung sowie gut geleiteten Kampagne*. Der Sultan zeigte sich hoch erfreut darüber und bat mich, Seiner Majestät seinen herzlichsten Dank dafür auszusprechen. Nach Beendigung der Kampagne werde er nicht verfehlen, Seiner Majestät durch besonderes Schreiben persönlich den Ausdruck seiner tiefen Dankbarkeit und unwandelbaren Anhänglichkeit für die fortgesetzten Beweise des Wohlwollens in der so schweren Zeit darzubringen.

Saurma

Nr. 2991

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 535 Pera, den 3. November 1897

Vor kurzem ist die seit geraumer Zeit von der bulgarischen Regierung gestellte Forderung, fünf bulgarische Bischofsitze in Mazedonien zu erhalten, akut geworden.

Herr Markow ist in seinem Drängen gegenwärtig hier so heftig geworden, daß er, angeblich namens seiner Regierung, der Pforte das Ultimatum gestellt, daß, wenn die bulgarische Forderung nicht sofort ihre Befriedigung fände, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens in Sofia ohne weiteres zur Erwägung gestellt werden würde.

Die Pforte ist der Meinung, der hiesige bulgarische Agent gehe mit diesen Drohungen über seinen Auftrag hinaus, und hat sich deshalb durch ihren Kommissar in Sofia mit der dortigen Regierung direkt in Verbindung gesetzt. Sie gibt drei Bischofsitze sofort zu**, bittet aber um Geheimhaltung davon bis zum Friedensabschluß mit Griechen-

---

* Vgl. Kap. LXXX.

** Nach einem weiteren Bericht Saurmas vom 8. November (Nr. 279) wäre inzwischen vom Sultan die offizielle Mitteilung an Markow ergangen, „daß das gegebene Versprechen erfüllt werden würde, jedoch erst nach Abschluß des Friedens mit Griechenland". Tatsächlich gewährte der Sultan nach Auswechslung der Ratifikationen des griechisch-türkischen Friedensvertrags (19. Dezember) Anfang Januar 1898 drei bulgarische Berats für Monastir, Debrec, Strumnitza. Damit war fürs erste die mazedonische Frage in ein ruhiges Fahrwasser zurückgeleitet.

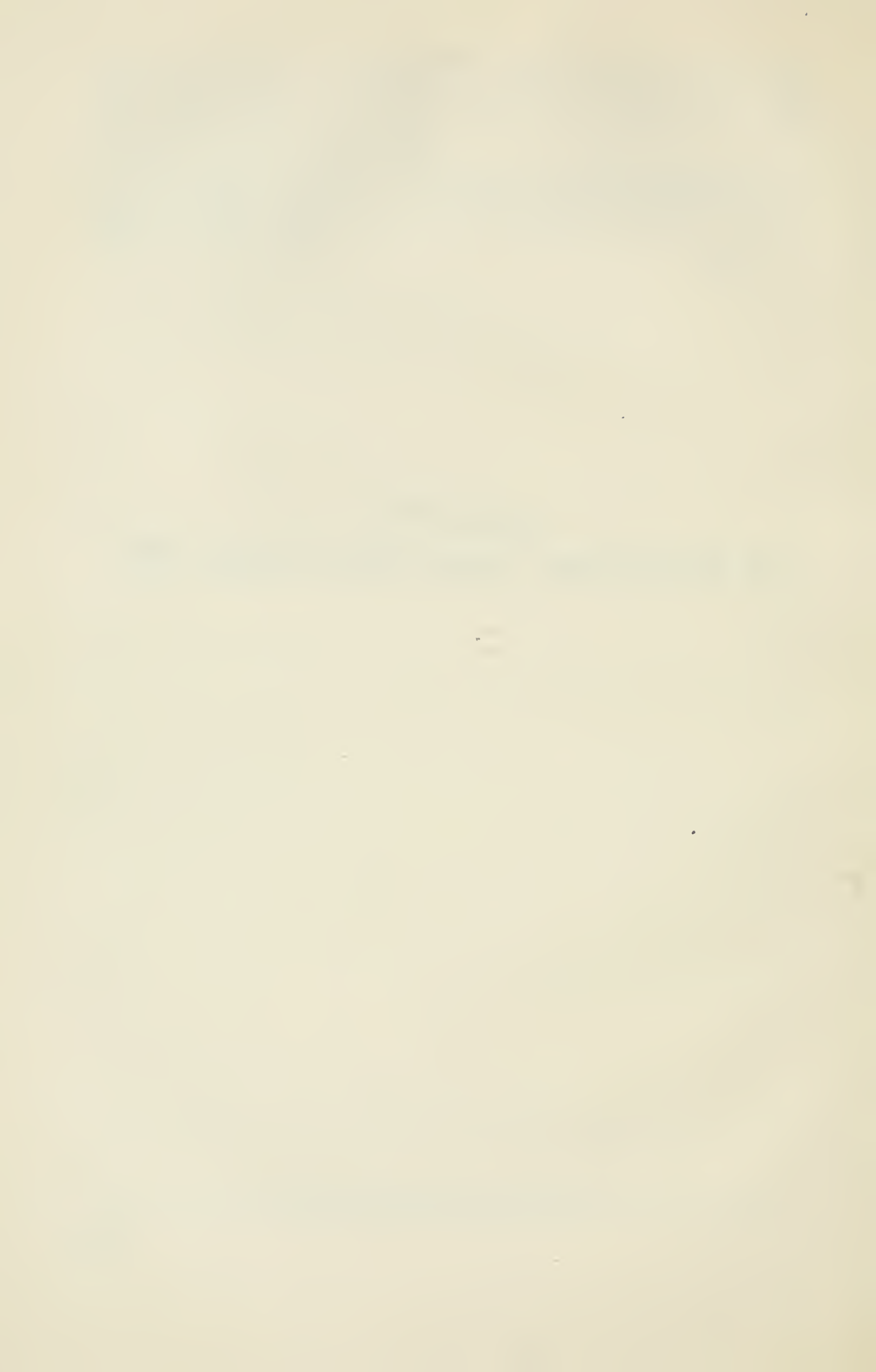
land, da anderenfalls das griechische Patriarchat gereizt werden und dadurch eine neue Komplikation geschaffen werden könnte. Nach dem Friedensschlusse werde man sich dann in betreff der beiden anderen Berats leicht verständigen.

Die Antwort von Sofia steht noch aus. Tewfik Pascha, der mir diese Mitteilungen machte, ist überzeugt, daß die ganze Sache von England geführt werde, um neue Unordnungen auf der Balkanhalbinsel hervorzurufen.

Saurma

Kapitel LXXVII

Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896



Nr. 2992

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 35 Berlin, den 6. Mai 1896

Die griechische Regierung hat hier mitteilen lassen, daß die türkische Regierung entschlossen scheine, die Nationalversammlung von Kandia, welche nach dem Organischen Statut am 7. d. Mts. zusammenzutreten habe, nicht einzuberufen, was angesichts der aufgeregten Stimmung der Inselbewohner eine äußerst bedenkliche Sache sein würde*. Die griechische Regierung bitte uns daher, unseren Einfluß in Konstantinopel für die rechtzeitige Einberufung der Versammlung einzusetzen, damit der Ausbruch von Unruhen vermieden werde, für welche die griechische Regierung jede Verantwortung ablehnen müsse.

Ich habe hiermit den Gesandten ** dahin verständigt, daß wir hierin nur den begreiflichen Versuch erblicken könnten, die Verantwortung für die Ereignisse in Kandia, welche nach Ansicht des gesamten außergriechischen Europa vornehmlich die griechische Regierung treffe, auf andere zu verteilen; einen Teil dieser Verantwortung zu übernehmen, seien wir aber nicht gewillt.

Wir hätten daher nicht die Absicht, der Anfrage der griechischen Regierung Folge zu geben, noch dieselbe amtlich zu beantworten, doch hätte ich nicht unterlassen wollen, dem Gesandten mit Rücksicht auf die guten persönlichen Beziehungen, in denen er zur Kaiserlichen Regierung stehe, von unserer Auffassung wenigstens persönlich Kenntnis zu geben.

---

* Auf der von jeher zu Aufständen gegen die türkische Herrschaft geneigten Insel Kreta waren seit Ende 1895 wieder unruhige Bewegungen im Gange, die dann im Juni 1896 zu blutigen Kämpfen zwischen türkischen Truppen und der von griechischer Seite unterstützten christlichen Bevölkerung führten.

** Rangabé.

Vorstehendes ist zu Ew. pp. gefälligen Information, zur Verwertung aber nur für den Fall bestimmt, daß Sie von zuständiger Seite auf die Demarche der griechischen Regierung angeredet werden.

Marschall

Nr. 2993

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 36 Athen, den 13. Mai 1896

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 35 vom 6. Mai*.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ** kam mir gegenüber heute auf Kreta zu sprechen und gab mir Kenntnis von einem Telegramm des griechischen Gesandten in Berlin, in welchem dieser meldet, der Herr Staatssekretär habe ihm auf die Bitte der griechischen Regierung, den deutschen Einfluß in Konstantinopel für rechtzeitige Einberufung der Nationalversammlung geltend zu machen, offiziös erwidert, die Kaiserliche Regierung erblicke hierin die Absicht Griechenlands, die Verantwortung für die Vorgänge in Kreta von sich auf andere abzuwälzen. Deutschland wolle keinen Anteil an dieser Verantwortung nehmen.

Der Minister gab mir sein Befremden über diese Auffassung zu erkennen und wollte den Worten des Herrn Staatssekretärs den Vorwurf entnehmen, daß die griechische Regierung die Kretenser zu Exzessen provozierte. Er las mir im Gegensatz zu der Mitteilung aus Berlin ein Telegramm des griechischen Gesandten in Konstantinopel*** vor, demzufolge die türkische Regierung unter lebhafter Anerkennung der korrekten Haltung der hiesigen Regierung um ihre fernere Unterstützung bittet, die Kretenser in Ruhe und Ordnung zu halten. Der Minister fügte hinzu, daß die meisten der übrigen Mächte, an welche Griechenland sich ebenfalls gewandt und von denen er England, Frankreich und Rußland nannte, zustimmend geantwortet und ihren Einfluß in Konstantinopel entsprechend geltend gemacht hätten.

Ich habe dem Minister erwidert, daß in der nichtamtlichen Eröffnung des Herrn Staatssekretärs an den griechischen Gesandten ein Vorwurf, daß Griechenland die Kreter aufreize, nicht enthalten sei, und mich im übrigen im Sinne des hohen Erlasses geäußert.

L. Plessen

---

* Siehe Nr. 2992.

** Skuzes.

*** Fürst Mavrocordato.

Nr. 2994

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 26. Mai 1896

In Abwesenheit Lord Salisburys heute Unterstaatssekretär* aufgesucht, welcher mir sämtliche zum Teil verworrene und unklare Telegramme über Kreta vorlas. Er glaubt, daß die bezüglichen Zeitungsnachrichten etwas übertrieben sind, hält aber die Sache doch für ernst, schon wegen der immer steigenden finanziellen Not der Türken. Dagegen betrachtet er als ein beruhigendes Symptom, daß die griechische Regierung sich bis jetzt ziemlich korrekt benimmt und sich durch den englischen Gesandten in Athen ** hat abhalten lassen, Schiffe nach Kreta zu schicken. Er fügte aber hinzu, daß die griechische Regierung sich schon wegen der dortigen öffentlichen Meinung nicht ganz von den Vorgängen in Kreta desinteressieren könne. Als ich daran erinnerte, daß es den Vorstellungen der Mächte bei früheren Gelegenheiten gelungen sei, die griechische Regierung von unerwünschten Schritten abzuhalten, meinte er, daß es jetzt vielleicht nicht so leicht sein würde, der hiesigen öffentlichen Meinung eine anscheinend nur auf den Vorteil der Türken berechnete Blockade Griechenlands annehmbar zu machen.

Ein englisches Kriegsschiff ist heute morgen vor Kanea eingetroffen, wo auch französische, italienische und russische Schiffe erwartet wurden.

Lord Salisbury wird schwerlich vor Ende der Woche, vielleicht erst Montag, wieder hier sein.

Hatzfeldt

Nr. 2995

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat

London, den 29. Mai 1896

Wenn ernstliche Verwickelungen infolge der Zustände in Kreta vermieden werden sollen, scheint mir vor allem jetzt energische Sprache in Athen und der Versuch angezeigt, die Engländer zur Teilnahme zu bewegen. Steht einmal fest und wird öffentlich bekannt, daß die Großmächte entschlossen sind, keine Beteiligung Griechenlands zuzugeben, so ist anzunehmen, daß die Bewegung in Kreta, auch wenn

---

* Sir T. Sanderson.

** Edwin Egerton.

sie von außen angestiftet und unterhalten werden sollte, sich allmählich wieder beruhigen wird.

Hatzfeldt

Nr. 2996

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 43 Berlin, den 30. Mai 1896

Bei Besprechung der kretensischen Vorgänge können Ew. pp. dem russischen Vertreter sagen, nach Auffassung Ihrer Regierung liege die Hauptgefahr in den Hoffnungen, welche bei den Insurgenten hinsichtlich der Haltung der griechischen Regierung erweckt werden könnten. — Wir seien indessen beruhigt bei dem Gedanken, daß der russische Einfluß in Athen schon für sich allein stark genug sei, um derartige Hoffnungen, die sich zum Beispiel an das Auslaufen der griechischen Flotte knüpfen würden, ein Ende zu machen. — Falls übrigens von russischer Seite eine allgemeine Beteiligung der Mächte an dem Beruhigungswerke gewünscht werden sollte, würde die deutsche Regierung, wie Sie bestimmt wüßten, sich nicht ausschließen.

Marschall

Nr. 2997

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 129 Pera, den 3. Juni 1896

Von Kreta lauten die letzten Nachrichten dahin, daß in den Städten die Ruhe zurzeit wiederhergestellt ist, dagegen im Innern des Landes die Gährung noch fortbesteht. Muselmänner und Christen bedrohen sich daselbst mit den Waffen in der Hand. Von Smyrna und Salonik dauern die Sendungen von Truppen nach der Insel fort.

Nach Zusammenziehung einer entsprechenden Zahl derselben soll der Generalgouverneur Abdullah Pascha beabsichtigen, die Bewegung schonungslos zu ersticken.

Möchte es den Türken dabei nur nicht widerfahren, wie dies so häufig geschieht[1], daß sie sich in einer Sache schließlich ins Unrecht setzen, in welcher sie ursprünglich völlig im Recht waren.

Saurma

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2998

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 47 Berlin, den 8. Juni 1896

Bitte den im Schlußsatz Ihres Berichtes Nr. 129* ausgesprochenen Wunsch Tewfik Pascha gegenüber als Rat der Kaiserlichen Regierung zu wiederholen.

Nach den hier vorliegenden Anzeichen scheint es ausgeschlossen, daß eine Wiederholung armenischer Greuel in Kreta seitens aller Mächte mit Gleichgültigkeit würde betrachtet werden.

Marschall

Nr. 2999

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 49 Berlin, den 9. Juni 1896

Antwort auf Telegramm 72**.

Bitte allen auf Haltung und Pläne griechischer Regierung bezüglichen Symptomen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, auch Tewfik Pascha fragen, welche Anhaltspunkte er für Verdacht hat; dabei jedoch immer wieder hervorheben, daß die von türkischen Truppen begangenen Ausschreitungen unter den der Türkei drohenden Gefahren die größte bilden. — Mit welcher Botschaft ist der griechische Vertreter in häufigstem Verkehr?

Marschall

Nr. 3000

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Therapia, den 10. Juni 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 49.

Tewfik Pascha meint vertraulich, daß, da griechische Regierung nur eine geringe Majorität in der Kammer hat, sie mit den Kretensern kokettiert, um dadurch ihre Stellung im Parlament zu stärken.

---

* Siehe Nr. 2997.

** Durch Telegramm Nr. 72 vom 9. Juni hatte Freiherr von Saurma gemeldet, daß in Kanea Bai und bei dem Dorfe Polemarchi lebhafte Kämpfe zwischen

Ob außerdem eine fremde Macht, sei es Rußland oder England, die griechische Regierung ermutigt, sei ihm noch nicht klar. Der hiesige griechische Gesandte Mavrocordato ist fast ausschließlich mit der russischen und in zweiter Linie mit der französischen Botschaft in Verkehr.

Derselbe drückte mir kürzlich seine Besorgnis aus, daß, wenn die Pforte nicht durch rechtzeitige Konzessionen die Kretenser befriedige, seine Regierung dem Druck der öffentlichen Meinung in Athen auf die Dauer nicht werde widerstehen können.

Saurma

Nr. 3001

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Therapia, den 14. Juni 1896

Durch Vermittelung des englischen Konsuls in Kanea hat die Epitrapie in Kreta die englische Intervention zur Wiederherstellung der gesicherten Zustände auf der Insel erbeten.

Im Palais hat dieser Schritt große Aufregung verursacht.

Der englische Geschäftsträger* hat die beruhigende Versicherung gegeben, daß seine Regierung absolut nichts mit der Sache zu tun zu haben wünsche.

Der französische Botschafter hat der Pforte den Rat erteilt, die Feindseligkeiten einzustellen, die Nationalversammlung zusammenzuberufen und die Großmächte anzugehen, bezüglich der den Kretensern zu gewährenden Zugeständnisse zwischen der türkischen Regierung und den Aufständischen zu vermitteln.

Saurma

Nr. 3002

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 50 Berlin, den 15. Juni 1896

Unter Bezug auf Schlußsatz von Telegramm Nr. 77**.

Unterstützt der russische Vertreter die französischen Ratschläge?

---

türkischen Truppen und Griechen stattgefunden hätten, und daß die Lage sich verschlechtere.

* M. Herbert.

** Siehe Nr. 3001.

Ich bitte etwaige Divergenzen in der Haltung der beiden Botschafter sorgfältig zu beobachten und zu melden.

Marschall

Nr. 3003

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Therapia, den 16. Juni 1896

Soeben teilt der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten den Botschaftern folgendes mit:

Die Pforte habe den Generalgouverneur von Kreta angewiesen, eine Proklamation zu erlassen, worin die Aufständischen aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen und in ihre Dörfer zurückzukehren. Sie würden von den Truppen nicht belästigt werden. Dagegen solle sofort die Nationalversammlung einberufen werden, in welcher die Bevölkerung der Insel ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen könne, denen von Seiner Majestät dem Sultan in billiger Weise werde Rechnung getragen werden. Ebenso werde den Aufständischen für ihre Auflehnung gegen die Regierung Amnestie zugesagt.

Gleichzeitig bittet Tewfik Pascha die Regierungen der Großmächte, ihre Agenten in Kanea zu ermächtigen, ihre freundschaftliche Vermittelung zu gewähren behufs Herbeiführung einer billigen Vereinbarung zwischen der Pforte und den Kretensern bei Diskutierung der zu machenden Zugeständnisse.

Darf ich die Gewährung dieser Bitte der Pforte aussprechen, wenn dies seitens aller meiner Kollegen geschieht*?

Saurma

Nr. 3004

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Therapia, den 16. Juni 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 50**.

Meines Wissens hat eine besondere Unterstützung der französischen Vorschläge durch den hiesigen russischen Vertreter*** nicht

---

* Die Anfrage wurde von Marschall umgehend mit „Einverstanden“ beantwortet.
** Siehe Nr. 3002.
*** Geschäftsträger von Jadowski.

stattgefunden. Indessen wurden dieselben von Herrn von Jadowski sowie den übrigen hiesigen Vertretern in einer Botschafterzusammenkunft für durchaus zweckmäßig erachtet.

Eine Divergenz in der Haltung des russischen und französischen Vertreters ist bis jetzt nicht hervorgetreten, indessen achte ich genau darauf, ob sich Symptome zeigen, welche auf eine Veränderung dieses Zustandes schließen lassen sollten.

Saurma

Nr. 3005

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Therapia, den 16. Juni 1896

Mit Bezug auf botschaftliches Telegramm Nr. 78*.

In einer heute stattgehabten Botschafterbesprechung waren wir ausnahmslos der Ansicht, daß die seitens der Pforte von den Mächten erbetenen guten Dienste sich ohne Bedenken auf folgende vier Punkte erstrecken könnten:

1. Herbeiführung der sofortigen Einstellung der beiderseitigen Feindseligkeiten;
2. Schleuniger Zusammentritt der Nationalversammlung;
3. Unterstützung der darin von den Kretensern verlangten Rechte auf der Basis der Konvention von Halepa** und
4. Allgemeine den Bewohnern Kandias zu gewährende Amnestie.

Text der Proklamation folgt per Post.

Dieselbe wurde von den Botschaftern für teilweise mangelhaft erachtet, insbesondere was den Punkt betrifft, daß vor Beginn der Unterhandlungen mit den Kretensern deren völlige Unterwerfung statthaben müsse. Die Griechen würden hierzu auf keine Weise zu bestimmen sein.

Saurma

---

* Siehe Nr. 3003.

** Durch die Konvention von Halepa vom 15. Oktober 1878 hatte der zur Niederschlagung der damaligen Unruhen nach Kreta gesandte Mukhtar Pascha den Einwohnern erhebliche Zugeständnisse, wie die Berufung einer aus christlichen und mohammedanischen Deputierten gebildeten Provinzialversammlung, finanzielle Selbständigkeit usw. gewährt. Der Vertrag war jedoch nie vollkommen durchgeführt worden; vielmehr hatte die Pforte ihn 1889 durch ein Statut ersetzt, das die Rechte der kretensischen Nationalversammlung wesentlich einschränkte.

Nr. 3006

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Athen, den 18. Juni 1896

Nach meinen Beobachtungen ist die Haltung der griechischen Regierung Kreta betreffend nicht mehr ganz so korrekt wie bisher; dieselbe unterhält, wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, seit ein paar Tagen mehr Fühlung mit dem hiesigen kretensischen Zentralkomitee und scheint die Tätigkeit desselben bei Entsendung von Waffen und Munition nach Kreta zu begünstigen.

Ich glaube, daß damit mehr ein Nachgeben dem Druck der öffentlichen Meinung gegenüber aus inneren Parteirücksichten als tatsächliches Eingreifen in kretensische Angelegenheiten beabsichtigt wird. Bericht folgt.

Plessen

Nr. 3007

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Paris, den 19. Juni 1896

Graf Goluchowski hat sich mit Fürst Lobanow über folgende drei Punkte als Basis zu den Verhandlungen mit der Pforte über Kreta geeinigt und hat meinen österreichischen Kollegen beauftragt, das Einverständnis Hanotaux zu erwirken: 1. Ernennung eines christlichen Walis für Kreta, 2. sofortige Wiederherstellung des Reglements von Halepa von 1878, 3. Berufung einer Generalversammlung der Deputierten von Kreta.

Graf Wolkenstein hat diese drei Punkte Herrn Hanotaux schriftlich mitgeteilt, hat noch keine Antwort, nimmt aber nach den früheren Äußerungen des Ministers an, daß er zustimmen wird.

Münster

Nr. 3008

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Therapia, den 20. Juni 1896

Die von Graf Goluchowski als Mediationsbasis neuerdings empfohlenen drei Punkte, d. i. „1. sofortige Zusammenberufung der National-

versammlung in Kreta, 2. Wiederherstellung der Konvention von Halepa, 3. Ernennung eines christlichen Generalgouverneurs“ sind von den Regierungen von England, Frankreich und Rußland gutgeheißen worden.

Ich nehme an, daß ich mich den daraus folgenden Schritten meiner Kollegen anschließen darf*. Italien wird zweifellos das Gleiche tun. Die Einigkeit unter den Regierungen wäre damit erzielt.

Unsere gemeinsame Ansicht ging dahin, daß diese Punkte der Pforte mit der Erklärung zu übermitteln seien, daß von der Annahme derselben die von den Mächten zu gewährende Mediation in Kreta abhängig sei.

Saurma

Nr. 3009

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 Therapia, den 21. Juni 1896

Das neue Programm des Grafen Goluchowski dürfte kaum als ganz glücklich anzusehen sein, da in demselben die zwei Hauptpunkte „Einstellung der Feindseligkeiten und Zusicherung der Amnestie“ fehlen. Da indessen der Vorschlag bei den übrigen Mächten Anklang findet, so glaube ich, daß Euere Durchlaucht demselben gleichfalls die Zustimmung erteilen werden, da ja in dieser so heiklen Frage die Übereinstimmung der Haltung der Mächte der Türkei gegenüber die Hauptsache ist**.

Saurma

Nr. 3010

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 55 Berlin, den 21. Juni 1896

Was Ew. pp. über die neuerdings zweifelhafte Haltung der griechischen Regierung gesagt haben, bestätigt sich. Dieselbe spricht jetzt ganz unverhohlen aus, daß sie die Entsendung von Waffen und Munition nach Kreta nicht mehr verhindern werde, und daß Offiziere

* Die Ermächtigung wurde Saurma durch Telegramm vom 21. Juni erteilt.

** Die Zustimmung wurde Saurma am 22. Juni übermittelt.

der griechischen Armee und sonstige Freiwillige bereit seien, nach Kreta abzugehen.

Stelle anheim, Ihre Kollegen vertraulich zu fragen, was denselben über diese neueste Haltung der griechischen Regierung etwa bekannt ist.

Marschall

Nr. 3011

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 — Therapia, den 23. Juni 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 55*.

Meine Kollegen bestätigen, daß die griechische Regierung ihre Reserve aufgegeben hat und den Kretensern offen dadurch zu Hülfe kommt, daß sie alles geschehen läßt, was ihnen zur Fortführung des Kampfes von Griechenland aus zugeführt wird. Nicht nur das Ministerium, sondern der König selbst fühle sich durch längere Zurückhaltung ernstlich gefährdet.

Der russische Geschäftsträger teilte mir heute vertraulich mit, daß der König Georg Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland seine prekäre Lage dargelegt und ihn um Hülfe und Beistand gebeten hat.

Saurma

Nr. 3012

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 — Therapia, den 23. Juni 1896

Die Pforte teilte heute den Vertretern der Großmächte mit, daß sie für den Augenblick Abstand nähme, von erbetener Mediation in Kreta Gebrauch zu machen. Es schiene ihr besser, abzuwarten, bis die Nationalversammlung selbst ihre Wünsche formuliere.

Wir ließen ihr darauf durch die Dragomans sagen, daß, nachdem die türkische Regierung die Mediation der Konsuln in Kreta erbeten, wir durch unsere Regierungen beauftragt seien, der Pforte die bekannten drei Punkte zu raten. Hinzugefügt wurde noch die „Gewährung der Amnestie". Bericht folgt**.

Saurma

---

* Siehe Nr. 3010.

** Auf das obige Telegramm erhielt Saurma den Bescheid (24. Juni), die unklare Haltung der Pforte mache festes Auftreten der Botschafter um so notwendiger.

Nr. 3013

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 108 Berlin, den 27. Juni 1896

Gestern ist an Baron Saurma folgendes Telegramm gegangen: Bitte bei erster sich bietender Gelegenheit Ihren Kollegen gegenüber die Frage aufzuwerfen, ob die gemeinschaftlichen Schritte der Botschafter in Konstantinopel wegen Kretas wirklich von Nutzen sein können, solange nicht gleichzeitig von den Mächten in Athen ein Druck auf die griechische Regierung ausgeübt wird, welche mehr und mehr Neigung zeigt, aus ihrer Reserve herauszutreten und die Insurgenten zu unterstützen. Es würde von Interesse sein zu hören, wie dieser Gedanke von Ihren verschiedenen Kollegen aufgenommen wird.

Deutschland wird von seiner bisherigen Politik — sich in Orientfragen nur zu beteiligen si omnes — vorläufig nicht abgehen. Eine andere Frage aber ist es, ob wir uns an den Schritten in Konstantinopel überhaupt noch weiter beteiligen sollen, nachdem wir die Überzeugung gewonnen haben werden, daß dieselben ihrer Einseitigkeit wegen fruchtlos sein müssen, solange nicht auch auf Griechenland gedrückt wird.

Wie würde es Ew. Ansicht nach erstens auf die Orientfrage, zweitens auf unsere Beziehungen zu den Mächten wirken, wenn unser Vertreter in Konstantinopel eine Erklärung in obigem Sinne abgäbe?

Marschall

Nr. 3014

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 150 Therapia, den 24. Juni 1896

Aus Gesprächen mit dem hiesigen russischen und französischen Vertreter gewinne ich immer mehr den Eindruck, daß bei deren Regierungen die Sympathie für Griechenland und dementsprechend der Unwille gegen die Türkei wegen der gewalttätigen Behandlung der Christen auf Kreta in Zunahme begriffen ist.

Der englische Geschäftsträger dagegen beobachtet in seinem Auftreten die äußerste Zurückhaltung.

Es sieht aus, wie wenn seine Regierung auf der Lauer läge, um später je nach der Gestaltung der Verhältnisse plötzlich hervorzutreten und seine besonderen, für jetzt noch nicht erkennbaren Zwecke energisch zur Geltung zu bringen. Saurma

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Es kann uns auch ziemlich egal sein unter welcher Mißwirtschaft die Cretenser stehn, schlimmer als unter den Türken wird es ihnen unter den Hellenen kaum gehn. Also hat eigentlich der Czar recht, wenn er an Constantin sagte, Meinetwegen könnt ihrs nehmen, wenn ihr wollt

Nr. 3015

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Therapia, den 28. Juni 1896

Der Minister des Äußern teilt uns mit, daß die Pforte nachträglich beschlossen habe, auf Annahme der von Mächten empfohlenen vier Punkte einzugehen, vorausgesetzt, daß Mächte auch Kretensern keinen Zweifel darüber ließen, daß ihnen über diese vier Punkte hinaus eine Unterstützung durch europäische Regierungen nicht zuteil werde.

Saurma

Nr. 3016

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 Therapia, den 29. Juni 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 91 *.

Auch die Vertreter von Rußland, Frankreich und England halten gemeinsame Ermahnungen der griechischen Regierung durch die Mächte zum Zweck der Förderung des Pazifikationswerks in Kreta für erwünscht und wollen dies ihren Regierungen berichten. Nur glauben sie, daß es nötig sei, daß die Pforte vorher ihrerseits noch klarer und bestimmter als bis jetzt geschehen die rückhaltlose Annahme der zwei Punkte: „Wiedereinführung des Reglements von 1878 und die allgemeine Amnestie“ ausspreche.

Wir richteten heute in diesem Sinne eine Aufforderung zur Äußerung an die Pforte.

---

* Vgl. Nr. 3013.

Übrigens läßt der hiesige russische Vertreter bei aller Anerkennung des Nutzens von abmahnenden Schritten der Mächte in Athen andererseits den Wunsch seiner Regierung durchblicken, dieselben möchten auch etwas tun, um den bedrängten König von Griechenland einigermaßen zu stützen und zwar namentlich dadurch, daß die türkische Regierung angehalten werde, die versprochenen Konzessionen in loyaler Weise voll und ganz auszuführen.

Saurma

Nr. 3017

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 Therapia, den 1. Juli 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 96*.

Wir Botschafter haben heute von der Pforte die schleunige Beantwortung der von uns an sie gerichteten Aufforderung zu einer präzisen Äußerung betreffend Amnestie und Reglement von 1878 verlangt, sowie dringend geraten, die Feindseligkeiten bis auf weiteres einzustellen, um die Wege zu friedlicher Vereinbarung zu ebnen.

Gleichzeitig wiesen wir die Konsuln in Kanea an, ihr möglichstes zu tun, um die Deputierten zu vermögen, sich zur Nationalversammlung zu vereinigen, indem dieselbe das einzige legale Organ der Bevölkerung sei, mit welchem die Mächte zu Mediationszwecken in Verbindung treten könnten.

Gleichzeitig seien die Aufständischen durch die Konsuln darauf hinzuweisen, daß sie auch ihrerseits die Türken nicht herauszufordern hätten.

Schließlich beschlossen wir, unseren Regierungen anheimzugeben, gemeinsame Schritte bei der Regierung von Athen zu tun, um dieselbe zu bestimmen, dem Aufstand weiteren Zündstoff weder zuzuführen noch zuführen zu lassen.

Saurma

Nr. 3018

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 83 Berlin, den 2. Juli 1896

Zu Telegramm Nr. 82.

Nachdem die Vertreter der Mächte in Konstantinopel übereinstimmend die Ansicht geäußert haben, daß zur Wiederherstellung der Ruhe

* Siehe Nr. 3016.

in Kreta eine Einwirkung der Kabinette auf die griechische Regierung nötig sei, wollen Ew. pp. dem Fürsten Lobanow mitteilen, daß wir bereit sind, an einem solchen Schritte uns zu beteiligen, sofern alle Mächte oder wenigstens diejenigen, welche wie wir und Rußland an der Erhaltung des europäischen Friedens hauptsächlich interessiert sind, das Gleiche tun. Die Nachrichten, welche aus verschiedenen Teilen der Balkanhalbinsel hier eingehen, lassen vermuten, daß eine Fortdauer der akuten Phase der kretensischen Wirren in naher Zukunft die Folge haben wird, an anderen Punkten des Balkangebiets Zustände zu schaffen, welche die eine oder andere Balkanregierung in die Lage bringen werden, zu erklären, „sie sei ohnmächtig gegenüber der Bewegung, welche ihr über den Kopf gewachsen sei“.

Ich glaube deshalb, daß baldige Schritte der Mächte in Athen wünschenswert sind, einerseits um der Gefährdung des europäischen Friedens, welche die Fortdauer der kretensischen Bewegung in sich schließt, ein Ende zu machen, andererseits um das Odium, welches die Zurückhaltung der griechischen Regierung sonst auf den König Georg wälzen würde, von diesem ab und auf die Schultern Europas zu laden. Wir sind, wie gesagt, gern bereit, in diesem Sinne zu handeln und zu wirken, sobald wir uns darin einig mit dem Petersburger Kabinett wissen.

C. Hohenlohe

Nr. 3019

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 445 London, den 30. Juni 1896

Telegramm Nr. 108* erhalten.

Es war von vornherein zu befürchten, daß der einseitig auf die Pforte geübte Druck die Insurgenten ermutigen und gleichzeitig die Pression der öffentlichen Meinung in Griechenland auf die dortige Regierung in einem solchen Maße verstärken würde, daß dieselbe, auch wenn sie es ehrlich will, im Interesse der Selbsterhaltung nicht länger würde widerstehen können. Jeder Versuch, die Mächte auch jetzt noch zu den entsprechenden Vorstellungen in Athen zu bestimmen, erscheint mir daher gerechtfertigt und wird, wenn er gelingt, wirksam dazu beitragen, eine friedliche Lösung der kretensischen Frage herbeizuführen und, was für uns noch weit wichtiger ist, europäischen Verwicklungen, die daraus hervorgehen können, vorzubeugen.

---

* Siehe Nr. 3013.

Die telegraphische Instruktion vom 26. d. Mts. an Freiherrn von Saurma* kann dahin führen, nur ist, wie mir scheint, zu befürchten, daß auf diesem Wege viel Zeit verloren wird, während dies durch direkte Verständigung mit den anderen Kabinetten vermieden werden könnte, und unsere Vertreter bei denselben in der Lage wären, die für unsere Auffassung sprechenden Argumente eindringlicher geltend zu machen. Hierbei verdient meines Erachtens der Umstand ganz besondere Berücksichtigung, daß auch in dieser Frage die Entscheidung über die weitere Behandlung der Sache wieder bei Rußland liegt. Wenn Fürst Lobanow, welcher das englische Vorgehen wegen Armeniens inhibiert hat**, teils um England eine Niederlage zu bereiten, teils aber auch um die türkische Erbschaft ungeschmälert für Rußland zu erhalten, sich überzeugen läßt, daß es dem russischen Interesse nicht entspricht, jetzt das Gegenteil zu tun und dadurch vielleicht die Auflösung der Türkei sowie den Ausbruch der orientalischen Frage herbeizuführen, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Frankreich sich ernsten Vorstellungen in Athen ebenfalls anschließen würde. Es ist kein Grund zu erkennen, weshalb unsere Bundesgenossen, von welchen Österreich die Auflösung der Türkei am wenigsten wünschen kann, sich davon ausschließen sollten. Die Entscheidung liegt also in St. Petersburg, und Fürst Lobanow würde sich voraussichtlich unserer Auffassung zugänglicher zeigen, wenn sie ihm durch Fürst von Radolin freundschaftlich und vertraulich entwickelt wird, als wenn er nur einen trockenen Bericht des russischen Vertreters in Konstantinopel über Äußerungen des Freiherrn von Saurma erhält. Ersteres ist eine Attention für ihn, letzteres nicht und kann den Fürsten, wie ich ihn zu kennen glaube, sogar mißtrauisch machen.

Eine direkte Erklärung unsererseits in Konstantinopel, aus der immerhin hervorgehen würde, daß wir uns zurückziehen wollen, wenn nicht auch auf Griechenland gedrückt wird, scheint mir schon deshalb bedenklich, weil wir uns, wenn der Zweck dadurch nicht erreicht wird, dann eventuell wirklich zurückziehen müßten. Unser Austritt aus dem europäischen Konzert in Konstantinopel würde aber, wie ich fürchte, nicht nur für die Weiterentwicklung der Orientfrage die bedenklichsten Folgen haben, sondern auch auf unsere Beziehungen zu anderen Mächten eine unerwünschte Einwirkung ausüben. Ich glaube nicht, daß Österreich und Italien der franko-russischen Gruppe in Konstantinopel allein die Stange halten können, da sie bei England, wie die Dinge jetzt hier liegen, keine genügende Unterstützung finden würden. Für jeden Mißerfolg ihrer dortigen Bemühungen würden sie, vielleicht ohne es auszusprechen, unseren Austritt verantwortlich machen, und eine gewisse Verstimmung gegen uns würde kaum ausbleiben. Sollte

---

* Vgl. Nr. 3013

** Vgl. Bd. X, Kap. LXI.

es, was mir nicht unmöglich scheint, dann dazu kommen, daß Österreich und Italien sich ebenfalls aus der Konferenz zurückziehen, so würde das praktische Resultat darauf hinauslaufen, daß der Einfluß in Konstantinopel und die Entscheidung über die Orientfrage wieder allein in den Händen von Rußland, Frankreich und England bliebe. Die englische Regierung würde unter dem Drucke der hiesigen antitürkischen Stimmung nicht in der Lage sein, allein Widerspruch zu erheben, wenn die beiden anderen Mächte durch griechenfreundliche Politik bezüglich Kretas den Bestand der Türkei in Frage stellen.

Das Unerwünschteste für uns wäre dabei, wie mir scheint, die Tatsache eines erneuten Zusammengehens dieser drei Mächte in Konstantinopel und die Möglichkeit weiterer politischer Annäherung. In der armenischen Frage ist der von Lord Rosebery ausgehende Versuch einer solchen Annäherung gescheitert*. Ob dies auch hier eintreten würde, läßt sich nicht mit Bestimmtheit vorhersagen.

Die Sprache des russischen Botschafters in Berlin und andere Symptome deuten darauf hin, daß Fürst Lobanow, vielleicht im Interesse der eigenen Selbsterhaltung, augenblicklich gewisse Rücksichten auf den König von Griechenland nimmt. Nach meinen Erfahrungen in Konstantinopel hat Rußland sich aber durch persönliche Sympathien für die griechische Königsfamilie noch niemals verleiten lassen, dafür seine eigenen Interessen im Orient aufzugeben oder zu gefährden; es darf außerdem wohl angenommen werden, daß Rußland, welches im fernen Osten große Zwecke verfolgt und dafür die jetzige enthaltsame Stimmung Englands auszunutzen wünscht, weder ein Interesse noch auch den Wunsch hat, schon jetzt den Ausbruch der orientalischen Frage herbeizuführen.

Selbstverständlich müßten wir auch auf den Fall vorbereitet sein, daß sich aus noch unbekannten Gründen ein Wechsel in der Auffassung des Fürsten Lobanow vollzogen hat. Ist dies der Fall, lehnt er jede Warnung in Athen ab, und läßt sich sonst erkennen, daß er auf die Erhaltung der Türkei keine Rücksicht mehr nehmen will, so handelt es sich nicht mehr um Kreta, sondern um die orientalische Frage, zu welcher wir, wie mir scheint, vorläufig unter keinen Umständen Stellung zu nehmen haben. Dies würde unserer ganzen auswärtigen Politik widersprechen, als deren vielleicht wesentlichster Zweck wohl betrachtet werden darf, daß wir uns in den möglichen europäischen Verwickelungen der Zukunft unbedingt freie Hand bewahren. In dem angegebenen Fall würde es sich unzweifelhaft rechtfertigen, und wir würden nicht umhin können, uns aus den Konferenzen in Konstantinopel** zurückzuziehen. Dies müßte aber meines unmaßgeblichen Erachtens dann im vollen Einverständnis mit Österreich und

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVI.
** Vgl. Kap. LXXVIII.

Italien geschehen, wenn nicht beide Mächte sich dann ebenfalls aus einer Konferenz zurückziehen, in welcher ihre Interessen keine Berücksichtigung finden. In einem solchen Fall würde die Konferenz sich auch von selbst auflösen, und es würde sich nur noch um die Gruppierung der anderen Mächte für den Ernstfall handeln. Wir würden frei bleiben und die Entwickelung der Dinge beobachten, bis wir den Augenblick für gekommen halten, ein Wort mitzureden im Interesse der Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichts in Europa.

Obwohl die Lage in Kreta sich zu bessern scheint, habe ich doch geglaubt, mich Euerer Durchlaucht Aufforderung entsprechend eingehend äußern zu dürfen. Diese Besserung kann eine sehr vorübergehende sein, und wird es voraussichtlich sein, falls Fürst Lobanow dabei bleibt, jede Einwirkung in Athen abzulehnen.

Hatzfeldt

Nr. 3020

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Therapia, den 2. Juli 1896

Tewfik Pascha besuchte heute die einzelnen Vertreter der sechs Mächte, um ihnen im Namen der Pforte zu erklären, daß dieselbe uneingeschränkte Amnestie und volle Anerkennung des Reglements von 1878 sowie provisorische Einstellung der Feindseligkeiten auf der Insel verspreche. Es handelt sich also jetzt darum, zu erreichen, daß die Nationalversammlung zusammentrete und diese durch Vermittelung der Konsuln bestimmt werde, sich mit den von der Pforte angebotenen und von den Mächten als ausreichend angesehenen Zugeständnissen zu begnügen. Freilich sind die Aussichten zur Erreichung dieses Zwecks bei der Aufregung der Kretenser vorläufig noch nicht allzu sicher.

Saurma

Nr. 3021

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 448 London, den 1. Juli 1896

In meiner gestrigen Unterhaltung mit Lord Salisbury kam auch die Lage der Dinge in Kreta wieder zur Sprache, und der Minister schien darüber informiert zu sein, daß die griechische Regierung den Be-

strebungen der Insurgenten gegenüber nicht mehr ganz dieselbe Reserve beobachtet, wie sie dies im Anfang getan hat. Wie ich es erwartet hatte, legte er der jetzigen Haltung Griechenlands in dieser Frage keine übermäßige Bedeutung bei, und die Gefahr, die daraus für den Bestand der Türkei hervorgehen könnte, schien ihm keinen besonderen Eindruck zu machen. Er bemerkte dazu mit großem Gleichmut: „C'est la fin de l'indignité turque".

Als ich meinerseits die Bemerkung fallen ließ, daß mir die Sache doch noch eine andere Bedeutung zu haben schiene, da Kreta, wenn die Türken daraus vertrieben würden, zum Zankapfel zwischen anderen Mächten werden könnte, erwiderte der Minister: „Diese Befürchtung teile ich nicht. Wer sollte Anspruch auf Kreta erheben? Ich bin ganz sicher, daß man bei Ihnen nicht daran denkt, und kann Ihnen die bestimmte Versicherung geben, daß wir keinerlei Absicht auf Kreta haben. An österreichische oder italienische Absichten glaube ich in diesem Falle ebensowenig. Was schließlich Rußland anbelangt, so steht schon der Umstand im Wege, daß russische Schiffe nicht oder doch noch nicht aus dem Schwarzen Meer nach Kreta gelangen können, und es ist schwerlich anzunehmen, daß die Türkei gerade in diesem Fall den Russen die Durchfahrt durch die Meerengen gestatten würde, um sich türkischen Eigentums zu bemächtigen."

Die Sprache des Premierministers hat mir auch heute keinen Zweifel darüber gelassen, daß er an seiner prinzipiellen Abneigung gegen die türkische Herrschaft festhält, und daß er es nicht beklagen würde, wenn derselben auch in Kreta ein Ende gemacht werden könnte [1].

P. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wäre das auch ein Unglück??

Nr. 3022

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Therapia, den 3. Juli 1896

Französische, englische und österreichisch-ungarische Regierung haben bereits den von Euerer Durchlaucht angeregten Druck auf griechische Regierung ausgeübt.

In heutiger Botschafterversammlung kamen wir überein, unseren Regierungen anheimzugeben, die griechische Regierung auch dahin

zu beeinflussen, daß sie die in Athen befindlichen kretensischen Deputierten dazu bewege, nach Kanea zu gehen und der Nationalversammlung beizuwohnen. Dieser Schritt würde unserer Überzeugung nach einen großen Eindruck bei der kretensischen Bevölkerung im Sinne der Herabstimmung ihrer Illusionen machen.

Saurma

Nr. 3023

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 168 St. Petersburg, den 3. Juli 1896

Auftrag nach Telegramm Nr. 83* heute ausgeführt. Fürst Lobanow dankt für Mitteilung und unsere Beteiligung. Um König Georg zu decken, beabsichtigt Fürst Lobanow in der Instruktion nach Athen zu sagen: qu'on fait appel à la sagesse du roi et son gouvernement pour prendre les mesures nécessaires pour mettre un terme aux encouragements et aux secours que les insurgés trouvent en Grèce et d'empêcher les meneurs du comité grec qui aide le mouvement révolutionnaire en Crète.

Prinz Liechtenstein hat gleich nach mir dem Fürsten Lobanow gegenüber einen ähnlichen Auftrag ausgeführt und von ihm fast gleichlautende Antwort erhalten.

Der österreichische sehr weitschweifige Auftrag, den mir Prinz Liechtenstein vorlas, und der an alle österreichischen Botschafter bei den Signatarmächten gegangen ist, trägt den Charakter der leitenden Rolle, welche Österreich in der Balkanpolitik beansprucht.

Der Minister, dem die Idee, den König Georg zu schonen, besonders sympathisch schien, hat diese Gedanken dem österreichischen Botschafter aus eigener Initiative zum Ausdruck gebracht und die Worte gebraucht: „Il faut agir de telle façon pourque le roi puisse mettre la responsabilité des démarches de son gouvernement sur le dos de l'Europe qui a des épaules plus solides que le roi de la Grèce.“

Fürst Lobanow sagte mir zum Schluß unserer Unterhaltung, die Pforte habe den Fehler begangen, daß sie mit den Kretensern sich auf Diskussionen eingelassen hätte, anstatt einfach und kategorisch die Einführung des Abkommens von Halepa als äußerste Bewilligung hinzustellen.

Radolin

---

* Siehe Nr. 3018.

Nr. 3024

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm. Konzept

Nr. 9 Berlin, den 4. Juli 1896

Der russische Vertreter in Athen* hat folgende Instruktion erhalten: On fait appel à la sagesse du roi et de son gouvernement pour prendre les mesures nécessaires pour mettre un terme aux encouragements et aux secours que les insurgés trouvent en Grèce et empêcher les meneurs du comité grec qui aide le mouvement révolutionnaire en Crète.

Ew. wollen nach Verständigung mit Ihrem russischen, österreichischen** und italienischen*** Kollegen sich an amtlicher griechischer Stelle in demselben Sinne äußern und überhaupt in allem, was auf die Einengung des Agitationsherdes und das Abschneiden der Zufuhren Bezug hat, im Einverständnis mit den Vertretern von Rußland, Österreich und Italien handeln. Zweck dieser gemeinsamen Schritte ist nicht nur die Gefahr für den europäischen Frieden, sondern auch die Gefahr für die griechische Dynastie zu vermindern, indem das Odium für die Nichtunterstützung des Aufstandes vom Könige ab — und auf die Schultern Europas gewälzt wird. Dieser Zweck kann nur dann erreicht werden, wenn die Vertreter der Kontinentalmächte über die Haltung Englands den nötigen Grad von Ernst und Bestimmtheit bei ihren Forderungen bzw. Ratschlägen zeigen. Hinsichtlich dieser letzteren bemerke ich,

1. daß sämtliche Botschafter in Konstantinopel ihre Regierungen gebeten haben, die griechische Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie die in Athen befindlichen kretensischen Deputierten dazu bewege, nach Kanea zu gehen und der Nationalversammlung beizuwohnen †,

2. daß wir mit den übrigen kontinentalen Kabinetten die Ansicht teilen, daß die Konvention von Halepa, zu deren ernstlicher Durchführung die Türkei jetzt Anstalten trifft, ungefähr die Grenze dessen bezeichnet, was augenblicklich zu erreichen ist ohne Gefährdung des allgemeinen Friedens und ohne schwere Gefahr für Griechenland selber. Letzteres deshalb, weil

3. die Mächte dem Kabinett von Athen voraussichtlich darüber keinen Zweifel lassen werden, daß, wenn dasselbe aus Schwäche gegen die demagogischen Elemente seine völkerrechtlichen Pflichten vernachlässigt, es bei einem daraus erwachsenden Konflikt mit der Türkei bezw. mit anderen Balkanstaaten ausschließlich auf seine eigenen Kräfte an-

---

* M. K. Onu.
** Freiherr von Kosjek.
*** Pisani-Dossi.
† Vgl. Nr. 3022.

gewiesen bleiben wird (ohne eine Erklärung dieser Art namentlich von russischer Seite kann man sich von den Schritten der Vertreter überhaupt keinen Erfolg versprechen).

4. Ob Kriegsschiffe einzelner Mächte mit Ermächtigung bezw. Mandat der übrigen die Küsten Kretas bewachen sollen, um zu verhindern, daß der Aufstand durch Zufuhren von außen genährt wird, ist eine Frage, welche keineswegs außerhalb des Rahmens der Erwägungen der Vertreter der Mächte in Athen liegt, welche Ew. jedoch nicht anregen wollen.

Die Tätigkeit Ew. ist von der Haltung Englands deshalb nicht abhängig gemacht, weil über letztere bisher nichts Bestimmtes bekannt ist; man darf aber vermuten, daß die englische Regierung, wennschon die Beschleunigung des türkischen Zersetzungsprozesses ihr nicht unerwünscht ist, vermeiden wird, sich in offenen Widerspruch mit den übrigen Kabinetten zu setzen*.

Rotenhan

Nr. 3025

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 St. Petersburg, den 5. Juli 1896

Inhalt des Telegramms Nr. 87** habe ich dem Fürsten Lobanow mitgeteilt, der in ganz gleichem Sinne den russischen Gesandten in Athen gestern instruiert hat. Fürst Lobanow teilt ganz die Ansicht Euerer Durchlaucht, daß ernstes und entschiedenes Auftreten der kontinentalen Mächte schon mit Rücksicht auf England geboten scheint. Er war sichtlich betroffen, als er die Bemerkung hörte, daß die

---

* Die obige Instruktion für den Gesandten von Plessen wurde am 4. Juli durch Telegramm Nr. 87 dem Fürsten Radolin zur Übermittelung an Fürst Lobanow mitgeteilt. Radolin sollte dabei dem russischen Außenminister sagen, „daß nach Ansicht des Reichskanzlers den Schritten der Kontinentalmächte, um bei jetziger Sachlage wirksam zu sein und den allgemeinen Frieden zu erhalten, ein höherer Grad von Ernst beiwohnen muß, als erforderlich sein würde, wenn auf die rückhaltlose Mitwirkung Englands zu rechnen wäre. Dies ist nicht der Fall, denn amtliche Äußerungen neuesten Datums stellen außer Zweifel, daß für England die kretensischen Wirren und die damit zusammenhängende Gärung auf dem Balkankontinent la fin de l'abomination turque bedeutet. Wenn der Kontinent mit Entschiedenheit auftritt, wird England keine direkte Opposition machen, vermutlich auch die gemeinsamen Schritte pro forma mitmachen. Zeigen aber die hauptsächlich interessierten Kontinentalmächte sich lau oder gar in einzelnen Punkten uneinig, so darf man erwarten, daß England nach und nach aufhören wird, seinen Gefühlen Zwang anzutun".

** Vgl. Nr. 3024, S. 174, Fußnote.

kretensischen Wirren und die Gärung auf dem Balkankontinent für England das Ende der türkischen Abscheulichkeit bedeute. Er wiederholte mir hierbei, daß er Lord Salisbury niemals recht traue.

Radolin

Nr. 3026

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 London, den 6. Juli 1896

Lord Salisbury sagt mir eben bezüglich Kretas, daß er sich von den anderen Mächten nicht trennen wolle und deshalb den englischen Vertreter in Athen angewiesen habe, sich den Vorstellungen der übrigen Mächte in Athen anzuschließen. Er bemerkte aber dazu vertraulich, daß der englische Vertreter mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung nicht ganz genau dieselbe Sprache führen könne wie seine Kollegen, und dies bezog sich namentlich auf den Punkt, welcher eventuell mit dem Verlust der Sympathien Europas für Kreta drohe. Ich erwiderte darauf als meine persönliche Ansicht, daß es weniger auf die Form ankomme, wenn nur klargestellt werde, daß diejenigen, welche den Ratschlägen Europas zuwiderhandelten, auf keine weitere Hilfe zu rechnen hätten.

Aus zuverlässiger Quelle wird mir gegen Zusicherung der Diskretion versichert, daß der Premierminister sich auch von etwaigen anderen Schritten der Mächte in Athen, selbst wenn es zu einer Wiederholung der maritimen Demonstration gegen Griechenland kommen sollte, nicht ausschließen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3027

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Athen, den 7. Juli 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 9*.

Nach Verständigung mit meinem russischen, österreichischen und italienischen Kollegen habe ich mich dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten** und dem Ministerpräsidenten*** gegenüber heute in folgendem Sinne ausgesprochen:

---

* Vgl. Nr. 3024.

** Skuzes.

*** Th. Delyannis.

Die übereinstimmenden Bemühungen der Großmächte hätten endlich die Pforte bewogen, Kreta wichtige Reformen zu gewähren, welche die kretensische Bevölkerung selbst als ihren Bedürfnissen entsprechend bezeichnet habe.

Das Interesse der endgültigen Pazifizierung der Insel erheische es, daß den Aufmunterungen und Unterstützungen aller Art, die die Insurgenten fortgesetzt von Griechenland erhielten, ein Ende gesetzt werde. Ich sei daher, ebenso wie die hiesigen Vertreter der anderen Signatarmächte angewiesen worden, die ernsthafte Aufmerksamkeit der griechischen Regierung auf diese Lage zu lenken und sie zu ersuchen, ihren Einfluß geltend zu machen, um die Kretenser zur Annahme der ihnen gemachten Zugeständnisse zu bewegen und wirksame Mittel anzuwenden, um den gefährlichen Aufmunterungen und den Zufuhren von Unterstützungen und Hilfsmitteln aller Art an die Kretenser ein Ende zu setzen.

Die Konsuln in Kanea seien beauftragt worden, den Insurgenten zu erklären, daß sie durch die Nichtannahme dessen, was durch die Großmächte erlangt worden sei, sich die Sympathien Europas entfremden würden, daß sie den Zusammentritt der Nationalversammlung fördern sollten und daß, da die türkischen Truppen Befehl erhalten hätten, sich aller neuen Angriffe zu enthalten, die Insurgenten aufgefordert würden, ebenfalls alle Feindseligkeiten zu vermeiden.

Die sämtlichen anderen hiesigen Vertreter der Signatarmächte, die Weisung erhalten hatten, sich deswegen miteinander ins Einvernehmen zu setzen, haben sich ebenfalls heute in derselben Weise dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und dem Ministerpräsidenten gegenüber geäußert.

Von einer Erwähnung der in Athen befindlichen kretensischen Deputierten ist Abstand genommen worden, da angeblich nur zwei Deputierte hier anwesend sind.

Der russische Gesandte nahm Anstand, eine Erklärung der Art, wie unter „drittens" des Telegramms Nr. 9* angegeben, in die offizielle Demarche aufzunehmen, da er hierzu keinen besonderen Auftrag erhalten habe. Er sagte mir, daß er sich gesprächsweise wiederholt in dem Sinne den Ministern gegenüber geäußert.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der Ministerpräsident erwiderten mir, daß die griechische Regierung alles tue, um die Zufuhr von Waffen und Munition nach Kreta zu verhindern, daß es aber wegen der Küstenformation unmöglich sei, dies genau zu überwachen. Der Ministerpräsident stellte wiederholte Anweisungen an die betreffende Behörde in Aussicht, um nach Möglichkeit Zufuhr zu verhindern.

Betreffs der Annahme der Konvention von Halepa seitens der Kretenser sagte Delyannis, daß die Regierung ihren Einfluß zu dem Zweck

* Siehe Nr. 3024.

geltend machen werde, er glaube aber nicht, daß sich die Kretenser jetzt noch nach all den stattgehabten Ausschreitungen von türkischer Seite damit begnügen würden, da sie, der türkischen Verwaltung mißtrauend, Garantien für geordnete Zustände verlangten.

Plessen

Nr. 3028

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 London, den 7. Juli 1896

In heutiger vertraulicher Unterhaltung stimmte Lord Salisbury der Auffassung vollständig zu, daß die Mächte im Interesse der Erhaltung des Friedens die weitere Entwickelung der kretensischen Frage und daher auch die Begünstigung der Insurgenten durch Griechenland verhindern müßten. Er gab mir dabei ganz vertraulich zu verstehen, daß er, wenn weitere Schritte in dieser Richtung notwendig werden sollten, sich nicht davon ausschließen würde, auch nicht, wenn die Mächte dann etwa eine neue Blockade für notwendig hielten.

In demselben Sinne hat der Premierminister sich gestern gegen den österreichischen Botschafter geäußert.

Bei der hier herrschenden und auch in der Kammer zahlreich vertretenen antitürkischen Stimmung wünscht Lord Salisbury nur möglichst alle offiziellen Aktenstücke zu vermeiden, die der Kammer vorgelegt werden müßten und zu Angriffen auf die Regierung benutzt werden würden.

Hatzfeldt

Nr. 3029

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 88 Berlin, den 6. Juli 1896

Baron Saurma erhält eben folgendes Telegramm:

„Geheim. Da die Gefahr des Aufstandes zu wachsen scheint, und da die englische Regierung vielleicht zu besonderer Rücksichtnahme auf ihre öffentliche Meinung und ihre Presse genötigt ist, wollen Euere Exzellenz Ihre Beteiligung bei diplomatischen Maßnahmen in dieser Frage nicht wie bisher von der Zustimmung aller Mächte, sondern nur von der Übereinstimmung mit Österreich, Italien und Rußland abhängen lassen.“

England, dessen Beteiligung immerhin wünschenswert bleibt, wird, wie wir glauben, sich dann umsoweniger ausschließen, wenn es von dem Umstande, daß seine Enthaltung kein absolutes Hemmnis ist, überzeugt sein wird.

Eine direkte Einwirkung auf die Insurgenten würde besonders wichtig sein, doch würden wir, da wir keinen Konsul in Kanea haben, uns an dieser nur per procura beteiligen können.

Frh. v. Rotenhan

Nr. 3030

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Bejan

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Berlin, den 17. Juli 1896

Der Kaiserliche Gesandte in Athen hat gemeldet, der dortige Minister der Auswärtigen Angelegenheiten habe ihm gegenüber die Möglichkeit berührt, daß die Regierung zu äußersten Schritten gegen die Türkei gezwungen werden könne und hinzugefügt, dieses entspräche dem Interesse Griechenlands, das bei einem Konflikt mit der Türkei nicht auf sich allein angewiesen bleiben und dem ein großer Teil der türkischen Erbschaft zufallen werde[1].

Entsprechend dieser Überzeugung, deren Ursprung sich hier nicht hat ermitteln lassen, akzentuiert sich die Stellungnahme der griechischen Regierung neuerdings mehr und mehr, und der Ernst der Lage steigert sich entsprechend.

Rotenhan

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das dürfte sich auf die Bemerkung des Czaren bei den Tagen in Moskau an meinen Schwager Constantin [beziehen], daß seinetwegen die Griechen Creta ruhig nehmen könnten.

Nr. 3031

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 16. Juli 1896

Als die größte Gefahr für den europäischen Frieden im Orient habe ich schon lange die wachsende Unzufriedenheit der Muselmänner mit der Schwäche der eigenen Regierung betrachtet, und dies trifft

auch jetzt in Kreta zu. Gerade deshalb halte ich für dringend geboten, daß keine Zeit mehr verloren wird, und daß die Mächte eine, wenn auch nur vorläufige Regulierung energisch betreiben. Treten sie jetzt nicht mit Entschiedenheit auf, so ist ernstlich zu befürchten, daß sie die weitere Entwickelung der Sache aus der Hand verlieren und Kreta doch noch der Ausgangspunkt für die Eröffnung der orientalischen Frage wird.

Die vom Freiherrn von Plessen gemeldete neueste Haltung des griechischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten läßt deutlich erkennen, was wir von der griechischen Regierung zu erwarten haben, wenn ihr jetzt kein Riegel vorgeschoben wird. Dies bietet keine ernste Schwierigkeit, sobald die Mächte über den Zweck einig sind, und es würde genügen, wenn sie in Athen bestimmt und deutlich erklären:

1. daß nunmehr Kriegsschiffe einzelner Mächte mit Mandat der übrigen die Küste Kretas bewachen und jede Zufuhr von außen verhindern werden;

2. daß die Mächte, falls Griechenland wirklich zu „äußersten Schritten" gegen die Türkei überginge, darüber einig wären, Griechenland seinem Schicksal zu überlassen und auch nicht zu dulden, daß irgendeine Macht ihm dabei zu Hülfe käme.

Wenn diese Erklärungen nicht hinreichen, um die griechische Regierung zur sofortigen und vollen Nachgiebigkeit zu bestimmen, so wäre meines Erachtens sofort hinzuzufügen, daß die Mächte außerdem eine neue Blockade über die griechischen Häfen verhängen und, falls es den Insurgenten in Kreta dennoch gelingen sollte, sich von der Pforte unabhängig zu machen, keine Vereinigung der Insel mit Griechenland zugeben würden, nachdem das letztere eine solche Widersetzlichkeit gegen die wohlgemeinten Ratschläge und den Willen der Mächte gezeigt habe.

In Konstantinopel wäre andererseits zu erklären, daß Europa den Sultan dafür verantwortlich machen müsse, wenn der türkische Befehlshaber in Kreta Feindseligkeiten der Truppen gegen die Insurgenten zugebe oder die dortigen Muselmänner dazu ermutige.

Es scheint mir nicht nötig, daß wir die Initiative zu den entsprechenden Vorschlägen nehmen, ich sehe aber auch kein Bedenken dagegen, daß unsere Vertreter in St. Petersburg und Wien sie gesprächsweise anregen. Zeit ist jedenfalls nicht zu verlieren.

Mit Lord Salisbury spreche ich noch nicht darüber, wenn Sie es nicht ausdrücklich wünschen, und er nicht etwa selbst davon anfängt. Er wird sich voraussichtlich nicht ausschließen, wenn die anderen einig sind, aber auch nichts tun, solange diese Einigkeit ihm nicht nachgewiesen ist, damit ihm hier nicht der Vorwurf gemacht werden kann, die Türken auf Kosten der Christen beschützt zu haben.

Hatzfeldt

Nr. 3032

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein* London, den 18. Juli 1896

Wenn Fürst Lobanow wirklich schwenkt, was ich noch nicht glaube, und wir wohl abwarten müssen, weiß ich dafür keine andere Erklärung, als daß er jetzt an der Erhaltung der Türkei verzweifelt und sich deshalb auf den Ausbruch der orientalischen Frage einrichtet. Erwünscht ist es ihm gewiß jetzt noch nicht, und ebensowenig glaube ich, daß er lediglich aus Rücksicht für die griechische Monarchie eine solche Krisis heraufbeschwören wird.

Schwenkt er aber dennoch und läßt dies offenbar werden, so ist jedenfalls in Kreta kein Halten mehr, und wir müssen auf diesen Fall gefaßt sein. Im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens scheint mir dann noch das geringere Übel, daß die Mächte Kreta ohne weiteres an Griechenland geben, welches dafür auf jeden weiteren Anspruch zu verzichten und Ruhe zu versprechen hätte, während die Mächte sich verpflichten müßten, nichts für sich zu beanspruchen.

Ich glaube aber nach wie vor, daß wir über unsere Haltung zur Frage keinen definitiven Entschluß fassen dürfen, ohne zu wissen, was Österreich als der zunächst Beteiligte und unser Bundesgenosse will. Will Graf Goluchowski die Dinge gehen lassen, auf die Gefahr hin, daß sich aus Kreta die ganze orientalische Frage entwickelt, bei welcher er dann stillschweigend auf uns rechnen würde, so dürfen wir ihm nach meiner Überzeugung keinen Zweifel lassen, daß wir dabei nicht mitspielen, ich würde dann — wenn meine Meinung verlangt wird — entschieden dafür votieren, daß Freiherr von Saurma angewiesen wird, seinen Kollegen zu erklären: wir hätten, obwohl an den Schwierigkeiten im Orient nicht direkt interessiert, unser Bestes getan, um im Einverständnis mit allen Mächten eine befriedigende Lösung in Kreta herbeizuführen. Die Einigkeit aller Mächte, welche allein den Erfolg verbürgen konnte und die Voraussetzung unserer Beteiligung war, bestehe nicht mehr. Wir hätten aber keinen Anlaß, uns in unberechenbare Verwickelungen zu mischen, die daraus im Orient hervorgehen könnten, solange nicht durch die weitere Entwickelung der Dinge wesentliche Interessen Deutschlands bedroht würden.

---

* Offenbar hatte Holstein Hatzfeldt durch ein privates Telegramm, das aber nicht bei den Akten liegt, davon verständigt, daß Fürst Lobanows Politik neuerdings in antitürkisches Fahrwasser gleite. Am 17. fragte jedenfalls das Auswärtige Amt dieserhalb bei Radolin an, der aber am 18. zurücktelegraphierte, daß er trotz der offensichtlich gegen die Türkei gereizten Stimmung Lobanows an eine prinzipielle Frontänderung desselben nicht glaube.

Mit anderen Worten: soll es wegen der orientalischen Frage zu Zwistigkeiten zwischen anderen Mächten kommen, so behalten wir uns unsere volle und unbedingte Freiheit für diesen Fall vor. pp.

Hatzfeldt

Nr. 3033

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Alt-Aussee

Eigenhändig

Alt-Aussee, den 21. Juli 1896

Bei seinem heutigen Besuche berührte Graf Goluchowski auch die Ereignisse auf Kreta. Er sagte, es sei ihm zwar gleichgültig, ob Kreta von der Türkei abgetrennt werde und an Griechenland falle oder nicht, er fürchte aber, daß die Fortdauer des Aufstandes oder die Unabhängigkeitserklärung ein schlimmes präcedens für Mazedonien sein und die ganze orientalische Frage in Fluß bringen könne. Deshalb müsse man trachten, die Ruhe auf Kreta wieder herzustellen. Dazu sei es vor allem nötig, eine einheitliche Leitung zu schaffen und Abdullah Pascha zurückzurufen. Graf Goluchowski konstatiert mit Befriedigung, daß die Mächte in dieser Beziehung einig seien. Ferner müsse man mit der Pression auf die Griechen fortfahren, und wenn nötig eine démonstration navale vornehmen. Graf Goluchowski will außerdem den Griechen vorstellen, daß sie bei einer Unabhängigkeitserklärung Kretas nichts gewännen; denn sei Kreta einmal unabhängig, so werde es sich wohl schwerlich an Griechenland anschließen. pp.

C. Hohenlohe

Nr. 3034

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 25. Juli 1896

Der österreichische Geschäftsträger*, welcher dem Herrn Stellvertretenden Staatssekretär eine Mitteilung hatte machen wollen, sagte mir, es handele sich dabei um ein Zirkular des Grafen Goluchowski an die Mächte in betreff der kretensischen Frage. In dem Zirkular werde vorgeschlagen:

1. Daß die Mächte durch Kollektivnote entsprechend dem Antrage der Botschafter erklären sollen, man werde, falls die jetzige völkerrechtswidrige Unterstützung des kretensischen Aufstandes von außerhalb

* Velics de Lászlófalva.

fortdauere, den Türken wieder freie Hand zum Vorgehen gegen den Aufstand gewähren.

2. Daß eventuell die Mächte erwägen mögen, ob bezw. wann mit Blockademaßregeln gegen Kreta vorzugehen sein würde, die vorher Griechenland anzukündigen wären. Bei dieser im Einvernehmen mit der Türkei vorzunehmenden navalen Aktion sei dann auf die Mitwirkung aller Mächte gerechnet.

Dies der Hauptinhalt des sehr ausführlichen Schriftstücks.

Ich erwiderte als eigene Ansicht, daß der Moment, den Graf Goluchowski für sein Vorgehen gewählt habe, günstig erscheine, nach den neuesten Meldungen von außerhalb zu urteilen. Letztere ließen kaum einen Zweifel darüber, daß zunächst England, dessen Politik während des letzten Jahres den Friedensfreunden manchmal habe Besorgnisse einflößen können, jetzt wirklich den Wunsch hege, die Ruhe in Kreta wiederhergestellt zu sehen. Wir hätten auch dafür Andeutungen, daß Frankreich diesen Wunsch teile. An dem Wunsche des Fürsten Lobanow, einen Balkanbrand, der die notwendige Folge einer Verlängerung des kretensischen Aufstandes sein müsse, zu verhindern, könne man nach den bisherigen Wahrnehmungen auch kaum zweifeln. Allerdings sei Rußland naturgemäß wegen der griechischen Königsfamilie zu gewissen Menagements genötigt: es würde z. B. ebenso wie England, wenn auch aus anderen Gründen, nicht daran denken können, eine Initiative für schärfere Maßregeln zu nehmen. Es werde sich aber schwerlich von solchen Schritten ausschließen, über welche alle übrigen Mächte im Interesse des Friedens und ohne sonstigen Sondervorteil sich verständigten.

Was uns anlange, so sei der deutsche Vertreter bereits durch seine bisherige Instruktion in die Lage gesetzt, die Erklärung ad 1 des Zirkulars wegen eventueller Entfesselung der türkischen Aktion abzugeben, sobald die übrigen Vertreter der Mächte in Athen den gleichen Auftrag hätten. Wegen einer etwaigen Kollektivnote werde er nachträglich instruiert werden. Was die navale Aktion, ad 2 des Zirkulars, angehe, so glaubte ich im voraus sagen zu können, daß wir uns aus marinetechnischen Gründen darauf schwerlich einlassen, daß wir aber, um uns von den übrigen Mächten nicht zu isolieren, unserer Gewohnheit entgegen bereit sein würden, denjenigen unter ihnen, welche die Küstenbewachung übernehmen wollten, unser Mandat zu geben, falls sie es wünschten. Ich glaubte überhaupt, daß der Gedanke an manchen Stellen bereits zu einer gewissen Reife gediehen sei, die Küstenbewachung werde wirksamer sein, wenn sie durch eine, vielleicht auch zwei Mächte in die Hand genommen werde. Indessen sei dieser Gedanke weder hier entsprungen noch werde man von hier aus auf die Verwirklichung desselben drücken, aber wahrscheinlich würde er dem Grafen Goluchowski wohl bei dem jetzt bevorstehenden Ideenaustausch mit den anderen Kabinetten noch gelegentlich begegnen.

Der Geschäftsträger schien von der Aussicht, daß nicht alle Mächte sich bei der kretensischen Küstenbewachung beteiligen würden, nicht sympathisch berührt. Ich erwiderte ihm darauf, ich hätte bei der Sache nichts zu entscheiden, sondern hielte nur für möglich, daß jener Gedanke demnächst irgendwo auftauchen werde.

Als der Geschäftsträger schließlich noch mit der Idee herauskam, unser Gesandter in Athen werde vielleicht die Ermächtigung erhalten, zusammen mit dem österreichischen Vertreter „initial" vorzugehen, sagte ich ihm, auf den ersten Blick leuchte mir das Praktische eines solchen Schrittes nicht ein. Ich könne mir z. B. nicht denken, daß selbst ein sonst einwandfreier Vorschlag durch den Umstand, daß Deutschland Miturheber desselben sei, für Frankreich sympathischer werde. Überdies sei die formale Initiativrolle in Orientfragen nicht im Rahmen der deutschen Politik. Dies schließe nicht aus, daß wir gelegentlich mit befreundeten Kabinetten die Lage zwanglos bespächen, wie z. B. heute.

Der Geschäftsträger, dessen Fragen bisweilen einen etwas advokatenhaften Charakter annahmen, wollte dann noch wissen, ob ich etwas von dem Gedanken gehört hätte, die Insel Kreta als unabhängiges Gebiet sich selbst zu überlassen; wo der Gedanke wohl aufgetaucht sein möge. Ich erwiderte ihm, allerdings sei mir erinnerlich, etwas davon gehört zu haben, aber wo und wie wisse ich nicht mehr.

Holstein

Nr. 3035

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Bergen

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 17 Berlin, den 27. Juli 1896

Die Vertreter der Mächte in Konstantinopel haben die Meldung an ihre Regierungen vereinbart, daß die Bemühungen zur Beendigung der Unruhen in Kreta und der damit zusammenhängenden Unruhen in Mazedonien aussichtslos seien, solange die Zufuhr von Menschen und Mitteln von Griechenland aus nach Kreta fortdauere.

Daraufhin hat vorgestern die österreichische Regierung den Kabinetten die Küstenbewachung von Kreta durch Schiffe der Mächte unter Zustimmung bzw. Mitwirkung der Türkei vorgeschlagen, nachdem zuvor noch die griechische Regierung durch einen Kollektivschritt der Gesandten in Athen auf die Folgen ihrer jetzigen Haltung hingewiesen sein werde.

Die russische Regierung hat gestern hier mitteilen lassen, daß sie, da die griechische Regierung sich zur Verhinderung der Zufuhren außerstande erklärt habe, im Interesse des europäischen Friedens bereit sei, dem österreichischen Antrage mit ein paar (formellen, sachlich unerheblichen) Ergänzungen zuzustimmen.

Infolgedessen erbittet der Reichskanzler die allerhöchste Genehmigung, um zu erklären, daß auch Seiner Majestät Regierung aus einem gleichen Interesse an der Sicherung des europäischen Friedens, sowie entsprechend ihrer Haltung bei den europäischen Flottendemonstrationen von 1880 und 1886 bereit sei, zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß alle Mächte — sei es durch Schiffe, sei es durch Mandatserteilung — einmütig zusammenwirken.

Rotenhan

Nr. 3036

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 497 London, den 25. Juli 1896

Meine gestrige Unterhaltung mit dem Premierminister eröffnete ich mit der Bemerkung, daß seine letzte gelegentliche und kurze Äußerung am 22. d. Mts., wonach eine Verschlimmerung der Krisis im Orient nicht zu befürchten wäre, auch wenn die jetzigen Zustände in Kreta fortdauern sollten, mir viel zu denken gegeben habe und daß es mir daher lieb sein würde, wenn er mir seine hierauf bezügliche Auffassung etwas näher erläutern wollte. Mir schiene dieselbe doch etwas zu optimistisch, und ich neigte entschieden zu der Meinung, daß die Zustände in Kreta, wenn nicht bald eine Pazifikation dort stattfinde, eine bedenkliche Rückwirkung auf andere Teile des Türkischen Reiches ausüben müßten.

Lord Salisbury wollte auch diesmal sich nicht davon überzeugen, daß die Fortsetzung des Aufstandes auf der Insel so bedenkliche Folgen haben müsse, wie ich dies zu fürchten schiene. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder seine alte und unüberwindliche Abneigung gegen den Sultan, welche ihn, wie ich dies mehr als einmal erlebt habe, für alles andere blind macht. Als ich auf die Möglichkeit hinwies, daß die weitere Verbreitung von Aufständen im Türkischen Reich den Sturz des Sultans zur Folge haben könnte, erwiderte er mir ganz offen, daß er darin kein besonderes Unglück sehen könne und daß es sich dabei nur um einen Thronwechsel und einen neuen Sultan handeln würde. Ich gestattete mir hierauf zu entgegnen, daß ein solcher Vorgang sich vielleicht nicht ganz so harmlos vollziehen

würde, wie er dies anzunehmen scheine. Abgesehen davon, daß der neue Herrscher im englischen Sinne vielleicht noch weniger gut als sein Vorgänger sein würde, liege doch die Befürchtung nahe, daß die mit einem gewaltsamen Thronwechsel verbundene Erschütterung des schon so geschwächten Reiches nicht ohne ernste Folgen ablaufen würde. Von meinem Standpunkt aus, der ihm seit Jahren bekannt sei, könne ich mich aber der Besorgnis nicht verschließen, daß ein völliger Zusammenbruch der Türkei schließlich auch den europäischen Frieden bedrohen könnte, dessen Erhaltung, wie mir schiene, uns allen gleichmäßig am Herzen liegen müsse.

Dieser Auffassung widersprach Lord Salisbury nicht, und es knüpfte sich hieran eine vertrauliche Erörterung der Frage, durch welche Mittel die Mächte wirksam dazu beitragen könnten, den Frieden in Kreta herzustellen und die Zufuhr von Waffen für die Insurgenten aus Griechenland zu verhindern. In dieser Hinsicht hob Lord Salisbury zunächst hervor, daß die englische Regierung bisher alles getan habe, was im Interesse einer friedlichen Beilegung von ihr verlangt werden könnte, daß sie sogar noch weiter gegangen sei als andere Großmächte, indem sie ihren Vertreter in Athen ausdrücklich und generell angewiesen habe, an allen gemeinsamen Vorstellungen seiner Kollegen bei der griechischen Regierung teilzunehmen. Der Minister ließ dabei durchblicken, daß er von solchen Vorstellungen allerdings nicht viel erwartet habe und heute noch viel weniger davon erwarte. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß die Botschafter in Konstantinopel deshalb den Gedanken angeregt hätten, daß die an Ort und Stelle befindlichen Kriegsschiffe aller Nationen zusammengezogen werden müßten, ob zu einer bestimmten gemeinschaftlichen Operation und nach welcher Richtung, darüber habe er bis jetzt nichts Näheres erfahren. Er gestehe mir aber im Vertrauen ganz offen, daß ihm dieser Gedanke, dessen Ausführung wenig Vorteil verspreche, dagegen Nachteile bieten könne, im ganzen wenig gefalle. Für viel praktischer würde er es halten, wenn eine der Mächte von den anderen beauftragt würde, mit ihrer eigenen Flotte die etwa nötig erscheinenden und von den Mächten gemeinsam beschlossenen Operationen auszuführen. Lord Salisbury fügte hier mit einem gewissen Stolz hinzu, daß, falls etwa England diese Aufgabe zu übernehmen hätte, ein einziges Telegramm der hiesigen Admiralität genügen würde, um alles in kürzester Frist in Ordnung zu bringen. Er verfolgte diesen Gedanken aber nicht weiter und ging sofort dazu über, sein volles Vertrauen zur italienischen Regierung hervorzuheben, indem er hinzufügte, daß es ihm eventuell vollständig recht wäre, wenn das fragliche Mandat an Italien erteilt würde.

Als ich hier im Scherz die Bemerkung fallen ließ, daß ich mich über dieses Vertrauensvotum um so mehr freute, als mir von anderer Seite zugekommen sei, daß er der Uneigennützigkeit Italiens in der

letzten Zeit nicht immer dieselbe Anerkennung gezollt habe, bemerkte Lord Salisbury lächelnd, der italienische Botschafter habe ihm allerdings einmal ganz vertraulich den Gedanken ausgesprochen, daß es sich vielleicht empfehlen würde, Kreta an Italien zu geben, welches die Insel eventuell durch ein Abkommen mit Griechenland *gegen Albanien* austauschen könnte. Er, Lord Salisbury, glaube übrigens nicht, daß dies im Auftrage der italienischen Regierung geschehen sei, und es habe sich wohl nur um eine momentane und persönliche Inspiration des Botschafters gehandelt.

Mit großer Bestimmtheit sprach sich der Minister dann darüber aus, daß er sich zwar allem anschließen wolle, worüber sich die anderen Mächte einigten, daß er aber selbst keinen Vorschlag machen könne. Alles, was von England komme, werde mit Mißtrauen aufgenommen. Außerdem wisse ich aber so gut wie er, welchen Angriffen er in der Kammer, selbst von einem nicht unbedeutenden Teil seiner Anhänger, ausgesetzt sein würde, wenn er die Initiative zu Vorschlägen nehmen wollte, welche die Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Kreta zum offenbaren Zwecke haben würden.

Ich stellte hierauf die bereits gemeldete Frage, ob er sich der Kammer gegenüber vollständig sicher fühlen würde, wenn er einer von den Mächten etwa beschlossenen Aktion in Athen und den sich hieran vielleicht knüpfenden Maßregeln zustimmte. Lord Salisbury bejahte dies ohne Zögern. Ich glaube hinzufügen zu dürfen, daß ich eine so diskrete Frage nur auf Grund unserer alten und nahen Bekanntschaft stellen konnte und daß Lord Salisbury sie einem andern schwerlich ohne weiteres beantwortet hätte.

Aus den weiteren Äußerungen Lord Salisburys ergab sich, wie ich bereits zu melden mir gestattet habe, daß es ihm recht wäre, wenn die Initiative zu etwaigen weiteren Vorschlägen von Österreich ausginge. Bemerkenswert erschien mir dabei, daß er eine gewisse Verwunderung darüber zeigte, daß Österreich sich in dieser Frage bisher so sehr in den Vordergrund gestellt habe. Auf seine Frage, wie ich mir dies erklärte, erwiderte ich, daß Österreich das größte Interesse an den Vorgängen im Orient habe, und daß es daher kaum auffallen könne, wenn es sein möglichstes tue, um ernsten Verwickelungen dort vorzubeugen.

Als nicht ohne Interesse glaube ich noch eine Äußerung des Premierministers ansehen zu dürfen. Als ich im Laufe der Unterhaltung die Bemerkung fallen ließ, daß mir persönlich die bisherige Behandlung der kretensischen Frage aussichtslos zu sein scheine, und daß es mir deshalb ebenso lieb wäre, wenn wir nichts damit zu tun hätten, meinte Lord Salisbury: „Vous êtes de l'avis du Prince de Bismarck qui disait qu'il ne sacrifierait pas pour l'Orient les os d'un seul Poméranien.“ Ich stellte dies nicht in Abrede, fügte aber hinzu, ich sei vor allem der Meinung, daß keine Regierung die Knochen

ihrer Soldaten gefährden dürfe, wenn sie sich überzeugen müßte, daß die Sache, um die es sich handle, und an welcher sie sich nur im Interesse der Erhaltung des Friedens beteiligt habe, zu einem schlechten Ende führen müsse. Dies sei natürlich meine rein persönliche Auffassung, wie alles, was ich über die Frage geäußert hätte.

Ich glaube hier nochmals die Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß die gestrigen Äußerungen des Premierministers ehrlich gemeint waren und daß er sich allem anschließen wird, was die Mächte bezüglich Kretas und Griechenlands beschließen. Das kann sich aber auch mit der Zeit wieder ändern, und ich würde es schon deshalb als ein Glück betrachten, wenn Lord Salisbury jetzt beim Wort genommen und genötigt würde, seine Politik durch Annahme bestimmter, von den anderen Mächten vereinbarter Maßregeln festzulegen. Außerdem darf aber wohl angenommen werden, daß nichts die Griechen wie die Insurgenten der Insel so schnell beruhigen und zur Nachgiebigkeit stimmen würde als die Wahrnehmung, daß England, weit entfernt, ihnen zu helfen, eventuell sogar an Zwangsmaßregeln gegen sie teilnehmen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3037

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Kiderlen, z. Z. in Bergen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Bergen, den 28. Juli 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 17*.

Seine Majestät mit unserer prinzipiellen Zustimmung einverstanden. Seine Majestät bemerkten jedoch, daß ein Schiff für jene Gewässer zurzeit nicht zur Verfügung stehe.

Kiderlen

Nr. 3038

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 106 Berlin, den 28. Juli 1896

Seine Majestät der Kaiser hat genehmigt, daß die deutsche Re-

---

* Siehe Nr. 3035.

gierung dem österreichischen Antrage zustimmt, welcher sich darauf richtet:

1. Durch Kollektivnote der griechischen Regierung zu eröffnen, daß, nachdem diese sich außerstande erklärt habe, die Unterstützung des Aufstandes in Kreta von Griechenland aus zu verhindern, die Mächte sich genötigt sehen würden, den Türken militärisch freie Hand zu geben.

2. Die Küsten von Kreta durch Schiffe der Mächte bewachen zu lassen, behufs Verhinderung von Zufuhr an Menschen und Kriegsmitteln für den Aufstand.

Daß die formale Anregung zu letzterer Aktion von der Türkei auszugehen hat, ergibt sich nach diesseitiger Ansicht aus deren Stellung als Territorialmacht. Übrigens wird Deutschland sowohl in diesem Punkt wie auch hinsichtlich der zur wirksamen Durchführung der Küstenbewachung erforderlichen Maßnahmen allem zustimmen, was die näher beteiligten Mächte im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Zustände vereinbaren.

Nachdem Fürst Lobanow vorgestern hier hat mitteilen lassen, daß er im Prinzip bereit sei, dem österreichischen Vorschlage zuzustimmen, wollen Ew. Vorstehendes zu seiner Kenntnis bringen.

Rotenhan

Nr. 3039

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Bergen

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Privat — Berlin, den 28. Juli 1896

Falls alle übrigen Mächte nicht nur der Küstenbewachung von Kreta zustimmen, sondern auch sämtlich Schiffe schicken — was hier bisher nicht bekannt ist — scheint es der Stellung Deutschlands entsprechender, wenn auch wir wie bei den Demonstrationen von 80 und 86 ein Schiff schicken, anstatt uns wie bei der Stationärdemonstration im vergangenen Winter* auf Erteilung unserer Zustimmung zu beschränken. Ich stelle anheim, die Sache von diesem Gesichtspunkt aus zu behandeln.

Könnte vielleicht die „Gefion“ gehen? Wenn überhaupt etwas zustande kommt, wird Eile nötig sein.

Rotenhan

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII B.

Nr. 3040

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 London, den 29. Juli 1896

Nachdem der Premierminister gestern eine lange Unterredung mit dem Herzog von Sparta gehabt, welcher ihm die bestimmte Versicherung erteilte, daß die griechische Regierung mit den Waffensendungen nach Kreta nichts zu tun habe und in dieser Hinsicht alles tue, was sie könne, hat sich in der Auffassung Lord Salisburys schon wieder eine Schwenkung vollzogen. Er sagt mir eben, daß er den ersten Punkt des österreichischen Vorschlags (Warnung an Griechenland) angenommen habe, mit dem Vorbehalt, daß er den Schluß der darauf bezüglichen englischen Note (freie Hand für militärische Aktion der Türken) formell etwas anders redigieren werde, ohne jedoch den Sinn zu verändern. Den zweiten Punkt (eventuelle Blockade Kretas) habe er jedoch mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung, welche die darin liegende tatsächliche Unterstützung des Sultans weder verstehen noch billigen würde, ablehnen müssen. — Als ich den Minister an unsere letzte Unterredung und seine Bereitwilligkeit, sich allem anzuschließen, worüber die Mächte sich einigten, erinnerte, meinte er, daß er dabei eine Aktion gegen Griechenland für den Fall im Auge gehabt habe, daß dasselbe nachgewiesenermaßen zu offenen Feindseligkeiten gegen die Türkei übergehe. In diesem Falle würden die beim Pariser Frieden beteiligten Mächte ein Recht haben zu intervenieren. Dieser Fall liege nicht vor; denn es sei in keiner Weise nachgewiesen, daß die griechische Regierung um die Waffensendungen nach Kreta gewußt oder dieselben habe verhindern können. Der Vorschlag ad 2 ziele auch nicht dahin, griechische Feindseligkeiten gegen die Türken zu verhindern, sondern bezwecke, direkt dem Sultan gegen die Kretenser behilflich zu sein, ohne den letzteren eine Garantie dafür zu geben und geben zu können, daß die vom Sultan den Mächten eingeräumten Konzessionen ehrlich gehalten und ausgeführt werden würden. Ohne eine solche Garantie wären jene Konzessionen aber wertlos, und die hiesige öffentliche Meinung würde der englischen Regierung nicht gestatten, durch Verhängung einer Blockade tatsächlich gegen die Insurgenten Partei zu ergreifen, nur um damit dem Sultan die Möglichkeit zu geben, dieselbe schlechte und unerträgliche Regierung in Kreta fortzuführen.

Alle meine Bemühungen, den Minister von der Unrichtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen, blieben erfolglos, und ich hatte den bestimmten Eindruck, daß sich seit unserer letzten Unterredung mächtige Einflüsse gegen die Beteiligung an Koerzitivmaßregeln gegen die

Insurgenten geltend gemacht haben. Im Lauf unserer ziemlich lebhaften Erörterung mußte er mehrmals ein von mir vorgebrachtes Argument als richtig anerkennen, hielt aber trotzdem beharrlich an seiner Auffassung fest, indem er geradezu sagte, daß er nicht anders könne.

Streng vertraulich. Auf meine Frage, ob er etwa, wenn der zweite österreichische Vorschlag anders formuliert worden wäre, auf denselben hätte eingehen können, erwiderte mir Lord Salisbury, daß er mir seinen innersten Gedanken verraten wolle, wenn ich ihm die bestimmte Zusicherung erteilte, keinerlei Gebrauch davon zu machen. Er müsse bestimmt darauf rechnen können, daß seine ganz vertrauliche Äußerung weder veröffentlicht noch sonst bekannt werden würde. Als ich ihm dies zugesichert hatte, fügte er hinzu: er würde sich an Maßregeln, wie Österreich sie beabsichtige, haben beteiligen können, wenn man gleichzeitig über die Voraussetzung einig gewesen wäre, daß der jetzige Sultan abgesetzt werden müsse. Dies sei die einzige Garantie, die man den Bevölkerungen im Türkischen Reich für eine bessere Regierung geben könne, und unter dieser Voraussetzung hätte das englische Kabinett seine Beteiligung vor der hiesigen öffentlichen Meinung rechtfertigen können. Auf meine Frage, wie er sich dies vorstelle, falls etwa der Nachfolger in seinem Sinne nicht besser wäre, erwiderte der Minister, daß man in diesem Falle auch seine Absetzung ins Auge fassen müsse.

Hatzfeldt

Nr. 3041

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 29. Juli 1896

Ein wiederholt von Lord Salisbury heute angewandtes Argument war, daß er gegen eine gemeinschaftliche Blockade der sechs Flotten dieselben Bedenken hege, die er mir schon am 25. d. Mts.* gegen jede Konzentrierung derselben ausgesprochen habe. Er könne die Besorgnis nicht unterdrücken, daß daraus Streitigkeiten und Konflikte zwischen den beteiligten Mächten hervorgehen könnten. Als ich ihm darauf mit der direkten Frage antwortete, ob er, wenn es sich um ein Mandat an eine Macht gehandelt hätte, dasselbe etwa übernommen haben würde, sagte er nicht ja noch nein, sprach nur im allgemeinen von Schwierigkeiten, von dem allseitigen Mißtrauen gegen England, und ich hatte den Eindruck, daß ihm der Vorschlag doch nicht unlieb

* Richtig: 24. Vgl. Nr. 3036.

gewesen wäre. Auf meine Frage, wie sich die englischen Schiffe verhalten würden, wenn die anderen dennoch die Blockade machten, sagte er, sie würden ruhig zusehen.

Wenn Sie mir keinen anderen Wink geben, enthalte ich mich jetzt zunächst jeder Initiative bei Lord Salisbury. Man muß ihm meines Dafürhaltens jetzt zeigen, daß man keinen besonderen Wert darauf legt, ob er mitgeht oder nicht. Ich habe ihm heute gesagt, daß das Mißtrauen, über welches er sich beklage, durch seine Nichtbeteiligung nur verstärkt werden könne, und das genügt wohl fürs erste.

Kommt die Blockade jetzt nicht auch ohne England zustande, so bleibe ich bei meiner Meinung, daß wir uns am besten aus der Sache ganz zurückziehen.

Hatzfeldt

Nr. 3042

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 167 Wien, den 30. Juli 1896

Graf Goluchowski erwiderte, als ich ihm Mitteilung machte von unserer Zustimmung zu seinen Kreta betreffenden Vorschlägen, daß er selbstverständlich es der Türkei überlassen würde, die Sperre der kretensischen Häfen zu erklären und die europäischen Mächte einzuladen, ihr hierbei behilflich zu sein, jedoch unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Türkei es nicht allein ausführen zu wollen erkläre, da alsdann die Aufständischen unberechenbaren Greueln ausgeliefert wären. Ganz im Vertrauen und mit der Bitte, es unsererseits nicht weiter zu verwerten, teilte mir der Minister des Äußern ferner mit, daß alle Mächte auf seine die Blockade betreffenden Vorschläge eingegangen seien, auch Rußland, nur Lord Salisbury habe erklärt, er könne mit Rücksicht auf die britische öffentliche Meinung, welche stark hellenenfreundlich sei, sich nicht beteiligen. Damit entfalle die ganze Aktion, doch hofft Graf Goluchowski noch den britischen Premier umzustimmen, und erwartet weitere Meldungen aus London. Der Minister des Äußern erklärte mir, daß, falls England auf seiner Weigerung besteht, entweder die Türken, sich selbst überlassen, Herr der Insel werden würden unter Anwendung der bekannten Metzeleien, und die griechische Regierung alsdann zu einem aktiven Einschreiten gezwungen würde, das unabsehbare Folgen hätte, oder die Aufständischen würden siegen, was die Losreißung der Insel zur Folge und bei den übrigen Balkanvölkern verhängnisvolle Wirkungen hätte.

Lichnowsky

Nr. 3043

Aufzeichnung des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Wilhelmshöhe

Eigenhändig

Wilhelmshöhe, den 1. August 1896

pp. Seine Majestät hat sich auch nur widerwillig mit unserer prinzipiellen Teilnahme an der etwaigen Flottendemonstration einverstanden erklärt, und nur, nachdem ich ihm auseinandergesetzt, daß wir uns von einer etwaigen Aktion aller Mächte nicht ausschließen könnten. Seine Majestät meinte, erstens Europa würde sich, wie bei früheren Flottendemonstrationen, blamieren, um so mehr als Kreta doch einmal an Griechenland fallen müsse, es sich also nur um Versuche der Verschiebung handle. (Ich sagte darauf nur, daß dabei auf den Zeitpunkt des Eintretens eines solchen Ereignisses sehr viel ankomme.) Zweitens würden die Türken, wenn die Flotten den Kretensern die Zufuhr abschnitten, dies nur benutzen, um alle Christen vollends umzubringen. (Ich sagte, daß man sich dagegen natürlich Garantien geben lassen müsse.)

Als Resultat der verschiedenen bisherigen Besprechungen Seiner Majestät ging schließlich doch hervor, daß er sich den von den andern Mächten vereinbarten Schritten anschließen will; er glaubt aber, daß der Zar bei seinen bevorstehenden Besuchen seine „Kollegen" zu einem Vorgehen gegen die Türkei werde gewinnen wollen.

Kiderlen

Nr. 3044

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Eigenhändig

Berlin, den 1. August 1896

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger las mir eine Depesche des Grafen Goluchowski vor, in der mitgeteilt wird, man wolle, um der englischen Regierung die gemeinsame Blockade Kretas annehmbar zu machen, ihr vorschlagen, die Konsuln in Kreta sollten sich zu einem gemeinsamen Komitee vereinen, um die Annahme des Vertrags von Halepa herbeizuführen und im Rahmen des Berliner Vertrags für etwaige Vorschläge der Nationalversammlung wegen der Verbesserung der Verwaltung und Rechtspflege die Vermittlerrolle übernehmen. —

Ich habe auf die Frage nach unserer Ansicht erwidert, ich könne mich noch nicht definitiv äußern; wie er wisse, werde übrigens die

Kaiserliche Regierung jeden annehmbaren Vorschlag gern unterstützen, der die Zustimmung der übrigen Mächte habe.

Rotenhan

Nr. 3045

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 22 Berlin, den 4. August 1896

Zu Ew. pp. Information:

Aktion der Mächte ist zum Stillstand gekommen, weil England sich weigert, dem österreichischen Vorschlag einer Blockade Kretas zuzustimmen. Angesichts der in den Anschauungen der Mächte bestehenden Spaltung, und solange dieselbe andauert, halten wir uns vollkommen zurück.

Rotenhan

Nr. 3046

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 London, den 4. August 1896

Der österreichische Geschäftsträger* hat Lord Salisbury eben den neuen Vorschlag des Grafen Goluchowski mitgeteilt, wonach den Konsuln in Kreta eine Art Überwachungsrecht übertragen werden sollte. Der Premierminister hat ihm erwidert, daß dieser Vorschlag keine hinreichenden Garantien für die Christen biete, da die Türken, wenn die Blockade zustande käme, mit Hilfe ihrer dortigen Truppen die tatsächlich unbeschränkte Macht über die Einwohner erhalten würden, während den Konsuln eintretendenfalls zum Schutz der Christen nur Worte zur Verfügung stehen würden. Außerdem sei die hiesige öffentliche Meinung entschieden gegen eine Blockade der Insel eingenommen.

Lord Salisbury, welcher mir das Vorstehende vertraulich mitteilte, fügte hinzu, daß der Sultan selbst keine Blockade der Insel zu wünschen scheine, und daß dieselbe schon deshalb nicht zu verwirklichen sei. Er glaube auch nicht, daß man sie in St. Petersburg ernst-

---

* Graf von Clary.

lich wünsche, wo man die englische Antwort abgewartet habe, um sich dafür auszusprechen.

Im strengsten Vertrauen und nur für mich persönlich bestimmt fügte Lord Salisbury hinzu, daß er vielleicht einen Gegenvorschlag machen würde, wenn er sich irgendeine Kombination denken könnte, welche die erforderlichen Garantien bieten würde. Dies würde vielleicht der Fall sein, wenn der fraglichen Kommission der Konsuln hinreichende militärische Kräfte zur Durchführung ihrer eventuellen Beschlüsse zur Verfügung gestellt würden. Auch ein Mandat an eine der Mächte, welche die Insel für fünf Jahre besetzen und dort mit eigenen Kräften die Ordnung herstellen würde, könne er sich als wirksam denken. Er fügte halb scherzend hinzu, daß es ihm persönlich ganz recht sein würde, wenn Deutschland ein solches Mandat übernehmen wollte, was ich sofort als ausgeschlossen bezeichnete.

Lord Salisbury bemerkte noch, er könne mir auf das bestimmteste versichern, daß seine sämtlichen Kollegen, als er dem Konseil den ersten österreichischen Vorschlag vorgelegt habe, sich bestimmt und übereinstimmend gegen jede Beteiligung Englands an der Blockade der Insel ausgesprochen hätten, von welcher man überdies hier annehme, daß sie nach internationalem Recht auch formell unzulässig sein würde, da den Insurgenten die Eigenschaft einer kriegführenden Macht nicht zuerkannt sei.

Hatzfeldt

Nr. 3047

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 149 Berlin, den 5. August 1896

Die von Ew. pp. in Telegramm Nr. 148* wiedergegebenen Äußerungen Lord Salisburys lassen erkennen, daß England nicht die Absicht hat, bei solchen Maßnahmen, welche die friedliche Regelung der kretensischen Wirren zum Gegenstande haben und geeignet sind, die Zustimmung der übrigen Mächte zu erhalten, sich zu beteiligen. Daß alle Großmächte dem Gedanken einer Besetzung Kretas durch Truppen einer Großmacht zustimmen würden, glaubt Lord Salisbury selber wohl schwerlich. Bei dieser Sachlage ist für uns bis auf weiteres gänzliche Zurückhaltung angezeigt.

Rotenhan

---

* Siehe Nr. 3046.

Nr. 3048

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 6. August 1896

Ohne Beteiligung Englands wird keine Küstenbewachung von Kreta zustande kommen, ohne Küstenbewachung wird aber Kreta für die Türkei kaum zu halten sein. Wenn die „Agence Havas" die befremdliche Meldung bringt, der Sultan habe den Gedanken einer Blockade von Kreta durch die Mächte als eine Beeinträchtigung seiner Souveränitätsrechte zurückgewiesen, so ist diese Äußerung des schwerbedrängten Großherrn wohl lediglich Folge diplomatischer Einflüsse. Es mag unter den Großmächten solche geben, denen es unerwünscht sein würde, in der Blockadefrage zwischen Rußland und England optieren zu müssen. Der Umstand, daß gerade ein offiziöses französisches Organ zunächst jene Nachricht von der Zurückweisung des Blockadegedankens durch den Sultan gebracht hat, ist nicht der einzige Anhaltspunkt für die Vermutung, daß die französische Diplomatie tätig gewesen ist, um jenes Dilemma der Wahl zwischen Rußland und England womöglich aus der Welt zu schaffen.

Die großen englischen Zeitungen lassen deutlich erkennen, was England aus dem kretensischen Aufstande machen möchte: den Anfang der Aufteilung des Türkischen Reichs. Ein großes englisches Blatt sagt heute, man solle Kreta unabhängig machen und alsdann, falls infolgedessen auch in Mazedonien der Aufstand losbräche, dort das gleiche Rezept anwenden; durch eine Reihe von Amputationen werde der Fall, d. h. die Orientfrage, am besten zu erledigen sein.

Lord Salisbury sagte dem Grafen Hatzfeldt, Kreta werde nur durch L a n d u n g e u r o p ä i s c h e r T r u p p e n zu beruhigen sein. Einige Tage früher hatte der Lord die Frage aufgeworfen, ob man nicht ein europäisches M a n d a t zur Herstellung der Ordnung auf Kreta an I t a l i e n würde geben können. Er hatte hinzugefügt, daß man dann die Griechen durch Zuteilung von A l b a n i e n würde beruhigen können. Lord Salisbury ist also, wie sich daraus ergibt, genau auf demselben Boden stehen geblieben, wo er vor einem Jahre stand, als er dem Grafen Hatzfeldt zumutete, einen Plan für die Teilung der Türkei auszuarbeiten. Beachtenswert ist bei den jetzigen Vorschlägen des englischen Ministers, daß er nicht in erster Linie Kreta an Griechenland geben, sondern die Sache so schieben möchte, daß eine Großmacht, also zunächst Italien, Vorteil davon hat. Der Argwohn liegt nahe, daß die Machtvergrößerung e i n e r Großmacht sofort andere Großmächte mit Forderung von „Kompensationen" in Tätigkeit bringen würde. Die Wahrscheinlichkeit einer unfriedlichen Lösung würde also

dann größer sein, als wenn man Kreta einfach an Griechenland gäbe. Denn letzteres würde, selbst mit Kreta zusammen, immer noch so schwach sein, daß eine Großmacht aus diesem Gebietszuwachs wohl kaum Ansprüche für eine „Ausgleichung" würde herleiten können.

Aber zweifellos würde eine Vergrößerung Griechenlands und ein Aufgeben Kretas durch die Türkei auf die Bulgaren, Serben und Armenier aufreizend wirken. Dies ist der Grund, weshalb es im Interesse des europäischen Friedens angezeigt war, zunächst die Herbeiführung eines verbesserten status quo auf Kreta zu versuchen. Sollte dieser Versuch, wie es jetzt wahrscheinlich ist, an der Uneinigkeit der Großmächte scheitern, so wäre die Überlassung Kretas an Griechenland unter den verschiedenen vorliegenden Möglichkeiten die für den Frieden relativ ungefährlichste. Immerhin ist die Entwickelung der Sache so unsicher, daß Deutschland gut tun wird, sich von Verantwortung frei zu halten und keinen offiziellen Vorschlag für Abtretung Kretas an Griechenland zu machen. Die dynastischen Beziehungen des deutschen und griechischen Herrscherhauses würden überdies eine unliebsame Interpretation eines solchen von Deutschland ausgehenden Schrittes und eine mißtrauische Beurteilung desselben fast unvermeidlich machen. Endlich würden auch die in allen Klassen der deutschen Bevölkerung verteilten zahlreichen Gläubiger Griechenlands ein gewaltiges Geschrei in der Presse erheben, wenn es zutage käme, daß Deutschland den Griechen zu einer so erheblichen Gebietsvergrößerung verholfen hat, ohne gleichzeitig auf eine Verbesserung der Lage der griechischen Gläubiger Bedacht zu nehmen. Die Versuche in letzterer Beziehung erscheinen nicht besonders aussichtsvoll, nachdem die griechische Regierung vor einigen Tagen das zwischen ihrem Vertreter in Paris und den Gläubigerkomitees vereinbarte Übereinkommen in wesentlichen Punkten schroff abgelehnt hat.

Für Deutschland ist aus vorstehenden drei Gründen die Zuschauerrolle nach außen hin angezeigt; es wird sich aber vielleicht Gelegenheit bieten, den Gedanken der Abtretung Kretas an Griechenland durch die stets für diplomatische Aktion geneigte österreichische Regierung als ihren eigenen adoptieren zu lassen, nachdem sie gesehen haben wird, daß sie mit den Vorschlägen, deren mehrere sie jetzt in rascher Reihenfolge gemacht hat, zu keinem Ziele kommt.

Nr. 3049

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg, z. Z. in Ischl, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Ischl, den 6. August 1896

Kaiser Franz Joseph, welcher mich heute hier in längerer Audienz empfing, glaubt, daß England, wenn nicht dem ursprünglichen öster-

reichischen Blockadeprojekt, so doch dem eventuellen Vorschlag einer gemeinsamen Beaufsichtigung der kretensischen Küsten zustimmen werde. Inzwischen habe Graf Goluchowski die Bildung einer Konsularkommission in Kanea zum Schutz der dortigen Christen angeregt.

Der Kaiser hob rühmend das Empressement hervor, mit welchem Fürst Lobanow alle auf Lokalisierung der kretischen Wirren gerichteten Wiener Propositionen akzeptierte. Infolgedessen trugen die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg zurzeit einen zärtlichen Charakter. Als Fürst Lobanow (durch Cambonsche Meldung) gehört hätte, daß der Sultan der Blockadeidee widerstrebte, habe er den türkischen Botschafter* kommen lassen, demselben den Kopf gewaschen und ihn auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche derartige Velleitäten für den Fortbestand der Türkei haben könnten. Der Kaiser fügte lächelnd hinzu, allerdings habe Fürst Lobanow sich in diesem Spezialfall darüber geärgert, daß der Einfluß auf die Pforte, dessen er sich seit dem vorigen Winter zu rühmen pflege, neuerdings öfters versage.

Kaiser Franz Joseph hält es für möglich, daß der russische Hof der griechischen Sache freundlicher gegenübersteht als Fürst Lobanow. Den Vorschlag, einen erneuten Druck auf Griechenland auszuüben, habe der Fürst mit dem Hinweis auf die unverbesserliche Unzuverlässigkeit der Griechen abgelehnt. Die Vereinigung Kretas mit Griechenland betrachtet der Kaiser als eine ultima ratio, die erst nach Erschöpfung aller übrigen Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe in Frage kommen könne. Fürst Lobanow habe die Abtretung Kretas auch nur als ultima ratio erwähnt. Der Wunsch nach Aufrechterhaltung des status quo im Orient trat bei Seiner Majestät wieder sehr lebhaft hervor.

Mit Wärme gab Kaiser Franz Joseph seiner Dankbarkeit für die Unterstützung Ausdruck, welche die Wiener Politik in der kretischen Frage bei uns fände; daß wir uns aus bekannten Gründen bei einer Blockade von Kreta nicht mit einem eigenen Schiff beteiligen könnten, findet Seine Majestät ganz begreiflich.

Eulenburg

Nr. 3050

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Wilhelmshöhe

Ausfertigung

Nr. 14 Berlin, den 5. August 1896

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Telegramms des Kaiserlichen Botschafters in London vom 4. d. Mts.**

* Hüssni Pascha.
** Siehe Nr. 3046.

mit dem Anheimstellen ergebenst zu übersenden, dasselbe zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs bringen zu wollen.

Die in dem Telegramm wiedergegebenen Äußerungen Lord Salisburys lassen erkennen, daß England vorläufig nicht die Absicht hat, bei solchen Maßnahmen, welche die friedliche Regelung der kretensischen Wirren zum Gegenstand haben und geeignet sind, die Zustimmung der übrigen Mächte zu erhalten, sich zu beteiligen. Daß alle Großmächte dem Gedanken einer Besetzung Kretas durch Truppen einer Großmacht zustimmen würden, glaubt Lord Salisbury selber wohl schwerlich. Bei dieser Sachlage ist für uns bis auf weiteres gänzliche Zurückhaltung angezeigt.

Rotenhan

Nr. 3051

Aufzeichnung des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Wilhelmshöhe

Eigenhändig

Wilhelmshöhe, den 6. August 1896

Den Inhalt des Erlasses Nr. 14 vom 5., Kreta betreffend*, habe ich Seiner Majestät vorgetragen.

Allerhöchstderselbe war mit dem conclusum des Erlasses, daß wir in der Sache auch ferner Zurückhaltung beobachten sollten, vollkommen einverstanden und bemerkte dann noch, wir müßten uns in dieser Frage jedenfalls wie bisher in Fühlung mit der Mehrheit der Mächte, insbesondere mit Rußland, halten; auf englische Insinuationen „fielen wir nicht herein".

Kiderlen

Nr. 3052

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Wien, den 10. August 1896

Graf Goluchowski, der heute aus Ischl zurückkehrte, empfing den russischen Botschafter. Dieser war beauftragt, des Grafen Zustimmung für eine Blockade Kretas seitens aller Mächte ohne Englands Mitwirkung zu erlangen.

Graf Goluchowski, verstimmt über die andauernd ablehnende Haltung Lord Salisburys und im Hinblick darauf, daß England sich

* Siehe Nr. 3050.

schwer werde einer Mitwirkung entziehen können, wenn die Forderungen der Mächte bezüglich der Christen womöglich über dasjenige hinausgingen, was England jetzt anstrebe, hat dem Grafen Kapnist eine im Prinzip zustimmende Antwort erteilt.

Russischer Botschafter hat erklärt, daß Rußland für die Zustimmung Frankreichs einstehen würde, selbst wenn der „Temps" in den letzten Tagen eine etwas sonderbare Haltung eingenommen habe.

Graf Goluchowski hob mir den etwas auffälligen Eifer des Fürsten Lobanow hervor, der allerdings mit dessen konsequent türkenfreundlicher Haltung übereinstimme, aber doch auch auf das Prädominieren der Lobanowschen Anschauungen gegenüber einer möglichen griechenfreundlichen Gesinnung des Zaren hinwiese.

Graf Kapnist hat vertraulich bemerkt, daß er diese griechenfreundliche Stimmung am russischen Hof nicht ableugnen wolle, aber den Eindruck habe, Fürst Lobanow werde seine Ansichten in der kretensischen Frage dauernd behaupten.

Graf Goluchowski sagte mir, daß er entschlossen sei, alles zu tun, um erträgliche Zustände in Kreta herbeizuführen. Er gäbe deshalb auch ohne jede Bitterkeit die Führung der gegenwärtigen Aktion an Rußland ab.

Sollte die Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft in Kreta unmöglich sein, so werde er von allen Übeln für das geringere stimmen: die Unabhängigkeit Kretas unter Aufsicht der Großmächte.

Eulenburg

Nr. 3053

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Wilhelmshöhe

Ausfertigung

Nr. 19 Berlin, den 11. August 1896

Euer Hochwohlgeboren übersende ich beifolgend ergebenst Abschrift eines heute hier zur Vorlage gelangten Telegramms des Kaiserlichen Botschafters in Wien vom 10. d. Mts., betreffend eine die Pazifizierung Kretas bezweckende russische Demarche in Wien.

Hier ist ein ähnlicher Schritt der russischen Regierung bisher nicht erfolgt.

Eine Ablehnung des russischen Antrages dürfte sich nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers nicht empfehlen, weil eine solche unzertrennlich von einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Rußland sein würde, namentlich aber, weil aus unserer Ablehnung

die Franzosen Veranlassung nehmen würden, sich einer Aktion zu entziehen, die ihnen unsympathisch ist, weil sie in Widerspruch stehen würde mit den Koketterien, die seit der Transvaalfrage zwischen Paris und London im Gange sind.

Für uns dürfte nach Ansicht Seiner Durchlaucht das Unverfänglichste sein, auf den russischen Antrag zu antworten, wir seien, die Zustimmung aller übrigen Kontinentalmächte vorausgesetzt, bereit, dem russischen Antrage im Prinzip zuzustimmen, wir würden aber allerdings, wie wir auch bei der früheren österreichischen Anregung ausgesprochen hätten, schwerlich Schiffe für die kretensische Küstenbewachung disponibel haben. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, Seiner Majestät entsprechenden Vortrag zu halten.

Rotenhan

Nr. 3054

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Kiderlen, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Wilhelmshöhe, den 12. August 1896

Antwort auf Erlaß Nr. 19.

Seine Majestät ist mit Annahme des zu erwartenden russischen Vorschlags in der vom Herrn Reichskanzler vorgeschlagenen Weise einverstanden.

Kiderlen

Nr. 3055

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein. London, den 12. August 1896

Lord Salisbury empfängt morgen nachmittag, und es wäre gut, wenn ich vorher einen Wink erhielte, in welchem Sinne ich mich äußern soll, wenn er von dem letzten russischen Vorschlag selbst anfängt.

Zu Telegramm Nr. 150 bemerke ich, daß ich die Annahme Graf Goluchowskis, daß England sich der Mitwirkung schwer werde entziehen können, wenn die Forderungen der Mächte zugunsten der Christen über dasjenige hinausgingen, was England jetzt anstrebe, für ganz unbegründet halte. Die Schwierigkeit hier liegt nicht in dem Maße dieser Forderungen, sondern namentlich in den Garantien für die Ausführung, wie ich dies wiederholt gemeldet habe.

Das Geringste, was ich für erreichbar halte, wäre: 1. Verständigung mit England über das Maß der in Konstantinopel zu stellenden Forderungen; 2. gleichzeitige Zusicherung, daß die Mächte mit England die Ausführung an Ort und Stelle überwachen, etwa durch eine mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Kommission, und daß sie sich verpflichtet, falls der Sultan dann dennoch nicht Wort hält, ihn mit England zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu nötigen.

Die Annahme Graf Goluchowskis, daß das geringere von allen Übeln eventuell die Unabhängigkeit Kretas wäre, teile ich nicht und glaube, daß demnach die Abtretung an Griechenland, unter den schon von mir bezeichneten Voraussetzungen, vorzuziehen wäre.

Die Meldung aus Wien bestätigt übrigens meine stets festgehaltene Überzeugung, daß die griechenfreundlichen Sympathien am russischen Hofe keinen dauernden noch überwiegenden Einfluß auf die russische Politik ausüben würden, und wir behalten damit die Möglichkeit, uns über die Behandlung der Frage mit Fürst Lobanow zu verständigen.

Hatzfeldt

Nr. 3056

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 151 Berlin, den 12. August 1896

Antwort auf Privattelegramm.

Vorläufig haben die Russen ihren Vorschlag hier noch gar nicht mitgeteilt. Vielleicht zögert Frankreich, obschon mit der Drohung, daß der Zar nicht nach Paris kommt, dort heute wohl alles durchzusetzen sein würde. Zeigen wir uns jetzt schon im voraus dem russischen Vorschlag geneigt, so helfen wir etwaige französische Bedenken überwinden, zeigen wir uns abgeneigt, so erleichtern wir auch den Franzosen die Ablehnung und nehmen das Odium dafür auf uns; am besten also wir halten uns zurück und behalten dadurch freie Hand.

Vielleicht hat Fürst Lobanow hier noch nicht gefragt, weil er besorgt, daß unsere voraussichtliche Antwort: „Zustimmung ja, Schiff nein" — die Franzosen zur gleichen Antwort veranlassen würde.

Ew. bitte ich, sich Lord Salisbury gegenüber dahin auszusprechen, Ihnen sei nicht bekannt, ob der russische Vorschlag in Berlin schon gemacht sei, jedenfalls seien Sie bezüglich desselben noch ganz ohne Instruktion für oder gegen.

C. Hohenlohe

Nr. 3057

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 183 Therapia, den 10. August 1896

Nach wiederholter und eingehender Prüfung der Lage in Kreta bin ich in Übereinstimmung mit meinen Kollegen zu der Ansicht gelangt, daß die Zugeständnisse, welche durch die Vermittelung der Mächte zugunsten der Aufständischen von der Pforte seinerzeit erlangt worden sind, nicht ausreichend erscheinen, um damit eine Beruhigung der Gemüter der christlichen Bevölkerung der Insel herbeizuführen.

Offenbar fühlen sich die Aufständischen durch die ihnen von Griechenland zufließende Unterstützung so stark, daß sie glauben, mit Vorteil gegen die türkischen Truppen kämpfen zu können. Ihre Hoffnungen sind daher hochgespannte und halten sich nicht innerhalb der Grenzen des Pakts von Halepa.

Mit dieser Stimmung der christlichen Bevölkerung dürfte aber wohl oder übel zu rechnen sein, wenn man versuchen will, den Streit zwischen der türkischen Regierung und den aufständischen Kretensern im Wege friedlicher Vereinbarung beizulegen.

Ausgehend von dieser Anschauung haben die Botschafter die bekannten, von den christlichen Deputierten seinerzeit gestellten und über den Pakt von Halepa hinausgehenden Forderungen einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, um zu sehen, ob sich die eine oder andere dieser Forderungen als geeignet erweisen könnte, von den Mächten bei der Pforte zur Annahme befürwortet zu werden.

Wie Euere Durchlaucht aus der anliegend gehorsamst beigefügten Arbeit hochgeneigtest entnehmen wollen, glauben wir einstimmig, daß unter den gedachten Forderungen verschiedene befindlich sind, welche in dieser Weise anzusehen sein könnten.

Um Euerer Durchlaucht eine möglichst klare Übersicht über den Gang unserer bezüglichen Beratungen zu verschaffen, habe ich auf dem anliegenden Schriftstück (Anlage I) neben den Text der kretensischen Forderungen Punkt für Punkt unsere gemeinsame Meinungsäußerung gesetzt, welche uns dahin geführt hat, die kretensischen desiderata entweder für geeignet oder nicht geeignet zur eventuellen Befürwortung bei der Pforte anzusehen.

Anlage II stellt das in vierzehn Punkten zusammengefaßte Resultat unserer Prüfung dar, wie solches sich, unserer Meinung nach, eignen dürfte, der Pforte zur Annahme empfohlen zu werden.

Freilich läßt sich noch nicht absehen, welche Stellung die Pforte zu dieser eventuellen Vermehrung der ihr zugemuteten Zugeständnisse nehmen wird, und die bezüglichen Unterhandlungen mit ihr können vielleicht recht schwierige werden. Ebensowenig kann man voraussagen, ob sich die Kretenser mit der starken Beschneidung ihrer Ansprüche einverstanden erklären werden.

Eine Mediation auf dieser erweiterten Basis scheint aber doch jedenfalls eines Versuchs wert, um so mehr als andere Mittel und Wege zur Herbeiführung der Ruhe auf der Insel kaum auffindbar sein dürften.

Allerdings wird, der übereinstimmenden Meinung der hiesigen Vertreter nach, im entscheidenden Moment ein scharfer Druck der Mächte nach beiden Seiten hin zur Herbeiführung einer vernünftigen Stimmung erforderlich sein.

Nach unserer gemeinsamen Ansicht ist übrigens der Zweck dieser von uns entworfenen Arbeit nicht der, daß wir unseren hohen Regierungen vorschlagen, sogleich eine darauf gegründete Aktion eintreten zu lassen. Wir glaubten nur, ihnen das Material liefern zu sollen, um dasselbe bei geeignet scheinender Gelegenheit einst entsprechend zu verwerten.

Zum Schluß bemerke ich gehorsamst, daß der erbetene Zollzuschlag (Nota am Ende der Aufstellung) sehr geeignet erscheinen dürfte, den Kretensern zu zeigen, daß die Mächte in jeder Weise bestrebt sind, ihnen möglichst zu Hilfe zu kommen.

Saurma

Nr. 3058

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 109 Wien, den 13. August 1896

Die heute nachmittag eingetroffene Nachricht aus St. Petersburg, daß Fürst Lobanow die Erfolge der türkischen Spezialkommission in Kreta abwarten wolle, ehe er dem Vorschlage einer gemeinschaftlichen Aktion der Mächte ohne England nähertreten würde, hat Graf Goluchowski nicht angenehm berührt. Nachdem er sich der russischen Auffassung akkommodiert hatte, daß eine Aktion ohne England schließlich besser sei, als die Versuche fortzusetzen, Lord Salisbury umzustimmen, hätte er einen möglichst schnellen Entschluß und das sofortige energische Vorgehen Rußlands gewünscht[1].

Jetzt ist er in neue Zweifel gestürzt — um so mehr als ihm die letzte Rede Curzons zu denken gibt.

Immerhin dürfte er einer gemeinschaftlichen Aktion ohne England ohne weiteres zustimmen, wenn solche in der Tat zum Vorschlag gebracht würde. Der Herr Minister knüpft allerdings die Bedingung daran, daß sich alsdann jede Macht mit Schiffen beteilige[2], damit die Blockade wirksam sei, und zugleich die Einigkeit der Mächte unzweifelhaft dokumentiert werde.

Der Gedanke, Kreta autonom unter Aufsicht der Großmächte zu machen, tritt jetzt in den Unterhaltungen mit dem Grafen häufiger zutage. Denn die Hoffnung, annehmbare Zustände an der Hand des Vertrages von Halepa auf der Insel zu schaffen, schwindet mehr und mehr.

Die Freundschaft für England hat durch die jetzige Haltung Lord Salisburys einen starken Stoß erlitten. Während alles frühere Ausweichen Englands fast beschönigt wurde, sind jetzt keine Worte kräftig genug, um Lord Salisbury zu geißeln. Es fragt sich nur, wie weit die englischen Freundschaftsgaukeleien, welche angesichts des eindrucksvoll liebenswürdigen Besuches des Zaren in Wien wieder auftauchen dürften, die alte Liebe neu entzünden werden?

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das denkt nicht daran! Um die Franzosen zu schonen, die sonst mit England aneinander kommen!

[2] von uns kommt keins

Nr. 3059

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 London, den 18. August 1896

Der österreichische Geschäftsträger hat gestern hier einen Vorschlag des Grafen Goluchowski mitgeteilt, wonach die Konsuln in Kreta eine Kommission zu bilden hätten, welche, da die Insurgenten mit dem türkischen Kommissar in keine Verhandlungen eintreten wollen, als Vermittlerin zwischen ihnen und dem letzteren zu fungieren hätte.

Lord Salisbury hat, wie mir der Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson vertraulich mitteilt, heute von Walmer Castle hierher telegraphiert, daß er mit dem österreichischen Vorschlag einverstanden sei, wenn die anderen Mächte demselben ebenfalls zustimmten, und dies ist dem österreichischen Geschäftsträger mitgeteilt worden.

Hatzfeldt

Nr. 3060

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 Therapia, den 21. August 1896

Alle Kabinette haben ihre hiesigen Vertreter nunmehr ermächtigt, auf der Basis unserer bekannten Ausarbeitung* in die Mediationsverhandlungen einzutreten. Wir Botschafter haben der Pforte dies mitgeteilt mit der Bitte, uns baldmöglichst zu benachrichtigen, wann sie die Arbeiten mit uns beginnen wolle.

Saurma

Nr. 3061

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 195 Therapia, den 22. August 1896

Euerer Durchlaucht beehre ich mich gehorsamst mitzuteilen, daß wir Botschafter den Text der Mediationsvorschläge, welche ich mittelst Berichts Nr. 183 vom 10. d. Mts.**. Euerer Durchlaucht vorzulegen die Ehre hatte, nochmals revidiert und einige unwesentliche Abänderungen beziehungsweise sachliche Korrekturen darin vorgenommen haben. Diesen einigermaßen so veränderten Text, welcher nunmehr unseren Mediationsverhandlungen zu Grunde gelegt werden dürfte, beehre ich mich Euerer Durchlaucht in der Anlage abschriftlich gehorsamst vorzulegen***.

Saurma

Anlage

Abschrift

Dispositions modifiées que les Représentants considèrent comme pouvant être adoptées par la Porte.

1. Le Gouverneur Général de l'Ile de Crête sera chrétien et nommé pour cinq ans par le Sultan avec l'assentiment des Puissances.

2. Le Gouverneur aura le droit de veto sur les lois votées par l'assemblée à l'exception de celles qui visent à des changements aux règlements constitutionnels de l'île (statut organique, pacte de Halepa

---

* Vgl. Nr. 3057.
** Siehe Nr. 3057.
*** Siehe Anlage.

et ses modifications), lesquelles seront soumises à la sanction de S. M. le Sultan.

Le droit de veto s'exercera dans un délai de deux mois, passé lequel les lois seront considérées comme sanctionnées.

3. Le Gouverneur Général aura le droit en cas de troubles dans l'île de disposer pour le rétablissement de l'ordre des troupes Impériales qui, en temps ordinaire, tiendront garnison dans des points déterminés.

4. Le Gouverneur Général nommera directement aux emplois secondaires dont la liste sera ultérieurement fixée. Les emplois supérieurs resteront à la nomination du Sultan.

5. Les fonctions publiques seront attribuées pour les deux tiers aux Chrétiens et pour un tiers aux Musulmans.

6. Les élections à l'assemblée générale et les sessions de cette assemblée auront lieu tous les deux ans. Les sessions dureront de 40 à 80 jours. L'assemblée votera le budget biennal, vérifiera les comptes, discutera et votera à la majorité des membres présents les projets de loi et propositions qui lui seront soumis par le Gouverneur Général ou les députés.

Les propositions des Crétois tendant à une augmentation des dépenses du budget ne peuvent faire l'objet d'une discussion de l'assemblée que si elles sont introduites par le Gouverneur Général, le conseil administratif ou les bureaux compétents.

7. Toute proposition tendant à une augmentation de dépenses ne peut être discutée que si elle est introduite par le Gouverneur Général, le conseil administratif ou les bureaux compétents.

8. Les dispositions du firman de 1887 accordant à la Crète la moitié du revenu des douanes de l'île, seront remises en vigueur.

L'impôt sur l'importation du tabac appartiendra à l'île.

La Sublime Porte prendra à sa charge le déficit provenant du budget non voté par l'assemblée, déduction faite des sommes avancées à l'île.

9. Une commission comprenant des officiers européens procédera à la réorganisation de la gendarmerie.

10. Une commission comprenant des juris consultes étrangers étudiera les réformes à opérer dans l'organisation de la Justice sous la réserve la plus expresse des droits résultant des Capitulations.

11. La publication des livres et journaux, la fondation d'imprimeries et celle de sociétés scientifiques seront autorisées par le Gouverneur Général conformément à la loi.

12. Les immigrants originaires de Cyrénaique ne pourront s'installer en Crète sans autorisation du Gouverneur. Ce fonctionnaire aura le droit d'expulser tous les immigrés de cette région qui ne pourront justifier de moyens d'existence ou dont la présence lui paraîtrait dangereuse pour l'ordre public.

13. Dans les 6 mois qui suivront la sanction des précédentes dispositions, l'assemblée générale sera convoquée et les élections seront ordonnées conformément à la loi de 1889. Jusqu'à la réunion de l'assemblée, le Gouverneur Général, d'accord avec le conseil administratif réglera par des ordonnances provisoires l'exécution des présentes dispositions.

14. Les Puissances s'assureront auprès de la Sublime Porte de l'exécution de toutes ces dispositions.

Nota

Les Représentants des Puissances sont d'avis qu'il y a lieu d'accueillir favorablement la demande de l'établissement d'une surtaxe douanière destinée aux indemnités pour les dommages causés par les derniers événements. Mais il est essentiel, d'après eux, d'en faire surveiller l'emploi par les Consuls. —

Nr. 3062

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 159 — London, den 27. August 1896

Lord Salisbury sagt mir eben, daß die kretensische Frage jetzt einer befriedigenden Lösung entgegenzugehen scheine. Er habe seinerseits dem Programm der Botschafter in Konstantinopel mit einer einzigen kleinen Reserve bezüglich Artikel 14 zugestimmt und sei auch mit der jetzt von den Botschaftern vorgeschlagenen Behandlung der Sache den Insurgenten gegenüber einverstanden.

Hatzfeldt

Nr. 3063

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 209 — Therapia, den 5. September 1896

Die kretensischen Deputierten haben die Mediationsvorschläge angenommen und danken den Mächten für die von ihnen bewirkte solidarische Intervention*.

Saurma

* Mit der Annahme des auf Grund der Mediationsvorschläge der Botschafter erlassenen Reform-Iradees des Sultans durch die kretische Nationalversammlung wurde den Unruhen auf Kreta zunächst ein Ziel gesetzt. Sie brachen indessen Anfang Januar 1897 von neuem aus und führten dann zu dem griechisch-türkischen Krieg. Vgl. auch Kap. LXXX.



Kapitel LXXVIII

Das Europäische Konzert und die Reformfrage
Die Konstantinopeler Botschafterkonferenzen
1896—1897



Nr. 3064

Der Geschäftsträger in London Prinz von Hohenlohe-Oehringen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 642 London, den 15. Oktober 1896

Die englische Regierung sowie die hiesige öffentliche Meinung scheinen den Augenblick für gekommen zu halten, eine Annäherung Englands an Rußland und Frankreich herbeizuführen*. Um dieses Ziel zu erreichen und ein Zusammengehen der drei Staaten in der orientalischen, speziell in der türkischen Frage zu ermöglichen, welches dieselben in die Lage setzen würde, ihren Willen in Konstantinopel zu diktieren, würde man, nach Preßäußerungen zu schließen, diesseits zu allerhand Konzessionen bereit sein. Einzelne Blätter gehen sogar so weit zu behaupten, daß wirkliche Gegensätze zwischen England und Rußland in der Orientfrage gar nicht beständen.

Tatsächlich soll in Balmoral ein Einverständnis mit Rußland erzielt worden sein. Dagegen haben in Paris noch keine Schritte in dem gleichen Sinne stattgefunden und dürften wohl auch bis zum

* Da die englische Regierung der heftigen Erregung, die in der öffentlichen Meinung Großbritanniens seit den neuen Armeniermassakers — Ende August 1896 — Platz gegriffen hatte, wohl oder übel Rechnung tragen mußte, sah sie sich in die Notwendigkeit versetzt, bei einer der Mächtegruppen Anlehnung zum Zweck des von der Öffentlichkeit gebieterisch geforderten Vorgehens gegen die Türkei zu suchen. In der englischen Presse wurde vorzugsweise einer Annäherung an Rußland und Frankreich als die Genossen des früheren „armenischen Dreibundes" das Wort geredet, und als Kaiser Nikolaus II. bei seinem Aufenthalt am englischen Hofe (22. September bis 5. Oktober) am 26. September in Balmoral eine Unterredung mit Lord Salisbury hatte, war die Presse rasch bei der Hand, die Herstellung eines völligen englisch-russischen Einvernehmens in der türkischen Frage zu verkünden. Tatsächlich war sowohl bei dem Zaren wie bei seinen Ratgebern das Mißtrauen gegen die englische Politik noch viel zu groß, um mit England zusammenzugehen. Unter diesen Umständen versuchte die englische Regierung zunächst, die Reformfrage mit Hilfe des Dreibundes in Fluß zu bringen (siehe Nr. 3065), um sich bei dem Scheitern des Versuchs an das „europäische Konzert" zu wenden.

Eintreffen des neuen englischen Botschafters* dortselbst aufgeschoben bleiben.

Hohenlohe

Nr. 3065

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Rom Grafen von Pückler

Reinkonzept

Nr. 930 Berlin, den 15. Oktober 1896

Ew. pp. übersende ich anbei ergebenst die französische Übersetzung einer Depesche des italienischen Ministers des Äußern an den hiesigen italienischen Botschafter vom 9. d. Mts.**, die orientalische Frage betreffend, zu Ihrer gefälligen Information.

Ich habe mit Bezug auf diese Depesche dem Grafen Lanza folgendes erklärt:

Wir seien dem Marquis Visconti Venosta aufrichtig dankbar für seine Mitteilung, die durchaus den vertrauensvollen Beziehungen zwischen verbündeten Staaten entspräche. Dieselbe sei von der Kaiserlichen Regierung einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden, als deren Resultat ich den Herrn Botschafter bitte, die nachstehenden Erwägungen seiner Regierung zu unterbreiten. Der Gedanke eines Meinungsaustausches über die gegenwärtige Lage im Türkischen Reiche und die zur Sicherstellung der Ordnung in Konstantinopel, sowie zur wirksamen Durchführung der nötigen Reformen zu treffenden Maßregeln erscheine in den jüngsten Vorgängen und den Gefahren, welche ihre Wiederholung heraufbeschwören könnten, wohl begründet. Da aber die heutige Lage an die armenischen Vorgänge anknüpfe, in welcher*** im vorigen Jahre Rußland, Frankreich und England die Initiative ergriffen, und da neuerdings zu wiederholten Malen die sechs Signatarmächte gemeinschaftlich und erfolgreich Demarchen in Konstantinopel zur Besserung der Lage gemacht hätten, so würde nach unserer Ansicht die Tatsache gesonderter Pourparlers unter den Dreibundmächten mit darauf folgender Initiative derselben den Anlaß von Mißverständnissen bieten und nach außen hin den Anschein einer Spaltung in dem bisher bestandenen europäischen Konzert erwecken können. Bei der bekannten Feinfühligkeit des Sultans für jede schein-

* Sir E. Monson, der bisherige englische Botschafter in Wien.
** Siehe Anlage.
*** So im Konzept. Im ersten eigenhändigen Entwurf Marschalls stand statt „an die armenischen Vorgänge“ ursprünglich „an die sogenannte armenische Frage“, wozu der folgende Relativsatz paßte. Bei der Abänderung blieb der Relativsatz, der nun seinen Sinn verloren hatte, versehentlich stehen.

bare oder wirkliche Divergenz unter den Mächten und bei seiner Geneigtheit, daraus Argumente für den Widerstand gegen erteilte Ratschläge zu ziehen, schiene es der Kaiserlichen Regierung rätlicher, die Pourparlers zu sechs zu beginnen, d. h. nicht nur Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern auch Rußland, Frankreich und England beizuziehen und die von Marquis Visconti Venosta angeregten Fragen in der bisher üblichen Form durch die Botschafter in Konstantinopel prüfen zu lassen.

Im einzelnen bemerkte ich dem Grafen Lanza: die Frage, ob eine Erneuerung der Blutszenen in Konstantinopel verhindert werden könnte, hänge in erster Reihe von dem armenischen Revolutionskomitee ab. Den Mächten werde ein Einfluß in dieser Beziehung nur insoweit zustehen, als sie dem Sultan raten könnten, Militär und Polizei in der Hauptstadt derart zu verstärken, daß die Mitwirkung der Massen bei Unterdrückung etwaiger fernerer Aufstände nicht mehr nötig sei. Solche Ratschläge seien dem Sultan erst neuerdings von unserer Seite in dringender Weise erteilt worden.

Was dann die sogenannte „armenische Frage" beträfe, so glaubte ich, daß wir dieselbe von den Pourparlers besser ausschließen müßten. Der Gedanke, den Armeniern eine Autonomie oder sonst bevorzugte Stellung einzuräumen, scheitere schon an der Tatsache, daß die Armenier in allen türkischen Provinzen sich in der Minorität befinden. Eine Lösung der „armenischen Frage" in diesem Sinne würde einer Auflösung des Türkischen Reiches gleichkommen; auch werde Rußland in dieser Beziehung entschiedenen Widerspruch einlegen. Ich glaubte den leitenden Gedanken des Marquis Visconti Venosta richtig zu erfassen, wenn ich annehme, daß es sich hier wesentlich um allgemeine, alle Bevölkerungsklassen umfassende Reformen handle, und daß unter der „garantie sûre" und dem „concours direct" der Mächte ausschließlich moralische Mittel der Einwirkung zu verstehen seien.

Graf Lanza bestätigte diese letztere Auffassung.

Marschall

Anlage

Der italienische Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Übersetzung
Abschrift, vom italienischen Botschafter in Berlin am 14. Oktober dem Auswärtigen Amt übergeben

Rome, ce 9 octobre 1896

Les inquiétudes qu'on a eu jusqu'à ces derniers jours à l'égard de Constantinople semblent diminuer. D'aprés les rapports de l'am-

bassadeur du Roi tout indice de nouveaux attentats de la part des agitateurs arméniens serait disparu; d'autre part, les avertissements donnés par les Puissances auraient fait au Palais un effet assez considérable de sorte que l'on pourrait nourrir la confiance que si un attentat semblable à ceux du mois d'août dernier se renouvelait, la répression ne serait pas aussi aveugle et cruelle qu'elle l'a été alors.

Mais le calme actuel ne saurait aucunement justifier la diminution d'intérêt et de vigilance de la part des puissances: ce calme, au contraire, devrait fournir l'occasion à l'étude approfondie des éventualités qui pourraient se produire dans un avenir plus ou moins éloigné, ainsi que des moyens à mettre en pratique pour éviter tout danger futur.

Le premier point à examiner est celui qui se réfère à l'éventualité que dans la capitale de l'Empire se renouvellent les scènes de sang d'il y a peu de semaines. Nous ne savons pas si les autres Cabinets ont échangé leur manière de voir à cet égard: mais il est à supposer que chaque Cabinet, pour son propre compte, ait pris en examen une telle éventualité, et ait déjà arrêté les mesures destinées à protéger ses nationaux et les intérêts de l'humanité ainsi qu'il ait fait parvenir les instructions nécessaires au commandant de son escadre. Mais ces instructions, conseillées par l'urgence du moment pourraient peut-être avoir besoin d'être reprises en examen par chaque Cabinet, même au point de vue de la situation générale en Europe, en ces moments de tranquillité relative. Je désire donc que Votre Excellence veuille entretenir sur cet argument S. E. Mr. le Secrétaire d'Etat et me fournir des indications aussi précises que possible sur sa manière de voir.

Ce dont j'ai parlé, jusqu'ici ne représente ni le côté seul ni le côté le plus important du grave problème qui menace l'Orient. Lors même que l'éventualité de graves désordres à Constantinople serait écartée par des accords et par les mesures nécessaires il resterait encore à resoudre la question arménienne — question dangereuse qui s'étend désormais à toutes les parties de l'Empire — si les différentes provinces, notamment celles de l'Anatolie, ne seront organisées mieux et plus sûrement. Les réformes octroyées par le Gouvernement turc dans le courant du mois d'octobre dernier aux six provinces de l'Anatolie n'ont aucunement atteint leur but. Je n'examine pas si elles étaient intrinsèquement insuffisantes: je me borne à exprimer l'avis que, probablement, elles n'ont pas été pratiquement efficaces parcequ'elles ont été adoptées sans le concours direct des Puissances et, par ce fait même, sans la garantie sûre qu'un tel concours aurait offert soit vis-à-vis des populations soit vis-à-vis des autorités appelées à les appliquer. A l'état des choses, il serait peut-être utile que les Puissances, en ces moments de calme

relatif, reprissent en examen la question à l'objet de considérer si s'il serait prévoyant de tomber d'accord avec la Turquie sur les mesures aptes à régler définitivement la question plutôt que d'abandonner l'avenir à son sort. Cette méthode, dont l'expérience a été faite avec un si excellent résultat à l'égard de Crète, est tout spécialement recommandable au bon accueil des Puissances: en pratique il ne sera pas impossible de trouver un modus procedendi qui permette aux Puissances d'intervenir dans les décisions du Gouvernement turc sans en blesser les susceptibilités ou nuire à son prestige.

Je n'ai exposé qu'une manière de voir — je ne fais pas de proposition — que je voudrais soumettre à l'appréciation des deux Cabinets alliés: je n'en parle donc qu'à Vous et à Votre collègue à Vienne. Lors même que cet échange de communication, très confidentiel, n'aboutirait à une conclusion concrète, il nous serait toujours très agréable et très utile de connaître le fond de l'opinion des deux Gouvernements alliés sur cet argument très important, au sujet duquel nous n'avons pas eu l'occasion, en ce dernier temps, de sonder leur pensée.

Veuillez donc entretenir le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères sur ce qui précède: il ne s'agit point d'une initiative formelle de notre part mais d'un échange de vues pur et simple qui nous est conseillé par le désir de procéder d'accord avec nos alliés.

(signé) Visconti Venosta

Nr. 3066

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 92 Rom, den 23. Oktober 1896

Der Minister Marquis Visconti Venosta sprach mir seinen Dank für die Antwort aus, welche der Herr Staatssekretär dem italienischen Botschafter in Berlin mit Bezug auf die italienische Sondierung über unsere Stellung zur orientalischen Frage erteilt hat. Als ich in dieser Beziehung den Gedankengang des hohen Erlasses Nr. 930* vom 15. d. Mts. rekapitulierte, erklärte sich Herr Visconti mit demselben einverstanden. Sein Erlaß vom 9. d. Mts. an Graf Lanza sei nur von dem Wunsche eingegeben gewesen, mit den Dreibundsverbündeten in vertraulicher Fühlung zu bleiben. Er sei aber wie wir der Ansicht, daß ein gemeinsames Vorgehen der sechs Signatarmächte in Konstantinopel gesonderten Pourparlers unter den Dreibundsmächten vorzuziehen wäre. Seine Leitsterne gegenüber der orientalischen Ver-

* Siehe Nr. 3065.

wickelung wären die Aufrechterhaltung des europäischen Konzerts und die Vermeidung ernstlicher Komplikationen im europäischen Osten. Der Gedanke liege nahe, daß, nachdem es möglich gewesen sei, zu sechs die kretische Frage, wenn nicht endgültig zu lösen, doch ihres akuten Charakters zu entkleiden*, es auf diesem Wege auch gelingen könnte, in der Türkei generelle Reformen durchzuführen. Allerdings wären solche Reformen für das Gesamtgebiet der Türkei schwerer zu realisieren als für einen abgegrenzten Bezirk, wie die Insel Kreta. Es sei bedauerlich, daß sich in der Türkei so manche Greuel nicht hätten verhindern lassen, aber die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens und zu diesem Zweck die möglichst lange Fristung des Lebens der Pforte blieben die Hauptsache.

B. von Bülow

Nr. 3067

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 173 Wien, den 24. Oktober 1896

Ich habe nicht verfehlt, den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 948 vom 18. d. Mts., welcher eine die orientalischen Wirren betreffende Anregung des Marquis Visconti Venosta** zum Gegenstand hatte, zur Kenntnis des Grafen Goluchowski zu bringen. Der Herr Minister erklärte, vollkommen mit dem darin gekennzeichneten Standpunkt der Kaiserlichen Regierung übereinzustimmen und fügte hinzu, er habe dem Grafen Nigra, als dieser ihm die entsprechende Mitteilung gemacht, in gleichem Sinne geantwortet. Er sei stets gegen alle Separataktionen in orientalischen Fragen gewesen, die, wie der armenische Dreibund gelehrt, nur zum Hinschlachten von hunderttausend Menschen ohne jede Errungenschaft geführt. Auch teile er die Auffassung, daß es falsch sei, besondere Begünstigungen für einzelne Gebietsteile zu verlangen; er habe den Standpunkt, daß Reformen besser für den Gesamtbesitz der Türkei anzustreben und zu erreichen seien. Besondere Instruktionen an die Flottenführung seien auch überflüssig, da diese doch nichts helfen könnten, außer durch eine Einfahrt in die Dardanellen, was dann die ganze orientalische Frage ins Rollen bringen würde.

Das Zusammengehen der Botschafter in Pera habe sich in der kretischen Frage*** außerordentlich bewährt, und so ist der Herr Mi-

---

* Vgl. Kap. LXXVII.
** Siehe Nr. 3065.
*** Vgl. Kap. LXXVII

nister des Äußern auch jetzt wieder bereit, an ähnlichen Beratungen und Bestrebungen sich zu beteiligen, falls alle Mächte entschlossen sind, mitzumachen.

In diesem Sinne habe er die Anregung Lord Salisburys* beantwortet und freue sich, durch eine Depesche aus Petersburg zu erfahren, daß Herr Schischkin** auch bereit ist, sich anzuschließen und sogar auf dasjenige Gebiet, dem der Graf Goluchowski von jeher eine entscheidende Bedeutung beigelegt, das finanzielle, die Mitwirkung der Mächte zu erstrecken. Er habe diesen Gedanken von Anfang an verfolgt, derselbe sei an dem Widerstande des Fürsten Lobanow gescheitert, welcher allen Maßregeln abhold gewesen wäre, die den allmählichen, aber sicheren Verfall des Ottomanischen Reiches hätten aufhalten können. Etwas anderes habe Graf Goluchowski auch vorigen November nicht angestrebt***. Fürst Lobanow habe jedoch den Plan verfolgt, nach Ausbau der sibirischen Bahn die Orientfrage in Fluß zu bringen, die ihm dann wie eine reife Frucht in den Schoß fallen sollte. Durch seine letzten Bemerkungen hier in Wien über Ägypten† habe der verstorbene russische Staatslenker deutlich verraten, in welcher Richtung seine Absichten lägen, da der Suezkanal doch ohne den Bosporus nichts nützen könne.

Auf meine Frage, ob sich der Herr Graf irgendwelchen Erfolg verspräche von Beratungen der Botschafter am Goldenen Horn über die türkischen Finanzen, entgegnete derselbe, daß der Hebel unbedingt an diesem Punkt eingesetzt werden müsse, da alle anderen Reformen sonst nichts nützen würden. Das Übel läge in der mangelhaften Art der Steuereintreibung und der nachherigen Verteilung der Einkünfte. Die Botschafter könnten, da Rußland jetzt beistimme, sich zusammen bemühen, Wandel zu schaffen.

Der Graf betonte wiederholt, er mache nur mit, wenn alle sich anschließen und benutzte diesen Anlaß zur erneuten Lüftung seines Herzens über den rechtzeitigen Heimgang des Fürsten Lobanow.

---

* Gemeint ist die Zirkulardepesche Lord Salisburys vom 20. Oktober, die die Reformfrage vor das „europäische Konzert" zu bringen strebte. In der Depesche, die sich trotz Salisburys gegenteiligen Neigungen auf den Boden der Integrität der Türkei stellte, war einmal angeregt, daß die sechs Großmächte ihre Konstantinopeler Botschafter zu Beratungen über die Herbeiführung geordneter Zustände in der Türkei zusammentreten lassen sollten, dann aber — und das war die pièce de resistance —, daß die Mächte sich im voraus über den Grundsatz verständigen sollten, „that their unanimous decision in these matters is to be final and will be executed up to the measure of such force as the Powers have at their command". Siehe den Text der Zirkulardepesche, die am 27. Oktober vom englischen Botschafter in Berlin im Auswärtigen Amt überreicht wurde, in: „Das Staatsarchiv", Bd. 59, S. 268 ff.

** Vorläufiger Verweser des russischen Außenministeriums seit Fürst Lobanows Tod (30. August 1896).

*** Vgl. Bd. X, Kap. LXII, A, Nr. 2488 ff.

† Vgl. Bd. XI, Kap. LXVII, Nr. 2747.

Schischkin sei ein „Esel“ und ihm lieber als jener, dem er stets mißtraute, und vor dem auch Graf Kálnoky wenige Monde nach seinem Rücktritt ihn gewarnt mit den Worten: „Sie, passen Sie mir auf auf den Lobanow.“

C. M. Lichnowsky

Nr. 3068

Der Geschäftsträger in London Prinz von Hohenlohe-Oehringen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 174 London, den 28. Oktober 1896

Auf den mittelst Zirkularnote an die englischen Botschafter bei den Großmächten gemachten Vorschlag Lord Salisburys zur Regelung der armenischen Frage* ist von St. Petersburg die Antwort eingegangen, Herr Schischkin habe erklärt, die Sache dem Zaren vortragen zu wollen, und gleichzeitig geäußert, es würden seiner Ansicht nach im Prinzip keine Bedenken gegen den Vorschlag zu erheben sein. Eine Antwort Frankreichs ist noch nicht eingegangen. Sir Th. Sanderson** glaubt annehmen zu können, daß diese sich mit der russischen Antwort decken werde. Österreich gleichwie Italien haben ihre Zustimmung zu dem Vorschlage unter gewissen Voraussetzungen ausgesprochen.

Hohenlohe

Nr. 3069

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 251 St. Petersburg, den 29. Oktober 1896

Herr Schischkin teilte mir heute, Mittwoch, einen Vorschlag Lord Salisburys mit***, welcher dahin ging, seitens aller Mächte Mittel und Wege zu finden, um unter Wahrung der Integrität der Türkei der dortigen Mißwirtschaft und Anarchie ein Ende zu machen.

Herr Schischkin antwortete dem englischen Geschäftsträger†, er würde den Vorschlag Seiner Majestät dem Kaiser unterbreiten; als seine persönliche Ansicht müsse er aber bemerken, daß die Inte-

* Vgl. Nr. 3067, S. 217, Fußnote *.
** Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office.
*** Gemeint ist die Zirkularnote Lord Salisburys vom 20. Oktober.
† W. E. Goschen.

grität des Türkischen Reiches durch die Besetzung Cyperns und Ägyptens von vornherein verletzt sei. Auch ließ er ein Wort über die Neutralisierung des Suezkanals als wünschenswert fallen.

Graf Maffei* sagte mir, er habe eine ähnliche Mitteilung des Lord Salisburyschen Vorschlags von seiner Regierung erhalten.

Herr Schischkin erwähnte mir im Laufe des Gesprächs, daß er in Paris mit Herrn Hanotaux übereingekommen wäre, um der türkischen Unordnung und der Geldverschwendung zu steuern, einen Vorschlag zu machen, wonach die türkischen Einnahmequellen und die Ausgaben des Staats einer Kontrolle der Mächte unterstellt würden, wie dies bei der Staatsschuldenverwaltung der Fall ist. Am zweckentsprechendsten wäre es nach seiner Ansicht, die Befugnisse der commissaires de la dette publique auch auf die Kontrolle der Verwendung aller Einnahmen des Staats auszudehnen.

Ich vermute, daß diese Idee, welche Herr Schischkin als die seinige hinstellt, von Herrn Hanotaux ausgeht, der überhaupt die Führerrolle vom Fürsten Lobanow übernehmen zu wollen scheint.

Radolin

Nr. 3070

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 Rom, den 2. November 1896

Herr Visconti Venosta sagt mir, er habe meinem englischen Kollegen auf die jüngste englische Zirkularnote betreffend Botschafterbesprechungen in Konstantinopel behufs Herbeiführung geordneter Zustände in der Türkei** erwidert, daß Italien sich gern jeder Demarche anschließen würde, über welche sich die übrigen Großmächte einigten. Aus eigener Initiative fügte der Minister des Äußern hinzu, er höre aus St. Petersburg, daß Herr Schischkin dem englischen Vorschlage nicht von vornherein ablehnend gegenüberstände.

Herr Visconti Venosta betonte bei diesem Anlaß, wie ihm vor allem die Aufrechterhaltung des europäischen Konzerts am Herzen liege. Wenn die fortschreitende Auflösung des Ottomanischen Reichs und die Kurzsichtigkeit der türkischen Regierung Anlaß zu Sorge böte, so scheine ihm andererseits die Einigkeit unter den Großmächten jetzt weniger Gefahr zu laufen als in früheren Phasen der orientalischen Frage.

Der italienische Minister des Äußern begrüßt die englische Zirkularnote als ein ihm erfreuliches Symptom dafür, daß England sich

---

* Italienischer Botschafter in Petersburg.
** Vgl. Nr. 3067, S. 217, Fußnote *.

nicht vom europäischen Konzert trennen wolle. Er gibt zu, daß das Einvernehmen unter den Großmächten möglicherweise nicht standhalten würde, wenn es sich darum handeln sollte, gemeinsame Beschlüsse derselben gegen den Willen der Pforte gewaltsam durchzuführen. Herr Visconti Venosta ist jedoch der Ansicht, daß, wenn sich die Mächte in der Theorie über die unerläßlichen Reformen einigen und hierbei jeden Anschein von Zwiespalt zwischen einzelnen Mächten und Gruppen von Mächten vermeiden würden, die Türkei es nicht auf Widerstand gegen den gemeinsamen Willen aller Großmächte ankommen lassen dürfte.

Bülow

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Eine Conferenz über die Orientfrage vor einem Kriege ist ein Unsinn auf den ich mich nicht einlassen werde!

Nr. 3071

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Grabowo

Telegramm. Entzifferung

Neues Palais, den 12. November 1896

Selbst zu entziffern.

Der aus Paris soeben angelangte Großfürst Wladimir ist sehr aufgeräumt und in rebus politicis mitteilsamer denn je. Unaufgefordert erklärte er, daß in Paris die Leute, wenn auch voll Begeisterung über den Zarenbesuch*, dennoch völlig ruhig und vernünftig seien und nichts Böses im Schilde führten. pp. — Er erwähnte sodann, daß ihn der Minister Hanotaux unaufgefordert um eine Audienz ersucht habe, die er ihm bewilligt habe. Er sang das Lob des „hervorragenden und vortrefflichen Staatsmannes" in allen erdenklichen Tonarten. Auf meine Frage, warum Herr Hanotaux ihn aufgesucht hätte, erfolgte die Antwort, c'est à cause Constantinople. Ich muß ein sehr verdutztes Gesicht gemacht haben, denn der Großfürst sah mich seinerseits verwundert an. Ich: „Aber was ist denn da los? Ich denke, es ist alles in Ordnung und geregelt." Wladimir: „Es scheint doch nicht, die Dinge sehen da kraus aus. Noch ist da nichts los. Herr Hanotaux hat große Besorgnis vor den Engländern, die ihre gesamte Mittelmeerflotte vor den Dardanellen zusammengezogen haben und dazu bis in die letzten Tage fortwährend verstärkt haben." Ich: „Befürchtet Herr Hanotaux einen zweiten armenischen Putsch mit etwaiger Anrufung Englands seitens der Ruhestörer?" Wladimir: „Bestimmtes

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2865 f.

hat er nicht angegeben, er äußerte aber Befürchtungen vor einem englischen Handstreich.“ Ich: „Ein Handstreich auf Stambul erfordere Forcierung der Dardanellen, was Zeit und Schiffe kosten und eben von Lord Salisbury geleugnet worden ist. In solchem Falle seid Ihr ja viel früher darin.“ Wladimir: „Jawohl, das stimmt, ich habe Herrn Hanotaux auch darüber beruhigt und ihm gesagt, wir hätten alle militärischen Vorbereitungen getroffen, um einem coup de main zuvorzukommen, und halten alle Truppen dazu bereit; im übrigen ist Dir das ja auch wohl bekannt. Zudem ist es jetzt gerade ein Jahr her, daß ich bei Dir in Letzlingen auf Jagd war, und fortwährend Depeschen bei Dir einliefen über die großen Massakers in Armenien. Schon damals berichtete sowohl der deutsche als der französische Konsul, die Massakers müßten doch wohl ursprünglich vom Sultan angestellt worden sein. Der Zar hat die Sache untersuchen lassen und die Richtigkeit der Angaben vollkommen bestätigt gefunden. Der Sultan steckt hinter all diesen Massakers. England steckt da auch mit darunter durch seine armenischen Komitees und hat sich redlich bemüht, uns andere deswegen aneinander zu hetzen. Gott sei Dank ist ihm das nicht gelungen.“ Ich: „Bloß weil die Kontinentalmächte endlich einmal fest zusammenhielten, ist schweres Unheil verhütet worden. Möge das in Zukunft auch so bleiben, und kein Großstaat sich bereit finden lassen, für Englands Interessen seine Armee einzusetzen.“ Wladimir: „England versucht überall uns hineinzulegen und unsere Politik zu kreuzen. Von den Generalstabsoffizieren der Grenzkommission an der Pamirgrenze habe ich es noch neulich gehört, daß England dort fortwährend versucht hat, uns zu täuschen und zu hintergehen. Im übrigen resümiere ich, daß es sonst überall ruhig ist, zumal in Frankreich, und Du nicht besorgt zu sein brauchst. Tout tourne à présent autour de Constantinople.“

Dieser Satz steht in grellem Widerspruch zu den letzten Worten des Zaren in Wiesbaden, als er mir sagte: „I don't care a bit about Constantinople, My whole interest and My eyes are turned to China*.“ Sollte das stetige Drängen der Engländer und anderer europäischer Mächte nach endlich wirklicher Einführung von Reformen den Sultan nicht doch in die Verlegenheit gebracht haben, ernstlich mit solchen vorgehen zu müssen? Dieses hinwiederum den Zerfall der Türkei aufhalten? Und hierdurch also die russische Politik der sogenannten „reifen Frucht“** ins Unabsehbare ausgedehnt werden, da die Frucht dann eben nicht abfallen würde? Sollte man daher in St. Petersburg, ehe man das Verbessern der Türkei durch Reformen zugebe, entschlossen sein, die Frucht abzupflücken, statt sie sich reif in den Schoß fallen zu lassen?

Wilhelm I. R.

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2868.
** Vgl. Nr. 3067.

Nr. 3072

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 278 St. Petersburg, den 20. November 1896

Wie ich bestimmt erfahre, hat Kaiser von Rußland den sonst annehmbar scheinenden Vorschlag Lord Salisburys wegen gemeinsamer Aktion in Konstantinopel mit der Motivierung abgelehnt, daß er als Autokrat sich damit nicht einverstanden erklären könne, an etwaigen Koerzitivmaßregeln gegen einen befreundeten autokraten Souverän sich zu beteiligen.

Graf Maffei zeigte mir ein Telegramm seiner Regierung, wonach Lord Salisbury erklärte, die ganze Wirksamkeit seines Vorschlags wäre nichtig, wenn Rußland sich nicht zu den etwa nötig werdenden Zwangsmaßregeln verpflichten sollte. Wenn Rußland Reserven machte, hätte das englische Kabinett nichts weiter vorzuschlagen, überließe aber Rußland die Verantwortlichkeit.

Radolin

Nr. 3073

Der Generalkonsul in Kairo Gesandter Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Kairo, den 25. November 1896

Als ich mich bei meiner Rückreise nach Ägypten der Schiffsverbindung wegen noch einige Tage in Konstantinopel aufhielt, hatte ich Gelegenheit, ein Bild von der dortigen Stimmung zu gewinnen. Für den Fremden, welcher sich das Straßenleben in Konstantinopel ansieht, Fahrten auf dem Bosporus und Wanderungen in die Umgegend macht, ist nichts Auffälliges zu bemerken, was auf Fanatismus der muselmanischen Bevölkerung oder Beängstigung unter den Christen schließen ließe. Äußerlich geht alles seinen gewohnten Gang, und dem Türken ist der Fremde heute ebenso gleichgültig wie vor einem Jahr.

Die Botschafter, wohl noch unter dem frischen Eindruck der letzten Bluttaten, sehen schwarz und haben das Gefühl, daß es ihnen und den übrigen Christen eines Tages ähnlich ergehen könne wie den Armeniern.

Die besser situierten Türken verabscheuen das Regime des jetzigen

Sultans und würden es wahrscheinlich gar nicht ungern sehen, wenn die europäischen Panzerflotten sich vor Jildis legten, um ihm die Bedingungen für eine gerechtere Herrschaft vorzuschreiben oder um einen neuen Sultan einzusetzen. Die Unzufriedenen unter den Türken, und ihre Zahl soll sehr groß sein, wollen natürlich kein dauerndes europäisches Eingreifen in die Verhältnisse der Türkei noch Reformen im Sinne des Abendlandes, welche nun einmal mit den Lebensgewohnheiten der muselmanischen Welt unvereinbar sind und für dieselben ebensogut oder schlecht passen würden, wie etwa das Harem in England oder die Errichtung einer Theokratie in den Vereinigten Staaten, sie würden aber voraussichtlich durch einen Gewaltakt Europas den Mut zur Auflehnung finden in der Hoffnung, die verhaßte Palastclique zu vertreiben und auf die verantwortlichen Posten geachtetere und mehr frei wirkende Männer zu bringen. Der Türke fühlt, daß Reformen, wie er sie wünscht, von dem jetzigen Sultan ohne Gewalt nicht zu erlangen sind, und da ihm selbst die Machtmittel fehlen, so setzt er seine Hoffnung auf die Panzerschiffe der ihm nichtsdestoweniger verhaßten Christen. Auch Europa fühlt längst, daß mit der Diplomatie bei dem Sultan nichts zu machen ist. Das sogenannte europäische Konzert ist zum Kindergespött geworden. Geschieht eine Schreckenstat in der Türkei, so macht Europa Miene, als ob es sich zu gemeinsamem Handeln aufraffen wolle. Der Sultan verspricht dann schleunigst, daß es nicht wieder geschehen solle; inzwischen tritt die Eifersucht der Mächte auf einander wieder in ihre alten Rechte ein, und Europa beruhigt sich allmählich wieder bis zum nächsten Falle. Der Sultan kennt dies aus alter Erfahrung und sündigt ruhig weiter, der Einflüsterung Izzet Beys vertrauend, daß es doch nie zu einer Einigung unter den Mächten kommen werde. (Übrigens soll Izzet Beys Stern im Sinken und ihm im Palast ein Spion zur Seite gegeben worden sein: ein sicheres Zeichen, nach Ansicht eingehender Kenner der Türkei, von dem Schwinden der großherrlichen Gunst.)

Der Sultan spielt trotzdem ein gewagteres Spiel als früher, wenn er nicht in Rechnung zieht, daß Europa, verletzt in seinen Gefühlen durch die armenischen Greuel, müde der orientalischen Frage, welche es seit Jahrzehnten nicht hat zur Ruhe kommen lassen und welche heute mehr als je seine Machtverhältnisse im Schach hält — an Elsaß-Lothringen sind nur zwei Großmächte, an dem endgültigen Schicksal des Balkans aber alle direkt oder indirekt wesentlich beteiligt — eines Tages unter dem Impuls des Augenblicks seine sehr berechtigte Scheu vor Anrührung der orientalischen Frage vergessen und den Knoten mit dem Schwerte durchschlagen könnte. Während bis vor nicht langer Zeit die Behandlung der Balkanfrage sich auf dem diplomatischen Schachbrett vollzog, ist seit den armenischen Greueln ein neues emotionelles Element hineingetragen worden, dem sich unter Umständen auch die Regierungen nicht werden entziehen können.

Bei dieser ohnehin prekären Lage der Dinge, in einem Augenblick, wo zwar niemand die Verantwortung auf sich nehmen will, den Brand zu entfachen, wo aber jeder mehr und mehr sich dem Eindruck hingibt, daß es lange nicht mehr so weitergehen kann und unvorhergesehene Zwischenfälle die Mächte plötzlich zu dem Entschluß tatkräftigen Einschreitens, ungeachtet der Gefahren, welche sich daraus für ihre gegenseitigen Beziehungen ergeben mögen, zwingen können, wendet sich Lord Salisbury mit einem Vorschlag* zur Regelung der Verhältnisse der Türkei an die Mächte, der, wenn er von denselben ernstlich in Angriff genommen worden wäre, da die Ausführung desselben die Anwendung von Gewalt voraussetzt, den Anfang vom Ende der Türkei gebildet haben würde. Als Herr Schischkin sich anfangs nicht abgeneigt zeigte, auf den Vorschlag einzugehen, konnte es den Anschein gewinnen, als ob Rußland seine bisherige Politik des Abwartens habe aufgeben wollen und den Moment für gekommen erachtet habe, die orientalische Krisis zu beschleunigen. Seitdem scheint sich indessen klar herauszustellen, daß es keineswegs im Sinne hat, von seiner bewährten Orientpolitik abzuweichen und auf den englischen Vorschlag zu hören. Damit ist dieser Benjamin der Salisburyschen Politik eines frühzeitigen Todes gestorben, und es scheint selbst fraglich, ob er ein anständiges Begräbnis findet.

Parallel mit dem englischen trat ein französisch-russischer, nicht klar definierter, unbestimmt gebliebener Vorschlag zur Regelung der türkischen Finanzen zu Tage**. Das französische Kapital soll in der Türkei mit ein und einer halben Milliarde Franken beteiligt sein. Die haute finance in ihrer jetzigen Gestaltung ist eine der wenigen Einrichtungen, an denen sich der unruhige Franzosengeist bis jetzt noch nicht vergriffen hat, und ihr Einfluß auf die jeweilige Regierung ist größer als in anderen Ländern. Bei der verzweifelten Finanzlage der Türkei und der Bekümmernis der französischen haute finance lag es nahe, daß sich Herr Hanotaux Hülfe suchend an seinen russischen Kollegen wandte. Es wäre interessant, zu erfahren, in wie weit der französische Wunsch nach Sanierung der türkischen Finanzen durch Errichtung einer europäischen Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben des türkischen Staates russischerseits ernstlich unterstützt wird. Rußland kann nicht wünschen, daß von Europa garantierte, die türkische Staatsgewalt beschneidende Einrichtungen entstehen, welche bei der dereinstigen Liquidierung als unantastbare Legate der Erbschaftsmasse entzogen werden. Es hat ferner stets vermieden, in den Zersetzungsprozeß der Türkei hemmend oder fördernd einzugreifen; es will demselben vielmehr freien Lauf lassen, um, wenn das Chaos vollständig ist, ein freies Feld zu finden. Nichts ist ihm daher so un-

---

* Vgl. Nr. 3067, S. 217, Fußnote *.

** Vgl. Nr. 3069.

bequem, als wenn Europa festen Fuß in der Türkei faßt. Aus dem gleichen Grunde sträubt es sich gegen die Öffnung der Meerengen für alle und zieht vor, wenn dieselben geschlossen bleiben, sogar wenn es selbst nicht hindurch kann. Die Türken sollen nichts veräußern, was als russisches Anrecht auf die Zukunft aufgefaßt wird.

Ich bezweifle aus diesen Gründen, daß die russische Regierung die französischerseits gewünschte Finanzkontrolle aufrichtig befürwortet. Sollte es dazu kommen, daß eine andere Macht, etwa Österreich, die französische Regierung in der Finanzkontroll-Frage unterstützt, so würde sich hierbei wohl bald ein Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich herausstellen. Vorläufig kann Rußland nicht gut umhin, so zu tun, als ob es bereit sei, seinem Freunde in der türkischen Finanzfrage zur Seite zu stehen. Auch ist es mit seinen Interessen leicht vereinbar, im Verein mit Frankreich dem Sultan Reformversprechungen, nach Art der jüngst gemachten*, abzugewinnen. Versprechungen sind noch keine Taten, und selbst wenn einige unschuldige Armenier in Freiheit gesetzt und andere nicht festgenommen werden, so würde dies nicht der russischen Politik des Verfallenlassens im Wege stehen. Die in Frankreich mit Stolz verkündeten letzten russisch-französischen Erfolge beim Sultan, welche die Franzosen mit Genugtuung erfüllen, sind geeignet, ihnen Sand in die Augen zu streuen und sie für den Augenblick von den unbequemeren Anforderungen, welche sie an die russische Freundschaft stellen, abzulenken. Hierdurch wird außerdem der sowohl Russen wie Franzosen erwünschte Zweck erreicht, die englische Proposition in den Hintergrund zu drängen, sie lahm zu legen und der Welt, in diesem Falle insbesondere England, zu zeigen, was Frankreich und Rußland, Hand in Hand, nicht alles vermögen.

Während so die französisch-russische Diplomatie Europa mit einem wenn auch nur oberflächlichen Erfolg überrascht, kommt der englische Vorschlag nicht über seine Anfangsstadien hinaus. Wenigstens stand es so damit, als ich Konstantinopel im Beginn dieses Monats verließ, und seitdem scheint er auch keine Fortschritte gemacht zu haben. Von den beiden Hauptteilen des englischen Vorschlages, erstens, es den Botschaftern zu überlassen, dem Sultan gemeinsam Maßregeln zur Regelung und Ordnung der Verhältnisse in der Türkei vorzuschlagen, und zweitens, eine Einigung zu erzielen, daß die Durchführung der vorgeschlagenen Maßregeln nötigenfalls mit Anwendung von Gewalt erzwungen werde, ist dieser letzte Teil augenscheinlich der wichtigere. Von diesem war aber noch gar keine Rede in Konstantinopel, sondern selbst die Einigung über das unschuldigere Mittel

* Nach Hanotaux' eindringlicher Rede in der französischen Deputiertenkammer vom 3. November 1896 hatte der Sultan sich beeilt, dem französischen Botschafter Cambon neue Versprechungen in der armenischen und der Reformfrage zu geben. Vgl. Kap. LXXIII, Nr. 2908, Fußnote.

der Beratungen zum Zwecke des Vorschlages von gemeinsamen Maßregeln wollte nicht recht vom Flecke kommen und wurde von den einzelnen Botschaftern so verschieden aufgefaßt, daß schließlich von dem Inhalt der Salisburyschen Anregung wohl wenig übrig bleiben wird.

Ich hatte Gelegenheit, mit einigen der Botschafter, welche ich persönlich kannte, eingehende Unterhaltungen zu führen.

Sir Philip Currie plagt der Ehrgeiz. Er will in Konstantinopel eine Rolle spielen. Er führte triumphierend an, daß nun endlich auch Herr von Nelidow, wie ihm dieser selbst vor seiner Abreise nach Petersburg gesagt habe, von der Notwendigkeit durchdrungen sei, den immer gefährlicher sich gestaltenden Zuständen in der Türkei durch gemeinsames Auftreten der Mächte Halt zu gebieten. Sir Philip nahm daher auch an, daß Herr von Nelidow in Petersburg im Sinne der Salisburyschen Propositionen wirken werde. Ich ließ ihn bei diesem Glauben, suchte dagegen von ihm zu erfahren, wie er die Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reiches mit der, nach dem Salisburyschen Programm von den Mächten zu erwirkenden, gewaltsamen Durchführung geregelter Zustände in demselben zu vereinigen dachte. Ich suchte gerade diesen Punkt mit ihm zu erörtern, um aus seinen Äußerungen einige Klarheit über die Ziele der englischen Orientpolitik zu gewinnen. Integrität der Türkei und gewaltsame Durchführung von Reformen ist auf den ersten Blick ein solcher Widerspruch, daß man geneigt sein konnte anzunehmen, daß Lord Salisbury ihn in der Absicht formuliert habe, die orientalische Frage mit allen ihren Konsequenzen anzuschneiden, oder aber durch Verhandlungen über dieselbe den Gegensatz der Interessen unter den Mächten wieder schärfer hervortreten zu lassen, um mit Bezug auf den Orient eine Teilung Europas in bestimmter gekennzeichnete Gruppen als jetzt herbeizuführen. Hierbei habe ich unberücksichtigt gelassen, daß Lord Salisbury mit seiner Zirkularnote an die Mächte zunächst die öffentliche Meinung in England hat mögen beruhigen wollen, welche von der englischen Regierung stürmisch ein Einschreiten zugunsten der Armenier verlangte.

Wenn aber Sir Philip Currie, wie ich annehme, die Ansichten seiner Regierung wiederspiegelt, so ist die Erklärung eine einfachere. Er erklärte nämlich, daß die Reformen für die Türkei, wie sie von einigen englischen Weltbeglückern geträumt würden, ein Unsinn seien. Die Türkei brauche keine neuen Einrichtungen und könne mit den vorhandenen ganz erträglich auskommen. Was erforderlich wäre, seien men not measures. Die richtigen Leute, an denen es in der Türkei auch nicht fehle, an die richtigen Stellen zu bringen, sei aber bei dem jetzigen Sultan nicht möglich, dessen Person er für alles Unheil verantwortlich machen müsse, welches die Türkei befallen habe. Unter den Ausdrücken, mit welchen Sir Philip den Sultan belegte, war „bloodthirsty monster“ nicht der heftigste.

Übrigens muß ich bemerken, daß ich niemandem in Konstantinopel begegnet bin, der über den Sultan nicht ebenso dächte wie der englische Botschafter, wenngleich dieser in der Ungeschminktheit seiner Ausdrucksweise obenan steht. Auch der ruhig denkende Baron Calice teilt dieses allgemein abfällige Urteil und glaubt, daß der Sultan seit den Tagen, wo ihn so bedeutende Männer wie Graf Hatzfeldt und Fürst Lobanow schätzten, seine bösen Instinkte entwickelt habe, und die feige Raubtiernatur in ihm hervorgetreten sei.

Sir Philip Currie nimmt nun an, daß eine gemeinsame Flottendemonstration im Bosporus genüge, um den Sultan zur Abdankung zu zwingen. Weit entfernt davon, daß ein solcher Schritt einen Aufstand unter den Mohammedanern hervorrufen würde, ist Sir Philip der Überzeugung, daß dieselben das Erscheinen europäischer Panzerschiffe vor Jildis mit Freuden begrüßen und mithelfen würden, diesen Tyrannen zu beseitigen. Bei der bekannten starken Abneigung des englischen Botschafters gegen den Sultan würde ich diese Äußerung desselben cum grano salis aufnehmen, wenn mir nicht auch von anderen unparteiischen Seiten bestätigt worden wäre, die Unzufriedenheit im Volk und unter den anständig denkenden Türken, welche unter der herrschenden Mißwirtschaft litten und den endgültigen Zerfall des Reiches mit reißenden Schritten herannahen sähen, sei so groß, daß sie die Intervention Europas zur Beseitigung des Sultans mit geheimer Sympathie ins Auge faßten. Diese Stimmung unter den Türken kann, falls Europa durch neue Ereignisse eines Tages gezwungen werden sollte, einzugreifen, allerdings von unberechenbarem Werte sein und dazu beitragen, den allgemeinen Brand, welcher andernfalls infolge europäischer Einmischung durch Entfesselung des mohammedanischen Fanatismus entstehen könnte, noch einmal zu dämpfen.

Auf meine an Sir Philip Currie gerichtete Frage, woher er, bei der vollständigen Abgeschlossenheit, in der ein Thronfolger in der Türkei gehalten werde, denn wisse, ob ein anderer Sultan besser sein werde als der jetzige, antwortete derselbe, der jetzige Sultan lasse sich durch niemanden beeinflussen und halte seine verantwortlichen Ratgeber fern. Dies werde sich bei dem jetzigen Sultan niemals ändern lassen. Bei einem anderen Sultan, wie immer derselbe auch veranlagt sein möge, werde man darauf dringen können, daß derselbe auf seine verantwortlichen Ratgeber, d. h. die Pforte, hören müsse, während diese jetzt eine politische Null sei, und nur die Palastrintriganten etwas zu sagen hätten. Auf die Mitglieder der Pforte würden dann auch die Vertreter der Mächte Druck ausüben und auf diese Weise ihren Einfluß wieder geltend machen können.

Hiermit wußte ich von Sir Philip Currie genug. Sein Programm lautet: Absetzung des Sultans durch die Mächte (nicht Einzelaktion Englands). Einsetzung eines neuen Sultans mit, seinem Herrn gegenüber starkem, Sir Philip Currie gegenüber gefügigem Großwesir;

hierdurch Wiedergewinnung des verlorengegangenen englischen Einflusses in Konstantinopel durch die Geschicklichkeit Sir Philip Curries, und er selbst die erste politische Rolle in Konstantinopel spielend.

Übrigens ist Sir Philip Currie, welcher das Salisburysche Programm als Stufe zu diesem Ziele ansieht, mit Feuereifer für dasselbe eingenommen. Die Botschafter, so führte er aus, könnten allein an Ort und Stelle wissen, was not täte; wenn stets erst die Regierungen gefragt werden müßten, so käme doch nie eine Einigung zustande.

Anders denkt Herr von Nelidow, und anders als bei Sir Philip Currie sprach er sich bei seinen übrigen Kollegen über das Salisburysche Programm aus. Nach Baron Calices* Ansicht, welcher mir mit der ihm anscheinend eigentümlichen Ausführlichkeit einen eingehenden Vortrag über die allgemeine politische Lage in der Türkei und das Salisburysche Programm im besonderen hielt, ist der russische Botschafter durchaus nicht gesonnen, in Petersburg die Erteilung von weitgehenden Befugnissen zu befürworten. Derselbe hege hiergegen prinzipielle Bedenken und habe ihm, Baron Calice, gesagt, er halte es für richtiger, wenn die Regierungen sich zunächst unter sich darüber einigen würden, welche Art von Vorschlägen die Botschafter nach gemeinsamer Beratung selbständig dem Sultan machen dürften. Baron Calice hat, wie er mir sagte, hierauf erwidert, auf die Art werde es wohl nie zu einer Einigung kommen. Der russische Botschafter, so fuhr Baron Calice fort, sei ebenso wie alle anderen Botschafter von der Notwendigkeit überzeugt, daß bald etwas geschehen müsse, wenn man den Ausbruch noch größeren und für den allgemeinen Frieden bedenklicheren Unheils vermeiden wolle. Er sei daher weiter in ihn gedrungen, um zu erfahren, welche Palliativmittel Herr von Nelidow in Bereitschaft halte. Dieser habe ihm, wie mir Baron Calice im Vertrauen sagte, schließlich als seinen letzten Gedanken ausgesprochen, er sei im Grunde nicht abgeneigt, Botschafterbeschlüsse herbeizuführen, „mais", habe Herr von Nelidow hinzugefügt, „il faudrait d'abord procéder par élimination".

Herr von Nelidow will also zunächst eine Reihe von auf die Türkei bezüglichen Fragen festgestellt wissen, welche der gemeinsamen Diskussion und Beschlußfassung durch die Botschafter entzogen bleiben sollen. Über den Rest, welcher vermutlich im Geiste des Herrn von Nelidow nicht allzu umfassend sein darf, sollen die Botschafter dann selbständig beraten, beschließen und dem Sultan Vorstellungen machen dürfen. Über die Erzwingbarkeit der Vorstellungen hat sich Herr von Nelidow nicht ausgesprochen. Derselbe ist anscheinend gewillt, das den türkischen Staatskörper schützende Gewand zu stopfen und zu flicken, damit es nicht zu früh zerreiße. Für die Herbeischaffung eines dauernden neuen Gewandes will er dagegen nicht die Hand reichen.

* Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

Der französische Botschafter*, welchen ich, ebenso wie Herrn von Nelidow, nicht persönlich gesehen habe, hat, Baron Calice zufolge, sich sehr zurückhaltend mit Bezug auf die englischen Vorschläge geäußert. Auf die Frage des österreichischen Botschafters, weshalb Herr Cambon denselben nicht näher treten zu wollen scheine, hat dieser erwidert, wenn Fragen, welche das Türkische Reich beträfen, verhandelt werden sollten, so müsse vor allem die ägyptische Frage in den Bereich der Verhandlungen hineingezogen werden.

Was Baron Calice selbst anbetrifft, so hat er, wie übrigens auch alle seine Kollegen, den dringenden Wunsch, dem Ausbruch neuer Unruhen vorzubeugen, und er hält es für ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, daß den Botschaftern, entsprechend dem englischen Vorschlage, Freiheit der Bewegung gegenüber dem Sultan gelassen werde. Er stimmt aber darin mit seinem russischen Kollegen überein, daß es dabei besser zu vermeiden sei, Fragen aufzuwerfen, welche die Zukunft präjudizieren könnten und über welche doch keine Einigung zu erwarten sei. Baron Calice verspricht sich zwar keine durchgreifenden Erfolge, so doch Nutzen von einer selbständigen Beschlußfassung der Botschafter und nimmt ferner an, daß Europa infolge andauernder gemeinsamer Besprechung mit größerer Ruhe an die schwierigen Probleme des Orients herantreten werde. Er ist ferner der Ansicht, daß der Schwerpunkt der Orientpolitik von Konstantinopel nach Ägypten verlegt worden sei. Englands Interesse an Konstantinopel sei aus strategischen Gründen geringer geworden. Seine Mittelmeerflotte sei zwar der Flotte seiner eventuellen Gegner überlegen. Die Forcierung der Dardanellen würde ihm aber einige Schiffe kosten, wodurch sein Übergewicht über seine etwaigen Gegner im Mittelmeer ausgeglichen sein würde. Die französische Flotte würde sich dann vor die Dardanellen legen und die englische nicht mehr hinauslassen. Englands Interesse konzentriere sich daher jetzt mehr auf Ägypten. Rußland suche ihm infolgedessen dort Schwierigkeiten zu bereiten**. An einer wirklichen Vertreibung der Engländer aus Ägypten sei Rußland jedoch wenig gelegen. Die Suezstraße brauche es zwar für die Seeverbindung nach Ostasien. In Friedenszeiten stehe der Suezkanal aber für Rußland wie für jeden anderen offen; in Kriegszeiten dagegen sei der Kanal überhaupt nichts wert, denn dann werde derselbe so wie so verschüttet werden. Die russische Diplomatie benutze die ägyptische Frage den Engländern gegenüber daher nur als Kompensationsobjekt und suche damit den Engländern die Nutzanwendung beizubringen: freie Hand für Rußland an den Meerengen, freie Hand für England am Nil.

So stellte sich das europäische Konzert vor vierzehn Tagen in

---

* Paul Cambon.

** Vgl. Bd. XI, Kap. LXVII.

Konstantinopel dar. Ob seitdem wesentliche Veränderungen eingetreten sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich möchte es bezweifeln. Das Konzert ist aufs Negative gerichtet. Sobald gehandelt werden soll, stellt sich bei den einen die Eifersucht, bei den andern die begreifliche Furcht vor den Folgen ein, welche auch wohl die weiseste Staatskunst nicht im voraus zu übersehen vermag. Daher scheinen auch alle, für den Augenblick wenigstens, mit Ausnahme vielleicht von England, darin einig zu sein, die letzte Katastrophe so lange wie möglich hinauszuschieben. Wie lange dies gelingen wird, hängt wohl zum größten Teil vom Zufall ab.

P. Metternich

Nr. 3074

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 205 Wien, den 3. Dezember 1896

Graf Goluchowski sprach sich von neuem ganz bestimmt dahin aus, daß er sich unter keinen Umständen an Vorschlägen zur Sanierung der türkischen Verhältnisse beteiligen werde, wenn er nicht Garantien für die Durchführung erhielte, und die Mächte nicht entschlossen seien, selbst mit Zwang ihren Willen durchzusetzen. Er ließe sich nicht mehr von dem Sultan foppen. Er habe die unwürdige Rolle satt, in welche die Mächte durch ihn gedrängt worden seien. Daher sähe er jetzt der Entwickelung der englischen Vorschläge ruhig zu. Einen Zweifel an der Haltung, die Österreich einnehmen werde, habe er keinem der Kabinette gelassen.

Ich erzählte dem Grafen, daß mein russischer Kollege* mir vor einigen Tagen auf eine Äußerung über die „lächerliche" Situation Europas gegenüber dem Sultan antwortete: „La dignité de l'Europe, c'est une phrase! — et le Sultan restera toujours un Sultan." Graf Goluchowski antwortete mir, daß der Botschafter ihm kürzlich in ähnlicher Form eine Bemerkung gemacht habe. Er entnähme daraus, daß trotz aller Schwankungen, die momentan in St. Petersburg stattfänden, der Gedanke festgehalten würde, nichts zu tun, was den Verfall der Türkei aufhielte. Allerdings könnte derselbe schneller eintreten, als den Russen lieb sei.

P. Eulenburg

---

* Graf Kapnist.

Nr. 3075

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 St. Petersburg, den 4. Dezember 1896

Nach längeren Hin- und Herverhandlungen zwischen Paris und St. Petersburg scheint ein Ausweg gefunden, der Frankreich wenigstens momentan allenfalls annehmbar sein könnte*. Herr von Nelidow sagte mir vertraulich: Russische Beteiligung an türkischer Schuldenkommission bleibt absolut ausgeschlossen. Im Interesse der übergroßen Zahl französischer Gläubiger türkischer Werte aber, und damit Rußland sich nicht von einem gemeinsamen Schritte zur Verhütung einer Finanzkatastrophe ausschließe, gehe sein (Herrn von Nelidows) Vorschlag dahin, den Sultan mit Nachdruck zu warnen und ihm aufs entschiedenste zu erklären, daß, wenn er an irgendwelche der Dette publique verpfändeten Staatseinkünfte rühren sollte oder irgendeine Garantie der Interessen der Gläubiger verletze, wodurch das Abkommen derselben mit der Pforte hinfällig würde, daß dann die Mächte mit voller Billigung Rußlands die Anwendung des italienischen Vorschlags nach Nr. 18 des Berliner Protokolls vom 11. Juli 1878** in Erwägung ziehen und auf denselben zurückgreifen würden, um dem Sultan unzweideutig zu zeigen, daß alle Mächte, Rußland einbegriffen, entschlossen sind, seiner Willkür Schranken zu setzen. Nach Ansicht Herrn von Nelidows würde diese russische Warnung genügen, um den Sultan von irgend einem Eingriff in die Rechte der Gläubiger abzuhalten und ihn zu zwingen, das Abkommen mit letzteren zu respektieren. Bei dem schlimmstenfalls in Anwendung zu bringenden italienischen Vorschlag würde es sich nicht um Einsetzung einer permanenten, sondern nur einer zeitweiligen staatlichen Kommission handeln können. Auch dürfte dieselbe nicht mit der Kontrolle sämtlicher türkischer Staatseinkünfte befaßt werden, sondern nur mit denen, die der Dette publique verpfändet sind.

Radolin

---

* Es handelt sich hier um die Frage der türkischen Finanzen. Vgl. Nr. 3069 und Nr. 3073.

** Die von dem italienischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongreß, Grafen Corti, im Namen der Vertreter von Frankreich, England und Italien vorgelegte und von den Vertretern Österreichs, Rußlands und Deutschlands gebilligte Erklärung lautete:

‚Les Puissances, représentées au Congrès sont d'avis de recommander à la Sublime Porte l'institution à Constantinople d'une Commission financière, composée d'hommes spéciaux, nommés par les Gouvernements respectifs, et qui serait chargée d'examiner les réclamations des porteurs de titres de la Dette Ottomane, et de proposer les moyens les plus efficaces pour leur donner la satisfaction compatible avec la situation financière de la Sublime Porte."

Nr. 3076

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 1380 Berlin, den 10. Dezember 1896

Zu Ew. pp. gefälliger Information.

Der italienische Botschafter* war beauftragt zu fragen, wie die Kaiserliche Regierung sich heute zu der englischen Zirkularnote wegen türkischer Reformen stelle, d. h., ob wir neuerdings eine weitere Erklärung in der Sache abgegeben hätten. Ihm ward erwidert, die Kaiserliche Regierung habe bei Entgegennahme der Note die Antwort erteilt, daß Deutschland die Einigung der Mächte nicht hindern werde, d. h. Deutschland werde sich nicht ausschließen, falls alle übrigen Mächte schon einig seien, oder falls die eine oder andere Macht etwa noch unser Votum abwarte, um sich anzuschließen. So liege die Angelegenheit aber gegenwärtig keineswegs; die Hauptinteressenten, Rußland, England und Frankreich, hätten bisher keine Übereinstimmung erzielt, wir seien hier sogar noch gar nicht einmal in der Lage, genau zu beurteilen, über welche Punkte jene drei einig seien und über welche nicht. Unter diesen Umständen würden wir in der bisherigen Reserve verharren, denn es liege für Deutschland zurzeit kein Grund vor, das Risiko zu übernehmen, welches der Anschluß an eine von zwei antagonistischen Gruppen mit sich bringen würde.

Der italienische Botschafter antwortete, er habe Grund anzunehmen, daß die Anschauung der italienischen Regierung sich mit der unsrigen ungefähr decke.

Marschall

Nr. 3077

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 758 London, den 9. Dezember 1896

Der Premierminister hat mir gestern den lebhaften Wunsch ausgesprochen, von der Kaiserlichen Regierung bald eine Antwort auf sein Zirkular vom 20. Oktober bezüglich des weiteren Vorgehens der Mächte in Konstantinopel zu erhalten.

---

* Graf Lanza.

Ich habe dem Minister erwidert, es sei mir unbekannt, ob meine Regierung in der Sache schon irgendeinen Entschluß gefaßt, und ob sie die Absicht habe, die von der englischen Regierung ausgehenden Vorschläge demnächst zu beantworten. Für meine Person könne ich aber allerdings keinen Grund sehen, weshalb dieselbe sich bei der jetzigen Sachlage und unserer Stellung zur orientalischen Frage mit einer Antwort auf die englischen Vorschläge besonders beeilen sollte, während noch nicht einmal feststehe, ob eine Einigung unter den anderen Mächten über die angeregten Fragen fürs erste überhaupt zu erwarten sei. Außerdem hätten wir von allen Mächten bekanntlich das geringste Interesse an der Gestaltung der Dinge im Orient, und nach meiner, allerdings rein persönlichen Ansicht würde es sich daher vollständig rechtfertigen, wenn wir mit unserer Antwort zurückhielten, bis die anderen und näher interessierten Regierungen sich über die Sache schlüssig gemacht hätten. Dieser Auffassung widersprach Lord Salisbury nicht ausdrücklich, schien aber doch zu wünschen, daß ich die Sache in Berlin anregen möge.

Wie mir der österreichische Botschafter vertraulich sagt, hat Lord Salisbury auch ihm gegenüber vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß er von Berlin noch immer keine Antwort erhalten habe, und daß er Wert darauf legen würde, eine solche bald zu erhalten.

P. Hatzfeldt

Nr. 3078

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 760 London, den 9. Dezember 1896

Über den Aufenthalt des Kaisers von Rußland in Balmoral* erfahre ich nachträglich aus sehr guter Quelle, die ich aber nicht zu nennen zusagen mußte, daß die Unterredungen Seiner Majestät mit dem englischen Premierminister zu keinerlei praktischem Ergebnis geführt und den letzteren daher wenig befriedigt haben. Beide Teile sind hiernach bei Besprechung der gegenseitigen Beziehungen nur zu einem gewissen, sehr allgemein gehaltenen Einverständnis darüber gelangt, daß die Erde Raum genug biete für die weitere Ausdehnung beider Mächte, ohne daß dieselben deshalb notwendig in Konflikt miteinander geraten müßten. Nur bei Behandlung der orientalischen Frage, welche von Lord Salisbury ebenfalls zur Sprache gebracht wurde, hat sich ein bestimmtes, jedoch negatives Ergebnis herausgestellt. Sobald Lord Salisbury, wie dies von ihm zu erwarten war, auf die eventuelle Not-

* Vgl. Nr. 3064, Fußnote.

wendigkeit einer Absetzung des Sultans hingedeutet hat, soll Kaiser Nikolaus jede weitere Erörterung hierüber mit der bestimmten Erklärung abgeschnitten haben, daß davon nicht die Rede sein könne.

Indem ich nochmals gehorsamst hervorhebe, daß die vorstehenden Mitteilungen aus einer sehr guten Quelle stammen, darf ich hinzufügen, daß sie auf sehr vertrauliche Äußerungen des russischen Botschafters* meinem Gewährsmann gegenüber zurückzuführen sind.

In meiner letzten Unterhaltung mit Lord Salisbury wurde auch der Aufenthalt in Balmoral gesprächsweise kurz gestreift, und der Minister bemerkte, daß er von seiner Unterhaltung mit dem Kaiser Nikolaus befriedigt gewesen sei, ohne jedoch bei dieser Versicherung irgend welche Wärme an den Tag zu legen. Er fügte dann von selbst die Bemerkung hinzu, daß der junge Kaiser eine recht zarte, wenn nicht geradezu schwächliche Konstitution zu haben scheine. Für jemand, der wie ich den Premierminister und seine Ausdrucksweise seit Jahren genau kennt, konnte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß diese anscheinend müßige Bemerkung einen tieferen Sinn hatte. So wie ich ihn kenne, habe ich keinen Zweifel darüber, daß sie der Ausdruck seiner Unzufriedenheit über den mangelhaften Erfolg seiner Bemühungen in Balmoral war, und daß er damit sagen wollte, daß der Kaiser zu schwach und unselbständig sei, um im direkten Verkehr mit ihm eine definitive und dauernde Verständigung über schwierige politische Fragen herbeizuführen. Der Ärger Lord Salisburys ist aber in diesem Falle um so erklärlicher, wenn es, wie ich annehmen muß, wahr ist, daß Kaiser Nikolaus bei dieser Gelegenheit die Absetzung des Sultans entschieden abgewiesen hat, da die letztere, wie ich mich in meiner letzten Unterhaltung mit dem Premierminister überzeugt habe, noch immer sein Lieblingsgedanke ist**.

P. Hatzfeldt

Nr. 3079

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 765 London, den 10. Dezember 1896
Streng vertraulich

Bald nach meiner Rückkehr nach London hatte ich den Premierminister, welcher sich dauernd in Hatfield aufhält, wissen lassen, daß ich ihm zwar keinerlei politische Mitteilung zu machen hätte, mich aber, wenn ihm dies paßte, freuen würde, ihn nach so langer Zeit wiederzusehen.

* Baron von Staal.
** Vgl. Nr. 3077 und Nr. 3079.

Bei unserer Zusammenkunft eröffnete ich die Unterhaltung damit, daß sich während meines Urlaubs doch manches ereignet habe. Eines scheine aber nicht stattgefunden zu haben, was ihm damals am Herzen gelegen, nämlich die Absetzung des Sultans, und ich wisse natürlich nicht, ob er diesen Wunsch auch noch heute hege. Lord Salisbury zögerte einen Augenblick und murmelte dann mehr, als daß er es deutlich aussprach, daß sein Wunsch in dieser Hinsicht vollständig unverändert sei.

Hieran knüpfte sich ein akademisches Gespräch über die Lage der Dinge im Orient, über die Aussichten, die sich für eine Regulierung derselben zu bieten scheinen und über die Vorschläge, die der Premierminister zu diesem Behuf den anderen Mächten unter dem 20. Oktober d. Js.* gemacht hat. Dabei gab er von vornherein zu, daß die Sache eine weitsichtige und mit vielen Schwierigkeiten verknüpft sei, da Rußland sich der Anwendung von Zwangsmaßregeln widersetze und sich, wenn diese Schwierigkeit auch beseitigt wäre, noch nicht einmal übersehen ließe, ob und in welcher Frist die Mächte imstande sein würden, sich über das dem Sultan vorzulegende Reformprogramm zu einigen. Nichtsdestoweniger schien Lord Salisbury keineswegs geneigt, seinen Gedanken der eventuell zwangsweise einzuführenden Reformen aufzugeben, und er hofft, wie ich glaube annehmen zu dürfen, daß es ihm mit Hülfe des Grafen Goluchowski, welcher selbst die Möglichkeit von Koerzitivmaßregeln nicht ausschließen will, doch noch gelingen wird, in Petersburg eine, wenn auch noch so geringe Konzession zu erwirken, welche den Mächten gestatten würde, mit der Beratung über die einzuführenden Reformen den Anfang zu machen. Er hat dabei auch wohl den nicht ungerechtfertigten Hintergedanken, daß jeden Augenblick in Konstantinopel Ereignisse eintreten können, wie z. B. Christenmassakers, welche die Mächte nötigen würden, sich der Sache mit größerer Beschleunigung anzunehmen, um nicht ein Chaos eintreten zu lassen, welches keine friedliche Remedur mehr zulassen würde. pp.**

P. Hatzfeldt

Nr. 3080

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 570 St. Petersburg, den 9. Dezember 1896

Herr von Nelidow hat heute seine Abschiedsaudienz beim Kaiser gehabt und reist Freitag nach Konstantinopel zurück. Er speiste nach

* Vgl. Nr. 3067, S. 217, Fußnote *.
** Die Fortsetzung dieses Berichtes, die von der Meerengenfrage handelt, siehe in Kap. LXXIV, Nr. 2929.

der Audienz bei mir und erzählte mir, der Kaiser habe ihm die kategorischen Instruktionen wiederholt, die er ihm bereits gegeben und die genau mit den Vorschlägen Nelidows stimmen, welche ich in meinem gehorsamsten Bericht Nr. 289 vom 4. d. Mts.* wiedergegeben habe. Auch soll Herr von Nelidow dem Sultan deutlich erklären, daß, wenn derselbe sich den freundschaftlichen aber ernsten Ratschlägen Rußlands nicht fügen sollte, er einer unabweislichen europäischen Intervention gewärtig sein müsse. — (Wie ich von anderer Seite höre, hat Herr von Nelidow dem englischen Botschafter** gesagt, daß der Sultan sich sogar einer Koerzitivmaßregel unzweifelhaft aussetze, wenn er die Ratschläge nicht befolge.)

Herr von Nelidow wiederholte mir, daß er alles aufbieten würde, um das verfallene Türkische Reich wenigstens zusammenzukleistern und eine Katastrophe sowohl für die fremden Gläubiger als auch für die türkische Regierung zu verhindern. Ich halte diese Absicht für ehrlich, denn nichts wäre für Rußland ungelegener als ein zu schneller Zusammenbruch der Türkei.

Herr von Nelidow erzählte mir ferner, daß der Kaiser, dem er nahegelegt habe, mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit ihn gelegentlich von Konstantinopel abzuberufen, ihn unter Worten der größten Anerkennung gebeten hat, momentan nicht daran zu denken, Konstantinopel zu verlassen. Seine Anwesenheit daselbst sei doch zu wichtig. Dagegen habe er ihm einen anderen Posten für später in Aussicht gestellt, ohne sich darüber zu äußern, welchen Posten Seine Majestät im Auge habe. Weder vom hiesigen Ministerposten noch von dem Pariser ist dabei, wie mir Nelidow zu verstehen gab, die Rede gewesen.

Als wir über das hiesige Ministerium sprachen, sagte mir Herr von Nelidow vertraulich, daß das décousu im hiesigen Auswärtigen Amt schrecklich sei. Die einzelnen Departementschefs seien wie Hund und Katze miteinander und ständen meist alle auf dem gespanntesten Fuße mit Herrn von Schischkin, der keine Autorität habe und viel zu verschüchtert sei, um dem Kaiser mit Nachdruck einen Rat zu geben. Dies höre ich auch von anderer glaubwürdiger Seite bestätigt.

Herr von Nelidow reist sehr befriedigt ab und hat sicherlich einen Erfolg zu verzeichnen. Nachdem Herr von Schischkin mir seinerzeit gesagt, daß Herr von Nelidow ganz gegen den Willen des Kaisers und des auswärtigen Ministeriums auf seinen eigenen dringenden Wunsch hierher gekommen sei, im übrigen aber nur wenige Tage hier bleiben dürfte, wurde der Botschafter mehrere Wochen durch den Kaiser hier zurückgehalten.

Radolin

---

* Siehe Nr. 3075.
** Sir Nicholas O'Conor.

Nachschrift

St. Petersburg, den 10. Dezember 1896

Herr von Nelidow sagte mir zum Schluß unserer Unterredung, der Kaiser habe ihm mitgeteilt, er hätte den Vertreter der französischen Finanzgruppe, Herrn Hoskier, empfangen, der aus Paris angekommen wäre, um von neuem zu versuchen, eine gemeinschaftliche Aktion der Finanziers mit Rußland bezüglich der Sanierung der türkischen Verhältnisse anzubahnen, der Kaiser hätte indes Herrn Hoskier im allgemeinen erklärt, daß die Beteiligung Rußlands an der Dette-publique-Kommission ausgeschlossen bleiben müsse.

Etwas Näheres habe ich über die Anwesenheit des Herrn Hoskier noch nicht in Erfahrung gebracht.

Radolin

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Also Frankreichs Anerbietungen sind in Gnaden abgeschlagen

Nr. 3081

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 211 Wien, den 12. Dezember 1896

Graf Goluchowski erhielt aus London die Nachricht, daß Herr Hanotaux sich dem englischen Botschafter gegenüber bezüglich der Vorschläge Lord Salisburys völlig ablehnend geäußert habe. Herr Hanotaux wünsche keine Koerzitivmaßregeln.

Graf Goluchowski ist sich nicht klar, was diese Haltung des Ministers bedeutet. Ob sie auf russische Direktive zurückzuführen oder der Wunsch sei, mit eigenen Gedanken in den Vordergrund zu treten.

Wenn nun aus dieser Haltung Herrn Hanotaux ein den russischen Interessen parallel laufendes Bestreben hervortritt, den morschen türkischen Staatskörper nicht energisch zu sanieren, so scheint andererseits das französische Kapital doch eifrig bemüht, die Sicherheit der französischen Gläubiger zu stärken. Graf Goluchowski sagte mir, daß der Direktor des Crédit Lyonnais nach Petersburg abgereist sei, um in dieser Richtung zu wirken. Der Minister setzte hinzu, daß er (Graf Goluchowski) jedoch durchaus nicht gesonnen sei, eine Aktion zu unterstützen, welche die Sicherheit französischer oder anderer Gläubiger der Türkei zum Ziele habe. Er stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, eine wirkliche Sanierung der türkischen Fi-

nanzen und Verhältnisse unterstützen zu wollen — aber nichts anderes. Darum betrachte er alle diese Manöver mit gleichgültigem Lächeln. Er werde nichts damit zu tun haben. Von Interesse sei ihm natürlich zu erfahren, welche Haltung Deutschland den Vorschlägen Lord Salisburys gegenüber einnehmen werde. Er habe von London erfahren, daß eine Antwort noch ausstehe. Ich sagte dem Grafen, daß ich keinerlei Autorisation habe, mich zu äußern, aber annähme, daß Deutschland, welches den türkischen Fragen sehr fern stehe, erst abwarten wolle, daß sich die Ansichten der anderen Mächte geklärt hätten — und diese Klärung schiene mir nach der neuerlichen Haltung Hanotaux' durchaus nicht erfolgt zu sein. pp.

P. Eulenburg

Nr. 3082

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 208 Paris, den 12. Dezember 1896

pp. Über den Vorschlag Lord Salisburys vermied Herr Hanotaux, sich bestimmt auszusprechen, weil derselbe ihm an und für sich zu Bedenken Anlaß gibt, und es ihn verstimmt hat, daß Rußland sich darauf einließ, ohne sich mit ihm zu verständigen.

Es macht hier einen schlechten Eindruck, daß der Kaiser sich nicht dazu entschließen kann, dem Fürsten Lobanow einen Nachfolger zu geben, und ich habe schon von mehreren leitenden Männern die Bemerkung gehört: „Il est très dangereux de voir un grand pays autocratique naviguer à la dérive".

Das glaubt man, sei jetzt der Fall.

Nach des Fürsten Lobanow Tode glaubte Herr Hanotaux die europäische Politik beherrschen zu können; diese Hoffnung ward nicht erfüllt, daher die Verstimmung.

Am Ende unseres längeren Gespräches sagte Herr Hanotaux, seine Hoffnung, daß es den Mächten möglich sein werde, die Einigkeit unter sich zu erhalten, den Sultan zu retten und eine Besserung der türkischen Verhältnisse zu erreichen, werde geringer.

Ich erwiderte darauf, alles komme darauf an, ob Rußland im Trüben fischen wolle oder nicht.

Hierauf erwiderte er, daß er fürchte, daß die Partei, die dies wolle, in der letzten Zeit viel mächtiger geworden sei. pp.

Münster

Nr. 3083

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 577 St. Petersburg, den 12. Dezember 1896

Im Anschluß an meinen gehorsamsten Bericht Nr. 570* vom 9. d. Mts. beehre ich mich Euerer Durchlaucht weiter zu berichten, daß mir der englische Botschafter sagte, Herr von Nelidow hätte ihm mitgeteilt, der Kaiser habe ihm die Instruktion gegeben, dem Sultan zu eröffnen, daß, wenn derselbe sich den Ratschlägen und Empfehlungen der Botschafter nicht fügen wollte, „man" gezwungen sein würde, zu Gewaltmaßregeln zu greifen, um ihn zu zwingen, „on serait obligé d'avoir recours à des moyens coercitifs pour le contraindre".

Ich erwähne diese mir von Sir N. O'Conor präzis gegebene Äußerung deshalb, weil sie weiter geht wie das, was mir Herr von Nelidow gesagt, und worüber ich zu berichten die Ehre gehabt habe.

Nach der bestimmten Versicherung des Herrn von Nelidow, daß er alles tun werde, um die Zustände in Konstantinopel zu verkleistern und den Auseinanderfall der Türkei mit allen Mitteln zu verhindern, kann ich kaum annehmen, daß er in der Voraussicht eines Zerfalls des Reichs, den er ja nicht zugeben will, eine Karte bereits hierher mitgebracht hätte, die die Verteilung der einzelnen Landesteile enthielte, wie dies Lord Salisbury gehört haben will**.

Radolin

Nr. 3084

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 786 London, den 18. Dezember 1896

In Abwesenheit Lord Salisburys habe ich mich dem Unterstaatssekretär gegenüber im Sinne des Erlasses Nr. 1380*** ausgesprochen.

---

* Siehe Nr. 3080.

** Laut Mitteilung Lord Salisburys an Graf Hatzfeldt (Bericht vom 8. Dezember aus London) hätte Herr von Nelidow auf seiner Reise nach Petersburg eine Karte mitgenommen, in welcher für den Fall des Zusammenbruchs der Türkei auch die von Rußland anderen Mächten einzuräumenden Anteile angegeben seien. Daß den russischen Diplomaten derartige Pläne nicht fern lagen, zeigen Äußerungen Graf Kapnists aus dem Beginn des Monats März 1897. Vgl. Kap. LXXIX, Nr. 3118, Anlage.

*** Siehe Nr. 3076.

Sir Th. Sanderson erwiderte mir, daß meine Ausführungen auf die heutige Situation kaum anwendbar seien, da Rußland eine eventuelle Pression auf den Sultan nicht mehr prinzipiell ausschließen wolle, und die Verständigung auch mit den anderen beteiligten Mächten so gut wie gesichert erscheine. Zwischen England und Österreich bestehe in der Sache volles Einverständnis, und Italien werde sich nicht von England trennen. Die französische Antwort, die allerdings noch nicht vorliege, werde in den nächsten Tagen erwartet, und man dürfe annehmen, daß sie sich von den letzten russischen Erklärungen nicht wesentlich unterscheiden werde.

Sir Th. Sanderson bemerkte dann weiter, daß Lord Salisbury in Beantwortung der letzten russischen Konzession, wonach etwaige Pressionsmittel nach einer Ablehnung des Reformprogramms durch den Sultan beraten werden könnten, sich in St. Petersburg vorbehalten habe, im Falle der Einigung der Botschafterkonferenz über Reformen den Vorschlag zu machen, daß dem Sultan vor Mitteilung der verlangten Reformen mitgeteilt werden solle, daß im Falle der Ablehnung Koerzitivmaßregeln angewendet werden würden. Dies sei nach hiesiger Auffassung auch für den Sultan vorteilhafter, da ihm dadurch die Demütigung erspart werden würde, eine etwa schon ausgesprochene Ablehnung angesichts der dann erst hervortretenden Drohungen zurückziehen und sich dennoch fügen zu müssen.

Aus verschiedenen Äußerungen des Unterstaatssekretärs hatte ich den Eindruck, daß man hier die Ausarbeitung eines Reformprogramms durch die Botschafter, über welches der Sultan sich im ganzen zu äußern hätte, keineswegs für notwendig hält. Sir Th. Sanderson schien anzunehmen, daß man mit einzelnen Maßregeln, wie zum Beispiel Ernennung verantwortlicher Minister und Beseitigung der den Mächten mißliebigen Hofbeamten, anfangen und dies dann zunächst dem Sultan imponieren könnte. Ein solches System würde, wenn es von den anderen Mächten akzeptiert wird, wie mir scheint, dazu führen, die schon sehr erschütterte Autorität des Sultans vollständig zu untergraben und seine nach wie vor von Lord Salisbury gewünschte Absetzung vorzubereiten. Es erscheint mir recht fraglich, ob die dadurch hervorgebrachte Anarchie im Türkischen Reiche die beteiligten Mächte nicht nötigen würde, zur Verteilung des Türkischen Reichs Stellung zu nehmen und, wie es der englischen Regierung vielleicht nicht unerwünscht wäre, ihre Ansprüche nötigenfalls mit Waffengewalt geltend zu machen, während England, ohne sich dabei zu beteiligen, die von ihm gewünschten Vorteile in Sicherheit bringen würde.

Dem Unterstaatssekretär habe ich auf die Bemerkung, daß jetzt eine beinahe vollständige Einigung unter den Mächten bestehe, und daß eine weitere Verzögerung unserer Antwort deshalb nicht notwendig erscheine, erwidert, daß nach meiner persönlichen Auffassung doch noch eine nicht ganz unwesentliche Nuance zwischen der eng-

lischen und russischen Auffassung zu bestehen scheine, da die letztere, wenn ich ihn richtig verstanden hätte, eine eventuelle Pression nach Ablehnung des Sultans nicht von der Hand weise, Lord Salisbury aber, wie der Unterstaatssekretär mir sage, daran festhalte, daß dem Sultan die Ankündigung von Koerzitivmaßregeln rechtzeitig mit der Mitteilung über die von den Mächten beschlossenen Reformen gemacht werden müsse.

Hatzfeldt

Nr. 3085

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 London, den 21. Dezember 1896

Im Anschluß an Bericht Nr. 786 vom 18. Dezember*.

Lord Salisbury nimmt an, daß die Botschafter in Konstantinopel schon übermorgen die erste Beratung über die Reformfrage abhalten werden.

Die französische Antwort auf die englischen Vorschläge ist inzwischen auch eingetroffen, und Herr Hanotaux hat sich, wie mir der Premierminister versichert, dahin ausgesprochen, daß er zwar gegen alle Zwangsmaßregeln sei, sich aber, falls die anderen Mächte darüber einverstanden wären, nicht ausschließen würde.

Nach den hier eingegangenen Nachrichten hat der Sultan dem russischen Botschafter auf seine letzten Mitteilungen erwidert, er hoffe, daß die beabsichtigten Reformvorschläge weder mit seiner Würde noch mit seinen souveränen Rechten noch auch mit der Integrität der Türkei im Widerspruch stehen würden.

Hatzfeldt

Nr. 3086

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 795 London, den 22. Dezember 1896
Vertraulich

Aus meiner gestrigen Unterhaltung mit Lord Salisbury hatte ich den Eindruck, daß er mit dem jetzigen Gang der Dinge in Konstantinopel, soweit es sich um die bevorstehenden Beratungen der Bot-

---

* Siehe Nr. 3084.

schafter handelt, zufrieden ist und die weitere Entwickelung der Dinge glaubt ruhig abwarten zu können. Mit offenbarer Befriedigung rechnete er mir vor, daß von Rußland keine besonderen Schwierigkeiten zu erwarten seien, daß er sich mit Österreich in voller Übereinstimmung befinde, und daß Italien sich wohl allem anschließen werde, was hier für wünschenswert gehalten werde. Selbst Frankreich habe nunmehr geantwortet, und Herr Hanotaux scheine seinen Widerstand gegen eventuelle Koerzitivmaßregeln aufgeben zu wollen.

Da Lord Salisbury guter Laune und gesprächig war, benutzte ich diese Gelegenheit, um gesprächsweise zu ermitteln, wie er sich den weiteren Verlauf der Botschafterberatungen in Konstantinopel vorstelle, und ob er der Ansicht sei, daß die Aufgabe der Vertreter der Großmächte darin bestehe, ein vollständiges Reformprogramm auszuarbeiten, über welches die Mächte sich vor weiteren Schritten beim Sultan zu verständigen haben würden. Als der Minister diese Frage bejahte, warf ich im Scherz die Bemerkung hin, daß diese Arbeit voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmen würde, und daß mir vielleicht Zeit bliebe, eine kleine Vergnügungsreise zu unternehmen und doch rechtzeitig hier wieder einzutreffen, bevor Lord Salisbury von der Ausarbeitung der Botschafter Kenntnis erhielte. Der Minister erwiderte mir lachend, die Sache werde wahrscheinlich so lange dauern, daß ich, ohne irgendetwas zu versäumen, eine kleine Rundreise um die Erde unternehmen könnte. Gleich darauf fügte er aber hinzu, daß man doch nicht wissen könne, ob Herr von Nelidow nicht einen fertig ausgearbeiteten Plan in der Tasche habe, den er seinen Kollegen unterbreiten könne. Hieran anknüpfend kam der Minister plötzlich wieder auf die angeblich von Herrn von Nelidow ausgearbeitete Karte* mit der angeblichen Verteilung der Länder im Orient zurück, indem er mit lebhaftem Interesse fragte, ob ich nicht inzwischen Näheres darüber gehört hätte. Ich verneinte dies, indem ich scherzend bemerkte, er wolle sich wohl gern überzeugen, ob seine Wünsche am Euphrat usw. in St. Petersburg die ihm erwünschte Berücksichtigung gefunden hätten. Er nickte lebhaft zustimmend, indem er mich verständnisinnig ansah, ließ die Frage aber damit fallen.

Meines gehorsamsten Dafürhaltens dürfte es hiernach kaum zweifelhaft sein, daß der englische Premierminister nicht abgeneigt ist, sich mit Rußland über die Verteilung der türkischen Erbschaft friedlich zu verständigen, wenn ihm dafür die entsprechenden Entschädigungen, über die er sich offenbar jetzt bereits klar ist, von russischer Seite bewilligt werden. Ich glaube auch nicht, daß die Rücksicht auf österreichische und italienische Interessen die englische Regierung dann abhalten würde, zu einer Verständigung mit Rußland die Hand zu bieten[1].

---

* Siehe Fußnote *** zu Nr. 3083

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, die Bemerkung hinzuwerfen, daß ich für meine Person mir ziemlich genau vorstellen könne, wie er, Lord Salisbury, sich den weiteren Verlauf der Dinge im Orient jetzt denke. Er sage sich, daß nur zwei Dinge eintreten könnten: Entweder der Plan gelinge, das Türkische Reich durch Einführung wirklicher Reformen unter der Kontrolle Europas am Leben zu erhalten, und es dadurch dem exklusiven Einfluß Rußlands zu entziehen, oder dieser Plan scheitere, und es komme zum Zusammenbruch und zur Verteilung unter die zunächst beteiligten Mächte. Nach meinen hiesigen Erfahrungen glaubte ich mich in der Annahme nicht zu täuschen, daß England, wenn es zu Streitigkeiten unter den Beteiligten komme, den letzteren die Ausfechtung des Streits überlassen und seine schönen Schiffe nicht ohne dringende Notwendigkeit in Gefahr bringen würde[2]. Lord Salisbury lächelte zu dieser Bemerkung und beschränkte sich auf die kurze Antwort: „Que voulez-vous? nous sommes si pacifiques."

Ich glaube hier anführen zu sollen, daß der österreichische Botschafter, welchen ich im Vorzimmer des Ministers traf, nach wie vor an der Ansicht festhält, daß der englische Premierminister keine Hintergedanken im Orient hat, und daß seine Politik zugunsten der Armenier lediglich durch Rücksichten innerer Politik bestimmt wird[3]. Er stellte auch in Abrede, daß Lord Salisbury, wie aus einer Äußerung Sir Thomas Sandersons gegen mich hervorging, sich in St. Petersburg vorbehalten habe, auf eine Ankündigung von Koerzitivmaßregeln beim Sultan noch vor Mitteilung des Reformprogramms zu dringen. Als Beweis für die Unrichtigkeit dieser Angabe führte Graf Deym an, daß der Minister ihm gegenüber besonders hervorgehoben habe, daß eine besondere Ankündigung beim Sultan in Betreff der fraglichen Maßregeln nicht notwendig sein werde, weil nicht zu bezweifeln sei, daß derselbe auf anderem Wege von der Absicht der Mächte, eventuell Zwangsmaßregeln anzuwenden, Kenntnis erhalten werde.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Davor habe ich stets aber umsonst in Wien gewarnt

[2] sehr gut, richtig

[3] !

Nr. 3087

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 250 Pera, den 25. Dezember 1896

Aus der von Herrn von Nelidow in unseren vorläufigen Besprechungen über die in der Türkei einzuführenden Reformen ge-

zeigten Haltung* darf man auf die Unlust seiner Regierung[1] schließen, in scharfer Weise gegen den Sultan selbst und dessen persönliches Regiment vorzugehen, wie dies vom englischen Botschafter verlangt und den übrigen Kollegen einschließlich Herrn Cambon mehr oder minder lebhaft gewünscht wird. Ich selbst halte mich, wie stets in den hiesigen Fragen, sehr reserviert.

Bezüglich der von den Mächten in Aussicht genommenen eventuellen Zwangsmaßregeln, über deren Natur Freiherr von Calice seinen russischen Kollegen bat, seine Ansicht zu äußern, erklärte Herr von Nelidow, zur Diskussion nicht ermächtigt zu sein.

Es scheint fast, als ob bei dem in Angriff zu nehmenden Reformwerk die wünschenswerte Einigkeit unter den Mächten nicht immer ganz vorhanden sein werde[2].

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] La Comedia divina!

[2] Wird sie auch nie sein! Da eine Macht immer vorhanden sein wird, welche nicht mitmachen will. W.

Nr. 3088

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 306 Pera, den 24. Dezember 1896

In der jüngsten vertraulichen Besprechung der Botschafter über die Lage des Türkischen Reiches erklärte Herr von Nelidow, daß seiner Ansicht nach, welche er auch in St. Petersburg ausgesprochen habe, eine dauernde Erhaltung der Türkei unausführbar sei[1], und daß, je radikalere Mittel angewandt würden, der Zusammenbruch um so schneller erfolgen müsse. Das bis in die Grundfesten vermorschte Gebäude dürfe nicht durch versuchten Umbau erschüttert werden, es stürze sonst total zusammmen. Nur vorsichtige Stützen der einzelnen Teile seien zum Zweck einer kurzen Erhaltung am Platze.

Ebensowenig dürfe man einem schwer leidenden Körper energische Heilmittel administrieren, ohne fürchten zu müssen, daß er darüber zu Grunde gehe. Nur solche Arzneien seien anzuwenden, welche die Kräfte möglichst aufrechtzuerhalten und so die Lebensdauer einigermaßen zu verlängern geeignet seien.

Wenn er, Nelidow, sich nun nach Mitteln umsehe, welche den Zweck einer entsprechenden Verlängerung der Existenz der Türkei

---

* Näheres darüber in Saurmas ausführlichem Bericht vom 24. Dezember, Nr. 3088.

erfüllten, d. h. Reformen zu entdecken suche, welche diesem Zweck dienten, so glaube er für seine Person, daß die Einsetzung von europäischen Kommissionen praktisch wäre, — die eine für die europäische Türkei, mit der Aufgabe, das Reglement wieder einzuführen, welches die Pforte seinerzeit auf Grund des Artikels 23 des Berliner Vertrages der ostrumelischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt hatte, — die andere für Anatolien, zu dem Zwecke, die Ausführung derjenigen Reformen zu überwachen, zu denen sich im verflossenen Jahre die Pforte einigen Mächten gegenüber verpflichtet hatte.

Diese Idee sei, so bemerkte der russische Botschafter, ausschließlich die seinige, und habe er dieselbe noch nicht einmal seiner eigenen Regierung vorgetragen. Er wünsche, ehe er dies täte, vorerst die Anschauung seiner Kollegen hierüber zu kennen und sich zu überzeugen, ob dieselben in der Lage seien, jener Idee zuzustimmen. Niemand äußerte sich bestimmt darüber. Den meisten der Botschafter erschien dieses Programm nicht erschöpfend genug, vielmehr glaubten sie, es sei noch manches andere vom Sultan zu verlangen, um auch nur erträgliche Zustände im Türkischen Reiche zu schaffen. In diesem Sinne äußerte sich namentlich der englische Botschafter in besonders lebhafter Weise.

Die Worte des Herrn von Nelidow dürfen nicht überraschen. Sie spiegeln eben in deutlicher Weise die in St. Petersburg heute wie früher bestehende bekannte russische Politik wieder.

In der Sache selbst hat der russische Botschafter übrigens recht. Ein endgültiger Zusammenbruch der Türkei ist unabwendbar und würde sicherlich um so näher bevorstehend sein, je gründlicher und energischer die Mächte das Reformprojekt in Angriff nehmen wollten.

Eine wirkliche Reform, d. h. die Herbeiführung von Zuständen im Osmanischen Reiche, wonach Gerechtigkeit und Gleichheit der Behandlung für alle Staatsuntertanen — Moslems und Christen — begründet wird, ist einfach unmöglich, und zwar deshalb, weil nach den religiösen Anschauungen des Mohammedaners der Nicht-Mohammedaner mit ihm überhaupt nicht auf gleicher Stufe stehend angesehen, vielmehr lediglich nur geduldet wird, und zwar auch nur dann, wenn er sich ihm unterordnet. Alle Gleichberechtigung ist nur Schein und auf Täuschung der europäischen Mächte berechnet.

Daher sind auch alle an den christlichen Untertanen von den Moslems verübten Ungerechtigkeiten und Willkürakte für letztere keinerlei Unrecht, sondern einfach nur erlaubte und gebotene Zurückweisung von versuchten Übergriffen gegen die legitime Herrschaft der Rechtgläubigen. Wenn daher den Moslems diese ihre mit unseren heutigen Ideen im Widerspruch stehende Auffassung einst zwangsweise und radikal korrigiert werden sollte, so dürfte sich fast mit Sicherheit ein fanatischer Ausbruch stürmischen Widerspruchs muselmanischerseits erwarten lassen.

Unsere Besprechungen in betreff der Auffindung zweckentsprechender Mittel zur Verbesserung der Lage sind also, wie ich bemerkte, bis jetzt vollkommen platonisch[2].

Ich persönlich glaube, daß ein abgeschlossenes Reformprojekt aufzustellen schwer sei, daß es sich vielmehr empfehlen dürfte, die schlimmsten Schäden nacheinander zu beseitigen und die Ordnung zunächst da wiederherzustellen, wo der Mangel derselben die Gefahr des Eintritts von Katastrophen erkennen läßt.

In dieser Beziehung würde ich beispielsweise die Beschaffung einer entsprechenden Summe durch Vermittelung der europäischen Mächte für zweckmäßig halten, welche dazu zu dienen hätte, die rückständigen Gehälter der Beamten und der Truppen zu begleichen.

Auf diese Weise würde einerseits die Gefahr beseitigt, daß die Meutereien der zur Selbsthülfe greifenden Truppen größere Ausdehnung annähmen und ernstere allgemeine Unordnungen herbeiführten — andererseits der Erfolg erreicht, daß den Beamten und der mit ihnen zusammenhängenden türkischen Bevölkerung, welche bis jetzt die „Fremden" als den Ursprung alles hier bestehenden Elendes ansehen, die Überzeugung beigebracht würde[3], daß gerade die Fremden für ihr Wohl tätig seien.

Bei der bevorstehenden Reformtätigkeit der Mächte würden diese die mächtigsten Elemente der hiesigen Bevölkerung nicht gegen, sondern für sich haben.

Saurma

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also wie Lord Salisbury
[2] werden es auch immer bleiben
[3] ganz unpraktisch
dafür würde schon gesorgt werden, daß die Bevölkerung das nicht erfährt
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr optimistische Anschauung!
Was für Garantieen soll oder will denn die Pforte schaffen für diese ihr gespendete Summe? Sie hat ja gar nichts mehr zu verpfänden und keinen Schatten von Kredit!

Nr. 3089

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 220 Wien, den 27. Dezember 1896

Graf Goluchowski sprach mir gestern von den Hoffnungen, die sich Lord Salisbury bezüglich seiner Vorschläge mache. „Beglückt über ein gewisses, kaum erwartetes Entgegenkommen Rußlands", sagte mir der Minister, „ist er geneigt, dem St. Petersburger Ka-

binette allerhand Konzessionen zu machen, — die aber niemals so weit gehen werden, daß Rußland damit zufrieden wäre". Der Graf äußerte zugleich, daß die englische Absicht, dem Sultan sofort bei der Reformfrage mit Koerzitivmaßregeln zu drohen, recht weit von der russischen entfernt sei, wonach die Koerzitivmaßregeln erst nach dem Scheitern der Reformen in Frage kommen sollen. Die Betrachtungen des Ministers deckten sich mit dem Inhalt des hohen Erlasses Nr. 1165 vom 21. d. Mts.*, in dem Graf Hatzfeldt über seine Unterhaltung mit Sir Th. Sanderson berichtet.

„Mir ist das alles höchst gleichgültig," setzte Graf Goluchowski hinzu, „ich rühre mich nicht und mache nichts mit, wenn ich nicht Garantien für die Durchführung der Reformen erhalte. Ich modifiziere diesen Standpunkt keinenfalls. Wenn man auch bei dem Hin- und Herschwanken des Kaisers Nikolaus nicht weiß, was der nächste Tag bringt, glaube ich doch an keine Reformen und Koerzitivmaßregeln. Nelidow spielt sein altes falsches Spiel. Die Russen werden nichts mitmachen, was auf wirkliche Sanierung der Türkei hinzielt. Darum stehen wir vor allerhand Überraschungen, die möglicherweise sehr ernst werden. Wir Österreicher sind natürlich zunächst engagiert. Deutschlands désintéressement aber verstehe ich wirklich nicht! Deutschland ist rettungslos mit verwickelt, wenn der Tanz dort unten beginnen sollte."

Ich bemerkte, daß ein europäischer Krieg uns wohl in Bundestreue auf der Seite unserer Freunde finden würde, aber soweit sei es noch lange nicht. Vorläufig spiele die orientalische Frage. Unser désintéressement aber sei die Tür zu dem Hause des friedlichen Nachbarn, der sehr geschätzt sein würde, wenn ernster Streit in der Gemeinde ausbräche. Streit schlichten sei auch eine Seite der Bundestreue[1] — und mitschlagen nicht allein der Zweck von Bündnissen.

Der Graf dürfte bei seiner nächsten Anwesenheit in Berlin** das beliebte Thema des nicht völlig verstandenen „désintéressement Deutschlands" weiter variieren.

Mein russischer Kollege*** hat neuerdings den Gedanken aufgebracht, daß man die Reformen in den türkischen Provinzen einfach fallen lassen solle. „Ce sont des bêtises", sagte er. Wer den Orient kenne, wisse, daß sich derselbe gar nicht reformieren läßt und nicht reformieren lassen will. Es handele sich lediglich um Ruhe in Konstantinopel. So lange dort Ruhe war, ging alles wunderschön, denn über die paar Tausend[2] Armenier habe sich ernstlich niemand aufgeregt. Aber Konstantinopel, das sei der Fieberherd, und hier sei einzusetzen. Darüber müßte man sich verständigen.

---

* Durch Erlaß Nr. 1165 vom 21. Dezember war der Hatzfeldtsche Bericht Nr. 786 vom 18. Dezember — siehe Nr. 3084 — nach Wien mitgeteilt worden.
** Graf Goluchowski weilte vom 16. bis 19. Januar 1897 in Berlin.
*** Graf Kapnist.

Ähnlich hat sich Graf Kapnist zu Graf Goluchowski ausgesprochen, ohne aber die Mittel für die Durchführung seiner Vorschläge anzugeben. Diese scheitern an den bestehenden Gegensätzen.

Ob Reformen, ob Ordnung in Konstantinopel — Graf Goluchowski sieht keinen Ausweg und verspottet die Ideen Kapnists, weil die Grundlage: aufrichtiges Wollen Rußlands, fehle. pp.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut und sehr richtig
[2] Na ich danke 80000 tot!

Nr. 3090

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 599 St. Petersburg, den 27. Dezember 1896

Der Staatssekretär von Schischkin äußert sich mit einiger Gereiztheit über Herrn von Nelidow einigen meiner Kollegen gegenüber und meint, derselbe habe wohl dem Sultan eindringlichst seiner Instruktion gemäß gesprochen, scheine aber an die Ausführung der vom Sultan gemachten Zugeständnisse kaum zu glauben und schreibe in so pessimistischer Weise hierher, daß seine Auffassung dem Sultan kaum verborgen bleiben könne und jedenfalls nicht dazu beitragen würde, die aufgeregten Gemüter und die herrschende Besorgnis zu beruhigen.

Großfürst Michael, den ich heute sah, sprach mir in wenig anerkennender Weise von Herrn von Nelidow, den er als Schwarzseher und als geschwätzig bezeichnete. Es hat diese Äußerung für mich nur den Wert, daß sie wohl die Stimmung wiedergibt, welche an höchster Stelle zu bestehen scheint.

Ich glaube daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß der Eindruck, den Herr von Nelidow auf Seine Majestät gemacht hat, insofern kein ganz günstiger war, als er bei seiner infolge des langjährigen Aufenthalts in Konstantinopel hervorgerufenen Nervosität und seinem Pessimismus beim Kaiser die Befürchtung hervorgerufen haben mag, nicht objektiv genug die dortigen Verhältnisse zu beurteilen und der momentanen Abwartungspolitik Rußlands Rechnung zu tragen.

Auch dürfte jener Umstand dazu beigetragen haben, den Gegnern des Herrn von Nelidow eine Waffe in die Hand zu geben, gegen ihn zu intrigieren und ihn nervöser zu schildern, als er tatsächlich ist.

Von meinem italienischen Kollegen*, aber nur von ihm, höre ich,

---

* Marquis Maffei.

daß er bestimmt zu wissen glaubt, es hätte kurz vor der Abreise des Herrn von Nelidow eine Ministerbesprechung stattgefunden, an welcher derselbe mit dem Kriegsminister, dem Finanzminister und Herrn von Schischkin teilgenommen hätte. In dieser Besprechung hätte sich Herr von Nelidow für die eventuelle Besetzung Konstantinopels ausgesprochen[1]. Herr von Schischkin wäre seiner Ansicht beigetreten, während Herr von Witte ganz entschieden gegen diese Maßregel gewesen wäre*.

Von derselben Seite erfahre ich, daß in Odessa und Sebastopol bereits eine erregte Stimmung herrsche und nur von Ausrüstung von Schiffen und Marschbereitschaft der Truppen gesprochen würde.

Eine Bestätigung dieser Nachricht habe ich von keiner anderen Seite erhalten. Ich wollte indes nicht unterlassen, dieselbe zur Kenntnis Euerer Durchlaucht zu bringen.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das wäre doch nichts Ungewöhnliches

Nr. 3091

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 Pera, den 28. Dezember 1896

Der Sultan läßt mir vertraulich sagen, er wolle absolut nicht, daß ihm ein von den Botschaftern ausgearbeitetes Reformprogramm vorgelegt werde, durch welches vielleicht seine Souveränitätsrechte verletzt würden.

Er wolle durch seinen Botschafter in Berlin** Seine Majestät den Kaiser bitten, ihm diejenigen Reformen zu bezeichnen, deren Einführung von den Mächten verlangt werden würde, damit er freiwillig und von sich selbst diese Reformen schon jetzt einführen könne.

Dem weiteren Wunsche des Sultans gegenüber, ich möchte Euere Durchlaucht um Unterstützung seiner Bitte angehen, habe ich mich völlig zurückhaltend gezeigt.

Saurma

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
So ein Filou!

---

* Näheres darüber siehe in Kap. LXXIV, Nr. 2930.
** A. Galib Bey.

Nr. 3092

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 Pera, den 29. Dezember 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 253*.

Trotzdem ich Seiner Majestät dem Sultan dringend habe abraten lassen, seine Absicht, sich an Seine Majestät den Kaiser mit der bekannten Bitte zu wenden, [auszuführen], ist er heute auf die Sache wieder zurückgekommen.

Ich habe ihm unterbreiten lassen, die gegenwärtige schwierige Lage sei eine Folge der Nichtbeachtung der auf allerhöchsten Befehl durch den Fürsten von Radolin und durch mich erteilten Ratschläge**, eine Politik zu befolgen, die Europa Vertrauen einflößt. In einem solchen Augenblick die Hülfe Seiner Majestät des Kaisers anzurufen, erscheine deshalb, von weiteren politischen Gründen abgesehen, inopportun.

Bei der Zähigkeit, mit welcher der Sultan an einem gefaßten Gedanken festhält, hat er doch befohlen, den türkischen Botschafter in Berlin anzuweisen, Seine Majestät den Kaiser zu bitten, ihm diejenigen Reformen zu bezeichnen, durch deren Einführung er den Forderungen der europäischen Mächte zuvorkommen könne.

Der Sultan versucht es in fieberhafter Erregung — natürlich ohne Erfolg — überall, sich Kenntnis von den von ihm durch die Mächte zu verlangenden Reformen zu verschaffen.

Saurma

Nr. 3093

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 116 Berlin, den 28. Dezember 1896

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 253***.

Nach der wenig rücksichtsvollen Art, welche die von Seiner Majestät dem Kaiser direkt befohlenen Ratschläge des Fürsten Radolin (Bericht Nr. 48 vom 17. April v. Js.) † beim Sultan fanden, ist ein Eingehen des

---

* Siehe Nr. 3091.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXI, Nr. 2407 und Nr. 2412, sowie Bd. IX, Kap. LVI, Nr. 2202 und Nr. 2203.

*** Siehe Nr. 3091.

† Siehe die Hinweise zu Fußnote **.

Kaisers auf den jetzt von Ew. pp. mitgeteilten Wunsch des Sultans voraussichtlich um so weniger zu erwarten, als dieser offenbar den Zweck verfolgt, die Botschafter unter sich uneinig und mißtrauisch zu machen.

Rotenhan

Nr. 3094

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 117 Berlin, den 31. Dezember 1896

Antwort auf Schlußpassus des Telegramms Nr. 249, Instruktion betreffend*.

Deutschland ist bei der Orientfrage zu wenig direkt interessiert, um die Verantwortung zu übernehmen, welche die Aufstellung eines eigenen Programms mit sich bringt. Mit Frankreich haben wir zu wenig unmittelbare politische Fühlung, um uns ein übersichtliches Urteil über die Ziele der französischen Politik zu bilden. Gegen die Vorschläge Englands haben wir, wie ich vertraulich bemerke, seit Sir Ph. Currie Botschafter in Konstantinopel ist, das Mißtrauen, daß dieselben mehr auf den Zusammenbruch als auf die Erhaltung des geschwächten türkischen Staatskörpers berechnet sind. Den gleichen Verdacht haben wir zurzeit gegen Rußland nicht; wir glauben vielmehr, daß Rußland gegenwärtig sein Staatsinteresse in möglichster Hinausschiebung der türkischen Katastrophe sieht. Dasselbe glauben wir, wenn auch aus anderen Gründen, von der gegenwärtigen Politik Österreich-Ungarns. Wir werden daher der Sache des europäischen Friedens am wirksamsten dienen, wenn wir allem zustimmen, worüber der Vertreter Rußlands sich mit den Vertretern von Österreich-Ungarn und Italien, insbesondere mit dem ersteren, verständigt hat. Dementsprechend wollen Ew. Ihre Haltung einrichten, d. h. also das zwischen Rußland, Österreich-Ungarn und Italien Vereinbarte unterstützen. Gegen Rußlands Vorschläge wollen Ew. pp. selbst dann nicht gehen, wenn Rußland und Österreich nicht einig sind. In Fällen dieser letzteren Art werden Sie sich gänzlich zurückzuhalten haben.

In allen Fällen bitte ich, mich fortgesetzt auf dem laufenden zu erhalten über das Geschehene beziehungsweise Vorgeschlagene sowie über die jedesmalige Gruppierung der Vertreter.

C. Hohenlohe

---

* Deutscherseits hatte man sich mit der Erteilung von Instruktionen an den Botschafter von Saurma behufs der Botschafterkonferenz nicht beeilt. Durch Tele-

Nr. 3095

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 1. Januar 1897

Der türkische Botschafter kam gestern, um mir im Auftrag des Sultans eine mündliche Mitteilung zu machen, deren Inhalt in dem beiliegenden aide-mémoire* wiedergegeben ist. Der Botschafter ließ mir dasselbe zur näheren Prüfung, bat aber, es ihm wieder zurückzugeben, da er nicht ermächtigt sei, eine schriftliche Mitteilung zu machen.

Der Auftrag, den der Botschafter erhalten hat, geht dahin, die ausgeführten und noch auszuführenden Reformen** als vollkommen genügend zu schildern, dagegen hervorzuheben, daß die Besprechungen der Botschafter zu keinem günstigen Resultat führen und am Ende Koerzitivmaßregeln zur Folge haben würden. Der Botschafter erinnerte daran, daß schon bei einem früheren Anlasse die Schwierigkeiten, in denen sich die türkische Regierung befunden habe, durch die bons offices des damaligen deutschen Botschafters gehoben worden seien, und daß dies, wenn Seine Majestät den deutschen Botschafter, Freiherrn von Saurma, dazu ermächtigen wolle, auch jetzt geschehen könne. Durch die Besprechungen der Botschafter in Konstantinopel und die sich daran knüpfenden Maßregeln werde die Unabhängigkeit des Sultans bedroht, deshalb suche er Hülfe beim Deutschen Kaiser.

Ich erwiderte dem Botschafter, daß ich in dem Wunsche des Sultans das Bestreben erkennen müßte, uns zu einer gesonderten Aktion zu veranlassen. Ich würde zwar Seiner Majestät Bericht über seine Mitteilung erstatten, glaubte aber schon jetzt sagen zu können, daß wir uns von den übrigen Mächten nicht trennen würden.

C. Hohenlohe

---

gramm Nr. 249 vom 25. Dezember wies Saurma darauf hin, daß die offiziellen Konferenzen noch nicht beginnen könnten, da von sämtlichen beteiligten Botschaftern er und Freiherr von Calice immer noch ohne Weisungen ihrer Regierungen seien.

* Hier nicht abgedruckt.

** Vgl. Kap. LXXIII, Nr. 2908, Fußnote. Durch Iradee vom 24. Dezember war u. a. eine Kommission zur Kontrolle der Staatsbeamten eingeführt. In einem Berichte vom 27. Dezember 1896 bemerkte Botschafter von Saurma dazu: „Ein erster Schritt zur Schaffung administrativer Reformen ist somit getan, jedoch führt die genauere Prüfung der Gesetzesartikel zu der Einsicht, daß es sich auch heute wieder mehr um eine Scheinmaßregel als um ehrliche Reformabsichten handelt."

Am 11. Januar ließ der Sultan Saurma mitteilen, daß er beschlossen habe, einen Conseil consultatif zu bilden, der die Finanzverwaltung in der Haupt-

Nr. 3096

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan für den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Berlin, den 2. Januar 1897

Im Auftrage des Sultans bittet der türkische Botschafter*, Seine Majestät der Kaiser möge allerhöchstseinen Botschafter in Konstantinopel ermächtigen, dem Sultan die hier als wünschenswert erachteten Reformen anzugeben; der Sultan werde alsdann diejenigen derselben, welche ausführbar seien, ins Werk setzen, bezüglich der anderen aber die vorhandenen Bedenken der allerhöchsten Prüfung Seiner Majestät unterbreiten. Damit werde der Kaiser dem Sultan einen neuen Beweis seines Wohlwollens geben, während die Unabhängigkeit des Türkischen Reichs nach außen gewahrt bleibe. pp.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser in der jetzt vorliegenden Frage der türkischen Reformen auf dem Ew. pp. zurzeit vorliegenden Immediatbericht vom 29. v. Mts. es abgelehnt haben, Ratschläge zu erteilen**, bzw. aus diesem Anlasse den türkischen Botschafter zu empfangen, dürfte die dem türkischen Botschafter seitens Ew. Durchlaucht zu erteilende höflich ablehnende Antwort ähnlich wie im Jahre 1880 damit zu begründen sein, daß Deutschland sich nicht von den übrigen Mächten trennen und daher auch nicht die Initiative zu Ratschlägen in einer Angelegenheit ergreifen könne, welche zurzeit der gemeinschaftlichen Erwägung sämtlicher Großmächte unterliege. Daneben wird auch Bezug darauf genommen werden können, daß die Ratschläge, welche Fürst Radolin dem Sultan in seiner Abschiedsaudienz übermittelt hat, laut dem Ew. pp. gegenwärtig vorliegenden Immediatberichte vom 12. Mai 1895*** keine Berücksichtigung gefunden haben, weshalb es nicht zu verwundern sei, wenn die Kaiserliche Regierung es ablehne, Ratschläge zu erteilen, deren Befolgung vielleicht gar-

---

stadt und den Provinzen inspizieren und Etatsüberschreitungen in den einzelnen Ministerien verhindern solle; er wünschte, dazu einen deutschen Beamten zu ernennen. Saurma empfahl am 11. Januar, gegenüber solchen Reformplänen des Sultans, mittels deren er bloß der Fürsorge der Mächte zuvorkommen wolle, Zurückhaltung zu bewahren. Deutscherseits wurde denn auch beschlossen, auf die Wünsche des Sultans so lange nicht einzugehen, als die Beratungen der Großmächte über die dem Sultan vorzuschlagenden Reformen nicht abgeschlossen seien. Erlaß an Freiherr von Saurma vom 21. Januar 1897.

* Galib Bey.

** Vgl. Nr. 3093.

*** Siehe Bd. IX, Kap. LVI, Nr. 2203.

nicht ernstlich in Aussicht genommen, deren Wirkung überdies bei der jetzigen inneren Zerrüttung der Türkei jedenfalls zweifelhaft sei. pp.

Rotenhan

Randbemerkung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe auf der Reinschrift:
den 4. Januar 1897
Ich habe den türkischen Botschafter bei seinem heutigen Besuch der „Aufzeichnung" entsprechend beschieden und es abgelehnt, Seiner Majestät Vorschläge im Sinne der Wünsche des Sultans zu machen. Wir werden unsere Instruktionen dem Kaiserlichen Botschafter geben und dabei uns von dem Bestreben leiten lassen, die Wohlfahrt des Türkischen Reiches zu fördern.

C. H.

Nr. 3097

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 313 Pera, den 29. Dezember 1896

Wir haben in den bisherigen Botschafterkonferenzen einen Gedankenaustausch vorläufig bezüglich der in der Türkei bestehenden Übelstände und der die allgemeine Ordnung und Sicherheit bedrohenden Gefahren vorgenommen.

Die verschiedenen hierauf bezüglichen Ansichten und Meinungen von uns sollen heute in eine übersichtliche schriftliche Darstellung zusammengefaßt werden.

Nach Beendigung dieses ersten Teiles soll zu dem zweiten Teile: „Die Auffindung von Mitteln zur Beseitigung dieser Übelstände und Gefahren" geschritten werden.

Soweit es bis jetzt den Anschein hat, dürfte das Projekt in wenigen Wochen soweit hergestellt sein, um unseren Regierungen zur Prüfung vorgelegt werden zu können.

Saurma

Nr. 3098

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Pera, den 2. Januar 1897

Der Meinungsaustausch der Botschafter in betreff der in der Türkei herrschenden Übelstände und die daraus erwachsenden Gefahren für die allgemeine Ordnung ist beendigt.

Als solche werden gemeinsam anerkannt:

1. Die Absorbierung jeglicher Macht im Staat durch den Sultan und Vernichtung der Autorität des Großwesirs und der Pforte.

2. Unzuverlässigkeit des Beamtentums, willkürliche Ernennung der Beamten, gänzliches Fehlen irgendwelcher Hierarchie unter denselben.

3. Unregelmäßigkeit der Besoldungen.

4. Das Fehlen eines regelmäßigen und offenkundigen Budgets, wobei wiederum die Willkür des Palais dem Staat schweren Schaden zufügt.

5. Vernachlässigung der Armee, welche infolgedessen bedenkliche Disziplinlosigkeit zeigt.

6. Vernachlässigung der Marine.

7. Trauriger Zustand der Rechtspflege. Bestechlichkeit der Richter.

8. Nichtswürdigkeit der Polizei unter der Leitung eines Polizeiministers, welcher direkt vom Palais ressortiert.

9. Das Fehlen einer geordneten Munizipalität.

Wenn das vorstehende Material gehörig geordnet und durchgearbeitet sein wird, werden wir, wie bereits gemeldet, zur Besprechung der Mittel übergehen, welche dazu dienen können, jene Zustände zu bessern.

Saurma

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Da kann ich ein alter Mann darüber werden, wenn das alles gebessert werden soll!

Nr. 3099

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Pera, den 3. Januar 1897

Man darf sich auf eine längere Zeitfrist gefaßt halten, innerhalb welcher die Reformvorschläge werden von den Botschaftern fertiggestellt werden können. Je tiefer wir in die Arbeit eindringen, um so mehr Schwierigkeiten treten uns dabei entgegen.

Wesentlich verschiedene Standpunkte unter den Botschaftern sind bisher nicht zutage getreten, abgesehen davon, daß Herr von Nelidow den Sultan möglichst schonen, Sir Ph. Currie dagegen energischer gegen ihn vorgehen will.

Saurma

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Und das ganze ist eine Affenkomödie!

Nr. 3100

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 6 London, den 7. Januar 1897

In gestriger kurzer Unterhaltung mit mir zeigte Lord Salisbury wenig Befriedigung mit den Botschafterverhandlungen in Konstantinopel, die er als viel zu langsam kritisierte. Er fügte dann vertraulich hinzu, daß er an einen wirklichen Erfolg der dortigen Verhandlungen nicht glauben könne, vielmehr für wahrscheinlich halte, selbst wenn die Botschafter zu einem Abschluß gelangten, daß schließlich eine der Mächte, die er nicht näher bezeichnete, sich der Verwirklichung widersetzen werde[1].

Im Laufe der Unterhaltung ließ er wieder mehrmals die Bemerkung fallen, daß es eventuell Sache des zunächst beteiligten Österreichs sein würde, gegen russisches Vorgehen einzuschreiten[2]. Ich beantwortete diese Insinuation in der üblichen Weise, indem ich noch hinzufügte, daß ich einen solchen Entschluß Österreichs nur für denkbar hielte, wenn es sicher sei, dabei die englische Flotte hinter sich zu haben. Hierauf blieb der Minister wie gewöhnlich die Antwort schuldig.

P. Hatzfeldt

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks: Philipp* soll in Wien warnen

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Das hat er vielleicht schon mit der Einen Betreffenden verabredet?!

[2] Also richtig, wie ich es gedacht in Ermangelung einer Armee muß Österreich für Englands Intressen Landsknechtsdienste thun, und ist das engagirt, dann muß der 3 Bund nach und dann hetzt Salisbury uns Gallien auf die Hacken! Dann vogue la galère und adieu Afrika für uns?!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut gesagt.

Nr. 3101

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 12. Januar 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Konstantinopel hatte vorgestern gemeldet, daß in der Botschafterversammlung ein von Herrn von Nelidow eingebrachter Vorschlag betreffend

---

* Botschafter Graf zu Eulenburg

die Einsetzung eines obersten Staatsrates erwogen worden sei, welcher, zusammengesetzt aus den höchsten Würdenträgern des Reichs und den Oberhäuptern der kirchlichen Korporationen, eine Kontrolle über die administrativen, finanziellen und juristischen Angelegenheiten des Landes ausüben und zugleich als oberste Disziplinarbehörde fungieren solle.

Ich habe hieraus Veranlassung genommen, an Euerer Majestät Botschafter in Wien und Rom* telegraphisch die Frage zu richten, wie sich die dortigen Regierungen zu dem russischen Vorschlage stellten. Die beiden hierauf heute eingegangenen Telegramme vom gestrigen Tage beehre ich mich, Euerer Majestät in der Anlage alleruntertänigst mit dem Bemerken vorzulegen, daß nach diesseitiger Auffassung der russische Vorschlag an und für sich bildungsfähig erscheint[1], wenn auch die Ausführung desselben noch in weitem Felde liegen dürfte.

Frhr. von Rotenhan

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Der Vorschlag hat nur dann Werth wenn alle Mächte gleichmäßige Garantien schaffen, daß der „Große Rath" dem Sultan gegenüber völlige Schulterfreiheit hat, und auch nicht sich von einer Macht (Russland) allein, zu ungunsten oder ohne Vorwissen der Andren mißbrauchen läßt. W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Vorausgesetzt, daß er ehrlich gemeint und später ehrlich gehandhabt wird.

Nr. 3102

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 25 London, den 15. Januar 1897

Der Premierminister, welchen ich wegen des vorhergehenden langen Kabinettsrats nur kurze Zeit sehen konnte, berührte mir gegenüber den von der Botschafterkonferenz in Konstantinopel in Erwägung gezogenen Vorschlag, betreffend die Einsetzung eines obersten Staatsrats und bemerkte dazu, es sei ihm unbekannt, daß dieser Gedanke vom russischen Botschafter ausgegangen sei. Er wisse nur, daß derselbe in der Konferenz entstanden sei und die allseitige Zustimmung der Botschafter gefunden habe. Ohne auf die Details weiter einzugehen und die dem Staatsrat zuzulegenden Befugnisse einer näheren Kritik zu unterziehen, schien der Premierminister doch der Ansicht zu sein, daß sich aus der Sache etwas machen lasse, wenn es sich als möglich herausstelle, dafür hinreichend geeignete und unabhängige Persön-

---

* Nach den Berichten aus Wien und Rom hatte Graf Goluchowski gegen den Vorschlag der Einsetzung eines obersten Staatsrats in der Türkei prinzipiell nichts einzuwenden, bezweifelte aber, daß der Sultan darauf eingehen werde. Visconti Venosta bezeichnete den Vorschlag als „une bonne proposition".

lichkeiten zu finden und namentlich der neuen Behörde solche Befugnisse zu geben, daß damit dem willkürlichen Eingreifen des Sultans ein Ende gemacht werde[1].

Aus diesen Äußerungen hatte ich den Eindruck, daß Lord Salisbury nach wie vor darauf ausgeht, dem jetzigen Sultan nach jeder Richtung die Hände zu binden, und daß Sir Philip Currie, wenn er, wie ich annehme, denselben Zweck verfolgt, in dieser Hinsicht bei seinem Chef vollen Rückhalt finden wird.

Ich möchte aber hier noch zwei vertrauliche Äußerungen des Premierministers mir gegenüber anführen, die, obwohl in ungezwungener vertraulicher Unterhaltung gemacht, doch geeignet sind, ein helles Licht auf seine Auffassung zu werfen. Als ich im Laufe des Gesprächs einmal wieder die Bemerkung fallen ließ, daß es nach meiner persönlichen Erfahrung nicht leicht sein würde, einen besseren Nachfolger für den Sultan zu finden, erwiderte Lord Salisbury mit Lebhaftigkeit: „Dann müssen wir die eventuellen Nachfolger so oft beseitigen[2], bis sich ein geeigneter Sultan findet.“ Noch schärfer trat diese Tendenz, sich des jetzigen Sultans unter allen Umständen zu entledigen, hervor, als wir die von den Botschaftern in Aussicht genommene Einsetzung eines mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten und daher vom Sultan beinahe unabhängigen Staatsrats gesprächweise berührten. Ich ließ dabei die Bemerkung fallen, daß ich mir wohl denken könne, daß der Sultan sich willig zeigen werde[3], eine solche Institution zu akzeptieren, wenn sie auch eine bedeutende Einbuße an Macht für ihn bedeuten werde, namentlich wenn er gleichzeitig die Beruhigung zu haben glaube, daß seine persönliche Sicherheit damit gewährleistet sei[4]. Lord Salisbury schwieg einen Augenblick und bemerkte dann in einem Ton, der über seine Gefühle für den Sultan keinen Zweifel ließ: „Ich würde es vorziehen, daß solche Zusicherungen s e i n e m N a c h f o l g e r erteilt würden.“[5].

Da Sir Philip Currie mit diesen Gesinnungen des Premierministers unzweifelhaft vertraut ist und mit der Gehässigkeit desselben gegen den jetzigen Sultan zum mindesten übereinstimmt, so liegt die Annahme sehr nahe, daß er auch in der Konferenz nichts unterlassen wird, um den Sultan in eine unhaltbare Lage zu bringen[6], und die weitere Entwickelung der Dinge wird daher, wenn ich mich nicht täusche, in erster Linie davon abhängen, ob der neue Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in St. Petersburg an der Politik des Fürsten Lobanow festhält, sich der Zertrümmerung des Türkischen Reiches, welche zu einer europäischen Krisis führen kann, vorläufig zu widersetzen. In dieser Hinsicht möchte ich hier daran erinnern, daß Kaiser Nikolaus in Balmoral dem englischen Premierminister bestimmt erklärt haben soll, sich auf keine Erörterungen über die Absetzung des Sultans einlassen zu können*. Dies muß ich für um so wahrscheinlicher

* Vgl. Nr. 3078.

halten, als Lord Salisbury mir in der Unterhaltung, auf welche sich dieser Bericht bezieht, ausdrücklich zugegeben hat, daß seine Bemühungen in Balmoral, mit Kaiser Nikolaus zu einer Verständigung zu gelangen, vollständig erfolglos geblieben seien.

Mit meinem Bericht Nr. 19 vom gestrigen Tage habe ich mir gestattet, Eurer Durchlaucht eine im „Standard" enthaltene Korrespondenz aus Konstantinopel im Ausschnitt vorzulegen, welche darauf hinweist, daß im Falle eines Mißerfolges der Botschafterkonferenz einige der zunächst beteiligten Mächte, namentlich England, zu erwägen haben würden, ob nicht der Zeitpunkt für sie gekommen sei, allein und mit dem Schwerte in der Hand den Sultan zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Es wird dabei angedeutet, daß England und Frankreich sich über eine solche Aktion verständigen müßten[7].

Ich vermag von hier nicht zu beurteilen, ob die Verstimmung zwischen Frankreich und Rußland schon weit genug gediehen ist, um ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs mit England in diesem Fall als möglich erscheinen zu lassen. Was ich aber nicht für ausgeschlossen halte, ist, daß England eventuell den Franzosen die Lockspeise eines gemeinschaftlichen Vorgehens im Orient hinhält, vielleicht in der Form, daß beide Mächte ein europäisches Mandat verlangen[8], um den Sultan zur Annahme der von allen Mächten als notwendig erkannten Reformen zu nötigen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der hat doch keinen Schimmer vom Orient, seinen Sitten und Anschauungen, wie soll denn sowas gemacht werden!

[2] wie schon Abdul Aziz

[3] ?!

[4] gut

[5] !

[6] in der Hoffnung Rußland zum Einschreiten zu zwingen, und dann Oesterreich dagegen auszuspielen

[7] Ei! Eine neue Combination. Die Gallier aber werden schwerlich jetzt schon darauf eingehn

[8] Das wäre eine köstliche Affaire und der Krimkrieg in umgekehrter Fassung

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das wird sich Russland nie gefallen lassen.

Nr. 3103

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 76 — Berlin, den 17. Januar 1897

Infolge Euerer pp. gefälligen Berichtes Nr. 6 vom 7. d. Mts.* hat Seine Majestät der Kaiser den hiesigen österreichisch-ungarischen Bot-

* Vgl. Nr. 3100.

schafter aufgesucht und denselben in dem Sinne gewarnt, daß Österreich-Ungarn nichts unternehmen möge, ehe nicht auch England seine Politik festgelegt habe. In ähnlichem Sinne wird auch der Herr Reichskanzler mit dem Grafen Goluchowski gelegentlich dessen jetziger Anwesenheit hier* sprechen.

Rotenhan

Nr. 3104

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 38 London, den 20. Januar 1897

In meiner heutigen vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury zeigte derselbe im großen und ganzen kein besonders lebhaftes Interesse für die Botschafterkonferenzen in Konstantinopel und ging mit der Bemerkung darüber hinweg, daß das Resultat, an welchem die Botschafter mit großem Fleiß zu arbeiten schienen, doch nur zu neuen Meinungsverschiedenheiten unter den Mächten führen würde. Lord Salisbury fügte dann, indem er offenbar mit größerem Ernst auf diese Sache einging, hinzu, daß wir im Orient nach seiner Ansicht mit zwei großen Gefahren rechnen müßten, und zwar:

1. Die mazedonische Frage, die unzweifelhaft im Frühjahr zum Ausbruch kommen werde**. Es sei nicht darauf zu rechnen, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien, der nichts als sein eigenes Interesse im Auge habe, dagegen einschreiten werde, und es bleibe nur die Möglichkeit, daß Österreich etwas tue[1], um dem ihm selbst unerwünschten Ausbruch in Mazedonien vorzubeugen.

2. Die noch größere Gefahr eines Massakers der in der Türkei lebenden Angehörigen fremder Nationen. Wenn zum Beispiel englische Staatsangehörige dabei zu Schaden kämen, so fürchte er sehr, daß in der hiesigen öffentlichen Meinung ein Sturm ausbrechen und die Regierung nötigen würde[2], unter allen Umständen mit Zwangsmaßregeln gegen die Türkei vorzugehen. Lord Salisbury ließ dabei, vielleicht ohne es zu wollen, die Bemerkung fallen, daß er auf diese Gefahr auch in Paris aufmerksam gemacht habe.

Als ich im Scherz hierauf erwiderte, daß wir dann vielleicht das interessante Schauspiel erleben würden, die englische Flotte im Mittelmeer Arm in Arm mit der französischen Flotte nach den Dardanellen segeln zu sehen, protestierte der Minister nicht gegen diese Auffassung

---

* Über die Besprechungen mit Graf Goluchowski gelegentlich dessen Anwesenheit in Berlin (17.—19. Januar) vgl. Kap. LXXIV, Nr. 2933, Fußnote † und Kap. LXXIX, Nr. 3114, 3115, 3117.

** Vgl. darüber Kap. LXXVI.

und bemerkte nur: „Zwei würden aber nicht genug sein, und wir müßten einen Dritten[3] haben, etwa Italien."

Als ich hierzu die Bemerkung machte, daß ein solches Zusammengehen noch eine andere wohltätige und vielleicht vielen erfreuliche Folge haben würde, nämlich eine größere politische Annäherung zwischen Italien und Frankreich, schien Lord Salisbury die Ironie dieser Äußerung nicht zu verstehen und nickte bloß, schien aber gleichzeitig zu bereuen, daß er sich in der Konversation zu so weitgehenden Äußerungen habe verleiten lassen. Er bemerkte deshalb ausdrücklich, daß seinen Äußerungen durchaus kein vorher überlegter oder schon in Erwägung gezogener Plan zugrunde liege, und daß er nur ganz unmaßgeblich erst durch den Lauf unserer Unterhaltung hervorgerufene Gedanken habe aussprechen wollen.

Ich glaube auch nach meinen bisherigen Beobachtungen noch nicht, daß hier schon ein positiver Plan vorliegt, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen, die vielleicht nur durch einen hohen Preis auf anderen Gebieten erkauft[4] werden könnte. Die heutigen vertraulichen Äußerungen des Premierministers sind aber jedenfalls von hohem Interesse, weil sie darüber keinen Zweifel lassen, daß er den Gedanken einer Allianz mit Frankreich[5] zu bestimmten Zwecken im Kopfe hat und zu verarbeiten sucht. Lord Salisbury ist nach meinen Erfahrungen ein Opportunist, dessen inneres Gleichgewicht durch eintretende äußere Schwierigkeiten niemals ernstlich beeinträchtigt wird, weil er von sich selbst überzeugt ist, daß es seinem erfinderischen Geiste niemals an Auswegen und Kombinationen fehlen wird, um England mit Hülfe seiner ungeheuren Flotte gegen alle denkbaren Gefahren zu decken[6]. Ich halte deshalb auch durchaus nicht für ausgeschlossen, daß er eventuell, wenn Frankreich seine Annäherung zurückwiese, versuchen würde, sich direkt mit Rußland unter Aufgabe von Konstantinopel zu verständigen[7]. Ob Rußland, dem diese Stimmung der Engländer bekannt sein muß, sich auf eine solche Kombination einlassen würde, gerade jetzt, wo es vielleicht mit Recht annehmen kann, daß ihm die reife Frucht ohne ernstlichen Widerstand anderer in den Schoß fallen muß, ist eine Frage, die ich von hier nicht beurteilen kann. Ebensowenig bin ich vorläufig überzeugt, daß Frankreich in seiner Enttäuschung über die russische Freundschaft schon weit genug gekommen ist, um der unzuverlässigen Freundschaft der Engländer zuliebe auf die einzige Allianz zu verzichten, die es in Europa besitzt[8]. Auch Rußland muß Wert darauf legen, die französische Freundschaft beizubehalten, solange es dieselbe nicht durch eine andere ersetzen kann, welche ihm die Erreichung aller seiner orientalischen Wünsche garantieren würde.

Als hierher gehörig muß ich anführen, daß der kürzlich zurückgekehrte Baron de Courcel vorgestern eine lange Unterhaltung mit Lord Salisbury gehabt und mich seitdem aufgesucht hat. Obwohl er sich über diese Unterhaltung nicht aussprach, hatte ich aus seinen

Äußerungen doch den ganz bestimmten Eindruck, daß der französische Botschafter vor seinem Abgang* nach wie vor bemüht ist, Lord Salisbury davon zu überzeugen:

1. daß Frankreich wegen Ägypten niemals einen Krieg anfangen werde;

2. daß es durchaus nicht unmöglich sei, zu einer Verständigung über diese Frage ohne jede Demütigung Englands zu gelangen.

Auch darüber war Baron de Courcel, wie aus seinen Äußerungen gegen mich hervorging, wohl informiert, wahrscheinlich durch Lord Salisbury selbst, daß derselbe persönlich auf die definitive Besetzung Ägyptens keinen besonderen Wert lege und nur befürchte, daß die öffentliche Meinung in England die Evakuation jetzt nicht gestatten würde.

Besonders auffallend war mir eine Äußerung des Baron de Courcel gegen mich, für die er mir aber die Erklärung schuldig blieb, und die ungefähr dahin ging, daß sich in bezug auf Ägypten bald „Etwas" ereignen werde.

Der österreichische Botschafter, welcher mich eben aufgesucht hat, ist offenbar infolge der gestrigen Rede Lord Salisburys** von seinen Illusionen bezüglich der Unterstützung Österreichs durch England in der orientalischen Frage bedeutend zurückgekommen[9]. Er hatte diesmal den Eindruck, daß von England nicht viel zu hoffen sei, da Lord Salisbury ihm nunmehr selbst gesagt habe, daß er mit Rücksicht auf die erregte öffentliche Meinung nichts tun könne, was auch nur den Anschein einer direkten oder indirekten Unterstützung der Türkei erwecken könnte. Graf Deym beobachtet seinerseits mit großer Aufmerksamkeit die Annäherungsversuche zwischen England und Frankreich, die ihm ebenfalls aufgefallen sind, meint aber mir gegenüber, daß wir, das heißt die Tripelallianz, einen Erfolg dieser Bemühungen nicht zu beklagen haben würden, weil dadurch die Loslösung Frankreichs von Rußland[10] bedingt würde, die uns nur erwünscht sein könnte.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Daher die Nervosität in Wien und die ewigen Anfragen wegen casus foederis?

[2] Das wäre ja herrlich! dann müßte John Bull beißen!

[3] einen Dummen, um den 3 Bund gegen Russland zu engagiren!

[4] John Bull erkauft sich aber lieber Vortheile als daß er sie erkämpft.

---

* Seit 1896 stand die Abberufung Baron de Courcels aus London in Frage, die aber erst 1898 erfolgte.

** Am 19. Januar hatte Lord Salisbury im Oberhause eine Rede über die orientalische und die ägyptische Frage gehalten, die sehr skeptisch in bezug auf die Reformfrage und die Botschafterkonferenzen lautete und nur das eine mit voller Bestimmtheit hinstellte, daß, wenn nicht eine Reihe von wesentlichen Reformen zur Annahme komme, der Untergang des Türkischen Reiches nicht sehr lange hinausgeschoben werden könne.

[5] Dasselbe ist auch unsre Pflicht, und müßen auch wir mit Gallien in ein näheres Verhältniß kommen.
[6] und schließlich andre zum Kastanienholen zu bekommen
[7] dabei ist er entschieden schon
[8] wenn man ihm die Deutsche dafür in Aussicht stellte?
[9] na! endlich!
[10] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Wie Hanotaux jetzt schon so wird Frankreich doch einmal früher oder später merken, daß Russland es zum Besten hat und die Reichslande verloren sind. Wenn es dann aufwacht wird die Wuth groß, und da müßen wir einsetzen und ihm seine Aufgabe als Hauptstütze der Europ[äischen] Cultur vorhalten, gegen Barbarisches Übergewicht vom Osten; auch am Mittelmeer. Die Gallier sind eitel und werden darauf eingehen. W.

Nr. 3105

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 26. Januar 1897

Der türkische Botschafter las mir eine zur Kenntnis der Großmächte bestimmte Zirkularnote der Pforte vor, folgenden Inhalts:

Die langen geheimen Konferenzen der Botschafter hätten Unruhe bei der türkischen Regierung und Bevölkerung hervorgerufen, namentlich weil man fürchte, daß die Konferenzbeschlüsse dem Sultan als fertiges Ganze zur Befolgung auferlegt werden sollen, und daß sie seine und der Regierung Unabhängigkeit und Autorität einschränken werden. Die Pforte wünscht deshalb lebhaft, über den Inhalt der Beratungen schon jetzt unterrichtet zu werden. Da übrigens, wie schon öfter ausgeführt, Seine Majestät der Sultan in den letzten Zeiten zahlreiche eingreifende Reformen aus freien Stücken eingeführt habe und weitere noch berate, so glaube er, daß kein dringender Anlaß zur Fortsetzung der Botschafterkonferenzen vorliegt, und würde deren vorläufige Suspendierung sehr wünschen.

Ich habe Galib Bey erwidert, da die im Detail mir übrigens nicht ganz bekannten Beratungen der Botschafter noch nicht abgeschlossen sind, so könnte ich ihm keinen Aufschluß über sie geben; dieselben müßten jetzt zunächst ohne Aufenthalt zu Ende geführt werden, er könne mir aber glauben, daß es das Bestreben der Botschafter sei, die Unabhängigkeit und Autorität Seiner Majestät des Sultans und seiner Regierung zu erhalten.

Graf Lanza erzählte mir später, Visconti Venosta habe nach Verlesung der Zirkularnote ähnlich geantwortet und namentlich bemerkt, der Sultan möge mit Vertrauen den Abschluß der Botschafterkonferenzen abwarten. Rotenhan

Nr. 3106

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 63 London, den 29. Januar 1897

Nach streng vertraulichen Äußerungen des Grafen Deym, welcher gestern abend eine lange Unterhaltung mit Lord Salisbury hatte, hat der letztere dabei mit größerer Offenheit und Bestimmtheit als sonst verschiedene Erklärungen abgegeben, und zwar:

1. Er könne auch heute nicht sagen, ob und welche Haltung er in bezug auf eine nach dem Abschluß der Botschafterverhandlungen in Konstantinopel ausbrechende Krisis einnehmen, und ob er nach irgendeiner Richtung vor der Anwendung von Gewaltmitteln nicht zurückschrecken werde. Ebenso möglich sei es, daß die englische Regierung sich dennoch dazu entschließen würde, und er könne daher auch nicht sagen, daß ein solcher Fall ganz ausgeschlossen sei.

2. Mit gleicher Bestimmtheit könne er ihm, Grafen Deym, versichern, daß seine Hände vollständig frei seien, und daß er für den Fall, um den es sich handele, mit keiner andern Macht eine Verständigung eingegangen sei.

Der österreichische Botschafter schien von den vorstehenden Äußerungen ziemlich befriedigt zu sein und bemerkte dazu, daß der englische Premierminister sich über die fraglichen Punkte noch niemals so bestimmt ausgesprochen habe. Allerdings dürfe man sich nicht zu fest darauf verlassen und nicht seine ganze Politik auf diese eine Karte setzen.

Als ich meinerseits heute mit Lord Salisbury zusammentraf, fand ich ihn in guter Stimmung, aber bei weitem nüchterner als bei unserem letzten Zusammentreffen. Er schien kaum zu bezweifeln, daß die Arbeit der Botschafter von ihren Regierungen demnächst gebilligt werden würde. Da man sich darüber geeinigt habe, die Mitteilung an den Sultan erst dann zu richten, wenn man sich auch über die Koerzitivmaßregeln verständigt habe, so würde es für Rußland, wie er annimmt, nicht ganz leicht sein, sich jetzt aus der Sache herauszuziehen und die Pression zu hintertreiben oder doch wesentlich abzuschwächen. Die ganze Frage würde aber schließlich die bleiben, ob die von den Botschaftern eingesetzten zwei Kommissionen mit hinreichenden Befugnissen ausgerüstet seien, und ob, wenn dies der Fall, der Sultan sich zur Annahme derselben entschließen werde.

Nach alle dem schiene die Sache jetzt so zu liegen, daß alles vielleicht glatt ablaufen, daß aber möglicherweise auch Krieg und Frieden von unübersehbaren und unberechenbaren Kleinigkeiten abhängen würden. pp*.

Hatzfeldt

* Einen weiteren Abschnitt des Berichtes siehe in Kap. LXXIV, Nr. 2935.

Nr. 3107

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Pera, den 3. Februar 1897

Die Arbeit betreffend die Reformvorschläge ist nahezu vollendet. Es fehlt nur noch die schließliche Redaktion. In künftiger Woche wird die Übersendung erfolgen.

Einige Abänderungen früher von mir mitgeteilter Punkte sind noch nachträglich bei wiederholter Durchberatung erfolgt.

Saurma

Nr. 3108

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 74 London, den 4. Februar 1897

Ich fand Lord Salisbury an seinem gestrigen Empfangstage wenig gesprächig, und er zeigte geringe Neigung, sich über die Arbeiten der Botschafterkonferenz in Konstantinopel und ihre Aussichten auf baldigen Erfolg näher auszusprechen. Er bemerkte nur kurz, daß man dort immer noch nicht soweit sei, und daß man kaum vor Ende künftiger Woche auf irgendeinen Abschluß der Konferenzarbeiten hoffen könne. Übrigens teile ihm Sir Philip Currie über die Details der Verhandlungen sehr wenig mit. Hierzu bemerke ich, daß, wie mir von zuverlässiger Seite versichert wird, Sir Philip Currie ausdrücklich angewiesen sein soll, den Premierminister mit Detailfragen zu verschonen, da derselbe nur auf das Schlußresultat Wert lege. Mir gegenüber äußerte Lord Salisbury gestern ziemlich unvermittelt und scharf: „Eins steht fest, und das ist, daß der Sultan mit englischer Zustimmung keinen Schilling erhalten wird, so lange er nicht die notwendigen Konzessionen gemacht hat.“ Auf meine hingeworfene Äußerung, daß der Sultan nach den Zeitungen jetzt ziemlich weich und zu allen Konzessionen geneigt sein solle, sagte Lord Salisbury, es könnten nur tatsächliche Konzessionen in Frage kommen, durch welche die Macht des Sultans bedeutend eingeschränkt würde.

In bezug auf Rußland sprach der Minister jetzt die bestimmte Überzeugung aus, daß es in Konstantinopel in voller und aufrichtiger Übereinstimmung mit den anderen Mächten auftrete. Die Sache liege sogar so, daß Herr von Nelidow, obwohl diese Rolle eigentlich dem

Freiherrn von Calice als Doyen zufallen sollte, in der Konferenz die Leitung in dem von den Mächten verabredeten Sinne übernommen habe.

Obwohl Lord Salisbury diesen Umstand mit besonderer Befriedigung hervorhob, wies er gleichzeitig darauf hin, daß man in Konstantinopel nach dem Abschluß der Konferenzarbeiten noch auf ernste Schwierigkeiten gefaßt sein müsse. Der Minister war überhaupt mißmutig gestimmt und ließ die Äußerung fallen, daß er es schließlich für kein Unglück halten könne, wenn England eine Zeitlang politisch isoliert sein sollte. Ich möchte annehmen, daß dieser Mißmut mit der Wahrnehmung in Verbindung steht, daß Österreich sich nicht mißbrauchen lassen will, und daß die Aussicht, wenn sie jemals bestanden hat, mit Rußland oder mit Frankreich zu einem Abkommen zu gelangen, jetzt eine sehr geringe ist.

Hatzfeldt

Nr. 3109

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 33 Pera, den 9. Februar 1897

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage den Text des identischen Berichtes* gehorsamst zu überreichen, welchen die Botschafter infolge Auftrags ihrer hohen Regierungen angefertigt haben, um die Schäden der türkischen Staatsverwaltung festzustellen und gleichzeitig die Mittel zu bezeichnen, welche ihrer Meinung nach dazu dienen können, diese Schäden zu beseitigen bzw. zu verringern.

Der bereits festgestellt gewesene Wortlaut des Schriftstücks ist gestern noch einer abschließenden Revision von uns unterzogen worden, welche einige kleine, meist nur redaktionelle Abänderungen zur Folge hatte, die mit roter Tinte auf dem Mundum nachgetragen worden sind.

Der oben erwähnte Bericht deckt die Mißstände auf, mit welchen die Administration, die Armee, die Justiz, die Finanzen, die Polizei, die Presse und die Munizipalität behaftet sind, sowie die Unzuträglichkeiten, welche daraus entstehen, daß Seine Majestät der Sultan persönlich in völlig unkontrollierbarer Weise in alle Zweige der Staatsverwaltung eingreift und damit den berechtigten Einfluß und die Verantwortung der Staatsbehörden annulliert.

Der Bericht weist nicht minder auf die traurigen Folgen des von oben herab geübten Bestechungs-, Spionage- und Verhetzungssystems

* Der Abdruck des sehr weitschichtigen Textes des identischen Berichts (64 Schriftseiten) erübrigt sich, da er nie eine Folge gehabt hat. Vgl. auch Nr. 3112, Fußnote.

hin, wodurch die allgemeine Sicherheit unter der hiesigen Bevölkerung — der einheimischen wie der fremden — illusorisch gemacht wird.

Um diesen Übeln wirksam zu begegnen, erschien es zunächst unerläßlich, eine dauernde und unabhängige Kontrollbehörde neben den Sultan zu setzen. Wir wählten hierzu die Form eines „Conseil suprême de l'Empire", dessen Zusammensetzung und Obliegenheiten auf Seite 25—32 des Kollektivberichts angegeben sind.

Ferner sprachen wir uns für die Einsetzung eines „Conseil financier" aus, Seite 33—41, mit der Aufgabe, geordnete Budgetverhältnisse zu begründen und dieselben zu überwachen, die Notwendigkeit eines für den türkischen Staat eventuell erforderlichen Anlehens zu begutachten usw.

Zum Zweck der Wiederherstellung und Befestigung geordneter Zustände im Innern des Landes ist fast ausschließlich auf die bereits bestehenden, vom Sultan selbst promulgierten (aber nie ausgeführten) Reglements zurückgegriffen worden, Seite 42—43. Die Ausführung derselben sei zwei europäischen Kommissionen mit Anlehnung an zwei Kaiserlich Ottomanische Oberkommissare — die eine für die europäische Türkei, die andere für die kleinasiatischen Provinzen — anzuvertrauen, Seite 44—49.

Was die Justiz anlangt, so ließen sich durchgreifende Reformen kaum in Vorschlag bringen. Die türkischen Rechtsverhältnisse sind mit den Grundsätzen des Islams in einer Weise verwoben, daß man befürchten muß, mit einer versuchten Reformierung der Justiz gleichzeitig die religiösen Anschauungen der mohammedanischen Bevölkerung häufig schwer zu verletzen. Nur eine zweckmäßige Reorganisierung des richterlichen Beamtenpersonals schien geboten. Ein Reglement in dieser Beziehung sei auszuarbeiten und zwar von hervorragenden in Konstantinopel lebenden Kapazitäten unter Zuziehung der fremden Missionen.

Das gleiche gelte von der Polizei, welche einer radikalen Reorganisation bedürftig sei.

Die Munizipalität sei für die großen Städte des Reiches in der Weise wiederherzustellen, wie sie in früherer Zeit in Pera bestanden und gute Resultate ergeben habe.

Was die Presse anlangt, so erscheine es geboten, dieselbe von den sie bedrückenden Fesseln zu befreien und ihr die Behandlung wieder zu verschaffen, welche ihr durch das Gesetz von 1865 verliehen worden war.

Die Botschafter haben selbstverständlich nicht versucht, für alle im Türkischen Reich bestehenden Mißstände Abhülfe zu schaffen und das Land zu regenerieren.

Sie mußten sich damit begnügen, die Mittel anzugeben, um die schlimmsten Schäden notdürftig zu beseitigen und damit den Staat

— dem Willen der Mächte entsprechend — vor der Gefahr des plötzlichen Zusammenbruchs zu bewahren.

Die oben besprochenen Reformen würden, wenn sie fruchtbringend wirken sollen, in ihrer Gesamtheit vom Sultan angenommen werden müssen — was letzterem übrigens um so weniger schwer fallen dürfte, als er während der Zeit der Reformarbeiten der Botschafter aus freien Stücken ähnliche Reformen einzuführen bestrebt war, wie diese vorgeschlagen haben*.

Der Text der Vorschläge der Botschafter vom 27. Januar/8. Februar d. Js. ist in der Anlage gehorsamst beigefügt. Dieser Text hat seinerseits wieder zwei Anlagen.

Die erste bezieht sich auf den Conseil suprême de l'Empire, die zweite auf die für die europäischen und die kleinasiatischen Provinzen der Türkei einzusetzenden zwei Kommissionen.

Saurma

Nr. 3110

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 83 St. Petersburg, den 11. Februar 1897

Der österreichische Botschafter** teilte mir den Inhalt einer Unterhaltung mit, die er kürzlich mit Graf Murawiew gehabt. Der Minister äußerte sich befriedigt über seinen Aufenthalt in Paris und Berlin***. An beiden Orten hätte er die besten Dispositionen zur Verständigung und gemeinsamer Aktion gefunden.

Dem türkischen Botschafter Munir Bey hätte der Graf in Gegenwart des Ministers Hanotaux erklärt, der Sultan dürfe nicht auf die Uneinigkeit der Mächte rechnen und hätte hinzugefügt: „Si la Turquie s'était habituée de considérer la Russie et la France comme mari et femme, elle devrait comprendre que les autres Gouvernements étaient frères et soeurs que nous formons tous une famille très-unie."

Mit Rücksicht auf die dem Grafen Murawiew bisher unbekannt gewesene und entschieden im Zunehmen begriffene Armenophilie der französischen Bevölkerung sei dieselbe fast ebenso erregt (surexcité), wie die englische öffentliche Meinung. Der geringste Vorfall oder Exzeß in der Türkei und besonders in Konstantinopel könne unabsehbare Folgen haben. Der Graf bedauert, daß in Frankreich die

* Vgl. Nr. 3095, Fußnote **.

** Prinz Liechtenstein.

*** Graf Murawiew hatte, nachdem er am 13. Januar zum Verweser des russischen Außenministeriums ernannt worden war, Ende des Monats seine Antrittsvisite in Paris und Berlin gemacht. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3425 ff.

Parteinahme für die Armenier um sich zu greifen scheine. Darin liege eine Verschiedenheit der Auffassung in den Regierungskreisen und der öffentlichen Meinung.

Über die Auffassung der kaiserlichen Regierung hat sich Graf Murawiew dem Prinzen Liechtenstein sehr befriedigt ausgesprochen und hervorgehoben, daß dieselbe eine übertriebene Bewegung zugunsten der türkischen Christen zu mäßigen bemüht sei.

Auch mit Herrn von Szögyény hätte der Minister eine längere Unterhaltung gehabt, wie mir mein österreichischer Kollege erzählte. Beide Herren wären sich in der Überzeugung begegnet, daß nichts zwischen Österreich und Rußland liege, was nicht mit gegenseitigem guten Willen überwunden werden könnte. Jedes Mißverständnis könne beseitigt werden, wenn man sich nur offen ausspräche.

Graf Murawiew bemerkte ferner dem Prinzen Liechtenstein, daß er das Gefühl habe, manche Botschafter in Konstantinopel ständen unter dem Eindruck von bevorstehenden Katastrophen in der Türkei. Ihre fortwährende Nervenspannung sei ja erklärlich. Er glaube indes, daß sie zu schwarz sehen[1].

Er findet — wie dies übrigens von den meisten Kabinetten empfunden zu werden scheine —, daß der Plan der Reformen in der Konstantinopeler Konferenz zu ausgedehnt (trop vaste) sei, und daß die Botschafter mehr als Theoretiker wie als Staatsmänner gearbeitet hätten. Es käme ihm vor, als wolle man einem kranken Greise das Regime eines jungen Menschen geben. Leider sei es zu spät, etwas daran zu ändern. Wie die Sachen nun einmal stehen, dürfe man in nichts nachgeben und das einmal festgesetzte Programm in seiner Integralität aufrechterhalten.

Vor zwei Monaten noch hätte man nachgiebiger sein können. Jetzt würde der Sultan darin eine Uneinigkeit der Mächte erblicken. Übrigens hätten die Botschafter unter der Hand ihre Reformprojekte nach Möglichkeit abgemildert.

Ähnlich wie dem Prinzen Liechtenstein hat sich Graf Murawiew sowohl mir wie dem Marquis Maffei gegenüber ausgesprochen.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Na! Na!

Nr. 3111

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 80 Paris, den 7. April 1897

pp. Die Botschafterkonferenzen in Konstantinopel betrachte ich

als das größte Fiasko der neueren Diplomatie, als den Niedergang derselben[1].

Die Regierungen sind dort in denselben Fehler verfallen, den die immer mehr übergreifenden Parlamente begehen, indem sie, statt zu finanziellen und legislatorischen Maßregeln ihren Rat und Zustimmung zu erteilen und sich darauf zu beschränken, in die Exekutive eingreifen und durch Kommissare selbst mitverwalten wollen[2].

Die Botschafterkonferenzen haben eine Aufgabe übernommen, der sie nicht gewachsen sind[3].

Mörder kann man durch politische Dissertationen und Ratschläge nicht zurückhalten, dazu gehört Gewalt[4], und daß die niemand anwenden wollte, wußte der Sultan, dem von vornherein die Integrität seines Reiches stets von neuem garantiert wurde.

Noch verfehlter ist die Idee, Reform- und Verwaltungsvorschläge am grünen Tisch ausarbeiten zu wollen, welche auf der Gleichberechtigung der Christen und Mohammedaner basiert sind, ein Grundsatz, der dem Koran und der ganzen Auffassung der Moslems widerspricht[5].

Über Kreta will ich mich nicht weiter äußern. Das, was dort vorgeht, ist das militärische Spiegelbild der Botschafterkonferenzen*.

Den Griechen will ich nicht das Wort reden, ich kann aber begreifen, daß, nachdem sie jahrelang durch Versprechen der Türken getäuscht wurden, sie durch ihre Eitelkeit und Überschätzung ihrer Kräfte sich dazu verführen ließen, ihren Stammgenossen zu helfen, und sie für sich ausnutzen wollten**.

Unsinnig war es, das zu tun, ohne wenigstens auf eine der Mächte[6] rechnen zu können. Vielleicht sind sie auch darin getäuscht worden.

Mag es zwischen Griechen und Türken zum Kriege kommen oder nicht, so ist der Haß und Widerspruch zwischen Mohammedanern und Christen immer stärker geworden und wird zu neuen Mordtaten in Armenien führen[7].

Der orientalische Stein ist im Rollen, die Botschafterkonferenzen werden ihn nicht aufhalten[8].

Wir müssen ihm aus dem Wege gehen und dafür sorgen, daß uns die Lawine nicht mittreffe[9].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Mir wie aus der Seele gesprochen! Sie sind eine wahre Schande für uns Europäer!

[2] bravo!

[3] richtig

[4] ja

[5] richtig, habe ich stets umsonst gepredigt

[6] England?

---

* Vgl. Kap. LXXVIII.

** Vgl. Kap. LXXX.

[7] mit Hülfe von Englischem Golde?
[8] sehr wahr
[9] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich

Nr. 3112

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 Pera, den 9. April 1897

Herr Hanotaux beauftragte gestern den hiesigen französischen Botschafter, sich nach Anhörung der Ansicht seiner Kollegen darüber zu äußern, ob es doch nicht vielleicht nützlich sein könne, dem Sultan das Reformprojekt der Mächte schon jetzt, ohne Rücksicht auf die schwebenden griechischen Komplikationen vorzulegen*. Wir waren sämtlich der Meinung, daß der Augenblick dazu in keiner Weise angezeigt erschiene.

Ich fügte hinzu, daß dies offenbar der Standpunkt unserer Regierungen sei, da dieselben das vom Sultan vor kurzem an sie gestellte, diesen Gegenstand betreffende Ansuchen unberücksichtigt gelassen hätten. Herr Cambon selbst schloß sich jener von seinen Kollegen ausgesprochenen Meinung an.

Saurma

Nr. 3113

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 186 St. Petersburg, den 15. April 1897

Marquis Maffei gab mir heute Kenntnis von einer Depesche des italienischen Botschafters in London vom 11. v. Mts. bezüglich der

* Schon im Februar hatte Hanotaux den französischen Botschafter in Konstantinopel befragt, ob man nicht das am 8. Februar unterzeichnete Reformprojekt der sechs Botschafter dem Sultan vorlegen wolle. Die Botschafter waren laut Bericht des Freiherrn von Saurma vom 22. Februar schon damals der übereinstimmenden Meinung, „daß der Augenblick keineswegs geeignet sein dürfte". Da der geeignete Moment niemals kam, blieb das Projekt in den Archiven, ohne der Pforte vorgelegt zu werden. Die kretische Frage und der griechisch-türkische Krieg ließen bei der Mehrzahl der beteiligten Regierungen das Interesse an den Reformprojekten ganz zurücktreten. Auch die englische Regierung, die anfänglich in der ganzen Reformaktion geführt hatte, legte jetzt auf die Durchführung des Reformwerks keinen Wert mehr. S. das folgende Schriftstück.

Stellung des englischen Kabinetts zu dem von den Botschaftern in Konstantinopel ausgearbeiteten türkischen Reformprojekt.

Nach dieser Depesche hätte Lord Salisbury geäußert, es werde nötig sein, das Projekt gründlich zu studieren, ehe man es dem Sultan empfehlen könne. Ihm scheine der Plan der Botschafter zu sehr ins einzelne zu gehen; viele augenscheinlich nebensächliche Punkte würden besser ganz zu eliminieren, andere wesentliche dagegen mehr zu betonen sein.

Der italienische Minister des Auswärtigen hat darauf dem General Ferrero geantwortet, die Nachricht habe ihn sehr interessiert, und er würde sich freuen, seinerzeit von Lord Salisbury genauer zu erfahren, bezüglich welcher Punkte England Änderungen wünsche.

Marquis Maffei ließ durchblicken, daß seiner Ansicht nach die Äußerungen Lord Salisburys und die von England erhobenen Reserven und Bedenken das Ziel erkennen ließen, dem Zustandekommen des Reformwerks im allgemeinen Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der italienische Botschafter hat gestern dem Grafen Murawiew gleichfalls Mitteilung von dieser Depesche gemacht. Der Minister, dem bisher nichts über die Stellungnahme Englands zu dem Reformprojekt bekannt geworden war, hat dem Marquis Maffei zu verstehen gegeben, daß er dem fraglichen Reformvorschlage bei den unterdessen völlig veränderten Verhältnissen wenig Bedeutung mehr beimesse.

Zu letzterer Äußerung stimmt die Bemerkung des hiesigen französischen Botschafters *, der, als Marquis Maffei ihn nach dem Schicksale der türkischen Finanzpläne, insbesondere denjenigen des Herrn Nagelmakers, fragte, meinte, alle diese Dinge gehörten einer überwundenen Epoche an und hätten ihre Geltung verloren.

von Tschirschky

* Graf Montebello.

Kapitel LXXIX

Deutsch-Österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem

Das Österreichisch-Russische Balkanabkommen 1897



Nr. 3114

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 4 Wien, den 16. Januar 1897
Ganz vertraulich

Bei der Anwesenheit des Grafen Goluchowski in Berlin* dürfte es von Interesse sein, wenn ich die letzten Äußerungen, die er mir über Deutschlands Verhältnis zu Rußland machte, wiedergebe. Allerdings zweifle ich nicht daran, daß er bei seiner Art, offen die Gedanken wiederzugeben, die ihn beherrschen, — soweit dies überhaupt möglich ist — ähnliche Äußerungen in Berlin machen wird.

Er hatte kurz vor seiner Abreise von hier einen langen Vortrag bei seinem Souverän. Auch fand ein Ministerrat statt, an dem Feldzeugmeister Baron Beck und Herr von Kállay** teilnahmen. Ob dieser Ministerrat sich auf die von hiesiger Regierung recht ernst angesehene Lage im Orient bezog, um als Basis für die Haltung des Grafen Goluchowski in Berlin zu dienen, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls aber bezog sich der Vortrag des Grafen bei Kaiser Franz Joseph darauf.

Die zwischen Deutschland und Rußland gebesserten Beziehungen sind für Graf Goluchowski der einzige Schatten, der auf unserem Bündnisse ruht. Seine Unversöhnlichkeit mit Rußland ist so ausgeprägt, daß er jede uns erwachsene Unbequemlichkeit seitens Rußlands — wohl nicht direkt als Schadenfreude, aber doch in ähnlicher Stimmung — empfindet. Seine Abneigung gegen unsere guten Beziehungen zu Rußland aber geht nicht so weit, daß er etwa Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland *stiften* würde. Dazu ist er zu loyal und ein zu überzeugter, ehrlicher Bundesgenosse. Er entzieht sich auch nicht dem Argumente, daß Deutschland bei Aufrechterhaltung

* Graf Goluchowski kam am 16. Januar nach Berlin, er blieb dort bis zum 19.
** K. u. K. Reichsfinanzminister.

guter Beziehungen zu Rußland unter Umständen Österreich die besten Dienste leisten könnte.

Aus dem Tone aber, mit dem der Graf mir nach der Ernennung des Grafen Murawiew* zum auswärtigen Minister sagte: „Ja, Sie werden in Rußland noch manches erleben!" ging recht deutlich hervor, daß er über den Eindruck, den diese Ernennung auf uns machen würde, nicht unzufrieden war. Daß er aber andererseits über das Faktum der Ernennung besorgt ist, äußerte sich darin, daß er mir alte Berichte Herrn von Szögyénys über die Stellung des Grafen Murawiew als Botschaftsrat in Berlin mitteilte, die auf die Persönlichkeit des neuen Ministers ein sehr schlechtes Licht warfen.

Ganz unmöglich ist es nicht, daß Graf Goluchowski die eingetretene Wendung benutzen wird, um in Berlin einen kräftigen Versuch zu machen, uns für eine akzentuiertere Haltung des Dreibundes gegenüber Rußland zu gewinnen.[1] Er sagte mir hier: „Deutschlands Haltung zu Rußland verstehe ich einfach nicht. Es ist mir völlig unverständlich, daß Sie die den westlichen Staaten drohende Gefahr nicht sehen. Sie können sie doch nur nicht sehen wollen." Als ich antwortete, daß Deutschland, das durch keinerlei zuwiderlaufende Interessen von Rußland getrennt sei, einen Wahnsinn begehen würde, wenn es aus seiner Reserve hinaustreten wollte, denn als guter Bekannter Rußlands sei es auch in der Lage, Österreich die wichtigsten Dienste bei ernsten Komplikationen zu leisten,[2] fügte sich der Graf. Aber es war ihm nicht angenehm. Unwiderlegliche Argumente sind jedem Menschen fatal, wenn sie einen Lieblingsgedanken eindämmen. Und der Lieblingsgedanke des Grafen ist: eine akzentuiertere Haltung des Dreibundes gegenüber Rußland. Er ist der Ansicht, daß, wenn Deutschland mit Österreich und Italien in Konstantinopel eine laut tönende Sprache spräche, England sich dem Dreibund nähern[3] und Rußland trotz aller Hülfe Frankreichs zu Kreuz kriechen müßte[4]. Ich habe mich solchen Gedanken gegenüber ziemlich gleichgültig gezeigt oder auch dem Grafen scherzend „kriegerische Gelüste" vorgeworfen, um dann das Thema zu verlassen. Seine Variationen über das Lieblingsthema, das uns nicht gefällt, sind auch nur langweilig.

Am prägnantesten kommt der Ärger über abweichende politische Anschauungen des sonst so verehrten deutschen Bundesgenossen in der Frage „Konstantinopel"** zum Ausdruck. Es ist Euerer Durch-

---

* Graf Murawiew, bisher russischer Gesandter in Kopenhagen, wurde am 13. Januar 1897 zum Verweser des Ministeriums des Auswärtigen und am 25. April definitiv zum Minister ernannt.

** Vgl. dazu Kapitel LXXIV, Nr. 2933, Fußnote †. Es schien zweckmäßig, die Schriftstücke über die Anwesenheit des Grafen Goluchowski in Berlin ungeteilt hier zu bringen.

laucht bekannt, wie Kaiser Franz Josephs Jugendüberzeugung, daß Konstantinopel in russischen Händen für Österreich den Untergang aller seiner östlichen Interessen, also den Krieg bedeute, von Graf Goluchowski in polnischer Begeisterung neu entfacht wurde. Darum verletzt jede abweichende Bemerkung. Es ist Reif auf dem Johannistrieb.

Wenn diese Frage gelegentlich von Graf Goluchowski berührt wurde, so habe ich mich, wenn mir kein besonderer Auftrag gegeben war, uninteressiert gezeigt oder in ganz gleichgültigem Tone eine Bemerkung über die eintretenden Gegensätze zwischen Rußland und Frankreich gemacht bei freiem Eintritt Rußlands ins Mittelmeer[5]. Diese Bemerkungen fanden stets nur sehr geringe Teilnahme. Obgleich es logischer gewesen sei, mehr Teilnahme zu zeigen, denn Graf Goluchowski hat früher als Ideal ein österreichisch-deutsches-französisches Bündnis gesehen[6], welches als großes westliches Bollwerk gegen barbarische östliche Invasion Rußlands gedacht war. Er hält auch heute noch an diesem Gedanken fest, doch mehr im Charakter eines glücklichen Traums. Er ist zu sehr Realpolitiker, um an die Möglichkeit der Verwirklichung eines solchen Ideals jetzt oder in nächster Zeit glauben zu können.

Er hält darum an dem Gedanken fest, Rußland auf andere Art zu bekämpfen. Es soll ihm der Weg durch die Dardanellen verlegt bleiben[7].

Diesen Standpunkt habe ich, wie gesagt, nur dann einer Besprechung unterzogen, wenn ich dazu autorisiert wurde. Ich habe mich auch aus dem Grunde enthalten, Argumente gegen ein russisches Konstantinopel zu bringen, weil mit einer Beseitigung des schwersten Gegensatzes zwischen Rußland und Österreich letzteres unendlich viel lockerer an den Dreibund gekettet sein würde. Ein solcher Zustand aber könnte, wenn eine uns feindliche Partei an das Ruder käme, zu völligem Abschwenken Österreichs führen.

Solange es nicht in Deutschlands Absicht liegt, die alten Beziehungen zu Österreich aufzugeben[8] oder abzuschwächen, dürfte es sich daher empfehlen, der Individualität des Grafen Goluchowski und ihrem geistigen Ausdruck mit Freundlichkeit zu begegnen und bestehende Gegensätze in der Anschauung einiger Fragen nicht in zu lebhafte Formen zu kleiden. Ich kann mich der Ansicht nicht verschließen, daß, je weniger Freude wir momentan an russischen Personalien haben können, je wertvoller gerade die Figur des Grafen Goluchowski für uns hervortritt.

Diese Empfindung ist verwandt mit dem unleugbaren Faktum, daß die Abneigung des Grafen gegen Rußland ihn zu unserm warmen, aufrichtigen Freunde macht, und dieses Gefühl wird verstärkt durch eine große und aufrichtige Hinneigung des liebenswürdigen Grafen zu

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserm allergnädigsten Herrn, und hohe Verehrung für Euere Durchlaucht.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Nein bei mir hat er nichts davon gesagt
2 ja
3 fiele ihm gar nicht ein
4 !
5 ich auch
6 gewiß
7 aber doch nicht durch uns?! oder uns Beide allein! Das ist Englands Sache
8 nein
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 3115

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 21. Januar 1897

Die Äußerungen des Grafen Goluchowski mir gegenüber haben wenig Neues enthalten. Ich hebe aus ihnen folgendes heraus:

Der Graf hält daran fest, daß man dem Sultan nur solche Reformen vorschlagen dürfe, die man nach Vereinbarung auch zwangsweise durchführen wolle; sonst mache man sich lächerlich. In dieser Hinsicht sei man aber Rußlands nicht sicher, er mißtraue der Sprache Nelidows. Überhaupt, diese Bemerkung wurde oft wiederholt, müsse man die Augen auf Konstantinopel und die russischen Pläne daselbst offen halten. — Daß England, wie Graf Hatzfeldt meine, wegen der Meerengen nichts Ernstliches unternehmen wolle*, könne er noch nicht glauben. Er gebe mir zwar zu, daß die englische Presse in neuerer Zeit mehrfach eine früher unbekannte Gleichgültigkeit in dieser Frage gezeigt habe. Im entscheidenden Augenblick werde indessen die dortige öffentliche Meinung sich doch vielleicht noch für die Verteidigung der Meerengen durch England aussprechen.

Das Interesse Englands an Armenien sei übrigens auch in der Wandlung bezw. Abnahme begriffen, die armenischen Komitees hätten schon ihren Sitz von London nach Paris verlegt**.

Gegen die russische europäische Politik überhaupt bleibt Graf Goluchowski mißtrauisch, namentlich wegen der Unselbständigkeit des

---

* Vgl. Graf Hatzfeldts Bericht vom 12. Januar 1897, Kap. LXXIV, Nr. 2931.
** Vgl. darüber Kap. LXXIII.

Kaisers* und des anscheinend zunehmenden Einflusses Pobedonoszews. Als ich die russischen Unternehmungen in Ostasien** als Friedensgarantie für Europa erwähnte, meinte er, Rußland könne, wenn es erst die sibirische Bahn gebaut, mit 150000 Mann Ostasien leicht im Zaume halten, ohne dadurch an europäischen Unternehmungen gehindert zu sein. pp.

Rotenhan

Nr. 3116

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Privatbrief. Abschrift, von Holstein paraphiert

Berlin, den 22. Januar 1897

Ich möchte Ihnen aus meiner gestrigen Unterhaltung mit Szögyényi das Folgende mitteilen in der Hoffnung, daß Sie damit zufrieden sein werden.

Er fing natürlich von Goluchowskis Besuch an und von den Unterredungen desselben mit Seiner Majestät und dem Reichskanzler***. Ich nahm dabei Anlaß, ihm zu sagen, Sie hätten Ihre letzte Unterhaltung mit Goluchowski zum Gegenstand eines amtlichen Berichts und eines Privatbriefs † an mich gemacht. In dem Privatbriefe sei auch eine Bemerkung Goluchowskis wiedergegeben, die sich auf Elsaß-Lothringen beziehe. (Ich wiederholte hier kurz das, was Sie über das Gambetta-Projekt mit der Neutralisierung Elsaß-Lothringens als Vorbedingung einer deutsch-französisch-österreichischen Einigung und über das Bedauern Goluchowskis, daß jenes Projekt nicht zustandegekommen sei, geschrieben hatten.) Von diesem ganzen Exkurse bezüglich Elsaß-Lothringens pp. sei in Ihrem amtlichen Bericht, welcher letztere natürlich sofort nach seiner Ankunft an Seine Majestät ging, kein Wort enthalten. Hierin, sagte ich, erkenne ich wieder Eulenburgs Feinfühligkeit. Er weiß, daß durch einen Gedanken, der auf Änderung der Stellung Elsaß-Lothringens abzielt, Graf Goluchowski sich beim Kaiser ernstlich geschadet haben würde. An Elsaß-Lothringen und an den Gräbern der vielen Tausende, die dafür ihr Leben gelassen haben, darf ein deutscher Kaiser nicht rühren. Selbstredend ist auch von dem, was in

---

* Vgl. dazu Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2181 und 2182.
** Vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XC, C.
*** Vgl. Nr. 3115 und Nr. 3117.
† Den amtlichen Bericht vom 16. Januar siehe Nr. 3114; der Privatbrief ist nicht bei den Akten des Auswärtigen Amtes.

dem Privatbrief betreffs Elsaß-Lothringens stand, nichts an den Kaiser gelangt.

Szögyényi schüttelte etwas den Kopf darüber, daß man jenen Neutralisierungsgedanken überhaupt für ausführbar halten könne. Ich erwiderte, daß ich vom österreichischen Standpunkte aus es nicht für unnatürlich hielte, wenn ein Staatsmann sich sage: „Falls die Deutschen und die Franzosen sich einigten, wäre das für uns Österreicher sehr ersprießlich. Vielleicht versuchen die beiden handelseinig zu werden.“ Szögyényi sagte mir noch, er werde diesen Teil unserer Unterhaltung durch einen vertraulichen Privatbrief an Graf Goluchowski mitteilen.

Ich sprach dann mit dem Botschafter noch akademisch über die Zukunftsbeziehungen Deutschlands zu Frankreich. Für den Augenblick würde ein Versuch zur Verständigung, wenn nicht ganz aussichtslos, jedenfalls gefährlich sein. Wir würden einen Verbündeten neben uns haben, der wie die Sachsen bei Leipzig nur auf die Gelegenheit lauert, um zum Feinde überzugehen und uns in die Flanke zu fallen. Es müßte sich schon für Frankreich um eine wütende Feindschaft, um Sein oder Nichtsein handeln, wenn es für Deutschland ein zuverlässiger Mitkämpfer werden sollte. Solche Feindschaft, solche Existenzgefahr gibt es für Frankreich heute nicht — aber das kann noch kommen. Man vergesse nicht, daß Frankreich im Mittelmeer politische Interessen zu wahren hat, die viel älter und vom französischen Standpunkte aus „ehrwürdiger“ sind als Elsaß-Lothringen. Weshalb waren die Kreuzzüge ein französisches Unternehmen? Denn was Engländer und Deutsche dabei geleistet haben, ist nicht der Rede wert, und der Rechtskodex des Königreichs Jerusalem ist zugleich eines der ältesten Dokumente der französischen Schriftsprache. Daß die Franzosen frommere Christen waren als Deutsche und Engländer, das müßte mir erst noch bewiesen werden. Bei den Kreuzzügen sprach keineswegs bloß die Frömmigkeit, sondern auch das politische Interesse mit, der Erwerbsinstinkt; das damalige Verhältnis von Tugend und Politik in der Kreuzzugsbegeisterung der Franken denke ich mir ähnlich wie heute das Verhältnis zwischen Humanität und wohlverstandenem Egoismus in der Politik der Engländer hinsichtlich Armeniens. Die Franken hatten nicht bloß den Trieb, das Heilige Grab zu befreien, sondern auch in Syrien und Palästina, überhaupt im Osten des Mittelmeers, Tunis miteinbegriffen, Gebiet zu erwerben. Daß dieser französische Nationalinstinkt die neun Jahrhunderte überdauert hat, davon sehen wir Beispiele genug, die Erwerbung von Tunis ist nur eins davon. Wie zur Zeit der Kreuzzüge wird auch heute das Christentum als Deckmantel für realistische Zwecke benutzt; der Schutz der katholischen Christen im Orient ist für Frankreich der Hebel, der nur eingesetzt zu werden braucht, wenn die geeignete Stunde gekommen ist. Wenn man bedenkt, daß zu den katholischen Christen auch der größte Teil der Armenier gehört, und wenn man andererseits bedenkt, daß Rußland,

wenn es mal die Dardanellen zu einem russischen Ausfalltor gemacht haben wird, dadurch ipso facto zur Vormacht im östlichen Mittelmeer wird, dann kann man sich der Überzeugung nicht verschließen, daß *dieses* Vorrücken Rußlands für Frankreich gleichbedeutend sein würde mit der Vernichtung von Machtelementen, die im Laufe der vielen Jahrhunderte zu einem integrierenden Teil des französischen Staatsorganismus geworden sind. *Danach* wäre es vielleicht denkbar, daß Frankreich, um einer solchen Verkrüppelung seiner Mittelmeerstellung entgegenzutreten, die Verbündeten nehmen würde, wo es sie fände, und zwar mit der Absicht, seinen Anteil am Kampfe ehrlich zu leisten. Über diesen Punkt hinaus braucht man keine Kombinationen zu machen, denn wir stehen da vor den blauen Wogen des unbegrenzten Ozeans der Konjekturalpolitik. Wir brauchen insbesondere auch heute noch nicht zu sagen, daß selbst dann Frankreich schwerlich *uns* als Verbündete gegen Rußland finden wird. Aber diese Möglichkeit bleibt immerhin offen, und bei der Besprechung mit einem Österreicher wird als Hauptpunkt hervorzuheben sein, daß durch die russische Besetzung der Dardanellen und als Folge derselben die österreichisch-ungarische Monarchie leichter als heute Verbündete gegen Rußland finden wird. Umgekehrt dürfte es auch keine gewagte Konjektur sein, schon jetzt vorauszusetzen, daß Rußland in klarer Erkenntnis der Gefahren, die ihm nach seinem Eindringen ins Mittelmeer von der Koalition der dadurch geschädigten Interessen drohen, sich gleich anfangs bemühen wird, mit Österreich handelseinig zu werden, *allerdings wohl nur dann, wenn es nicht im Zweifel darüber gelassen wird, daß der Fortbestand der österreich-ungarischen Monarchie mit zu den Lebensinteressen Deutschlands gehört.*

Es ist kaum zu bezweifeln, daß schon heute die Russen sich über diesen Punkt klar sind, und daß sie deshalb auch, wenn sie den Moment zum Vorrücken auf Konstantinopel für gekommen halten, nicht den Landweg durch Rumänien nehmen werden. Selbst im Jahre 1877 taten sie das nur, weil sie sicher zu sein glaubten, daß Deutschland einen österreichischen Flankenangriff gegen die russische Balkanarmee jedenfalls verhindern würde. Diesen Grad des Zutrauens zu Deutschland würden wir nach allem, was seitdem passiert ist, selbst wenn wir es wünschten, heute nicht mehr zurückzaubern können.

Mit einem Wort: Die Form, die Haupt- wie die Nebenumstände der eventuellen russischen Vorbewegung gegen Süden können so verschiedenartig gedacht werden, daß eine bindende Abmachung, welche die verschiedenen Eventualitäten vollständig deckt, heute kaum gedacht werden kann Aber unser eigenstes Interesse verbürgt den Österreichern, daß wir sie, d. h. ihren Machtbestand, nicht antasten lassen werden. Die Sicherheit, welche diese Tatsache der österreichischen Politik zu geben geeignet ist, gibt uns gleichzeitig aber auch eine

gewisse Berechtigung zu erwarten, daß unser Freundesrat da, wo wir für notwendig halten, solchen zu geben, nicht ungehört verhalle.

Holstein

Nr. 3117

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein*

Reinschrift

Berlin, den 8. Februar 1897

Die neueste Komplikation der Orientfrage durch die Vorgänge auf Kreta** gab heute dem russischen Botschafter Veranlassung, dem russischen Mißtrauen gegen die österreichische Balkanpolitik Ausdruck zu geben. Seine Äußerungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß Österreich den Zusammenbruch des Türkischen Reiches als nahe bevorstehend ansehe und dementsprechend seine diplomatische Tätigkeit darauf richte, den zu gewärtigenden unvermeidlichen Ereignissen eine den russischen Interessen zuwiderlaufende Wendung zu geben.

Was zwischen Wien und Bukarest verhandelt werde, wisse man nicht, aber jedenfalls sei dort allerlei im Gange***. Auch in Serbien werde von österreichischer Seite heftig intrigiert. Ferner sei das griechische Übungslager bei Athen, welches doch kaum eine andere Bedeutung als die eines Rückhalts für den zu gewärtigenden mazedonischen Aufstand † haben könne, vom Könige nach seinem Besuche in Wien und also wahrscheinlich infolge dortiger Inspiration eingerichtet worden. Endlich, meinte Graf Osten-Sacken, wolle er nicht unerwähnt lassen, daß Graf Goluchowski vor seiner Reise nach Berlin den Grafen Kapnist besucht und diesem geradezu gesagt habe, er, Goluchowski, könne sich über den Beweggrund der Berliner Reise nicht eingehend äußern.

Dem russischen Botschafter ward erwidert, daß keinerlei Abrede oder Vereinbarung bei dem Besuche des Grafen Goluchowski herausgekommen sei. Auch habe es gar nicht mal den Anschein gehabt, als sei dem Grafen Goluchowski viel daran gelegen, etwas Derartiges zustande zu bringen. Es habe daher nach der Abreise des Grafen die bereits vorher aufgetauchte Ansicht an Boden gewonnen, daß der österreichische Minister bei seiner Reise wesentlich einen demon-

---

* Die Aufzeichnung wurde den Missionen in London, Wien, Rom, Petersburg, Paris und Kopenhagen mitgeteilt.
** Vgl. Kap. LXXVII.
*** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIX, C.
† Vgl. Kap. LXXVI.

strativen Zweck, nämlich die Betätigung der fortdauernd zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vorhandenen politischen Ideengemeinschaft, im Auge gehabt habe*. Wahrscheinlich habe seine geheimnisvolle Äußerung zum russischen Botschafter in Wien gleichfalls zur Befestigung dieses Glaubens an das bedingungslose Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Deutschland dienen sollen. Dagegen könne positiv versichert werden, daß diesseits weder von Vorschlägen des Grafen Goluchowski während seiner Anwesenheit in Berlin noch auch von österreichischen Treibereien bei den verschiedenen Balkankabinetten etwas bekannt sei. Im Gegenteil wüßten wir, daß das Mißtrauen des Wiener Kabinetts gegen die Ziele der englischen Politik neuerdings stark zugenommen habe, und sähen darin eine Bekräftigung unserer Annahme, daß Österreich die derzeitige politische Konjunktur als ungünstig für eine Aktion betrachte.

Graf Osten-Sacken fragte, ob dieses Mißtrauen gegen England sich bereits vor der Berliner Reise des Grafen Goluchowski gezeigt habe. Ich erwiderte, schon vorher seien Anzeichen davon vorhanden gewesen. Daß Graf Goluchowski übrigens geneigt sein sollte, den türkischen Krach zu beschleunigen, sei schon deshalb ausgeschlossen, weil er, seit er sich in seiner jetzigen Stellung befinde, unentwegt an dem Programm festgehalten habe, daß Österreich-Ungarn unter keinen Umständen noch weiteres Balkanland für sich nehmen solle**. Hieraus ergebe sich als natürliche Folge, daß das Wiener Kabinett, welches von einem türkischen Krach keine Vorteile, sondern nur Ungelegenheiten zu gewärtigen haben würde, sich mit den andern gleichgesinnten Kabinetten zusammen ehrlich für die Erhaltung des status quo bemühe.

Der Botschafter sagte, es sei für ihn wertvoll, von hier aus so bestimmte Erklärungen zu erhalten, da auf ihn wie auf seine Regierung Mitteilungen ganz entgegengesetzter Tendenz einstürmten. Er werde aber nicht verfehlen, das, was er hier erfahren habe, mit Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. pp.***

Unter den verschiedenen Mitteilungen des russischen Botschafters war diejenige am bemerkenswertesten, welche sich auf die Unterredung des Grafen Goluchowski mit dem Grafen Kapnist vor der Berliner Reise bezog. Es gewann danach den Anschein, als habe der österreichische Minister den Reisezweck absichtlich aufgebauscht, um auf die Art Rußland vorsichtiger gegenüber Österreich — und vielleicht auch mißtrauischer gegenüber Deutschland zu machen.

Holstein

---

* Vgl. Kap. LXXIV, Nr. 2933.
** Vgl. Kap. LXXIV, Nr. 2915.
*** Das hier ausgelassene Stück der Holsteinschen Aufzeichnung, das die Kretafrage betrifft, ist abgedruckt in Kap. LXXX, Nr. 3132, Fußnote.

Nr. 3118

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 6. März 1897

Euerer Exzellenz
beehre ich mich in der Anlage eine Aufzeichnung zu überreichen, welche Gespräche zwischen Graf Kapnist und mir betrifft. Ich hielt die darin behandelten Fragen für nicht unbedingt geeignet, in dienstlicher Form weitergegeben zu werden, und gestatte mir deshalb, die Anlage Euerer Exzellenz in Briefform zu überreichen

P. Eulenburg

Anlage

Aufzeichnung des Botschafters in Wien Grafen zu Eulenburg

Unsignierte und undatierte Reinschrift

Graf Kapnist sucht mich häufiger auf als bisher. Daß etwa eine Schwenkung der Politik in St. Petersburg ihn bestimmt hätte, sich mehr von Frankreich ab und Deutschland zuzuwenden, möchte ich bezweifeln. Es kann ihm vielleicht das offenkundige Bestreben Murawiews, sein antideutsches Renommee zu verbessern, die Aussprache mit mir erleichtern; aber bei seiner ganz unverhohlen geäußerten Mißachtung der Murawiewschen Fähigkeiten muß ich die Überzeugung gewinnen, daß Graf Kapnist *selbst* in der Haltung Frankreichs ein Haar gefunden hat und es für nützlicher hält, sich Deutschland und Österreich zu nähern. Der Schlüssel liegt in dem Akutwerden der orientalischen Frage, welche die alten Interessengegensätze Frankreichs und Rußlands berührte. Eine Bemerkung des Grafen enthüllte mir diesen Gedanken.

Da er ein regsamer Mensch ist, der außer der Politik keine Interessen hat, so ist es eine natürliche Folge seiner jetzigen Auffassung der Lage, daß er mich häufiger aufsucht als früher. Mit leiser, monotoner Sprache rieseln seine Ansichten auf mich nieder. Meistens langweilig und breit, bisweilen aber klug abgewogen. Aus den langen Gesprächen der letzten Tage hebe ich das heraus, was mir bemerkenswert erschien. Wohl trägt es einen akademischen Charakter — und die Unterhaltung zweier Botschafter, in der sie ihre Privatansichten austauschen, hat keine aktuelle Bedeutung — aber es spiegeln sich doch gewisse Grundgedanken eines Systems russischer Politik in des Grafen Äußerungen, während er aus meinen Ansichten nur das „weit ab" deutscher Interessen als Basis gelesen haben wird.

Die Kretakrise* hält Graf Kapnist für den Anfang weiterer Ereignisse. Schon in der praktischen Durchführung der Koerzitivmaßregeln der Großmächte gegen Griechenland und der Pazifikation der Insel sieht er Schwierigkeiten, die sich aus dem mehr oder minder lebhaften „Wollen" der einzelnen Mächte ergeben. Ich sagte, daß der Widerwillen jeder einzelnen Macht gegen den Krieg stärker sei als der Wunsch, die anderen unter sich kämpfen zu sehen, deshalb werde man noch über schwierigeres hinwegkommen als über Armenien, Kreta und die Massakers in Konstantinopel. Graf Kapnist meinte hierauf, daß die Verhältnisse zu kriegerischen Ereignissen auf dem Balkan zu drängen schienen — vielleicht zu Ausbreitung der Balkanstaaten. Ich erwiderte, daß selbst dieses zu überwinden sei. Polen sei auch nicht auf einmal geteilt worden, und der Aufsaugungsprozeß des Balkans durch die sich herausschälenden Nationalitäten müsse nicht unbedingt zum Krieg zwischen Großmächten führen. Österreich will nichts erwerben. Ob Rußland etwas wolle, könne er mir besser sagen als ich. Graf Kapnist beteuerte, daß Rußland jeden Gedanken eines Erwerbes auf dem Balkan perhorresziere. Es sei Rußland völlig gleichgültig, wenn Bulgarien, Serbien, Griechenland, Rumänien Gebietszuwachs erhielten. Ich sprach darauf die Meinung aus, daß auf der Basis eines ehrlichen Verzichtes Rußlands und Österreichs auf Ländererwerb im Balkan eine Situation geschaffen sei, welche es den Großmächten gestatten müßte, Gewehr bei Fuß einer Ergänzung der bisherigen Staatengebilde auf dem Balkan zuzuschauen. „Das ist unzweifelhaft möglich", fuhr Graf Kapnist fort. „Natürlich ist davon Konstantinopel und das engste darum gelegene Landgebiet absolut ausgeschlossen. Denn es muß einerseits ein Land geben, wo die Türken unbehelligt wohnen und sich niederlassen können, andererseits braucht Rußland diesen Portier in türkischer Kleidung für die Dardanellen, die unter keinen Umständen geöffnet werden dürfen. Das Schwarze Meer ist ein russisches mare clausum. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn wir ins Mittelmeer gingen, so machten wir eine große Dummheit! Dieses türkische Gebiet, das nur Türken enthielte — oder wenn im Lauf der Jahre auch dieses nicht mehr zu halten wäre, nur von uns okkupiert sein kann —, hindert nicht die Entwickelung der jetzigen Balkanstaaten."

Auf der Karte des Balkans, die auf dem Tische lag, nahm der Graf die Verteilung des türkischen Gebietes vor. Er führte Bulgarien bis an das Ägäische Meer, Serbien zog er zur Adria. Griechenland schob er hinauf und teilte ihm Saloniki zu. An Rumänien gab er — zu meinem Erstaunen — Warna, „was Rumänien braucht. Bulgarien muß sich mit der Küste am Ägäischen Meere begnügen".

---

* Vgl. darüber Kap. LXXVII und LXXX.

Ich sah dieser Prozedur lachend zu, gestehe aber, daß mich das gänzliche désintéressement des russischen Diplomaten einigermaßen in Erstaunen setzte. Es stimmt dasselbe allerdings mit dem Eindruck überein, den ich schon bei Fürst Lobanow hatte: daß die einsichtigeren russischen Staatsmänner zum Bewußtsein gekommen sind, daß Rußland seit Jahrzehnten eine total falsche Politik auf dem Balkan machte. Die Heranbildung von gedachten Vasallenstaaten war nur eine Entwickelung der Nationalitäten, und der Fehler ist in dem Zeitalter der Sprachenabgrenzungen nicht wieder gut zu machen. Diese Resignation hatte Lobanow. Kapnist hat sie ebenso, und es scheint mir, daß er in dieser Hinsicht nicht allein steht.

Wäre dem aber wirklich so, dann könnte man allerdings dem Gedanken nähertreten, daß die Großmächte Gewehr bei Fuß der drängenden Entwickelung der Balkannationalitäten zuschauen.

Doch ist diese Rechnung nur dann denkbar, wenn Rußland den türkischen Portier behält. Das Aufrollen der Dardanellenfrage gibt dem Bilde ein völlig verändertes Aussehen, und die Gegensätze der Großmächte platzen aufeinander.

Ich sagte Graf Kapnist, daß er nur die angedeutete Teilung des Balkans unter die kleinen Staaten vornehmen könne, weil er nicht auf dem Standpunkt des Fürsten Lobanow stehe, der mir bezüglich der Dardanellen andere Ansichten ausgesprochen habe*. Graf Kapnist zuckte mit den Achseln. „Was soll es denn Besseres für uns geben als die verschlossenen Dardanellen, die uns der Sultan bewacht? Rußland kann nur verlieren, wenn es diesen Zustand aufgibt. Weshalb sollen wir durchaus hinausfahren? Was sollen wir im Mittelmeer? Die Reise von der Ostsee nach Ostasien geht durch den Suezkanal. Weshalb brauchen wir durchaus vom Schwarzen Meer aus nach Ostasien zu fahren? Es kann nichts vorteilhafter für uns sein als das jetzige Verhältnis. Drohend aber steht der völlige Zusammenbruch der Türkei vor uns, über den wir unsern Portier verlieren könnten! Werden die natürlichen nationalen Bestrebungen der Balkanvölker befriedigt, so bleibt ein wirkliches Türkenland bestehen, von Europa beaufsichtigt, das noch weitere Jahrzehnte „zum Besten des Friedens von Europa erhalten bleiben kann".

Der Graf fragte mich, ob ich glaube, daß die endlos beratenen Reformen zu einem Ziele führen würden**? Ich erwiderte, daß ich in Jerusalem ein aus Erbarmen mit den Aussätzigen von einer Baronin Kersenbrock gebautes reinliches, gesundes kleines Spital besucht habe. Etwa 20 gute Betten waren darin — aber kein Aussätziger. Der Orientale schläft am Boden. Im Bett wird er schwindlig. Deshalb blieben alle Aussätzigen in ihren Höhlen und Gräben —, aber die

---

* Vgl. Kap. LXXIV, Nr. 2921, 2922.
** Vgl. darüber Kap. LXXVIII.

Direktion blieb bei den Betten, weil der Kulturmensch in einem Bett schlafen muß!

Die Reformen sind das Haus mit den Betten. In die Betten legt sich der Türke nicht — weder der Sultan noch der letzte Bettler. Der Orientale weicht wohl vor der westlichen Kultur, er nimmt sie aber nicht an.

Graf Kapnist sagte, daß auch er jeglicher Reform skeptisch gegenüberstände. Würde er Hoffnungen in dieser Hinsicht hegen, so könnte er nicht der natürlichen Entwickelung der Nationalitäten auf dem Balkan das Wort reden, in der er das durchschlagende Äquivalent dafür sähe.

Ich konnte nicht widersprechen. Bei einer solchen Entwickelung der Verhältnisse auf dem Balkan aber würde die Äußerung des Grafen Goluchowski sowie die des Grafen Murawiew eine Bedeutung gewinnen: „Es mögen sich die kleinen Kläffer untereinander auffressen."

Graf Murawiew setzte in Berlin dieser Betrachtung hinzu:

„Ich habe zwar noch nicht darüber nachgedacht."

Jetzt frage ich mich, ob sich das Nachdenken des Grafen Murawiew mit den Betrachtungen des Grafen Kapnist etwa decken sollte?

Welche Formen eine kriegerische Aktion der Türkei gegen alle verbündeten Balkanstaaten annehmen würde, läßt sich schwer absehen. Aber das „Zusehen" Rußlands, Österreichs und des durch Österreichs Passivität in Schranken gehaltenen Italien würde für England ein höchst unerwünschtes Bild geben.

Ich habe selten eine größere Enttäuschung auf einem Angesicht gemalt gesehen, als wie ich Sir Horace Rumbold* positiv versicherte, daß Österreich jeden Landerwerb auf dem Balkan perhorresziere. „Das war doch früher anders?" fragte er sehr kleinlaut. Ich erwiderte, daß auch jetzt noch in Kaufmannskreisen und bei uneingeweihten Phantasten hierzulande lüsterne Blicke auf Saloniki geworfen würden — daß auch in Ungarn damit kokettiert würde —, in allen Kreisen leitender Staatsmänner sei aber unter der Not der Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn ein Schaudern vor dem serbischen, slawischen Zuwachs, der schon in Bosnien unangenehm seine Krallen zeige, eingetreten.

Die Ansichten des Grafen Kapnist sind in einer Hinsicht trotz aller akademischer Form von sehr aktueller Bedeutung.

Er sagte mir vor einiger Zeit, daß er zufrieden mit dem Besuche Kaiser Franz Josephs in St. Petersburg sei**. „Das wird die Gelegenheit sein, um endlich zu einer wirklichen Aussprache und zu einem Resultat bezüglich des Balkans zu kommen."

---

* Englischer Botschafter in Wien, Nachfolger des nach Paris versetzten Sir E. Monson.

** Vgl. Nr. 3121 ff.

Ich zweifle nun kaum daran, daß Graf Kapnist alles daran setzen wird, den Grafen Goluchowski in seine Balkanpläne einzuweihen und dafür zu gewinnen. Ich halte auch eine Verständigung auf dieser Basis nicht für ausgeschlossen. Solange Konstantinopel und die Dardanellen aus dem Spiel bleiben, wird Österreich verhandeln. Die persönlichen und nahen Beziehungen zwischen Goluchowski und Kapnist, die seit der Wiederbegegnung der beiden alten Freunde des Café anglais als Staatsmänner von Schwergewicht einen eigentümlichen Charakter von pikierter Vertraulichkeit angenommen haben, geben doch Kapnist die Möglichkeit, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen — car il est le plus fort. Wir werden deshalb mit dem Programm Kapnists rechnen müssen, wenn Kaiser Franz Joseph die Reise antritt.

Das Programm Kapnists ist übrigens dasjenige Kaiser Alexanders II. bezüglich der Dardanellen, und wenn Rußland wieder mehr in die Traditionen Alexanders II. einlenken sollte, so ist eine Reminiszenz des Grafen Nigra interessant, die er mir vor einigen Tagen zufällig erzählte. Kaiser Alexander II. hat ihm mit energischer Betonung gesagt, daß Rußland niemals eine Änderung der Lage am Bosporus zugeben werde. „Die Türkei hält unsere Wache", bemerkte der Kaiser, „wir wollen nicht hinaus, aber wir wollen das Schwarze Meer absolut für uns. Stört uns jemand den Wächter, so sind wir augenblicklich da, besetzen vorübergehend den Eingang (denn ich werde niemals nach Konstantinopel gehen!) und stellen wieder den Zustand her, der unser größter Vorteil ist."

Nach dem anscheinend aus Überzeugung erfolgten Einlenken des Grafen Kapnist in die alten Traditionen russischer Politik sind diese Traditionen jetzt durch Osten-Sacken in Berlin und durch Kapnist in Wien vertreten.

Das Fragezeichen steht hinter dem Namen Murawiew.

Nr. 3119

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 129 St. Petersburg, den 8. März 1897

Der österreichische Botschafter* erzählte mir vertraulich eine Unterhaltung, die er mit dem neuernannten russischen Gesandten in Kopenhagen Grafen Benckendorff** dieser Tage gehabt.

Im Laufe des Gesprächs hätte Prinz Liechtenstein dem Grafen gesagt, er sei überzeugt, daß, wenn es wegen Kreta*** zu ernsten Zwangs-

* Prinz Liechtenstein.
** Bisher russischer Botschaftsrat in Wien.
*** Vgl. Kap. LXXX.

maßregeln käme, das heißt zum scharfen Schießen, drei Mächte möglicherweise sich der Aktion entziehen würden und zwar England, Frankreich und Italien.

Graf Benckendorff hätte darauf erwidert, „nun, in diesem Falle blieben ja doch die drei anderen Mächte Rußland, Österreich und Deutschland zusammen," worauf Prinz Liechtenstein ihn fragte, ob er denn nicht glaube, daß mit Rücksicht auf die Freundschaft Rußlands zu Frankreich dadurch eine Modifikation der russischen Politik eintreten könnte, und ob nicht durch eine solche Teilung eine Entfremdung zwischen Frankreich und Rußland entstehen würde.

Die Antwort des Grafen Benckendorff, der kurz zuvor mit Graf Murawiew gesprochen hatte, lautete, daß er eine solche Befürchtung nicht teilen könne; seiner Ansicht nach würde Frankreich viel zu sehr in der Angst sein, sich mit Rußland zu verfeinden, um zu wagen[1], gegen das Einvernehmen Rußlands mit den beiden befreundeten Monarchien in dem vorliegenden Falle eine Einwendung zu erheben.

Mein österreichischer Kollege sagte mir ferner, daß Graf Goluchowski dem Grafen Benckendorff, als dieser sich von ihm verabschiedete, den Auftrag gegeben habe, seinem Chef, dem Grafen Murawiew, mit dem besten Gruße zu versichern, welchen Wert er, Graf Goluchowski, darauf lege, mit Rußland Hand in Hand zu gehen und den status quo zu erhalten. Aber selbst wenn Umstände eintreten sollten, unabhängig vom Willen der Mächte, die die Erhaltung des status quo unmöglich machten, auch dann würde Österreich bestrebt sein, alles zu tun, um sich über das zu verständigen, was geraten erschiene, um die Einhelligkeit nicht zu stören[2].

Wie mir Prinz Liechtenstein sagt, hätte Graf Benckendorff sich dieses Auftrages sofort entledigt, und hätte Graf Murawiew letzteren gefragt, ob er vom Grafen Goluchowski den amtlichen Auftrag erhalten habe, ihm das alles zu sagen. Auf die bejahende Antwort des Grafen Benckendorff äußerte der Minister: Es freue ihn sehr, dies zu hören. Der Keim einer guten Verständigung zwischen Österreich und Rußland sei ja schon längst da, es sei aber das erste Mal, wo ihm so freundschaftliche Worte von autorisiertem Munde zu Ohren kämen.

Auch mir sagte Graf Murawiew noch heute ganz gesprächsweise, daß er sich über Wien in keiner Weise zu beklagen habe, und daß die Beziehungen zwischen beiden Reichen recht gute wären.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na! na! das ist doch sehr fraglich
[2] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 3120

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 79 Wien, den 27. April 1897

Bei meinem heutigen Besuche beim Grafen Welsersheimb lenkte derselbe die Unterhaltung auf die Reise des Herrn Ministers des Äußern nach Rußland*. Der Herr Sektionschef bemerkte anläßlich des heutigen Leitartikels der „Neuen Freien Presse", es läge ihm daran, daß bei uns derartige Auslassungen, mit denen das Ministerium nichts gemein habe, nicht als die Auffassung der hiesigen Regierung gelten. Das genannte Blatt schösse über das Ziel hinaus bei Besprechung der Beziehungen Österreichs zu Rußland, wenn es von einer Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses fabele. Etwas Ähnliches liege weder in den Absichten des Grafen Goluchowski noch in den Interessen der Monarchie, sondern lediglich der auch stets von deutscher Seite begünstigte Wunsch, sich mit Rußland über die orientalische Frage zu verständigen und etwaige Anlässe zu Konflikten nach Möglichkeit zu beseitigen. Die augenblicklichen Absichten der russischen Regierung schienen ihm eine Verständigung wenigstens über die jetzige Lage im Orient zu ermöglichen, und es schiene auf diesem Gebiet der Boden zu einer freundschaftlichen Auseinandersetzung und Besprechung gegeben zu sein. Mehr aber wolle man nicht ins Auge fassen, alle weitergehenden Folgerungen seien in der Redaktion entstanden.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3121

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 St. Petersburg, den 29. April 1897
Ganz vertraulich

Heute nachmittag haben, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, im Winterpalais zwischen Kaiser Nikolaus und Kaiser Franz Joseph Besprechungen stattgefunden**, zu denen später auch die beiderseitigen

* Graf Goluchowski begleitete Kaiser Franz Joseph auf seiner Reise nach Petersburg (27. bis 29. April).
** Am 27. April war Kaiser Franz Joseph zum Besuch Kaiser Nikolaus' II. in Petersburg eingetroffen.

auswärtigen Minister zugezogen wurden. In diesen sind identische Noten Rußlands und Österreichs nach Belgrad, Sofia, Bukarest und Cetinje aufgesetzt worden. Über deren Inhalt geht von Graf Goluchowski dem Korrespondenzbureau Wien nachstehende Depesche zu:

„Zwischen russischem und österreichischem Kaiser stattgehabter Gedankenaustausch gab zwei Souveränen Gelegenheit, mit Befriedigung korrekte Haltung zu konstatieren, welche respektive Regierungen in gegenwärtiger Phase in europäischer Türkei beobachtet haben. Diese Haltung entspricht umsomehr den Wünschen beider Souveräne, als letztere fest entschlossen sind, allgemeinen Frieden, Prinzip der Ordnung und status quo aufrechtzuerhalten."

Diese Depesche soll nach Berlin, Paris, Rom und Orient weitergegeben werden. London ist nicht genannt. Den übrigen Mächten soll von obigen identischen Noten nach ihrem Eintreffen am Bestimmungsort offizielle Mitteilung gemacht werden.

Tschirschky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr erfreulich. unsren Botschaftern sofort per Chiffre mittheilen

Nr. 3122

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 St. Petersburg, den 30. April 1897
Geheim

Wie mir Prinz Liechtenstein sagt, haben Kaiser Nikolaus und Kaiser Franz Joseph in der gestern unter Zuziehung der beiden Minister des Äußern abgehaltenen Konferenz eine Vereinbarung getroffen über die Linien, welche die russische und österreichisch-ungarische Politik einhalten werden für den Fall, daß es den gemeinsamen ernsten Bemühungen der beiden Monarchen nicht gelingen sollte, den status quo auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten.

Graf Goluchowski wird nach seiner Rückkehr nach Wien dort eine Aufzeichnung über das Ergebnis dieser Besprechungen machen. Diese Aufzeichnung wird, nachdem sie dem Kaiser Nikolaus vorgelegen, durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin vertraulich zur Kenntnis Euerer Durchlaucht gebracht werden.

Tschirschky

Nr. 3123

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Schlitz, an den Geschäftsträger in Wien Prinzen von Lichnowsky

Telegramm. Diktat

Schlitz, den 1. Mai 1897

Nachrichten aus Petersburg über Erwarten günstig. Entrevue ganz nach meinen Wünschen verlaufen. Resultate der Besprechungen sehr erfreulich. Bitte Graf Goluchowski in meinem Namen wärmste und herzlichste Gratulation auszusprechen und Freude über Zusammenschluß der Kontinentalmächte. Ich hätte des Grafen und des Kaisers Arbeit und Bemühungen mit heißen Gebeten verfolgt und schlösse mich von ganzem Herzen der vorgeschlagenen Linie an.

Wilhelm I. R.

Nr. 3124

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 78 Wien, den 5. Mai 1897

Der Verlauf, den die Petersburger Reise des Kaisers Franz Joseph genommen, läßt dieselbe hier als ein politisches Ereignis von einschneidender Bedeutung erscheinen, dessen Verdienst zunächst dem staatsmännischen Geschick des Grafen Goluchowski zugeschrieben wird.

So albern es erscheinen mußte, wenn schon die bloße Tatsache, daß Kaiser Franz Joseph nach St. Petersburg zur Erwiderung des ihm vom Zaren erstatteten Antrittsbesuches reiste, zu weitgehenden politischen Mutmaßungen namentlich auf orientalischem Gebiete Veranlassung gab, so hat die auffallende Länge der Petersburger Trinksprüche* und der besonders im Vergleich zu der Kargheit der bisherigen Worte des Selbstherrschers herzliche Ton der russischen Rede, nicht minder aber die durch die gleichlautenden Kundgebungen an die Balkanstaaten bekundete Übereinstimmung beider Regierungen hier bei unseren Freunden wie bei unseren Gegnern die Hoffnung zur Gewißheit werden lassen, daß man sich abermals am Ausgangspunkte einer russisch-österreichischen Annäherung befinde.

Der Friede ist gesichert! Der europäische Friede, für den schon wieder so viel Tinte vergossen worden war! Wahre Friedensorgien wurden in der hiesigen Presse gefeiert, der Anbruch eines goldenen Zeitalters idyllischer Brüderlichkeit gepriesen. Was hat auch Österreich und Ungarn zu fürchten, wenn Rußland sich mit ihnen geeinigt hat? Der öffentlichen Meinung war ein Alp vom Herzen gefallen, und

* Siehe den Text derselben in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 295.

alle Angst vor den etwaigen Folgen orientalischer Verwickelungen, welche dem Zeitungsphilister schon so oft den Genuß seines bürgerlichen Lebens verdorben hatte, hat wieder einer selbstbewußteren Behaglichkeit Platz gemacht.

Sowohl das beschämende Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland, das man nicht aus Neigung, sondern hauptsächlich aus Gründen höherer Staatsraison an den Freundesbusen drückt, als auch die widerwärtige Heuchelei mit dem revolutionären und freimaurerischen Italien erscheint gewissen Kreisen als überflüssig, seitdem man auch ohne den fatalen Dreibund mit Rußland zu reden vermag. Wenn das schon ein Pole erreicht, wie leicht muß es dann für Österreich sein, sich mit Rußland zu vereinigen! Die Klerikalen und ihre slawischen Freunde jubeln: Nun sind wir den Strick um den Hals, den Deutschen, losgeworden. Ihre Saat gedeiht auf allen Beeten. Wie im Innern, so nach außen bleibt das konservative Programm: Rußland und der Papst.

Allgemein wird dem Grafen Goluchowski ein bedeutender Erfolg zugestanden, wenn auch je nach der Parteirichtung in verschiedener Form, allgemein wird seine Tätigkeit mit Bezug auf Rußland mit Genugtuung beurteilt. Je geringer die Erfolge des Grafen Badeni* in letzter Zeit gewesen, desto größer und erfreulicher erscheint die Politik nach außen, desto mächtiger das Bedürfnis, alles aufzubauschen, was die Monarchie auf jenem Gebiete erzielt.

Graf Goluchowski, dessen Persönlichkeit uns vor jeder für uns unerwünschten Verwertung der russisch-österreichischen Verständigung schützt, blickt beruhigt und befriedigt auf seine Petersburger Reise zurück. Er hatte sich überzeugen müssen, daß er weder von Deutschland noch von England eine ernstliche Unterstützung zu erwarten habe gegen einen Vorstoß Rußlands im Orient. Er glaubt auch in unserem Sinne zu handeln, wenn er Gegensätze hinwegzuräumen sucht. Seine politische Stellung hat jedenfalls an Sicherheit und Unabhängigkeit gewonnen, er ist nicht mehr auf uns ausschließlich angewiesen und nicht in gleichem Maße wie bisher.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3125

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 213 St. Petersburg, den 1. Mai 1897

Als ich neulich Gelegenheit nahm, dem österreichisch-ungarischen Botschafter Prinz Liechtenstein meine wärmsten Glückwünsche zu

* Österreichischer Ministerpräsident und Minister des Innern.

dem ausgezeichneten Verlaufe der Kaiserbegegnung und deren erfreulichen Ergebnissen auszusprechen, machte Prinz Liechtenstein mir gegenüber kein Hehl daraus, daß alles über Erwarten gut abgelaufen sei. Sein kaiserlicher Herr sei mit den denkbar besten Eindrücken von hier abgereist, und nicht der geringste Mißton habe sich in dem Verlaufe der drei Tage hören lassen. Ihm, dem Botschafter, hätten von Anfang an besonders zwei Dinge am Herzen gelegen. Einmal die Verleihung eines russischen Regiments an den Erzherzog Otto und dann der Andreasorden für den österreichisch-ungarischen gemeinsamen Minister des Auswärtigen. Er sei glücklich, beides hier erreicht und, wie er sagen müsse, ohne Mühe erreicht zu haben. Der Verleihung eines russischen Regiments an den Herrn Erzherzog habe er im Interesse der Stimmung in den beiderseitigen militärischen Kreisen Wert beigelegt. In der höchsten Ordensauszeichnung an den Grafen Goluchowski erblicke er die Besiegelung dafür, daß Rußland endgültig die Orientpolitik Österreichs und Deutschlands angenommen habe, wie dies in der Absendung der identischen Noten an die vier Balkanstaaten bereits Ausdruck gefunden habe. Daß die Herrscher Rußlands und Österreich-Ungarns durch das Band persönlicher Freundschaft und Verehrung verbunden seien, sei Europa zur Genüge bereits bekannt gewesen; es sei nunmehr darauf angekommen zu zeigen, daß zwischen den Monarchen und der von ihnen geleiteten Politik kein Unterschied gemacht werden müsse, und aus diesem letzteren Grunde habe er den Andreasorden für den „polnischen" Minister besonders gewünscht. Er persönlich sei mit dem Grafen Goluchowski seit Jahren eng befreundet, liebe aber die Polen im allgemeinen durchaus nicht. Der Minister aber, solange und weil er in dieser Stellung als erster Diener des Monarchen stehe, müsse im monarchischen Staate als Sprachrohr seines Herrn angesehen und behandelt und demgemäß auch ausgezeichnet werden.

Prinz Liechtenstein sprach dann mit Anerkennung vom Grafen Kapnist, dem er einen wichtigen Anteil an den guten politischen Ergebnissen des Kaiserbesuchs vindizierte. Der Botschafter habe sich seit seiner Ankunft in Wien ehrlich Mühe gegeben, der Frage auf den Grund zu gehen, ob Österreich wirklich, wie so lange angenommen, eine russenfeindliche, aggressive Politik am Balkan verfolge, und, nachdem er sich vom Gegenteil überzeugt, diese seine gewonnene Anschauung hier warm vertreten. Graf Kapnist habe sich den größten Erfolg von einer unmittelbaren Aussprache zwischen den eigentlichen Trägern der Politik, den beiderseitigen Monarchen, versprochen, die in dem Wechsel der Minister und der Ministerien das große Prinzip der Stetigkeit in der Politik verkörpern. Seine und des Grafen Kapnist Erwartungen seien völlig in Erfüllung gegangen.

Zum Schluß darf ich hier noch gehorsamst erwähnen, daß es viel bemerkt worden ist, wie der Finanzminister Witte seitens des

Kaisers Franz Joseph und der österreichisch-ungarischen Botschaft mehrfach besonders ausgezeichnet worden ist[1]. Herr Witte ist mit Ausnahme des Grafen Murawiew der einzige der russischen Minister, der vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen wurde, und schon im Cercle nach dem Galadiner im Winterpalais soll der Finanzminister durch längere Ansprache seitens Seiner Majestät ausgezeichnet worden sein. Während als Regel nur diejenigen mit dem Stephansorden bedachten Persönlichkeiten die Ordensinsignien durch den Botschafter Prinzen Liechtenstein, beziehungsweise die beiden österreichischen Generaladjutanten ausgehändigt erhielten, hat Prinz Liechtenstein für Herrn Witte eine Ausnahme gemacht und hat ihm die Brillanten zum Leopoldorden persönlich überreicht.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut! habe ich persönlich in Wien* dem Kaiser ganz besonders dringend ans Herz gelegt

Nr. 3126

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Goluchowsky an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt mitgeteilt. Abschrift

Nr. 731
Geheim

Wien, den 5. Mai 1897

Wie es Euer Exzellenz bekannt ist, hat Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, bereits im allgemeinen in einem an Seine Majestät den Deutschen Kaiser gerichteten Telegramm** der hohen Befriedigung Ausdruck gegeben, mit welcher allerhöchstdenselben das Ergebnis der in Petersburg stattgehabten vertraulichen Besprechungen erfüllt hat, und nähere Mitteilungen durch Euer Exzellenz in Aussicht gestellt.

Bei der Verständigung, zu welcher jene Besprechungen geführt haben, wurde nicht nur die gegenwärtige Lage der Dinge auf der Balkanhalbinsel in Betracht gezogen; es wurden dabei auch die Gesichtspunkte festgestellt, welche bei späteren Eventualitäten für die Politik der beiden Staaten dort maßgebend sein sollen.

---

* Kaiser Wilhelm II. weilte am 21. und 22. April zum Besuch Kaiser Franz Josephs in Wien.
** Nicht bei den Akten.

Ich resümiere im nachfolgenden die Punkte, welche den Gegenstand der eingehenden Besprechungen bildeten:

1. Aufrechterhaltung des status quo, solange derselbe überhaupt möglich;

2. Verständigung über die beiderseitigen Interessen, welche im Falle der Unhaltbarkeit des status quo bei eintretenden Territorialveränderungen in den Balkanländern gewahrt werden müssen.

Man einigte sich zunächst darüber, daß diese Verständigung nicht die Konstantinopel, die Meerengen und das angrenzende Hinterland bis etwa zur Maritza betreffenden Fragen zum Gegenstande haben könne, da diese als allgemeineuropäische der gemeinsamen Beratung aller Mächte vorbehalten werden müssen; auch seien dieselben wenig akut, da Rußland, wie Graf Murawiew hervorhob, ein wesentliches Interesse habe, bezüglich dieser Punkte an dem status quo festzuhalten und sich dadurch die Fortdauer der Sperrung der Dardanellen gegen das Einlaufen fremder Kriegsschiffe zu sichern. Ich hatte gegen diese Auffassung nichts einzuwenden, da sie das gegenwärtige vertragsmäßige Verhältnis bezüglich der Meerengen bekräftigt, und wir keine Ursache haben, eine Änderung desselben zu wünschen.

Bezüglich der zukünftigen Gestaltung des übrigen Teiles des türkischen Besitzes in Europa im Falle einer sich ergebenden Aufteilung desselben wurde vor allem der Grundsatz festgestellt, daß dabei jeder Eroberungsgedanke für beide Teile ausgeschlossen bleiben und dieser Grundsatz auch den übrigen Mächten gegenüber geltend gemacht werden müsse.

Unsererseits wurde dabei erklärt, daß, ebenso wie seitens Rußlands die Aufrechterhaltung der Sperrung der Dardanellen als eine Lebensfrage des Reiches hingestellt werde, auch wir für den Fall einer Veränderung des status quo auf der Balkanhalbinsel gewisse Verlangen konstatieren müssen, von welchen wir mit Rücksicht auf die notwendige Sicherung der Grenzen der Monarchie in keinem Falle abstehen können.

Als solche bezeichnete ich:

a) die Unantastbarkeit des uns durch den Berliner Vertrag zuerkannten Besitzes. Bosnien, die Herzegowina und jener Teil des Sandschaks, welcher notwendig ist, um Serbien und Montenegro im Süden unseres Besitzes auseinanderzuhalten, müsse unter allen Umständen unser Eigentum bleiben.

b) die Sicherung der Selbständigkeit Albaniens.

Wenn wir auch selbst keineswegs eine Okkupation dieses Landes beabsichtigen, so könnten wir doch mit Rücksicht auf unsere Interessen im Adriatischen Meere niemals zugeben, daß eine fremde Macht dort irgendwie Fuß fasse. Deshalb müsse mindestens dem nördlich von Janina gelegenen Lande bis hinauf zum Skutarisee und östlich bis zu einer jenseits des Ochridasees zu ziehenden Linie eine

seine Unabhängigkeit sichernde staatliche Gestaltung gegeben werden. —

c) Was die übrigen Gebiete der jetzigen europäischen Türkei anbelangt, so kamen wir überein, daß eine eventuelle Aufteilung derselben unter die einzelnen Balkanstaaten gegebenenfalls Gegenstand einer freundschaftlichen Verständigung zwischen uns und Rußland sein werde, doch wurde jetzt schon festgestellt, daß durch diese Aufteilung keiner der Balkanstaaten eine das Gleichgewicht der Kräfte im Balkangebiete störende Vergrößerung erhalten dürfe, und daß daher bei eventuellen Grenzregulierungen diesem Prinzipe Rechnung getragen werden müsse. —

Schließlich wurde beiderseitig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Österreich-Ungarn und Rußland, um die als in ihrem gemeinsamen Interesse gelegenen festgestellten Ziele auf der Balkanhalbinsel zu fördern, fortan daselbst in ihrer Politik Hand in Hand gehen und daher Aktionen vermieden werden müssen, welche den Charakter einer auf präponderierenden Einfluß gerichteten Konkurrenz in sich tragen würden.

Nachdem in vorläufigen Besprechungen zwischen mir und Graf Murawiew die Verständigung über die vorstehenden Punkte erfolgt war, wurden sie in einer gemeinsamen Konferenz, an welcher die beiden Souveräne und ihre Minister des Äußern teilnahmen, resümiert, und das erzielte Einvernehmen über dieselben von beiden Herrschern in einer loyalen und jeden Hintergedanken ausschließenden Weise ratifiziert*.

Euer Exzellenz sind ermächtigt, den Inhalt dieses Erlasses streng vertraulich zur Kenntnis Seiner Majestät des Deutschen Kaisers sowie seiner Regierung zu bringen und dabei unserer zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß durch die in Petersburg erfolgte vertrauliche Verständigung über unsere und Rußlands Interessen auf der Balkanhalbinsel für die Erhaltung des europäischen Friedens, welche den leitenden Gedanken der Politik der Dreibundmächte bildet, eine neue, hochwichtige Garantie gewonnen wurde.

Der Minister
(gez.) Goluchowski

---

* Der Text des österreichisch-russischen Notenaustausches bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914 (Wien 1920), S. 78 ff. Dabei ist folgender Passus der russischen Antwort bemerkenswert: „Il nous semble, que les points b) et c), ayant trait à la formation éventuelle d'une principauté d'Albanie et au partage équitable de tout le territoire disponible entre les différents petits états balkaniques, touchent à des questions d'avenir sur lesquelles il serait prématuré et bien difficile de statuer actuellement."

Nr. 3127

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 716 — Berlin, den 7. Mai 1897
[abgegangen am 12. Mai]

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend zu Ihrer gefälligen persönlichen und streng vertraulichen Information Abschrift eines Erlasses des Grafen Goluchowski ** an den hiesigen österreichisch-ungarischen Botschafter zu übersenden, welchen Herr von Szögyény auftragsgemäß zu meiner Kenntnis gebracht hat.

Die Anlage bitte ich nicht zu den Akten zu nehmen, sondern nach genommener Kenntnis gefälligst zu vernichten.

Es wird abzuwarten sein, was die Abmachung bezüglich Albaniens, sofern dieselbe in Italien bekannt werden sollte, dort für einen Eindruck machen wird.

Im übrigen ist an der Abmachung besonders interessant, daß von der Vereinbarung die Konstantinopel, die Meerengen und das angrenzende Hinterland betreffenden Fragen als „europäische" ausgeschieden sind. Für Österreich lag die Veranlassung zum derzeitigen Ausschluß dieses offenbar wichtigsten Punktes vielleicht darin, daß es diese Fragen nicht ohne Unterstützung Englands und Frankreichs lösen möchte, während der Beweggrund für Rußland dabei vielleicht der war, daß dasselbe, wie auch aus sonstigen Äußerungen russischer Staatsmänner hervorgeht, seine Blicke zurzeit nach Asien richtet und für die nächste Zukunft daher seine Hände nicht durch die Aufrollung der orientalischen Frage gebunden haben möchte.

Es ergibt sich somit aus der Ausscheidung der Konstantinopel und die Meerengen betreffenden Fragen, daß die russisch-österreichische Vereinbarung, wenn sie auch für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens in der nächsten Zukunft nicht ohne Wert ist, doch nur einen provisorischen Charakter besitzt und nicht imstande sein wird, die orientalische Frage, welche sich in erster Linie an den Besitz Konstantinopels knüpft, für immer von der politischen Tagesordnung verschwinden zu lassen.

Marschall

---

* Ein gleicher Erlaß (Nr. 523) ging am 22. Mai an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

** Siehe Nr. 3126.

Nr. 3128

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 80 Wien, den 7. Mai 1897

Da die Anbahnung freundschaftlich-intimerer Beziehungen zwischen Rußland und Österreich auch die italienische Regierung interessieren mußte, benutzte ich eine Gelegenheit, um die Ansichten des Grafen Nigra über die Erfolge der Petersburger Begegnung zu hören. Der Herr Botschafter erklärte mir, daß sowohl seine Regierung als auch er sich darüber gefreut hätten, daß man sich zwischen Petersburg und Wien über die Erhaltung des status quo im Orient geeinigt habe. Diese Annäherung sei auch darauf zurückzuführen, daß die beiden leitenden Minister einander näher gerückt sind. Man habe anfangs den Grafen Goluchowski in Petersburg mit Mißtrauen beobachtet, während andererseits Graf Goluchowski vom Grafen Murawiew, den er als Sekretär in Paris gekannt, eine geringe Meinung gehabt habe. Die Lage des russischen Ministers des Äußern sei während der ganzen Kretakrise* eine schwierige gewesen, sein Auftreten dementsprechend schwankend und unsicher. Seine Depeschen hätten keinen staatsmännischen Eindruck hervorgerufen, Graf Goluchowski sei mit einer geringen Meinung von ihm nach Rußland gefahren.

Seit seiner Rückkehr findet der italienische Botschafter den Minister wesentlich günstiger gestimmt für den russischen Kollegen. Man sei auch für die Person des Grafen Goluchowski voller Rücksichten gewesen in Rußland, habe ihn außerordentlich freundlich behandelt und seiner Eigenliebe geschmeichelt.

Eine besonders günstige Wirkung verspricht sich der Graf von der Annäherung Rußlands an eines der Mitglieder des Dreibundes mit Bezug auf Frankreich. Dort sei schon seit langem eine starke Enttäuschung eingetreten. Auch das Ergebnis der Reise des Kaisers Franz Joseph habe in Frankreich verstimmt. Man müsse trachten, Rußland und Frankreich zu trennen, wenn auch freilich Rußland stets immer wieder nach Belieben die Franzosen zu seiner Verfügung haben würde. Das Unterbleiben der Reise Faures nach Petersburg** deutet Graf Nigra im Sinne einer Verstimmung.

Auf meine Frage, ob er nicht aus der Annäherung an Rußland eine Rückwirkung auf die dem Bündnisse mit Deutschland und Italien abholden hiesigen slawisch-klerikalen Richtungen erwarte, entgegnete der Botschafter, diese Faktoren könnten nicht viel ausrichten, teils

---

* Vgl. Kap. LXXVII und Kap. LXXX.
** Vgl. Kap. LXXXV.

wegen der Ungarn, teils wegen der Notwendigkeit für Österreich, welches ganz von Deutschland und Italien eingefaßt werde und zum großen Teil von nationaldenkenden Italienern und Deutschen bevölkert sei, sich diesen Bündnissen nicht zu entziehen. Ein Austritt Österreichs aus dem Dreibunde erscheint ihm undenkbar.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3129

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 55 Rom, den 25. Mai 1897
Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 523 vom 7. d. Mts.* habe ich gestern durch Geheimsekretär Dr. Husse mit ehrerbietigem Dank erhalten und nicht verfehlt, die diesem Erlaß beigefügte Mitteilung des Grafen Goluchowski an Herrn von Szögyény über die in St. Petersburg stattgehabte österreichisch-russische Vereinbarung** nach genommener Kenntnis zu vernichten.

Einige Tage vor Eingang des Erlasses Nr. 523 hatte mein österreichisch-ungarischer Kollege Freiherr von Pasetti mir gesprächsweise, aber aus eigener Initiative erzählt, er habe Marquis Rudini und Herrn Visconti Venosta über das Ergebnis der in St. Petersburg geführten Besprechungen streng vertraulich etwa nachstehendes eröffnet: Die Besprechungen hätten ergeben, daß zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf der Balkanhalbinsel keinerlei Interessengegensatz existiere. Auch wo der Anschein eines solchen Gegensatzes entstehen könnte, würde bei dem auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen eine Verständigung nicht schwierig sein. Österreich-Ungarn und Rußland wären einig, den Status quo auf der Balkanhalbinsel solange als möglich aufrechtzuerhalten. Im Falle der Unhaltbarkeit des status quo sollten die „questions d'un ordre européen primaire" wie Konstantinopel und die Dardanellen von Separatabmachungen ausgeschieden werden. Sonstige Balkanfragen und namentlich die zukünftige Gestaltung des übrigen Teiles des türkischen Besitzes in Europa würden eintretendenfalls von Österreich-Ungarn und Rußland in einer für beide Teile jeden Eroberungsgedanken ausschließenden Weise („en excluant tout esprit de conquête") geregelt werden. Beide Mächte wären entschlossen, diesen Grundsatz auch allen anderen Mächten gegenüber aufrechtzuerhalten („de maintenir ce principe vis-à-vis de tout le monde"). — Wenn

---

* Vgl. Nr. 3127, Fußnote *.
** Siehe Nr. 3126.

mir Baron Pasetti die Sprache wahrheitsgetreu resümierte, welche er über die St. Petersburger Stipulationen gegenüber den italienischen Ministern geführt hat, und hieran zu zweifeln, habe ich bis jetzt keinen Anlaß, so ist die jüngste österreichisch-russische Abmachung hier vorläufig nur in sehr verdünnter Form zur Kenntnis gebracht worden. Speziell hat der österreichisch-ungarische Botschafter nach dem, was er mir sagt, keine Provinz der jetzigen europäischen Türkei besonders namhaft gemacht und vor allem nicht betont, daß Österreich-Ungarn gerade in Albanien keine andere Macht Fuß fassen lassen könne.

Herr Visconti Venosta und Marquis Rudini erwiderten meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, wie dieser mir weiter berichtete, sie nähmen mit Befriedigung von seinen Erklärungen Akt und billigten die Tendenz der St. Petersburger Vereinbarung. Auch Italien wünsche die Aufrechterhaltung des Status quo im Orient, und die italienische Regierung schließe sich dem Grundsatze an, daß eine später etwa eintretende Aufteilung der europäischen Türkei von den Mächten ohne eigennützige Absichten durchgeführt werden müsse. Die von Herrn Visconti Venosta in letzterer Richtung gebrauchten Wendungen resümierte mir Freiherr von Pasetti mit den Worten: „L'Italie s'associe pour son compte au principe du désintéressement."

Baron Pasetti schien mir beinahe erstaunt, daß die neuerliche Annäherung von Österreich-Ungarn an Rußland bei den hiesigen leitenden Staatsmännern nicht mehr Unzufriedenheit oder Besorgnis hervorgerufen habe. In akademischer Weise ließ der österreichisch-ungarische Botschafter mir gegenüber die Frage fallen, ob die Italiener für alle Zeit den Gedanken an Landerwerb auf der Balkanhalbinsel aufgegeben hätten, und ob der italienische Chauvinismus wirklich definitiv überwunden sei. Ich habe es zunächst vermieden, die italienischen Minister über ihre innerliche Auffassung hinsichtlich der österreichisch-russischen Verabredungen auszufragen. Auch gegenüber Baron Pasetti verhielt ich mich mehr zuhörend und hob nur hervor, wie einerseits eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland über ihre beiderseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel immer im Rahmen unserer die Erhaltung des europäischen Friedens und das Zusammengehen der großen Monarchien anstrebenden Politik gelegen habe, während ich andererseits einfließen ließ, daß die italienischen Minister auch mir gegenüber verschiedentlich Frieden und Status quo als die derzeitigen Objekte ihrer Wünsche bezeichnet hätten.

Soweit ich Euerer Durchlaucht gegenüber mir ein Urteil über die Rückwirkung der österreichisch-russischen Verständigung auf Italien erlauben darf, möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung zwischen den gegenwärtigen Leitern der italienischen auswärtigen Politik und der hiesigen öffentlichen Meinung zu unterscheiden ist. Marquis Rudini und namentlich Herr Visconti Venosta mögen sich damit zufrieden geben, daß die Balkanhalbinsel bis

auf weiteres nach allen Seiten für ein Noli me tangere erklärt wird. Wenn das hiesige Publikum erführe, daß Italien von der südöstlichen Küste des Adriatischen Meeres definitiv Abstand zu nehmen habe, würde sich voraussichtlich ein lebhaftes Gefühl der Enttäuschung geltend machen, und der Dreibund in den Augen der meisten Italiener sehr an Wert verlieren. Inzwischen liefert schon die Tatsache der Herausbildung intimerer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland den hier zahlreich vertretenen Politikern Argumente, welche der Ansicht sind, daß sich Italien bei formalem Festhalten an der Tripelallianz doch anderen Mächten gegenüber in seiner Bewegungsfreiheit nicht durch allzu ängstliche Auffassung des Dreibundsverhältnisses hemmen lassen solle. Wenn Marquis Rudini im April vorigen Jahres bei Übernahme der Geschäfte mir gegenüber äußerte, er sehe nicht ein, warum das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich nicht ein ebenso freundschaftliches werden könnte wie dasjenige von Österreich-Ungarn zu Frankreich*, vermag der italienische Ministerpräsident sich jetzt auch hinsichtlich der Gestaltung der italienischen Beziehungen zu Rußland auf die Haltung des Wiener Kabinetts zu berufen. Aus der eher indifferenten Art und Weise, in der Herr Visconti Venosta mir sagte, er sei im Interesse des europäischen Friedens mit dem Resultat der St. Petersburger Begegnung zufrieden, möchte ich übrigens entnehmen, daß auch der Minister des Äußern den dort getroffenen Orientabmachungen einen mehr provisorischen Charakter beimißt.

Ich halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß Baron Pasetti zu seinen Mitteilungen mir gegenüber von seiner Regierung autorisiert war. Da eine ausdrückliche Ermächtigung in dieser Beziehung mir jedoch nicht ganz sicher ist, bitte ich die Auslassungen meines österreichisch-ungarischen Kollegen als sekrete hochgeneigtest betrachten zu wollen.

B. von Bülow

Nr. 3130

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein**

Reinschrift

Berlin, den 13. Juli 1897

Es ist anzunehmen, daß Graf Goluchowski Wert darauf legen wird, zu erfahren, welche Ansicht der Fürst Reichskanzler von der neulich

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIX, Anhang A, Nr. 2819.

** Die vorliegende Aufzeichnung Holsteins ging am 13. Juli an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe nach Alt-Aussee, im Hinblick auf eine mögliche Begegnung desselben mit Graf Goluchowski, die aber nicht stattgefunden zu haben scheint.

in Petersburg vereinbarten Balkanabmachung hat. Die darauf bezügliche vom österreichischen Botschafter seinerzeit hier übergebene schriftliche Mitteilung* wird gehorsamst beigefügt.

Falls Graf Goluchowski fragt, ob wir von russischer Seite keine analogen Mitteilungen bekommen haben, dürfte einfach zu erwidern sein, daß wir mit Rußland in keinem Vertragsverhältnis stehen.

Was den Inhalt der Abmachung anlangt, so liegt es nicht in unserem Interesse, daß Österreich sich bezüglich seines Verhältnisses zu Rußland und zu Italien einem Optimismus hingibt, welcher nur dazu führen könnte, den Wert der deutschen Anlehnung herunterzudrücken. Es ist deshalb indiziert, dem österreichischen Minister gegenüber, falls er die Frage anregt, offen zu reden.

Die Klausel, welche Albaniens künftige Unabhängigkeit festsetzt, dieses Gebiet also aus dem Bereiche italienischer Zukunftsträume entfernt, kann, wenn sie in Rom bekannt wird, dort nur ungünstig wirken und die Partei derer verstärken, welche behaupten, daß Italien vom Dreibunde nichts zu hoffen hat. Es liegt auch in der diplomatisch rührigen Natur der Italiener, daß sie darauf bedacht sein werden, das Ziel, zu welchem der eine Weg sie nicht führt, auf einem anderen Wege zu erreichen. Als ein solcher würde sich die allmähliche Anbahnung eines do-ut-des-Verhältnisses mit Rußland darstellen, auf den Zeitpunkt berechnet, wo Rußland es für zweckentsprechend hält, die gegenwärtig von ihm in Balkanfragen beobachtete Zurückhaltung aufzugeben. Und unleugbar wird wie für Italien so auch für Rußland in der fraglichen Petersburger Abmachung der Beweis erbracht, daß gewisse Hauptfragen sich leichter gegen als mit Österreich-Ungarn lösen lassen.

Was für Italien Albanien bedeutet, das ist für Rußland die Meerengenfrage. Das Wiener Kabinett, welches den Italienern Albanien verweigert, erklärt den Russen, über die Meerengenfrage nicht ohne „Europa", d. h. nicht ohne Unterstützung verhandeln zu können. Es ist dies auch eine Form der Verweigerung, indem Österreich erklärt, es halte sich nicht ermächtigt, etwas zu bewilligen, folglich bewillige es nichts.

Durch das Petersburger Abkommen ist also für Rußland wie für Italien Klarheit darüber geschaffen, daß Österreich-Ungarn ihnen gewisse Wertobjekte vorenthalten will. Zweifellos liegen hierin die Keime eines verschärften Antagonismus dieser beiden gegen Österreich-Ungarn. Diese Zukunftsgefahr ist die Schattenseite des Vertrages. Die Lichtseite ist die durch denselben gewonnene hohe Wahrscheinlichkeit, daß Rußland während der nächsten Jahre in Europa Ruhe haben möchte.

Holstein

* Siehe Nr. 3126.

Nr. 3131

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 220 Wien, den 31. Dezember 1897
Vertraulich

Die Beziehungen Österreichs zu Rußland, welche infolge der bekannten Rede des Grafen Goluchowski in den Delegationen* als derartig intime gefeiert wurden, daß es nicht an Mahnungen in deutschen Blättern fehlte, die deutsche Regierung möge sich nicht düpieren lassen, sind wohl „gebesserte" zu nennen, tragen aber durchaus nicht jenen Stempel der Intimität, der zwischen sehr guten Freunden besteht.

Der Wunsch, eine solche Intimität zu erzeugen, ist allerdings in manchen Kreisen vorhanden. An der Spitze davon steht Erzherzog Franz Ferdinand, welcher auch gelegentlich der jüngsten Anwesenheit des Großfürsten Nikolaus in Wien letzteren in viel bemerkter und ganz auffallender Weise feierte. Auch nahm der Erzherzog am Namenstag des Zaren an dem Diner in der Burg teil, während bisher niemals ein Erzherzog sich an den zu Ehren von fremden Potentaten stattfindenden Veranstaltungen beteiligte; auch nicht am Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers und Königs, unseres allergnädigsten Herrn. Ich möchte ebenso hinzufügen, daß der Erzherzog in eingehender Weise nur mit dem russischen, nicht mit den übrigen Botschaftern verkehrt.

Die Regierung und speziell Graf Goluchowski stehen einem derartigen „Nachlaufen" ferner. Aber es wird doch darauf gesehen, daß der vom Grafen Goluchowski urbi et orbi verkündete Erfolg bezüglich einer Entente mit Rußland keine Trübungen erfahre.

Letzteres ist nicht so einfach trotz aller Unterstützung, die diese Politik im Lande findet; denn der Balkan bleibt Österreichs Achillesferse. Besonders ist das Hervortreten König Milans und die anscheinende politische Beseitigung der Königin Natalie eine Schwierigkeit geworden. Schon in dem Faktum allein, daß König Milan gute Beziehungen mit Wien unterhält, liegt eine gewisse Unbequemlichkeit. Darum versucht man, ihn möglichst abzuschütteln. Auch haben die Bemerkungen, welche die französische Presse in dieser Hinsicht macht, den Grafen Goluchowski veranlaßt, Herrn von Doczi zu beauftragen, den gehorsamst hier beigefügten Artikel in das „Fremdenblatt" zu schreiben. Auch die Auslassung der „Neuen Freien Presse", die ich gleichfalls mich beehre hier beizufügen, scheint die Regierung

* Siehe den Text der Goluchowskischen Äußerungen über Rußland (20. November) in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 211.

beeinflußt zu haben*. Graf Goluchowski hat das Bedürfnis empfunden, nach Rußland hin beruhigend zu wirken — es ist also doch wohl etwas zu beruhigen gewesen. Aus der wenig freundlichen Art, mit welcher der Graf in letzter Zeit die Politik des Grafen Murawiew charakterisierte, geht unzweifelhaft eine leichte Verstimmung hervor, und es ist wohl möglich, daß der mir eben zugehende Erlaß Nr. 1223, welcher eine Betrachtung der „Moskowskia Wjedomosti" über den Grafen enthält, dazu beigetragen hat, ihn zu ärgern.

Aus diesen kleinen Stimmungen und Verstimmungen ist es jedenfalls ersichtlich, wie der Balkan für die österreichisch-russische Entente nach wie vor ein bedenkliches Terrain bleibt, und wie leicht eine dritte Hand in der Lage ist, durch Schüren von beliebigen Bewegungen in den Balkanstaaten und türkischen Provinzen eine zu große Intimität Österreichs und Rußlands zu hintertreiben.

P. Eulenburg

* Nach Äußerungen des „Temps" sollte König Milan damit umgehen, Arrangements mit Österreich-Ungarn abzuschließen, durch die er gegen bedeutende persönliche Vorteile Serbien definitiv und vollständig in das Kielwasser Ungarns leiten wollte. Dieser Behauptung setzten das Wiener „Fremdenblatt" vom 30. Dezember und ebenso die „Freie Presse" energische Dementis entgegen. Das „Fremdenblatt" bemerkte u. a.: „Wir wollen von unseren kleineren Nachbarn im Balkan nichts als Ruhe und Respekt, und wollen für sie nichts, als daß sie sich friedlich und selbständig entwickeln, d. h. frei von fremder Einmischung, die sie zum Werkzeuge friedensgefährlicher Einflüsse machen könnte. Was ist natürlicher, als daß wir uns zu demjenigen, was wir von anderen Mächten verlangen, auch selbst verpflichtet fühlen? Daß wir in demselben Momente, in welchem wir sowohl die offen gesuchte Präponderanz wie die unter der Hand betriebene Beeinflussung in den Balkanländern seitens anderer Staaten perhorreszieren, auch für uns jede Politik als kurzsichtig und gefährlich erkennen, welche eine offene oder geheime Einmischung in die internen Angelegenheiten unserer Nachbarn in sich schlösse?"







Date Due

Library Bureau Cat. No. 1137

